

**Christoph Wunnicke**

**Die Blockparteien der DDR**

**Kontinuitäten und Transformation 1945-1990**

**Berlin 2014**

**Schriftenreihe des Berliner Landesbeauftragten für die Unterlagen  
des Staatssicherheitsdienstes der ehemaligen DDR**

**Band 34**

Copyright 2014 beim Berliner Landesbeauftragten für die Unterlagen des Staatssicherheitsdienstes der ehemaligen DDR

Umschlagfoto: Treffen Erich Honeckers mit den Vorsitzenden der Blockparteien am 13. Oktober 1989 (v. l.: Manfred Gerlach, LDPD, Gerald Götting, CDU, Günter Maleuda, DBD, Heinrich Homann, NDPD sowie Lothar Kolditz, Präsident des Nationalrates der Nationalen Front)

Quelle: Bundesarchiv, Bild 183-1989-1013-031/Hartmut Reiche

Alle Rechte vorbehalten, insbesondere der Übersetzung, der Vervielfältigung jeder Art, des Nachdrucks, der Einspeicherung und Verarbeitung in elektronischen Systemen sowie in Funk- und Fernsehsendungen, auch bei auszugsweiser Verwendung.

Diese Veröffentlichung stellt keine Meinungsäußerung des Berliner Landesbeauftragten für die Unterlagen des Staatssicherheitsdienstes der ehemaligen DDR dar. Für die inhaltlichen Aussagen trägt der Autor die Verantwortung.

ISBN: 978-3-934085-39-8

Der Berliner Landesbeauftragte für die Unterlagen des Staatssicherheitsdienstes der ehemaligen DDR, Scharrenstraße 17, 10178 Berlin  
Telefon: (030) 24 07 92 - 0; Fax: (030) 24 07 92 - 99  
Internet: [www.berlin.de/stasi-landesbeauftragter](http://www.berlin.de/stasi-landesbeauftragter)

## Inhalt

Einleitung .....	5
1. CDU .....	8
1.1. Andreas Hermes / Walther Schreiber .....	8
1.2. Jakob Kaiser / Ernst Lemmer .....	15
1.3. Otto Nuschke .....	22
1.4. August Bach .....	29
1.5. Gerald Götting .....	33
1.6. Neue kirchenpolitische Instrumente der CDU ab Mitte der 1970er Jahre .....	34
1.7. Briefe aus Neuenhagen und Weimar .....	43
1.8. Lothar de Maizière .....	54
2. LDPD .....	66
2.1. Waldemar Koch .....	66
2.2. Wilhelm Külz .....	69
2.3. Arthur Lieutenant .....	71
2.4. Hermann Kastner / Karl Hamann .....	73
2.5. Hans Loch .....	80
2.6. Max Suhrbier .....	81
2.7. Manfred Gerlach .....	83
2.8. Manfred Gerlachs Opposition .....	84
2.9. Rainer Ortleb .....	93
3. DBD .....	95
3.1. Ernst Goldenbaum .....	95
3.2. Die DBD und die LPG-Bildung .....	104
3.3. Ernst Mecklenburg .....	107
3.4. Günther Maleuda .....	107
3.5. Ulrich Junghanns .....	111

4. NDPD .....	112
4.1. Lothar Bolz .....	112
4.2. 17. Juni 1953 und Mauerbau .....	118
4.3. Heinrich Homann .....	123
4.4. 20. Juli 1944 und NKFD .....	123
4.5. Günter Hartmann .....	126
4.6. Wolfgang Glaeser .....	130
4.7. Wolfgang Rauls .....	132
5. Schlussbetrachtung .....	133
Bibliografie .....	138
Abkürzungsverzeichnis .....	152
Über den Autor .....	154
Publikationsverzeichnis .....	155

## Einleitung

Noch im Jahr 1932 hatte der KPD-Vorsitzende Ernst Thälmann unter Anlehnung an Josef Stalin von der SPD und der NSDAP als Zwillingen gesprochen, die einander ergänzten. Die Volksfrontdiskussionen im Frankreich des Jahres 1934 hatten aber in der Kommunistischen Internationale eine neue Politik gegenüber der Sozialdemokratie erfordert. Georgi Dimitroff schrieb im Juni 1934: „Im Zusammenhang mit der veränderten Situation muß sich auch unsere Taktik der Einheitsfront ändern. Statt sie ausschließlich als Manöver zur Entlarvung der Sozialdemokratie anzuwenden, ohne ernsthafte Versuche, die wirkliche Einheit der Arbeiter im Kampf herbeizuführen, müssen wir sie in einen wirksamen Faktor der Entfaltung des Massenkampfes gegen die Offensive des Faschismus verwandeln.“<sup>1</sup> Der Gedanke von der Schaffung einer soziale Schichten übergreifenden politischen Handlungseinheit gegen den Nationalsozialismus wurde von der KPD auf ihrer Brüsseler Konferenz im Jahre 1935 fixiert. Hier hieß es: „Wir Kommunisten unterstützen und fördern jede Bewegung der werktätigen Bauern und des städtischen Mittelstandes gegen die faschistischen Zwangsmaßnahmen, gegen die faschistische Marktordnung, gegen die Vergewaltigung durch die braunen Kommissare und gegen die großkapitalistische Politik der Hitlerdiktatur, die die Existenzgrundlage dieser Schichten untergräbt. Wir Kommunisten sind diesen Schichten aufrichtige und treue Verbündete im Kampf für die Sicherung ihrer Existenz, für die Erhaltung ihrer Selbständigkeit und ihrer Einkommensgrundlage.“<sup>2</sup> Die Resolution der Berner Konferenz der KPD im Jahr 1939 wiederum hielt fest, dass die Arbeiterklasse in der Volksfront vereint mit Bauern, Mittelstand und Intelligenz das Schicksal der neuen demokratischen Republik bestimmen wird.

In ihrem neuen Gründungsaufwurf vom 11. Juni 1945 griff die KPD diesen Gedanken auf, was ganz im Sinne der Deutschlandpolitik der sowjetischen Besatzungsmacht war. Der Gründungsaufwurf sollte als Grundlage der Schaffung eines Blocks demokratischer antifaschistischer Parteien dienen. Kurz nach Kriegsende war der Sowjetunion daran gelegen, in

<sup>1</sup> Kulbach, Roderich; Weber, Helmut: Parteien im Blocksystem der DDR, Köln 1969, S. 11.

<sup>2</sup> Howitz, Claus: Der Beitrag der DBD als engster Bündnispartner und Kampfgefährte der Arbeiterklasse und ihrer Partei bei der Gründung und Entwicklung der DDR, Borkheide 1974, S. 8.

ihrem deutschen Besatzungsgebiet das künftige gesamtdeutsche Parteiensystem zu konfigurieren. Außerdem sollte mit dem Block ein Instrument ins Leben gerufen werden, in dem die KPD einerseits einen prägenden Einfluss ausüben und mit dem sie andererseits auch in den westlichen Besatzungszonen politisch aktiv werden konnte.

Als erste Partei gingen die Berliner Sozialdemokraten auf das innerparteilich umstrittene Angebot der KPD ein, gemeinsam mit ihr den sogenannten Blockausschuss zu gründen. Bereits hier zeigte sich die Spaltung der Berliner Parteiverbände entlang der Sektorengrenzen. Im Jahr 1946 lehnten demzufolge die West-Berliner Sozialdemokraten die Vereinigung mit der KPD zur SED ab, während die SPD des Berliner Ost-Sektors zwangsvereinigt wurde. Trotzdem existierte wegen der besonderen alliierten-rechtlichen Lage Berlins die SPD auch im Ostteil der Stadt bis 1961 weiter.<sup>3</sup>

Die im Juli 1945 von der sowjetischen Besatzungsmacht lizenzierten Parteien CDU und LDPD erklärten sich durch Druck ebenfalls bereit, diesem Blockausschuss beizutreten, was dazu führte, dass durch die Verknüpfung der Lizenzierung der Parteien mit ihrer Kooperationsbereitschaft im Block einige Autoren von einer Hineingründung von LDPD und CDU in den Block sprechen. Sie wurden Blockparteien.

Die Zusammenarbeit der Parteien im Block wurde am 27. Juli 1945 mit einer Geschäftsordnung festgelegt. Anfangs durften jeweils fünf Vertreter der Parteien an den Blocksitzungen teilnehmen, der zweimal im Monat unter wechselndem Vorsitz tagte. Mehrheitsbeschlüsse waren nicht vorgesehen, womit jeder Partei ein Vetorecht zukam. Mit dem Block versuchte die SMAD, für ihre Entscheidungen Legitimität in der Bevölkerung zu

<sup>3</sup> Beatrix Bouvier bspw. schreibt über die Monate nach der Zwangsvereinigung: „Zur relativen Stabilisierung hatte der Wahlsieg der SPD bei den Kommunalwahlen vom 20. Oktober 1946 nicht unbeträchtlich beigetragen. Bezogen auf ganz Berlin hatte die SPD über 48 % der Stimmen erhalten. Trotz Bevorzugung der SED durch die Besatzungsmacht war sie auch im Ostsektor mit durchschnittlich 43 % die stärkste Partei geworden. Selbst dort erhielt die SED nur etwa 30 % der Stimmen; bezogen auf ganz Berlin waren es nur 20 %. Als stärkste Partei stellte die SPD auch in Ost-Berlin die Bezirksbürgermeister und zahlreiche Bezirksräte.“ Bouvier, Beatrix: Ausgeschaltet! Sozialdemokraten in der Sowjetischen Besatzungszone und in der DDR 1945-1953, Bonn 1996, S. 63.

gewinnen. Tatsächlich behielt sie die Macht, die sie durch ihre Befehle auch direkt ausüben konnte.

Nach der Zwangsvereinigung von KPD und SPD zur SED im April 1946 wurde die Protegierung der SED durch die SMAD immer spürbarer. Die Blockparteien CDU und LDPD wurden politisch an den Rand gedrängt. Durch die von der SMAD gesteuerte Gründung der Demokratischen Bauernpartei Deutschlands und der Nationaldemokratischen Partei Deutschlands entstanden 1948 zwei SED-hörige Blockparteien, die unmittelbar in die Blockpolitik einbezogen wurden. Dadurch verringerte sich das politische Gewicht der Ur-Blockparteien CDU und LDPD weiter. Durch die Hinzunahme der großen SED-dominierten Massenorganisationen wie FDGB und FDJ in den Block war die Marginalisierung von CDU und LDPD komplett.

Mit der Gründung der DDR im Oktober 1949 entstand die Nationale Front, deren Kern der Block war und die als Dachorganisation der Parteien und Massenorganisationen in der DDR fungierte. Außenpolitisch verfolgte die Nationale Front anfangs das Ziel, ein einheitliches Deutschland zu schaffen. Innenpolitisch gewann sie spätestens durch ihren im Jahr 1968 fixierten Verfassungsrang als Bündnis aller Kräfte des Volkes die Funktion eines institutionalisierten Machtmonopols der SED. So blieb es bis zum Herbst 1989. Beginnend mit der CDU verließen ab Ende November 1989 die Blockparteien die Nationale Front und wurden für kürzere oder längere Zeit eigenständige Parteien in der DDR. Anschließend gingen sie in westdeutschen Parteien auf.

Die Geschichte der Blockparteien ist nur unzureichend erforscht. Während es nach 1990 zu den beiden Blockparteien CDU und LDPD vielfältige Forschungen bezüglich ihrer Gründung, Gleichschaltung und Verfolgung gab, wandten sich ihrer Endphase, wie auch der Bauernpartei und der NDPD insgesamt, nur wenige Forscher zu. Neben einigen Erinnerungsbänden ehemaliger Blockparteipolitiker sind Handbücher oder die Studien der Bundestags-Enquete-Kommission geeignete Werke, ein Grundverständnis für die Blockparteien zu entwickeln.

Diese Blockparteien waren sich in vielerlei Hinsicht ähnlich, unterschieden sich aber auch in unzähligen Nuancen. Wesentlicher Grund hierfür waren unter anderem ihre verschiedenen Parteivorsitzenden. Diese standen bisher kaum im Zentrum von Forschung. Vorliegender Text erforscht

ebenfalls nicht die Vorsitzenden der Parteien, sondern ist bemüht, vor allem auf der Grundlage vorgefundener Forschungsergebnisse und teilweise noch unveröffentlichter Quellen die Transformation der vier Blockparteien anhand ihrer teilweise unbekanntem Vorsitzenden skizzenhaft nachzuvollziehen.

Dem Autor vorliegenden Textes ist bewusst, dass auf 150 Seiten nicht Wesen und Wandel von vier Parteien in viereinhalb Jahrzehnten abgebildet werden können. Durch die Gegenüberstellung von Gründung und Ende einer Partei wie auch verschiedener Parteien unternimmt der Text den Versuch, anhand der Blockpartei-vorsitzenden Einblick in die Transformation des Parteiensystems der DDR zu geben. Der Fokus liegt dabei überwiegend auf der Gründungs- und Endphase der jeweiligen Partei sowie jeweils einem typischen, die jeweilige Partei besonders kennzeichnenden Vorgang.

## **1. CDU**

### **1.1. Andreas Hermes / Walther Schreiber**

Der CDU-Politiker Ernst Lemmer erinnerte sich, dass im Juni 1945 „in der Berliner Luisenstraße die ersten wichtigen politischen Gespräche zwischen Russen und Deutschen geführt [wurden]. Ein Teil der ehemaligen Tierärztlichen Akademie war wie durch ein Wunder von den Bomben verschont geblieben. Dort residierte nun Oberst Jelisarow, der im Beisein von Semjonow den Vertretern der neuen deutschen Parteien ihre Lizenzurkunden überreichte.“<sup>4</sup> Die hier mit den Worten eines CDU-Mitbegründers vorgestellte Sowjetische Militäradministration (SMAD) sollte in den folgenden Jahren in allen Fragen, auch denen politischer Parteien, das letzte Wort in der sowjetischen Besatzungszone (SBZ) haben.

In der Wohnung (Platanenallee 11) des zweiten stellvertretenden Oberbürgermeisters des neu gebildeten Magistrats der Stadt Berlin und Leiters des Berliner Ernährungsamtes, Andreas Hermes, traf sich am 17. Juni 1945 erstmals ein Kreis von Männern und Frauen, der zum Gründungs-

<sup>4</sup> Lemmer, Ernst: Manches war doch anders. Erinnerungen eines deutschen Demokraten, Frankfurt a. M. 1968, S. 236.

ausschuss der CDU in Berlin wurde. Lemmer hatte mit Hermes, welcher der Vorsitzende des ca. 30-köpfigen Berliner Gründungsausschusses der CDU war, und dessen späterem Stellvertreter als CDU-Vorsitzender, Walther Schreiber, „lange Strecken des Weimarer Leidensweges gemeinsam zurückgelegt“<sup>5</sup>. Auch die übrigen Gründer waren nahezu ausschließlich ehemalige Politiker der Weimarer Republik.<sup>6</sup>

Hermes legte der Versammlung den Entwurf eines Parteiprogramms vor, der am 22. Juni beschlossen wurde. Strittig blieb der Name der neuen Partei. Verhandelt wurde über „Aufbau Partei“, „Christliche Volkspartei“, „Soziale Volkspartei“, „Deutsche Erneuerung“ und auch „Neues Deutschland“. Ob die christlichen Grundsätze im Parteinamen verankert werden sollten, war ebenfalls umstritten. Letztendlich einigte man sich auf den von Hermes vorgeschlagenen Namen „Demokratische Union Deutsch-

<sup>5</sup> Ebd., S. 253.

<sup>6</sup> „17 Mitgründer stammten aus dem ‚Zentrum‘ (z.B. Andreas Hermes, Jakob Kaiser, Heinrich Vockel, Otto Lenz, Johann Baptist Gradl), 6 aus der ehemaligen DDP – einer liberalen Gruppierung (z.B. Walther Schreiber, Ernst Lemmer, Ferdinand von Friedensburg, Otto Nuschke), und 12 von ihnen kamen aus dem protestantisch-konservativen Lager (z.B. Otto Heinrich von der Gablentz, Rudolf Pechel, Paul Yorck v. Wartenburg) [...]. Andreas Hermes und Theodor Steltzer waren wegen ihrer engen Verbindung zum Widerstand von den Nationalsozialisten zum Tode verurteilt worden und erwarteten bei Kriegsende in der Haft ihre Hinrichtung. Andere Mitgründer waren im ‚Dritten Reich‘ zu Zuchthausstrafen verurteilt worden (z.B. Dr. Paul van Husen, Dr. Otto Lenz), hatten längere Zeit in Gefängnissen oder Konzentrationslagern in Haft gesessen (z.B. Dr. Ferdinand Friedensburg, Willy Fuchs, Dr. Hans Lukaschek, Dr. Rudolf Pechel, Dr. Eberhard Plewe, Dr. Walther Schreiber, Hildegard Staehle, Graf York v. Wartenburg) oder hatten sich der Verhaftung durch monatelanges Versteck entzogen, wie z.B. Jakob Kaiser und Dr. Elfriede Nebgen.“ Agethen, Manfred: Der Widerstand der demokratischen Kräfte in der CDU gegen den Gleichschaltungsdruck von sowjetischer Besatzungsmacht und SED, 1945-1952, in: Fischer, Alexander; Agethen, Manfred: Die Union in der sowjetisch besetzten Zone/DDR 1945-1952, Sankt Augustin 1994, S. 22.

lands“, dem auf Wunsch anderer das Wort „Christlich“ vorangestellt wurde.<sup>7</sup>

Der Wahl von Hermes zum Parteivorsitzenden am 26. Juni 1945 folgte die Lizenzierung der CDU durch die SMAD am 10. Juli 1945 als dritter Partei nach der Kommunistischen Partei Deutschlands (KPD) und der SPD. Die Lizenz erhielt die CDU erst, nachdem Hermes die Mitarbeit im „Block“ zugesagt hatte. Ihren Sitz hatte die Partei (nach einem Kurzaufenthalt in einem Büro in der Schlüterstraße im britischen Sektor, in welches Ernst Lemmer nach seiner Flucht im Jahr 1949 zurückkehrte) in der Jägerstraße 59/60, der späteren Otto-Nuschke-Straße in Ost-Berlin.

Im gesamtdeutsch angelegten Gründungsdokument wurde zur Mitarbeit am Wiederaufbau Deutschlands aufgerufen. Parallel oder später gründeten andere Kreise in allen Besatzungszonen eigene Gruppierungen, die sich später auf den gemeinsamen Namen CDU einigten, teilweise in Konkurrenz zueinander standen und sich faktisch nie unter einer gemeinsamen Parteiführung versammelten. Noch nach der DDR-Gründung im Oktober 1949 jedoch bezeichneten sich einige CDU-Vertreter in der ersten provisorischen Volkskammer als Bestandteil einer gesamtdeutschen Organisation.<sup>8</sup>

Der Berliner Gründungsaufwurf der CDU favorisierte das Privateigentum, während Bodenschätze in Staatsbesitz eingehen und Monopole der Staatsgewalt unterworfen werden sollten. Unter Heranziehung des bisherigen Großgrundbesitzes sollte außerdem eine Bodenreform durchgeführt werden. Die durch ihre Gründer verbürgte christlich-liberale Tradition der CDU blieb aber noch erkennbar. Friedrich-Wilhelm Schломann erinnert sich außerdem, dass die Kommunisten eigentlich eine katholisch-orientiert

<sup>7</sup> Vgl. Steinbrecher, Michael: Die Wohnung von Andreas Hermes Platanenallee 11, in: Engel, Helmut; u. a.: Geschichtslandschaft Berlin. Orte und Ereignisse, Bd. 1, Charlottenburg Teil 1, Berlin 1986, S. 84.

<sup>8</sup> Vgl. Sekretariat der unabhängigen Kommission zur Überprüfung des Vermögens der Parteien und Massenorganisationen der DDR beim Bundesministerium des Inneren: Aspekte zur Rolle von Parteien und Massenorganisationen bei Entstehung und Entwicklung des Gesellschaftssystems in SBZ und DDR, ohne Ort, 1993, S. 15.

tierte Zentrumspartei erwarteten und keine überkonfessionelle Union mit quasi Volksparteianspruch.<sup>9</sup>

Diesen hatte Andreas Hermes. Von Beginn an arbeitete er gegen die Blockpolitik. Bereits am 14. Juli 1945, auf der ersten Sitzung des gemeinsamen Block-Ausschusses der vier Parteien, sprach er von seinem Auftrag, gegen die Bezeichnung „Block der antifaschistisch-demokratischen Parteien“ Einspruch zu erheben. Er und seine Freunde sähen in der Blockbezeichnung eine zu feste Bindung, welche im Widerspruch zur Errichtung einer parlamentarischen Demokratie stünde. Der Begriff „Block“ wurde daraufhin zumindest auf dem Papier durch das Wort „Einheitsfront“ ersetzt. Anschließend sprach sich Hermes für einen wirtschaftlichen Strukturwandel, aber gegen generelle entschädigungslose Enteignungen aus. Er plädierte vielmehr für Einzelfallprüfungen.<sup>10</sup>

Gegenüber der „Täglichen Rundschau“ hielt Hermes außerdem zur Blockpolitik fest: „Es würde ein Mißverstehen der Demokratie bedeuten, wenn eine solche Zusammenarbeit die uneingeschränkte Vertretung der abweichenden Meinungen der einzelnen Parteien einschränken oder gar unmöglich machen würde. In einem solchen Falle wäre die Einheitsfront nur eine Tarnung, um einer bestimmten Richtung die Vorherrschaft zu sichern. Die Selbständigkeit und Unabhängigkeit der Christlich-Demokratischen Union können durch die Arbeit im Rahmen der Einheitsfront nicht beeinträchtigt werden. Sie sind Prüfstein und Begrenzung der Einheitsfront.“<sup>11</sup> Die Regeln des Blocks hatten die politischen Entfaltungsmöglichkeiten der Blockparteien erheblich eingeschränkt. Nicht aber die Kritik an der Blockarbeit, sondern die Kritik an der Bodenreform führte zur Absetzung von Hermes und Schreiber durch die SMAD im Dezember 1945.

<sup>9</sup> Vgl. Schlomann, Friedrich-Wilhelm: Mit so viel Hoffnung fingen wir an. 1945-1950, München 1991, S. 88.

<sup>10</sup> Vgl. 1. Sitzung des Gemeinsamen Ausschusses der vier Parteien am 14. Juli 1945, Deutsche Volkszeitung 15. Juli 1945, abgedruckt in: Weber, Hermann (Hrsg.): Parteiensystem zwischen Demokratie und Volksdemokratie. Dokumente und Materialien zum Funktionswandel der Parteien und Massenorganisationen in der SBZ/DDR 1945-1950, Köln 1982, S. 298.

<sup>11</sup> Interview mit Andreas Hermes am 1.11.1945, auszugsweise abgedruckt in: Die Christlich-Demokratische Union Mitteldeutschlands (Ost CDU) nach ihrem 12. Parteitag (Oktober 1968), in: Deutschlandfunk: Die Blockparteien der SED, Köln 1968, S. 56.

Stellvertreter von Andreas Hermes war der frühere preußische Handelsminister Walther Schreiber. Er widersprach als erster führender CDU-Vertreter den im Sommer 1945 von der SMAD erarbeiteten gesetzlichen Grundlagen für die Bodenreform,<sup>12</sup> die von Wolfgang Leonhard ins Deutsche übersetzt und dann in Kooperation zwischen den Landwirtschaftsabteilungen der SMAD und der KPD mit Ausführungsbestimmungen versehen wurden. Die KPD brachte den Entwurf als ihren eigenen in den Blockausschuss ein. Schreiber schlug daraufhin abweichende Regelungen vor.<sup>13</sup> Dies hatte zur Folge, dass Schreiber und Hermes zu Marschall Genadi Shukow in die SMAD-Kommandantur bestellt wurden. Shukow drohte ihnen, er könne Parteien, die ihm nicht gefielen, liquidieren. Er wolle dies nicht und wünsche vielmehr ein friedliches Zusammenleben. Die Bodenreform würde jedoch von unten her durchgeführt, und je schneller die Junker verschwänden, desto eher wäre die faschistische Ideologie beseitigt.<sup>14</sup>

Daraufhin arbeitete Schreiber eine Resolution aus, die sich gegen die Art und Weise der Durchführung der Bodenreform, nicht aber die Reform selbst aussprach. „Tausende von politisch völlig unbelasteten Familien, selbst schärfste Gegner des Nazisystems und anerkannte Opfer des Faschismus sind unter Anwendung faschistischer Methoden von Heim und Herd vertrieben, ohne jedes Recht aus ihrer Heimat ausgewiesen,

<sup>12</sup> „Seitens der CDU wurde anfangs insbesondere darauf verwiesen, daß die generelle Liquidierung der um mehr als 20 Prozent effektiver wirtschaftenden agrarischen Großbetriebe zwangsläufig zu großen Problemen bei der Sicherung der Ernährung führen werde. Außerdem lehnte sie das Prinzip der entschädigungslosen Enteignung ab. Schreiber hatte zur zweiten Sitzung des vom zentralen Blockausschuß einberufenen Sonderausschusses für die Bodenreform am 10.9.1945 ein Agrarreform-Konzept vorgelegt, das an das deutsche Reichssiedlungsgesetz von 1919 anknüpfte.“ Kaiser, Monika: „Es muß demokratisch aussehen ...“. Moskau und die Gleichschaltung des Parteiensystems in der sowjetischen Besatzungszone Deutschlands 1944/45-1948/49, in: Kreuzberger, Stefan; Görtemaker, Manfred (Hrsg.): Gleichschaltung unter Stalin? Die Entwicklung der Parteien im östlichen Europa 1944-1949, Paderborn 2002, S. 273, Fußnote (FN) 27.

<sup>13</sup> Vgl. ebd., S. 273.

<sup>14</sup> Vgl. ebd., S. 274.

ihrer Freiheit und nicht nur ihres gesamten Landbesitzes, sondern auch ihrer gesamten persönlichen Habe beraubt worden.“<sup>15</sup>

Diese Resolution stand auf der achten Sitzung des Einheitsfront-Ausschusses gegen den von der KPD eingebrachten Entschließungsantrag „Helft den Neubauern!“, welchen die Unionsvertreter nicht unterzeichneten. Die CDU machte ihre Zustimmung vielmehr von einer Stellungnahme aller Parteien gegen die benannten Missstände der Bodenreform abhängig. Die SMAD versuchte, Hermes mit dem Versprechen, seinen Sohn aus sowjetischer Kriegsgefangenschaft zu entlassen, umzustimmen. Hermes ging darauf nicht ein und so wurde der Neubauernaufruf ohne Unterschrift der CDU veröffentlicht.<sup>16</sup> Im Block war erstmals keine Einstimmigkeit herstellbar.

Auch deshalb erhöhte die SMAD den Druck auf die CDU-Parteibasis. Sie wollte die Bodenreform nicht per Befehl, sondern „demokratisch“ durch den Block legitimiert durchsetzen, um ihr eine höhere Akzeptanz zu verschaffen. Leiter von Kreis- und Ortsverbänden wurden zur Besatzungsmacht befohlen, nach ihrer Haltung zur Bodenreform befragt, beschimpft, wenn sie die Position der Parteiführung bezogen, oder aufgefordert, ihre die Bodenreform und die Neubauernhilfe unterstützende Haltung dem Parteivorstand in Berlin schriftlich mitzuteilen.<sup>17</sup> Auch im Ergebnis derartiger Maßnahmen stellte sich der CDU-Landesvorstand Mecklenburg gegen die Parteiführung, was zur Folge hatte, dass die KPD-Presse begann, die CDU in „reaktionäre“ und „fortschrittliche“ Flügel zu differenzieren.<sup>18</sup>

Nach der Verweigerung der Unterschrift unter den Neubauernaufruf teilte der SMAD-Offizier Sergej Tjulpanow Schreiber und Hermes am 18. Dezember 1945 mit, dass er das Vertrauen zu ihnen verloren hätte. Sie verweigerten, von sich aus zurückzutreten. Daraufhin forderte Tjulpanow sie zur Teilnahme an einer Unterredung mit Vertretern der ostdeutschen CDU-Landesverbände auf, welche von den Besatzungsbehörden nach

<sup>15</sup> Resolution, auszugsweise abgedruckt in: Fischer; Agethen, S. 13.

<sup>16</sup> Vgl. Schwießelmann, Christian: Die Christlich-Demokratische Union Deutschlands in Mecklenburg und Vorpommern. Von der Gründung bis zur Auflösung des Landesverbandes (1945-1952), Düsseldorf 2011, S. 105.

<sup>17</sup> Vgl. Schlomann, S. 55f.

<sup>18</sup> Vgl. Schwießelmann, Mecklenburg, S. 142.

Ost-Berlin gebracht wurden. Diese waren nicht in der Lage, sich zu einer förmlichen Absetzung von Hermes und Schreiber durchzuringen, obwohl auch hochrangige CDU-Mitglieder wie Jakob Kaiser und Ernst Lemmer sich nicht vor ihre Parteiführer stellten. Daraufhin setzte Tjulpanow den ersten und zweiten Vorsitzenden der CDU ab und schlug Kaiser und Lemmer als deren Nachfolger vor. Nach einer Anstandsfrist von zwei Tagen nahmen sie die „Wahl“ an.<sup>19</sup>

Siegfried Suckut stellt die Absetzung von Hermes und Schreiber in Nuancen anders dar. Da die CDU, so Suckut, in der Bodenreformfrage keine grundlegend andere Position als die SMAD und KPD vertrat, stellte sich für die CDU-Mitglieder die Frage der Bodenreform nicht als politische Existenzfrage. „Bezeichnenderweise war Ernst Lemmer sofort bereit, nun die Parteiführung zu übernehmen, Jakob Kaiser nach kurzer Bedenkzeit.“<sup>20</sup> Anschließend lieferte die SMAD dem CDU-Blatt „Neue Zeit“ einige selbstverfasste Texte zu dem Vorgang, die, ohne die Urheberschaft zu vermerken, in der Zeitung abgedruckt werden mussten.

Ab 1946 trug auch die CDU zur Stabilisierung der Neubauernwirtschaften bei.<sup>21</sup> Bereits auf ihrem ursprünglich noch „Berliner Tagung der Union“ genannten ersten Parteitag vom 15. bis 17. Juni 1946 im Theater am Schiffbauerdamm nannten die CDU-Delegierten die Bodenreform einen historischen Akt zur Sicherung der Demokratie.

Die SMAD hatte gezeigt, wie sie die Rolle der Blockparteien verstand, und erstmals war die Spaltung der CDU in eine „progressive“ sowie eine „traditionelle“ Fraktion erkennbar geworden. Hermes und Schreiber formulierten nach ihrer Absetzung in einem Schreiben an die Mitglieder des Gründungsausschusses ihre Probleme mit der SMAD und wandten sich gegen das Gerücht, dass ihnen die Parteibasis das Vertrauen entzogen hät-

<sup>19</sup> Wettig, Gerhard: Der Konflikt der Ost-CDU mit der Besatzungsmacht 1945-1948 im Spiegel sowjetischer Akten, in: Historisch-Politische Mitteilungen (HPM). Archiv für Christlich-Demokratische Politik, 6. Jahrgang 1999, S. 119.

<sup>20</sup> Suckut, Siegfried: Zum Wandel von Rolle und Funktion der Christlich-Demokratischen Union Deutschlands (CDUD) im Parteiensystem der SBZ/DDR (1945-1952), in: Weber, Parteiensystem, S. 119.

<sup>21</sup> Vgl. Bauer, Theresia: Blockpartei und Agrarrevolution von oben. Die Demokratische Bauernpartei Deutschlands 1948-1963, München 2003, S. 50, FN 124.

te. Diese hatte zwar auch Unverständnis über die Ablehnung des Aufrufs zu erkennen gegeben, ein Vertrauensverlust wäre aber nicht eingetreten.<sup>22</sup> Für Hermes war die parteipolitische Laufbahn damit beendet. Sein Versuch, in der West-CDU eine Spitzenfunktion zu übernehmen, scheiterte an Konrad Adenauer, der Ende des Jahres 1945 seine Karriere begann. Damit hatten sich für zukünftige Parteiführungen der Ost-CDU die neben SMAD und KPD/SED wesentlichen politischen Größen markiert: die Parteibasis und die West-CDU.

## 1.2. Jakob Kaiser / Ernst Lemmer

Am 4. Januar 1946 traten mit dem früheren Zentrums Politiker Jakob Kaiser (Vorsitzender) und dem vormaligen Liberalen Ernst Lemmer (1. Stellvertreter) zwei ehemalige Gewerkschaftsfunktionäre an die Spitze der sich zunehmend in Abgrenzung zur westdeutschen CDU als Ost-CDU bzw. „CDU Mitteldeutschlands“ verstehenden Partei. Jakob Kaiser hatte unmittelbar nach Kriegsende in Berlin versucht, gemeinsam mit Sozialdemokraten eine „Partei der Arbeit“ nach dem Vorbild der englischen Labour Party ins Leben zu rufen.<sup>23</sup> Deshalb überraschte es nur wenig, dass er Anfang des Jahres 1946 erklärte, den „Christlichen Sozialismus“ zum Parteiprogramm der CDU machen zu wollen und dass er seine Partei wie auch Gesamtdeutschland als eine Brücke zwischen Ost und West sehe. Der Sozialismus als ideologische Möglichkeit war nach dem Nationalsozialismus nicht obsolet. Kaiser stand daher nicht allein für diese Wen-

<sup>22</sup> Vgl. Zeidler, Stephan: Die CDU in der DDR vor dem Mauerbau (1953-1961), Bonn 2001, S. 25.

<sup>23</sup> Alexander Fischer schreibt: „Es ist die fehlgeschlagene Bildung einer deutschen Labour Party gewesen, die wesentlich dazu beitrug, Andreas Hermes zur ‚Schlüsselgestalt‘ (J. B. Gradl) für die Entstehung der ‚Christlich-Demokratischen Union Deutschlands‘ werden zu lassen. Nachdem der von Kaiser verfolgte Gedanke, eine große Arbeiterpartei nach dem Vorbild der britischen Labour Party zu gründen, an dem ‚deutlichen Zug nach links‘ (N. Conze) der wiedererstehenden Sozialdemokratie gescheitert war, verfolgte Kaiser zusammen mit Andreas Hermes das Ziel, ‚diejenigen Kräfte zu sammeln, die auf demokratischem Boden, aber nicht im Sinne der von Karl Marx begründeten Lehre politisch zu wirken entschlossen waren.‘“ Fischer, Alexander: Andreas Hermes und die gesamtdeutschen Anfänge der Union, in: Fischer; Agethen, S. 8.

dung zum Sozialismus, die einen Grund in der starken Präsenz von Gewerkschaftern in den Gründungszirkeln der CDU hatte.<sup>24</sup>

Vom 14. bis 16. Dezember 1945 fand noch auf Anregung von Hermes in Bad Godesberg das erste gesamtdeutsche Treffen der unterschiedlichen christlich-demokratischen Gründergruppen statt. Dort verständigten sich die Delegierten, mit Ausnahme der bayerischen, auf den von den Berliner Gründern empfohlenen Namen „Christlich-Demokratische Union Deutschlands“ und richteten einen „Zonenverbindungsausschuss“ ein. Dieser arbeitete später unter dem Namen „Arbeitsgemeinschaft der CDU/CSU“ einige Jahre in Frankfurt/Main als quasi wirkungsloser zonenübergreifender Parteivorstand.<sup>25</sup>

Für ein Auseinanderdriften der CDU in Ost und West sorgte aber auch Kaiser, der für eine erste Zusammenkunft der Verantwortlichen der CDU im Januar 1946 notierte: „Es ist merkwürdig, daß nach Mitteilungen der Presse zur selben Zeit, in der ich meine Erklärung zum Weg der Union bekannt gab, in der ich von der Notwendigkeit sprach, sich mit sozialistischen Maßnahmen und Planungen auf dem Gebiet der Wirtschaft vertraut zu machen, auch in anderen Teilen des Reiches Menschen unserer Gesinnung, Menschen, die sich zu unserer Partei bekennen oder bekennen wollen, die gleichen Erkenntnisse und den gleichen Willen vor der Öffent-

<sup>24</sup> Parallel zur Absetzung von Hermes und Schreiber fand am 18. Dezember 1945 eine erste Vorberatung zur „Entwicklung einer ‚sozialistischen‘ Programmatik“ beim Berliner Parteivorstand statt. Im Protokoll dieser Beratung heißt es: „Zur Diskussion wird zunächst die Frage gestellt, wie sich die CDU zum Gebrauch des Wortes ‚Sozialismus‘ verhalten soll. Für den Ausdruck spricht, daß die Bezeichnung für das, was die jetzt zu Ende gehende kapitalistische Epoche ablöst, höchstwahrscheinlich doch einmal das Wort Sozialismus sein wird. Andererseits ist dieses Wort schwer diskreditiert. Für die CDU kann Sozialismus zudem niemals ein Bekenntnis, sondern lediglich eine Angelegenheit praktischer Wirtschaftspolitik sein. Wesentlich besser würde schon die Formulierung ‚christlicher Sozialismus‘ sein, die das für sich hat, daß sie in ökumenischen Kirchenkreisen und voraussichtlich auch in weiten Kreisen Frankreichs großes Verständnis finden würde.“ Protokoll der ersten Vorberatung zur Entwicklung einer „sozialistischen“ Programmatik beim Berliner Parteivorstand, in: Suckut, Wandel, S. 134.

<sup>25</sup> Vgl. Agethen, Manfred: Die CDU in der SBZ/DDR 1945-1953, in: Frölich, Jürgen (Hrsg.): „Bürgerliche Parteien in der SBZ/DDR“. Zur Geschichte von CDU, LDP(D), DBD und NDPD 1945 bis 1953, Köln 1995, S. 50f.

lichkeit bekunden. Ein Zeichen, wie tief die soziale und politische Erkenntnis schon in unserem Volke wurzelt, daß wirtschaftlich und sozial neue Wege beschritten werden müssen.“<sup>26</sup> Laut Suckut war es Ziel der auf dem Parteitag im Juni 1946 beschlossenen neuen Programmatik, in Anbetracht der sich entwickelnden Vereinigung von KPD und SPD, ehemalige SPD-Unterstützer für sich zu gewinnen und so zur führenden politischen Kraft in der SBZ zu werden.<sup>27</sup>

Im Februar des Jahres 1946 schlug die KPD in Sachsen, dem industriellen Zentrum der Ostzone, einen Volksentscheid zur Überführung der beschlagnahmten Industrie in Volkseigentum vor. Kaiser stimmte für die CDU diesem Vorschlag zu. Das Protokoll der CDU-Vorstandssitzung vom 5. Juni 1946 beschreibt den differenzierten Umgang innerhalb des Vorstands mit den Enteignungen: „In diesem Stadium hat die CDU in Berlin die Initiative bei der Einheitsfront ergriffen und auf die schweren Bedenken aufmerksam gemacht, die eine vorzeitige und lokal beschränkte Sozialisierung in Sachsen zur Folge haben mußte. [...] Es ist der Partei gelungen, die Rubrik der Kriegsinteressenten in der ursprünglichen Fassung aus den Richtlinien herauszubringen und aus dem allgemeinen Sozialisierungsplan einen beschränkten Plan der Enteignung von Kriegsverbrechern und Naziaktivisten zu machen.“<sup>28</sup>

Das auf dem Juni-Parteitag beschlossene und tendenziell sozialistische Programm der CDU führte dazu, dass sie dem Volksentscheid vom 30. Juni 1946 in Sachsen ihre Zustimmung quasi erteilen musste. Durch diesen wurde das Vermögen der „Nazi- und Kriegsverbrecher“ in Volkseigentum überführt. Die zum Enteignungsentscheid vorgelegten Listen von Betrieben konnten von CDU und LDPD noch marginal gekürzt werden. Über 77 Prozent der Wahlberechtigten stimmten anschließend der Enteignung auch wegen der Befürwortung durch die CDU zu.

Die im Herbst 1946 nach dem Verhältniswahlrecht mit konkurrierenden Listen abgehaltenen Wahlen in der SBZ (Gemeindewahlen im September, Kreis- und Landtagswahlen im Oktober) führten wegen massiver Behin-

<sup>26</sup> Erste Zusammenkunft der verantwortlichen Männer der CDU (Januar 1946), Redenotizen Jakob Kaisers, abgedruckt in: Suckut, Wandel, S. 137.

<sup>27</sup> Vgl. Suckut, Wandel, S. 120.

<sup>28</sup> Protokoll der CDU-Vorstandssitzung am 5. Juni 1946, auszugsweise abgedruckt in: Suckut, Wandel, S. 144.

derung der bürgerlichen Parteien durch die SMAD, aber auch einer ausgebliebenen Wahlempfehlung der evangelischen Kirche nicht zum angestrebten Erfolg der Christdemokraten. Diese hatten eigentlich gehofft, auch mit kirchlichem Beistand das Quasi-Monopol der ein halbes Jahr zuvor gegründeten SED zu brechen. In zwei von fünf Landtagen konnte sie zukünftig aber gemeinsam mit der Liberal-Demokratischen Partei Deutschlands (LDPD) eine Mehrheit der Abgeordneten stellen und sich somit vorübergehend als Volkspartei etablieren. Der Parteivorstand in Berlin richtete in seinen Räumen ein Verbindungsbüro ein, das Otto Nuschke leitete und welches mit allen CDU-Landtagsfraktionen möglichst steuernden Kontakt hielt.

Die Union war zu einer „sozialistischen“ Oppositionspartei geworden, die, so Suckut, der SED ein stärkerer Konkurrent war, als sie es unter Hermes und Schreiber wahrscheinlich je geworden wäre.<sup>29</sup> Letztendlich war die CDU noch fähig, die durch die Vereinigung von SPD und KPD vom April 1946 entstandene Lücke im Parteienspektrum programmatisch und personell zu schließen. Die Ost-CDU wurde nun weitgehend als stärkste Kraft gegen die SED angesehen, was ihren Mitgliederstand bis Ende 1947 auf 218.000, den höchsten Stand ihrer Geschichte, ansteigen ließ.<sup>30</sup>

Auch als Folge der Wahlergebnisse plädierte SED-Chef Walter Ulbricht in der Oktoberausgabe der SED-Zeitschrift „Einheit“ mit den Worten „Oftmals wird die Blockpolitik nur als Arbeitsgemeinschaft von SED, LDP und CDU aufgefaßt“<sup>31</sup> für eine stärkere Einbeziehung der SED-gesteuerten Massenorganisationen in die Blockpolitik, um ein Anwachsen der politischen Durchschlagskraft von CDU und Liberaldemokraten zu verhindern.

Diese Etablierung in der Sowjetzone brachte die CDU immer mehr in Gegensatz zur CDU der Westzone. Am ersten Parteitag im Juni 1946 hatten noch über 100 westdeutsche CDU-Politiker teilgenommen. Konrad Adenauer war nicht unter ihnen, und so wurde hier die bereits auf der Bad Godesberger Tagung vom Dezember 1945 aufgetretene Konkurrenz der

<sup>29</sup> Vgl. Suckut, Wandel, S. 121.

<sup>30</sup> Vgl. Agethen, CDU in der SBZ, S. 52.

<sup>31</sup> Vgl. Wernet-Tietz, Bernhard: Bauernverband und Bauernpartei in der DDR. Die VdgB und die DBD 1945-1952. Ein Beitrag zum Wandlungsprozeß des Parteiensystems der SBZ/DDR, Köln 1984, S. 82.

verschiedenen regionalen Gründungsgruppen fortgeschrieben. Im November 1946 bezeichnete Lemmer Adenauers auf Berlin bezogene Erklärung, dass die Hauptstadt Deutschlands nicht zwischen „Kartoffelfeldern“ und nicht auf „Kolonialboden“ liegen dürfe, als eine snobistisch zu nennende Entgleisung, die nicht mit einem parteifreundlichen Schweigen übergangen werden dürfe.<sup>32</sup>

Am 10. März 1947 lud Kaiser aus Anlass der Vorstandssitzung der gesamtdeutschen CDU-Arbeitsgemeinschaft zu einem Empfang in das Haus des Kulturbundes in Berlin. Einen Tag später wurde die Arbeitsgemeinschaft auch von Oberst Tjulpanow in Karlshorst empfangen. Der die ost- und westdeutschen CDU-Verbände trennende Konflikt blieb aber, dass die Parteiführung unter Kaiser in Konkurrenz zu Adenauers Westintegration einer Wiedervereinigung der beiden Teile Deutschlands auf neutraler Grundlage den Vorzug gab. In den für die Zusammenarbeit mit anderen Parteien im Juli 1947 veröffentlichten Richtlinien heißt es dazu: „Gegenüber der immer drohender werdenden Gefahr des Auseinanderfalls Deutschlands bekennt sich der erweiterte Vorstand der Union der Ostzone und Berlins erneut zu einer Politik der Zusammenfassung aller deutschen Kräfte. Er macht sich die von Jakob Kaiser aufgezeigten Grundlinien dieser Politik zu eigen in dem Bewußtsein, daß die Union in erster Linie berufen ist, Wegbereiter des deutschen Zusammenhalts über die Zonengrenzen hinweg zu sein.“<sup>33</sup> Die so genährten Spannungen zwischen der Adenauer-CDU in der britischen Zone und der CDU in der sowjetischen Zone wirkten auf beide Parteien nachhaltig prägend.

Zum vorläufigen Bruch zwischen der CDU-Spitze und der SMAD hingegen kam es am 12. Juli 1947, als Kaiser auf einer Sitzung des erweiterten Parteivorstandes die Zusammenarbeit der Parteien im Block infrage stellte und auf dem 2. Parteitag im September 1947 das Selbstverständnis der CDU als „Wellenbrecher des dogmatischen Marxismus“ unterstützte. Die SMAD hatte versucht, die Wiederwahl Kaisers und Lemmers auf diesem Parteitag zu verhindern, was eindrücklich scheiterte. Spätestens nach dem Parteitag begann die SMAD mit einer verschärften Verfolgung von „reaktionären“ CDU-Mitgliedern. Mehr als die Hälfte der Delegierten des 1947er Parteitages traf sich auch deswegen im Jahr 1950 auf dem Partei-

<sup>32</sup> Vgl. Schlomann, S. 91.

<sup>33</sup> Richtlinien für die Zusammenarbeit mit anderen Parteien, Juli 1947, abgedruckt in: Suckut, Wandel, S. 155.

tag der Exil-CDU in Westdeutschland wieder, das mittlerweile von Adenauer regiert wurde, der auch den 1947er Parteitag der Ost-CDU nicht besucht hatte. Bis 1950 verlor die Ost-CDU ein Viertel ihrer Mitglieder auch durch Flucht in die Bundesrepublik.<sup>34</sup>

Die SMAD verbot den Abdruck der Kaiser-Rede vom 12. Juli und versuchte, nachrangige Funktionäre gegen ihn zu mobilisieren. Daraufhin boykottierte die CDU-Führung Veranstaltungen des Blocks anlässlich des 30. Jahrestages der Oktoberrevolution. Das SED-Zentralorgan „Neues Deutschland“ griff Kaiser und Lemmer zu diesem Zeitpunkt außerdem mit dem absurden Vorwurf an, sie wollten die Ost-CDU zu einem Anhängsel der reaktionären Politik Adenauers machen.<sup>35</sup> Monika Kaiser wiederum meint, dass „die CDU den Sowjets auf bestimmten Gebieten diene, ihnen auf anderen jedoch entgegentrat. Die partielle Opposition wurde von der sowjetischen Besatzungsmacht hauptsächlich aus deutschlandpolitischen Gründen toleriert, weil und solange man ihr Engagement für die deutsche Einheit brauchte.“<sup>36</sup>

Noch vor der Alliierten Außenministerkonferenz in London Ende des Jahres 1947 rief die SED am 26. November zur Bildung eines deutschen „Volkskongresses für Einheit und gerechten Frieden“ auf. Dieser Volkskongress war vorläufiger Ersatz für ein gewähltes Parlament in der sowjetischen Besatzungszone. Die CDU-Führung sah im Volkskongress ein SED-Manöver zum eigenen Vorteil und lehnte ihn ab. Im Gegensatz zu Kaiser waren die ostdeutschen CDU-Landesvorstände jedoch für eine Teilnahme am Volkskongress. Diese Unstimmigkeiten wurden nicht offen ausgetragen, so dass sich der CDU-Gesamtvorstand am 2. Dezember 1947 einstimmig gegen eine Teilnahme am Volkskongress aussprach und verkündete: „Jetzt hat die SED nach Beginn der Londoner Konferenz ohne Wissen der Union und ohne vorherige Fühlungnahme mit ihr zu einem deutschen Volkskongress aufgerufen und die Einberufung des Kongresses mit einem Angriff auf den Vorsitzenden der Union, Jakob Kaiser, verbunden. Dies würde die Union nicht abhalten, an dem Kongress teilzunehmen, wenn er geeignet erschiene, in sinnvoller Weise der Zusammenfassung der deutschen politischen Kräfte aller Zonen zu dienen. Die Union hegt

<sup>34</sup> Vgl. Buschfort, Wolfgang: Parteien im Kalten Krieg. Die Ostbüros von SPD, CDU und FDP, Berlin 2000, S. 56.

<sup>35</sup> Vgl. Schlomann, S. 109.

<sup>36</sup> Kaiser, S. 291.

aber die Sorge, daß auf dem von der SED eingeschlagenen Wege das nicht gelingen kann, was in monatelanger zäher Arbeit von Parteien und hervorragenden Persönlichkeiten ganz Deutschlands vergeblich versucht worden ist. Der Volkskongreß wird nach allen Gegebenheiten keinen wirklichen gesamtdeutschen und überparteilichen Charakter tragen. Aus diesem Grunde sieht sich die Union nicht in der Lage, an dem Kongreß teilzunehmen. Soweit Mitglieder der Union, insbesondere auch in Ausübung sonstiger Funktionen, der Einladung zu dem Kongreß Folge leisten, geschieht dies aus eigener Entscheidung, deren Motive der Vorstand unter den gegebenen Verhältnissen würdigt.<sup>37</sup>

Zur Hauptvorstandssitzung der CDU am 2. Dezember lagen aber auch Beschlüsse einzelner Landesverbände vor, welche die Teilnahme am Volkskongress befürworteten.<sup>38</sup> Die SED fälschte laut Schlomann sogar eine Zustimmungserklärung Ernst Lemmers zum Volkskongress, die sie im „Neuen Deutschland“ abdruckte.<sup>39</sup> Andere Autoren hingegen berichten, dass die SMAD erzwang, Kaiser durch seinen loyaleren Stellvertreter Lemmer zu ersetzen, der diesem Ansinnen gegenüber nicht abgeneigt schien.<sup>40</sup>

Nachdem die SMAD am 19. Dezember 1947 den Rücktritt von Kaiser und Lemmer erzwungen hatte, übertrug sie noch am selben Tag den sechs ostdeutschen Landesvorsitzenden die kommissarische Parteiführung. Erst später rückte Otto Nuschke als neuer starker Mann ins Blickfeld. Am 2. Dezember 1947 hatte er sich noch hinter Kaiser gestellt. Nach einem Gespräch mit dem SMAD-Offizier Sergej Iwanowitsch Tjulpanow am 4. Dezember und dem Besuch des ersten Volkskongresses am 6. Dezember forderte er Kaiser aber am 11. Dezember öffentlich zum Rücktritt auf.<sup>41</sup>

Verglichen mit der Absetzung der Parteispitze zwei Jahre zuvor waren die „progressiven“ Kräfte in der CDU stärker geworden und nicht unwesentlich an der Entmachtung von Kaiser und Lemmer beteiligt. Mitte Januar

<sup>37</sup> Entschließung des Hauptvorstandes vom 2. Dezember 1947 gegen die Teilnahme am 1. Volkskongress, abgedruckt in: Suckut, Wandel, S. 157.

<sup>38</sup> Vgl. Schwießelmann, Mecklenburg, S. 231.

<sup>39</sup> Vgl. Schlomann, S. 115.

<sup>40</sup> Vgl. Schwießelmann, Mecklenburg, S. 236.

<sup>41</sup> Vgl. Suckut, Wandel, S. 125.

1948 erhielt Kaiser Redeverbot für die SBZ, während Lemmer nahezu zeitgleich zum Vizepräsidenten des Kulturbundes zur demokratischen Erneuerung Deutschlands gewählt wurde, wogegen die SMAD keinen Einspruch erhob.

Nachdem von den ersten 14 gewählten Mitgliedern des CDU-Hauptvorstandes der SBZ zehn in den Westen gegangen waren, gründeten diese das „Büro Jakob Kaiser“ in West-Berlin. Am 21. September 1948 wurde die Gruppe von der CDU/CSU als demokratisch legitimierte Vertretung der CDU-Mitglieder in der SBZ anerkannt. Anschließend wurde am 24./25. September die Exil-CDU in Berlin gegründet. Kaiser machte von hier aus schon seit längerer Zeit Stimmung gegen Nuschke.<sup>42</sup> Dieser wiederum bezeichnete Adenauer als den Feind Nummer eins in der deutschen Entwicklung.<sup>43</sup> Die West-CDU hingegen sah in den „Nuschkot“ keine Schwesterpartei mehr.<sup>44</sup> Im Herbst 1948 brach die West-CDU den Kontakt zur Ost-CDU endgültig ab. Nebenbei hatte Adenauer durch die Entmachtung Kaisers die Rivalität zwischen dem Berliner Gründerkreis und dem Rheinischen Gründungszirkel um die gesamtdeutsche Vormachtstellung zugunsten des letzteren, des westdeutschen, entschieden.<sup>45</sup> Adenauer formte eine westdeutsche Regierungspartei, der zukünftig eine ostdeutsche Blockpartei gegenüberstand.

### 1.3. Otto Nuschke

Otto Nuschke wurde am 23. Februar 1883 in Frohburg in Sachsen geboren. Nach Tätigkeiten als Buchdrucker und Redakteur nahm er als Gefreiter am Ersten Weltkrieg teil. Er war Gründungsmitglied der liberalen Deutschen Demokratischen Partei (DDP), für die er an der Erarbeitung der Weimarer Verfassung beteiligt war. Im Jahr 1919 wurde Nuschke Mitglied der Nationalversammlung, später Abgeordneter des preußischen

<sup>42</sup> Vgl. Zeidler, Stephan: Auf dem Weg zur Kaderpartei? Zur Rolle der Ost-CDU in der inneren Entwicklung der DDR 1952-53, Hamburg 1996, S. 29.

<sup>43</sup> Vgl. Jander, Ingrid: Politische Verfolgung in Brandenburg 1949 bis 1953. Der Kampf gegen Ost-CDU, Bauern und Kirchen im Spiegel der Akten von SED und Staatssicherheit, Düsseldorf 2012, S. 121.

<sup>44</sup> Vgl. Lapp, Peter Joachim: Gerald Götting – CDU-Chef in der DDR. Eine politische Biografie, Aachen 2011, S. 172.

<sup>45</sup> Vgl. Buschfort, S. 61.

Landtages. Nach dessen Auflösung im Jahr 1933 zog er sich auf seinen Hof nahe Berlin zurück, von wo aus er, von den Verschwörern des 20. Juli 1944 als Verantwortlicher des zukünftigen Rundfunks im Deutschen Reich eingeplant, nach dem Scheitern des Hitler-Attentats bis zum Kriegsende untertauchen musste. Bereits im Jahr 1945 wurde er Verlagsleiter der „Neuen Zeit“, des Zentralorgans der Ost-CDU. Diese Partei hatte er zuvor mitbegründet und saß für sie später in den Landtagen von Brandenburg und Sachsen-Anhalt. Er war der einzige von den 34 Unterzeichnern des Berliner Gründungsaufufes der CDU, der nicht in den Westen ging.

Trotz der Anpassungsbereitschaft Nuschkes stellte die CDU von Februar bis August 1948 wegen der andauernden Repressalien gegen Parteimitglieder die Mitarbeit im Block ein. Einen Monat nach Beendigung dieses Boykotts wurde Nuschke im September 1948 auf dem CDU-Parteitag in Erfurt offiziell zum neuen Vorsitzenden der Ost-CDU gewählt. In seiner Parteitagsrede sah er für die Ostdeutschen die Möglichkeiten, Selbstmord zu verüben, in den Westen zu gehen oder sich loyal zur SMAD zu verhalten. Der anhaltinische Jungdelegierte Gerald Götting war vom weltweiten Sieg des Sozialismus überzeugt, SMAD-loyal und bekam als Jugendvertreter mit einem außerordentlich guten Stimmenergebnis auf dem Parteitag einen Sitz im Hauptvorstand.

Der Führungswechsel in der CDU-Spitze kam einem Kurswechsel gleich. Nuschke verabschiedete sich von Kaisers Konzept, das die Union und Deutschland als Brücke zwischen Ost und West sah. Er lehnte sich an die Ost-Orientierung der SED an, auch in Absetzung von der programmatischen Westintegration der West-CDU. Den Einheitsgedanken gab er hingegen nicht auf, favorisierte aber eine deutsche Neutralität, womit er deutschlandpolitische Konzeptionen der SMAD übernahm.

Während der Bundestag demokratisch gewählt wurde, mussten die Mitglieder der ersten Volkskammer aus der mittlerweile etablierten Volkskongressbewegung delegiert werden. Zum Streit kam es innerhalb der CDU einerseits über die wiederholte Verschiebung von Wahlen, andererseits um die Aufstellung von Wahl-Einheitslisten. Diese Diskussionen fanden im Umfeld von im Sommer 1949 vom Block beschlossenen Säuberungsmaßnahmen gegen „politische Reaktionäre“ in den Blockparteien statt. Ende September 1949 nahm die SED trotzdem Verhandlungen mit der CDU über die Bildung der zukünftigen provisorischen Regierung auf.

Bei der Sitzung des Hauptvorstandes der CDU am 5. Oktober 1949 im Unionshaus in Berlin berichtete Nuschke über die Bildung des vorläufigen Kabinetts und bat um eine Ermächtigung, dieser zustimmen zu dürfen. Auf dieser Sitzung, so Zeugen, schlug der sächsische CDU-Chef Hugo Hickmann vor, die provisorische Volkskammer aus den demokratisch gewählten Landtagen zu bilden und die Termine für die nächsten Landtagswahlen sofort festzulegen.<sup>46</sup>

Das Misstrauen der SED traf selbst die von ihr handverlesen eingesetzten BlockpartEIFunktionäre. Otto Grotewohl, SED-Vorsitzender und Chef der ersten provisorischen Regierung, führte zwei Tage nach der Staatsgründung am 7. Oktober 1949 vor dem SED-Parteivorstand aus, dass er in Gesprächen mit den „Bürgern“, d.h. den Vorsitzenden der „alten“ Parteien, im Vorfeld der Kabinettsbildung von tiefstem Ekel erfasst worden sei. Dies vor allem wegen ihrer Vorstellungen von Postenübernahmen durch die bürgerlichen Parteien.<sup>47</sup>

Nuschke selbst wurde stellvertretender Ministerpräsident in der Regierung, und auf dem vierten Parteitag der CDU im November 1949 in Leipzig billigten die Delegierten die Staatsgründung der DDR nachträglich. Trotzdem versuchten viele Orts- und Kreisverbände mit Misstrauensanträgen gegen die Parteiführung um Nuschke, der mit dem Emblem der Deutsch-Sowjetischen Freundschaft am Revers auftrat,<sup>48</sup> diese auf dem Parteitag zu stürzen. Seiner Partei versicherte Nuschke, dass freie Wahlen so bald wie möglich nachgeholt würden. Sowjetische Schätzungen in dieser Zeit gingen von einem Stimmenpotenzial von 75 Prozent für die CDU in freien Wahlen aus.<sup>49</sup>

Die Erwartungen Nuschkes und der CDU-Mitgliederbasis an die DDR-Verfassung erfüllten sich nicht. So wurden die neu gebildeten Ministerien weiterhin von sowjetischen Kommissaren kontrolliert. Durch die Beteili-

<sup>46</sup> Vgl. Schlomann, S. 189.

<sup>47</sup> Suckut, Siegfried: Ost-CDU und LDPD aus der internen Sicht von SED und MfS, in: Frölich, S. 104.

<sup>48</sup> Im darauf folgenden Monat sprach der seit der Weimarer Republik „russophile“ Nuschke in einem Zeitungsbeitrag Stalin eine Erlöserrolle zu. Vgl. Jander, S. 97, FN 259.

<sup>49</sup> Vgl. Kiefer, Markus: Gründung und Anfänge der CDU in Thüringen (1945-1952), hrsg. von der CDU Thüringens, S. 20.

gung an der Regierung jedoch war Opposition gegen diesen Umstand kaum noch möglich.<sup>50</sup> Generell blieb die administrative Macht der Ost-CDU gering. Anfang 1950 waren von den 6.000 Angestellten in den Ost-Berliner Ministerien nur 42 Personen CDU-Mitglieder, obwohl zuvor mit der SED 900 Stellen für CDU-Mitglieder vereinbart worden waren. Im Innenministerium gab es kein einziges CDU-Mitglied und im Planungsministerium war die CDU, laut Schlomann, durch eine Putzfrau vertreten.<sup>51</sup>

Auch wegen der anhaltenden Verweigerung einer Einheitsliste zur Volkskammerwahl durch die CDU erschien FDJ-Chef Erich Honecker persönlich beim neuen Generalsekretär Gerald Götting im Unionshaus und drohte ihm mit der Auflösung der Ost-CDU für den Fall der weiteren Nichtzustimmung.<sup>52</sup> Götting gehörte der nachrückenden „progressiven“ Partielite an, die sukzessiv die Angehörigen des Gründerkreises aus den Führungspositionen verdrängte. Mitte der 1950er Jahre gehörten nur noch Nuschke und Lobedanz aus der Gründergeneration zum engeren Führungszirkel. Das prominenteste Opfer von Auseinandersetzungen zwischen nachrückenden Eliten und altem Führungszirkel war Hugo Hickmann, der Vorsitzende des Landesverbandes Sachsen der CDU. In seinen Reden nach der Staatsgründung hatte er die Verschiebung der Volkskammerwahlen wie auch die Blockpolitik kritisiert. Nach inszenierten Protesten gegen ihn trat er Ende Januar 1950 von seinen Ämtern zurück.

Am 28. Januar 1950 verlangte die CDU-Führung von allen Funktionären und Mitgliedern ein Bekenntnis zur DDR. Sie forderte die aktive Mitwirkung in der Nationalen Front, die Anerkennung der Oder-Neiße-Grenze wie auch die klare Absage an die Politik Adenauers. Indem sie Achtsamkeit gegenüber Störungen und Bedrohungen des Staatswesens einforderte, unterstützte sie laut Schwießelmann indirekt auch die Arbeit des Ministeriums für Staatssicherheit.<sup>53</sup>

Der Druck auf Nuschke wegen der Einheitswahlliste wurde größer. Er war bereit, ein parteiübergreifendes Wahlprogramm zu verabschieden, lehnte aber weiterhin die Einheitswahlliste ab. In einem Gespräch mit Pieck auf

<sup>50</sup> Agethen, *Widerstand*, S. 34.

<sup>51</sup> Vgl. Schlomann, S. 221.

<sup>52</sup> Vgl. Lapp, Götting, S. 156f.

<sup>53</sup> Vgl. Schwießelmann, *Mecklenburg*, S. 329.

Schloss Niederschönhausen am 15. März 1950 stimmte Nuschke letztendlich der Einheitsliste für die Herbstwahlen des Jahres 1950 zu. Als Vorbehalt flocht er ein, dass die Veröffentlichung dieser Zusage erst später erfolgen sollte. In einer Zusatzerklärung verlautbarten Nuschke und seine Stellvertreter am 28. März 1950, dass die Oktoberwahlen aufgrund gemeinsamer Wahlvorschläge der Parteien und Massenorganisationen durchgeführt werden müssten, um den Frieden zu sichern und nicht durch parteigoistische Agitation für gesonderte Parteilisten zu schwächen. Letztendlich fordere die innenpolitische wie außenpolitische Situation ein Zusammenstehen aller Parteien.<sup>54</sup>

Als der Volkskongress über die Einheitsliste abstimmte, verließ Nuschke laut Zeugen den Saal, um eine Zigarette zu rauchen. Trotzdem erklärte er auf dem sächsischen Parteitag, während Hugo Hickmann aus der Partei ausgeschlossen wurde, bezogen auf die Einheitsliste, dass es nicht darauf ankäme, wie viele Kandidaten die eine oder andere Partei stelle.<sup>55</sup> Somit gab die Nationale Front ab der 1950er Volkskammerwahl Einheitswahllisten mit vorher festgelegter Sitzverteilung der Fraktionen heraus. Die erste freie Volkskammerwahl fand im März 1990 statt. Bis dahin war die Hegemonie der SED festgeschrieben.

Durch einen SED-Politbürobeschluss vom 15. Januar 1952 leitete außerdem zukünftig nicht mehr der Block, sondern die neu geschaffene SED-Zentralkomitee-Abteilung für leitende Organe der Parteien und Massenorganisationen die Führung der Blockparteien ideologisch und praktisch an. Ein Mittel der CDU-Führung, diesen Druck weiterzugeben, war die Aufforderung an die durch die Verwaltungsreform zu Bezirksverbänden mutierte Parteibasis, den kommunistisch beherrschten Massenorganisationen beizutreten.<sup>56</sup>

Die Partei wurde durch den neuen Generalsekretär Götting straffer und zentralistischer geführt. Zum fünften Parteitag der CDU im September 1950 in Berlin wurden die Delegierten nicht mehr von ihren Kreisverbänden bestimmt, sondern vom zuständigen Kreissekretariat ausgewählt. Parteiintern stand später der Generalsekretär mit den drei Hauptabteilungen Politik, Organisation und Verwaltung an der Spitze der Ost-CDU. Die

<sup>54</sup> Vgl. Jander, S. 173.

<sup>55</sup> Vgl. Schlomann, S. 249f.

<sup>56</sup> Vgl. Zeidler, Kaderpartei, S. 43.

Sekretäre hatten nun die operative Macht, während die Partei-Vorstände zu Akklamationsorganen degradiert wurden.

Gerald Götting sorgte im Oktober 1951 mit seinen Meißener „Thesen vom christlichen Realismus“ außerdem für eine sozialistischere Programmatik. „Die Gestaltung einer neuen Gesellschaftsordnung, die auf dem Grundsatz der sozialen Gerechtigkeit ruht, ist ein Beginnen, in dem mitzuwirken wir uns als Christen im Gewissen verpflichtet fühlen. Die Christlich-Demokratische Union hat sich aus christlicher Verantwortung zur sozialistischen Neuordnung der Gesellschaft bekannt.“<sup>57</sup> Auf ihrem Parteitag im Oktober 1952 verabschiedete die CDU diese Thesen als Ersatzprogramm. Zwei Jahre später wurden die Thesen wegen Unstimmigkeiten wieder fallen gelassen. Der CDU-Parteitag vom Oktober 1952 beschloss außerdem, die christlichen Mitbürger über das „Wesen der sozialistischen Ordnung unermüdlich aufzuklären, die friedliebenden Christen zu sammeln und sie an die Mitarbeit in der Verwirklichung der Ziele des sozialistischen Aufbaus heranzuführen. So ist sie [die CDU] die führende, anleitende und helfende Kraft der christlichen Bevölkerung.“<sup>58</sup> Die CDU verstand sich ab dem 1952er Parteitag als kleinbürgerliche Partei, die sich vor allem den religiösen Bevölkerungsteilen zuwandte. Diese Zuwendung ähnelte in den folgenden Jahrzehnten zunehmend der Zuwendung der SED und ihrer Sicherheitsorgane.

Als einem von drei stellvertretenden Ministerpräsidenten wurde Nuschke im Jahr 1950 die neu geschaffene staatliche Hauptabteilung Verbindung zu den Kirchen unterstellt. Das SED-Politbüro wiederum ordnete am 3. Juni 1952 an, alle relevanten Kirchenfragen zukünftig dem SED-Politbüro zur Entscheidung vorzulegen, womit Nuschkes Hauptabteilung in ihren Kompetenzen deutlich beschnitten wurde.<sup>59</sup>

Nach der willkürlichen Verhaftung des CDU-Außenministers Georg Dertinger am 15. Januar 1953 war die CDU immer weniger bereit, sich für kirchliche Belange einzusetzen. Sie beteiligte sich am Kampf gegen kirchliche Einrichtungen und die Junge Gemeinde. Mitte April 1953 schrieb die „Neue Zeit“, dass es beim Kampf gegen die Junge Gemeinde nicht um Fragen der Weltanschauung oder einen Kirchenkampf ginge,

<sup>57</sup> Deutschlandfunk, S. 63.

<sup>58</sup> Lapp, Götting, S. 132.

<sup>59</sup> Vgl. Jander, S. 431.

sondern vielmehr um die Sicherung des Friedens und um die Verhinderung des Missbrauchs christlicher Menschen und christlicher Institutionen für feindliche Zwecke. Eine Argumentation, die bis zum Ende der DDR auch von der CDU gegen oppositionelle kirchliche Gruppen verwendet wurde.

Götting wollte laut Lapp die identifizierten „fortschrittlichen“ Kräfte innerhalb der Jungen Gemeinde anfangs stärken. Aber auch er trug letztendlich den Beschluss einer Unvereinbarkeit von Junger Gemeinde und CDU-Mitgliedschaft mit.<sup>60</sup> Nach Beendigung der Verfolgung der Jungen Gemeinde im Laufe des Jahres 1953 führte die SED im Jahr 1954 die Jugendweihe ein, was zu ähnlichen Herausforderungen für die CDU führte. Im Jahr 1957 kritisierte die CDU den Militärseelsorgevertrag in der Bundesrepublik, musste aber auch erleben, dass nun ein Staatssekretär für Kirchenfragen im Auftrag der SED die Kirchenpolitik machte, die einst in Otto Nuschkes Hand lag.

Am 17. Juni 1953 wurde Nuschke auf der Fahrt zu einem von Walter Ulbricht einberufenen Treffen von Demonstranten in den Westsektor Berlins abgedrängt. Dort wurde er in Gewahrsam genommen, wo ihn auch der mittlerweile geflohene Ernst Lemmer aufsuchte und zum Verbleib in der Westzone bewegen wollte. Volkskammerpräsident Johannes Dieckmann von der LDPD drohte auf der nun ohne Nuschke stattfindenden Besprechung bei Ulbricht, dass man sich für Derartiges mit systematisch gelegten Bränden rächen werde.<sup>61</sup> Am 19. Juni nahm Gerald Götting Nuschke an der Sektorengrenze wieder in Empfang. Vielleicht führten auch diese Erlebnisse dazu, dass Nuschke gegenüber Parteifreunden Verfolgungen und Verhaftungen von CDU-Mitgliedern nach dem 17. Juni bestritt und als Diffamierung abtat.

Am 18. Juni stellte der Hauptvorstand der CDU fest, dass durch die rasche Unterstützung der Sowjetunion die Angriffe der faschistischen Provokateure zusammengebrochen seien. Noch am selben Tag schickte die CDU-Führung ein Telegramm an den Ministerpräsidenten, in dem sie ihm die Treue der CDU zur DDR zusicherte. Instruktorsbrigaden besuchten

<sup>60</sup> Vgl. Lapp, Götting, S. 57.

<sup>61</sup> Vgl. Haupts, Leo: Die Blockparteien und der 17. Juni 1953, in: Kaff, Brigitte (Hrsg.): „Gefährliche politische Gegner“. Widerstand und Verfolgung in der sowjetischen Zone/DDR, Düsseldorf 1995, S. 172f.

anschließend sämtliche Parteigliederungen und die Kreis- und Bezirksverbände mussten der Parteileitung über die Geschehnisse des 17. Juni in ihrem Verantwortungsbereich Bericht erstatten. Das MfS beschloss Mitte August 1953 in Form einer Dienstanweisung, die CDU und die LDPD wegen „in einigen Bezirken entwickelter Untergrundbewegungen“ qualifizierter zu bearbeiten.<sup>62</sup>

Nach dem 17. Juni sahen Nuschke und Generalsekretär Götting ihre Position gefährdet. In den Hauptvorstandssitzungen des Sommers formierte sich eine Opposition gegen sie. Die SED ließ sie aber nicht fallen. In einer Frage ließ sich Nuschke jedoch nicht vereinnahmen. Selbst nachdem die SED im Februar 1957 sämtliche Losungen für die deutsche Einheit aufgegeben hatte, gehörte Nuschke zu den Politikern, die an der deutschen Einheit weiter festhalten wollten.<sup>63</sup> Am 27. Dezember 1957 verstarb mit Otto Nuschke somit der letzte CDU-Chef, der vor der Friedlichen Revolution des Jahres 1989 die deutsche Einheit als politisches Ziel verfolgte.

#### **1.4. August Bach**

Im Januar 1958 erfuhr das Ministerium für Staatssicherheit, dass die Entscheidung der Parteileitung über die Nachfolge Nuschkes zugunsten des Chefredakteurs des „Thüringer Tageblatts“ und Präsidenten der noch im selben Jahr aufgelösten Länderkammer der DDR, August Bach, gefallen war. In einer Einschätzung seiner Person war das Ministerium bereits im Jahr 1951 zu einer umfassend positiven Beurteilung seines politischen Standpunktes gelangt.<sup>64</sup> Götting hatte im Jahr 1953 im Zusammenhang mit der Dertinger-Krise versucht, Bach wegen seiner NS-Vergangenheit politisch kaltzustellen. Nun musste er akzeptieren, dass Bach und nicht er zum Vorsitzenden gewählt wurde. Erst durch die Kritik des SED-Politbüromitglieds Hermann Matern an Göttings Arbeitsstil wurde dessen ein-

<sup>62</sup> Vgl. Dienstanweisung 27/53, 19.8.1953, in: BStU, MfS, BdL, Nr. 003007, Bl. 1ff.

<sup>63</sup> Das MfS legte im Herbst 1956 eine Sachakte zu den Westverbindungen aller vier Blockparteien unter dem Namen „Kontakte“ an. Sie sollte helfen, das ideologische „Aufweichen der Blockparteien“ durch „bürgerliche Parteien Westdeutschlands“ zu verhindern. Vgl. Sachakte „Kontakte“, 10.11.1956, in: BStU, MfS, BdL, Nr. 002229, Bl. 2ff.

<sup>64</sup> Vgl. BStU, MfS, Sonderabl. Ltr. 6730/89, Bl. 10ff.

setzende Sabotage gegen Bach beendet. Dass er zeitgleich sein Amt als Stellvertreter des Präsidenten der Volkskammer an August Bach abgeben musste, könnte ebenfalls Folge seiner Kritik gewesen sein.<sup>65</sup> Trotzdem behielt er die eigentliche Macht in der Hand, vor allem die Verfügung über die von SED oder Nationalrat an die CDU ausgereichten Finanzen.

Seit März 1958 war Bach mit der Führung der Geschäfte betraut, während ihn der Parteitag erst im September 1958 offiziell zum neuen Vorsitzenden der CDU wählte. Der Parteitag bestimmte außerdem Wolfgang Heyl zum stellvertretenden Generalsekretär, der von nun an bis Ende 1989 ähnlich Götting innerparteilich und SED-loyal die Fäden zog.

Nach August Bachs Amtsübernahme nahm die CDU endgültig in den Konflikten zwischen Staat und Kirche die jeweilige SED-Position ein. Infolge des Todes von Otto Nuschke ging der CDU außerdem das Verbindungsbüro zu den Kirchen verloren. Mitte Mai 1958 kündigte die SED auch dem Vertreter des Rates der EKD bei der Regierung der DDR, vor allem wegen des Militärseelsorgevertrages, die Zusammenarbeit auf. August Bach ließ das unbeanstandet geschehen, Gerald Götting sowieso.

Die Kollektivierung der Landwirtschaft wurde nach Restvorbehalten Nuschkes, der sie nur bei „strenger Wahrung des Prinzips der Freiwilligkeit“<sup>66</sup> befürwortet hatte, auf dem neunten Parteitag im September 1958 in Dresden, der unter dem Motto „Christliche Demokraten, kämpft für den Sieg des Sozialismus“ stand, bedingungslos unterstützt. Bach erklärte sie dort zu einer „politischen und ökonomischen Notwendigkeit“, während Götting die CDU-Delegierten aufrief zu helfen, „veraltete Konventionen, Reste kapitalistischen Denkens und zahlreiche andere rückständige Arbeits- und Lebensgewohnheiten“<sup>67</sup> in der Landbevölkerung zu überwinden. Außerdem berichtete Götting, dass mittlerweile fast 60 Prozent der der CDU angehörenden selbstständigen Unternehmer sich für eine staatliche Beteiligung an ihrem Betrieb entschieden hätten.<sup>68</sup> Die eigene Wirt-

<sup>65</sup> Vgl. Schmidt, Ute: Von der Blockpartei zur Volkspartei? Die Ost-CDU im Umbruch 1989-1994, Opladen 1997, S. 295.

<sup>66</sup> Reißmann, Martin: Kaderschulung in der Ost-CDU 1949-1971. Zur geistigen Formierung einer Blockpartei, Düsseldorf 1995, S. 196.

<sup>67</sup> Ebd., S. 196.

<sup>68</sup> Vgl. Börner, Rolf: Die Bestrebungen der CDU zur Einbeziehung der Mittelschichten in den sozialistischen Aufbau (1956-1958), hrsg. vom Sekretariat des Hauptvorstandes der Christlich-Demokratischen Union, 1965, S. 45.

schaftspolitik sollte noch stärker der Gewinnung von Privatunternehmern, Handwerkern und selbstständigen Bauern für die sozialistische Wirtschaftsform dienen.<sup>69</sup> Auf dem elften Parteitag der CDU in Erfurt verkündete Bach, dass der Aufbau des Sozialismus keinen Raum mehr für enges betriebliches Denken übrig ließe. Die wichtigste politisch-ideologische Aufgabe sei es, die Mitarbeit von komplementären Unternehmern in allen Industriebereichen, das heißt den teilhaberschaftlichen Staatseinstieg in die Privatbetriebe zu gewährleisten.<sup>70</sup>

Ulbricht hatte im Sommer 1961 für den von einem Besuch bei Albert Schweitzer heimkehrenden ahnungslosen Götting die Zustimmungserklärung zum Bau der Mauer am 13. August unterzeichnet. Da der CDU-Generalsekretär die Abriegelung West-Berlins guthieß, widersprach er dieser Maßnahme nach seiner Rückkehr nicht.<sup>71</sup> Vielmehr bezeichnete er sie als eine der nach der Befreiung im Jahr 1945 und der Gründung der DDR entscheidendsten Maßnahmen zur Sicherung des Friedens. Kurz nach dem Mauerbau erschienen im „Neuen Deutschland“ Fotos von Walter Ulbricht und Albert Schweitzer. Die parallel veröffentlichte und noch vor dem Mauerbau verfasste Botschaft Schweitzers hatte Götting mit in die DDR gebracht.<sup>72</sup> Ein Jahr später, am 17. August 1962, verstarb Peter Fechter an der Berliner Mauer vor den Augen der entsetzten Redakteure der nahe gelegenen Redaktionsräume der „Neuen Zeit“. An die Mauertoten gewöhnte man sich, und später berichteten „Freiwillige Helfer der Grenztruppen“ aus grenznahen CDU-Ortsgruppen auf CDU-Veranstaltungen über ihre Tätigkeit. Im März 1982 stimmte die CDU-Fraktion in der Volkskammer dem neuen Grenzgesetz der DDR zu.

Anfang des Jahres 1962 beschloss die Volkskammer ebenfalls mit Zustimmung der CDU-Fraktion die Einführung der allgemeinen Wehrpflicht. Götting wurde anschließend von verschiedenen Seiten gebeten, sich für einen Wehrdienst ohne Waffen einzusetzen. Lapp nennt es Folge von Göttings Einsatz, dass ab September 1964 durch Anordnung des Staatsrats

<sup>69</sup> Vgl. Zeidler, CDU, S. 313.

<sup>70</sup> Gudenschwager, Wolfgang: Die Rolle der Ost-CDU bei der Gründung, Entwicklung und Liquidation der staatsbeteiligten Betriebe in der DDR 1956 bis 1972, in: Richter, Michael; Reißmann, Martin (Hrsg.): Die Ost-CDU. Beiträge zu ihrer Entstehung und Entwicklung, Böhlau 1995, S. 172.

<sup>71</sup> Vgl. Lapp, Götting, S. 70.

<sup>72</sup> Vgl. ebd., S. 115.

„Bausoldateneinheiten“ der NVA aufgestellt wurden.<sup>73</sup> Die Ost-CDU selbst aber bezeichnete den Pazifismus als eine „bürgerliche Strömung“, welche „auch gegen den gerechten Krieg auftrate“. Folglich spielte die Verweigerung des Waffendienstes bei jungen Unionsfreunden keine nennenswerte Rolle.<sup>74</sup> Zur innerparteilichen Ehre gereichte vielmehr eine über den Grundwehrdienst hinausgehende Dienstzeit.

Die Ost-CDU war darüber erleichtert, dass im Februar 1959 das Ostbüro der CDU aufgelöst und in eine gesamtdeutsche Dienststelle umgewandelt worden war. Der Einflussverlust der Exil-CDU, in der das Ostbüro angesiedelt war, steigerte sich durch den Mauerbau im August 1961 und den erzwungenen Rücktritt des Vorsitzenden der Exil-CDU, Lemmer, im Dezember 1962 als Bundesminister für gesamtdeutsche Fragen. Das Ministerium, ein Erbhof der Exil-CDU, ging nach kurzer Amtszeit Rainer Barzels an Erich Mende von der FDP.<sup>75</sup>

Auf einer Festveranstaltung zum 20. Gründungstag der CDU im Jahr 1965 beschrieb August Bach die Bedeutung der CDU in der DDR mit den Worten: „Das Bestehen und die Arbeit unserer Partei haben wesentlich dazu beigetragen, die Erfahrungen bei der Praktizierung unseres Mehrparteiensystems zu bereichern, den friedlichen und demokratischen Charakter des Verlaufs unserer inneren revolutionären Umwälzung unter der Führung der Arbeiterklasse und ihrer Partei zu gewährleisten, die anziehende und beispielgebende Kraft unserer volksdemokratischen Entwicklung im nationalen wie im internationalen Rahmen zu steigern und die innere Stabilität unserer gesellschaftlichen Verhältnisse zu festigen.“<sup>76</sup> Daran hatte Bach, der im März 1966 verstarb, jahrelang mitgewirkt.

<sup>73</sup> Vgl. ebd., S. 75.

<sup>74</sup> Vgl. Reißmann, Kaderschulung, S. 257.

<sup>75</sup> Vgl. Otto, Wilfriede; Buschfort, Wolfgang: Zwischen Mauerbau und Mauerfall. Spannungsfeld 13. August 1961. Die Schicksale der Ostbüros von SPD, CDU und FDP, Berlin 2001, S. 47.

<sup>76</sup> Börner, S. 63.

### 1.5. Gerald Götting

Zwei Monate später beschloss der CDU-Hauptvorstand, die Funktion des Generalsekretärs mit der des Parteivorsitzenden zu verbinden und zwei stellvertretende Vorsitzende zu wählen. Daraufhin wurden Götting zum Vorsitzenden und Max Sefrin sowie Heinrich Toeplitz zu seinen Stellvertretern gewählt. Wolfgang Heyl wurde mit innerparteilichen Aufgaben betraut, bevor er später zu einem der Stellvertreter des Parteivorsitzenden gewählt wurde.

In der Jenaer Universität erklärte Götting Anfang des Jahres 1967, dass es zwischen den freien und unabhängigen Kirchen in der DDR und denen Westdeutschlands wegen des Militärseelsorgevertrags keine institutionelle Einheit mehr geben könne. Diese Haltung bekräftigte er noch einmal auf dem zwölften Parteitag der CDU im Oktober 1968 in Erfurt. Sie führte aber gleichzeitig zur Schwächung der CDU in kirchenpolitischen Fragen. Nachdem die SED nämlich den 1969 gegründeten Bund der Evangelischen Kirchen in der DDR im Jahr 1971 anerkannt hatte, pflegte sie zunehmend eigene Kontakte zur neuen Kirchenführung unter Umgehung der CDU.

Noch als Volkskammerpräsident musste Götting erleben, dass einige CDU-Volkskammerabgeordnete im Frühjahr 1972 gegen die Verabschiedung des Gesetzes über den Schwangerschaftsabbruch stimmten oder sich enthielten. Anscheinend ließ sich auch im CDU-Hauptvorstand keine Mehrheit für den Gesetzentwurf bilden. Spitzelberichte an das ZK legen nahe, dass in der CDU die Ansicht herrschte, dass mit einer Zustimmung zur Schwangerschaftsunterbrechung der Rest Eigenständigkeit, den man sich bewahrt hatte, aufgegeben würde und man zur „Abteilung Christen in der SED“ degenerieren würde.<sup>77</sup>

Auf dem 13. Parteitag der CDU Mitte Oktober 1972 gebrauchte der SED-Gastredner Albert Norden erstmals die Formel vom „sozialistischen Staatsbürger christlichen Glaubens“. Sie wurde für wenige Jahre zum Meilenstein im ideologischen Selbstverständnis der CDU. Am 8. März 1978 wiederum fand ein erstes Spitzengespräch zwischen der SED-Führung und der Führung der evangelischen Kirche statt. Götting hatte davon über den stellvertretenden Staatssekretär für Kirchenfragen, den

<sup>77</sup> Vgl. Lapp, Götting, S. 85.

CDU-Funktionär Hermann Kalb, erfahren und wollte eingeladen werden. SED-Politbüromitglied Paul Verner lehnte diesen Wunsch ab. Die SED hatte damit einmal mehr signalisiert, dass sie für ihre Kirchenpolitik die CDU nicht mehr bräuchte. Am 14. März immerhin sprach Honecker mit Götting über das Gespräch der Vorwoche. Götting gab seine SED-treue Kirchenpolitik jedoch nicht auf. Vier Jahre später warnte er, wie dreißig Jahre zuvor Honecker, vor der Jungen Gemeinde.<sup>78</sup> Tatsächlich hatte die Kirchenpolitik der CDU zu diesem Zeitpunkt schon eine ganz andere Qualität angenommen.

### **1.6. Neue kirchenpolitische Instrumente der CDU ab Mitte der 1970er Jahre**

Im Jahr 1954 gründete die SED, auch infolge des gesamtdeutschen Kirchentages von Leipzig, eine Abteilung Kirchenfragen beim ZK der SED wie auch eine kirchenpolitische Abteilung innerhalb des Ministeriums für Staatssicherheit. Auf diesen Kirchentagen trafen anfangs gelegentlich Mitglieder und Funktionäre von West- und Ost-CDU in Gesprächen aufeinander. Im Jahr 1962 schrieb der regimenaher Theologe Werner Meinecke: „In diesem Zusammenhang muß auch auf die bedenkliche Entwicklung hingewiesen werden, die die Kirchentags-Bewegung in den letzten Jahren genommen hat. Gerade weil der Kirchentag als evangelische Laienbewegung in vielen theologischen und kirchlichen Gegenwartsfragen eine wichtige Aufgabe zu erfüllen hat, ist sein einseitiges Engagement im Sinne westdeutscher politischer Konzeptionen, wie es in München 1960 und durch die Ablehnung des Angebotes, im Jahre 1961 einen Kirchentag in der DDR abzuhalten, besonders deutlich wurde, tief zu bedauern. Denn als Vehikel politischer Absichten hört der Kirchentag auf, wirklich Kirchentag zu sein.“<sup>79</sup> Im Sinne dieser Bewertung westdeutscher Kirchentage ging die Ost-CDU in der Ära Götting ab einem nicht genau bestimmbareren Zeitpunkt generalstabsmäßig gegen „Provokationen“ inner-

<sup>78</sup> Vgl. Besier, Gerhard: Der SED-Staat und die Kirche 1969-1990. Die Vision vom „Dritten Weg“, Berlin 1995, S. 490.

<sup>79</sup> Meinecke, Werner: Die Kirche in der volksdemokratischen Ordnung der Deutschen Demokratischen Republik. Ein Beitrag zur Klärung einiger Grundfragen des Verhältnisses von Staat und Kirche in der DDR, Berlin 1962, S. 139, FN 23.

halb kirchlicher Veranstaltungen, vor allem der Kirchentage, vor und observierte diese Veranstaltungen großflächig. Der anscheinend erste Kirchentag, von dem 25 CDU-Funktionäre der drei nördlichen Bezirksverbände berichteten, war der von Mitte Juni 1976 in Rostock. Gut dokumentiert ist ein weiterer Einsatz einer CDU-Arbeitsgruppe auf dem Kirchentag in Stralsund vom 16. bis 18. Juni 1978. In einem CDU-internen Schulungs-Material wurde den dort eingesetzten Unionsfreunden mit auf den Weg gegeben, dass sie sich nicht provozieren lassen und auch nicht selber provozieren sollten, dass sie auf einer kirchlichen Veranstaltung und nicht auf einer Parteiversammlung zu Gast wären sowie dass sie sich in ihren Argumentationen auf kirchliche Autoritäten, nicht aber auf Aussagen der CDU berufen sollten. Außerdem wurden sie angehalten, keine Agitationsreden, sondern nachdenkliche Fragen und kurze inhaltsreiche Einwände anzubringen, offen Positives wie Negatives mitzuschreiben, die Zuhörer immer auf ihrer Seite zu haben sowie auf Beschattung durch kirchliche Jugendliche zu achten.

In ihren schriftlichen Berichten sollten sie die von ihnen besuchten Veranstaltungen benennen, den Gesprächsleiter und die Teilnehmer namentlich mit Wohnort, Alter und Beruf angeben, deren Ausführungen differenziert darstellen, sichtbar gewordene Tendenzen und ausländische Gäste oder aus anderen Landeskirchen Anreisende vermerken. Bei „Provokationen“ sollten Sie genau beobachten, wo diese ihren Ursprung hätten, kirchliche Ordner anschließend diskret, aber bestimmt auf ihre Pflicht hinweisen und diese mit Sätzen wie „Wir lassen den Kirchentag nicht zu Provokationen missbrauchen“ moralisch unterstützen. Die staatlichen Ordnungskräfte sollten parallel, gut und geschickt unterstützt werden. Mit „Provokateuren“ zu diskutieren war verboten. Stattdessen sollte sofort die Arbeitsgruppe der CDU auf sie hingewiesen werden.<sup>80</sup>

Christian Schwießelmann meint, auch bezogen auf diesen Kirchentag, dass die CDU allein aus eigenem Antrieb Informationen über die Synoden der Landeskirchen sammelte oder ganze Kirchentage beobachtete.<sup>81</sup> Dagegen spricht einerseits, dass die CDU-Berichte von den Kirchentagen

<sup>80</sup> Für Stralsund, Juni 1978, Archiv für Demokratische Politik der Konrad-Adenauer Stiftung (ACDP) 03-043-059/1.

<sup>81</sup> Vgl. Schwießelmann, Christian: Zwischen Fremdsteuerung und Mitverantwortung: Innenansichten der CDU im Norden der DDR, in: HPM, 16/2009, S. 144.

unter anderem auch in den Überlieferungen der Staatssicherheit wie auch der Kirchenpolitiker der jeweiligen SED-Bezirksleitungen zu finden sind. Vor allem aber waren die CDU-Arbeitsgruppen eingebunden in die umfängliche staatliche Überwachungsmaschinerie, die kirchliche Großveranstaltungen regelmäßig begleitete. Dies geht auch aus den von Schwießelmann zitierten Aktenbeständen über den Stralsunder Kirchentag hervor, wo es in einem Abschlussbericht an Gerald Götting heißt: „Mit der Arbeitsgruppe Staatliche Organe haben wir durchgehend engen Kontakt halten können, so daß die Möglichkeit der Konsultation laufend gegeben war.“<sup>82</sup> Diese „Konsultationen“ einer CDU-Arbeitsgruppe auf dem Görlitzer Kirchentag im Jahr 1988 würdigte der Abteilungsleiter Kirchenfragen beim ZK der SED, Peter Krauß, gemeinsam mit dem Abteilungsleiter für Staat und Recht bei der Bezirksleitung Dresden der SED, als sie während des Kirchentages den Sitz der Arbeitsgruppe, das Sekretariat der CDU in Görlitz, besuchten. Krauß lobte die gute Arbeit der CDU-Mitglieder in den Kirchentags-Arbeitsgruppen und bedankte sich für das konstruktive Wirken sowie die progressiven Diskussionen. „Damit seien überall dort, wo bestimmte negative Ansatzpunkte waren, die Diskussionen wiederum in geordnete Bahnen gelenkt worden.“<sup>83</sup>

Lapp schreibt, dass es in der zweiten Hälfte der 1980er Jahre innerhalb der CDU Bestrebungen gab, die Beziehungen zu den evangelischen Kirchen zu intensivieren, wofür der mittlerweile stellvertretende Vorsitzende Wolfgang Heyl verantwortlich war. Mitte November 1986 fand deshalb eine Unterredung zwischen Vertretern des Ost-CDU-Hauptvorstandes und drei CDU-Mitgliedern, die Synodale des Bundes der Evangelischen Kirchen waren und die vom Berliner Unionsfreund Lothar de Maizière angeführt wurden, statt.<sup>84</sup> Intensivere Beziehungen zur Kirche waren durch derartige Gespräche aber nicht herstellbar. Das MfS hielt zur selben Zeit über den Berliner CDU-Bezirksverband fest: „Den Anteil der aktiven Christen in der CDU zu erhöhen, ist Schwerpunkt der Arbeit des BV der CDU. Nur so wird es möglich sein, daß die CDU einen wirksamen Beitrag bei der Bekämpfung des politischen Untergrundes, der die Kirche als Deckmantel für seine feindlichen Aktivitäten nutzt, leisten kann. Gegenwärtig ist es so, daß die Einbeziehung der CDU bei der Bekämpfung der

<sup>82</sup> Bericht an Gerald Götting, ACDP 03-043-059/2.

<sup>83</sup> Sonderinformation, ACDP 07-013-4040.

<sup>84</sup> Vgl. Lapp, Götting, S. 146ff.

PUT noch nicht zufriedenstellend ist, da zu wenig Mitglieder der CDU in den Kirchengemeinden aktiv sind. Die Einsätze von hauptamtlichen Mitarbeitern der CDU zur Absicherung der ‚Friedenswerkstatt‘ und der ‚Friedensdekade 1985‘ war erfolgreich und ein erster Schritt zur Positionierung der CDU in der Kirche.<sup>85</sup>

Bereits zuvor hatte Heyl begonnen, die für die CDU logistisch wie programmatisch herausragende „Bearbeitung“ des Kirchentages im Juni 1987 in Berlin vorzubereiten. In einem Vermerk der Arbeitsgruppe Kirchenfragen beim ZK der SED vom 31. Juli 1986 für das SED-Politbüromitglied Werner Jarowinsky über ein Gespräch mit Wolfgang Heyl heißt es: „Die Bezirksverbände [der CDU] im Bereich der Berlin-Brandenburgischen Kirche (Berlin, Potsdam, Cottbus, Neubrandenburg, Frankfurt/Oder) seien darauf orientiert worden, daß sich möglichst viele Mitglieder der CDU rechtzeitig bei ihren Ortspfarrern zur Teilnahme am Kirchentagsgeschehen anmelden. Sie sollen sich aktiv einschalten, die Vorbereitung und Durchführung inhaltlich beeinflussen und den Parteivorstand informieren. Sie sind angehalten, über ihre Aktivitäten eine Zwischeninformation zu geben und auch über politische Inhalte zu berichten. Die am Kirchentag teilnehmenden CDU-Freunde werden sodann in geeigneter Weise auf ihre Aktivitäten vorbereitet. Alle Bezirksvorstände der CDU seien schriftlich so orientiert worden, daß sie sich im Blick auf das Katholikentreffen 1987 in Dresden in der gleichen Weise verhalten sollen.“<sup>86</sup>

Einige Monate später, im März des Jahres 1987, hatte die CDU „Probleme und Fragestellungen“ zu den geplanten elf Arbeitsgruppen des Berliner Kirchentages und zu einigen ausgewählten Untergruppen ausgearbeitet. In ihren Argumentationen ging die Union davon aus, „dass es noch Christen gibt, die unabhängig ihres Alters Suchende und um einen Standort in unserer sozialistischen Gesellschaft bemüht sind, aber auch den Sozialis-

<sup>85</sup> Analyse zur politisch-operativen Lage in den Bezirksverbänden der befreundeten Parteien, 24.10.1986, in: BStU, MfS, BV Berlin, Abt. XX, Nr. 2590, Bl. 7.

<sup>86</sup> Besier, Gerhard: Der SED-Staat und die Kirche 1983-1991. Höhenflug und Absturz, Frankfurt a. M. 1995, S. 709, Anm. 409f.

mus anfragen, sich noch nicht mit ihm identifizieren bis hin zu provozierenden Haltungen im Denken und Handeln.“<sup>87</sup>

In den CDU-Kreisverbänden der im Bericht an Jarowinsky aufgezählten Bezirke wurde die Vorbereitung des Kirchentages ebenfalls begonnen. Auf einer Beratung des Kreissekretariats der CDU Prenzlauer Berg mit im kirchlichen Raum engagierten Freunden am 24. März 1987 wurde beispielsweise über den anstehenden Kirchentag berichtet und erwartet, dass man sich als christlicher Demokrat und als Christ in den Kirchentag einbringe. Auftrag: „Vom Glauben her und als Mitglieder der CDU den Kirchentag mitgestalten“.<sup>88</sup>

Am 5. Juni schrieb der Berliner CDU-Vorsitzende und MfS-IM Dietrich Voigtberger an die SED-Kreisleitung Prenzlauer Berg, dass er entsprechend einer Absprache mit der Bezirksleitung der SED darum bitte, in einer Anlage genannte Unionsfreunde, die in Prenzlauer Berg in einem öffentlichen Amt beschäftigt wären, zur Teilnahme am Kirchentag von ihrem Betrieb freistellen zu lassen. In einem „Antrag auf Freistellung von der Arbeit“ wurde behauptet, „dass in Vorbereitung und Durchführung der Bezirksdelegiertenkonferenz und unseres 16. Parteitags in der Zeit vom 25. Juni bis 28. Juni 1987 eine notwendige Qualifizierungsveranstaltung des Bezirkssekretariats Berlin stattfindet.“<sup>89</sup> Diese politische Weiterbildungsmaßnahme sei eingeordnet in die gemeinsame Verantwortung aller in der Nationalen Front vereinten Parteien und Massenorganisationen anlässlich des 750-jährigen Bestehens der Hauptstadt.

Die CDU hielt in einem anderen Dokument fest, dass am Kirchentag rund 1.400 Unionsfreunde teilnehmen würden. Von ihnen waren 541 zuvor in Schulungen und anderen Veranstaltungen für ihr Auftreten in bestimmten thematischen Arbeitsgruppen gezielt vorbereitet worden.<sup>90</sup> In das von Voigtbergers Bezirksverband geleitete Regime zur Erarbeitung von Infor-

<sup>87</sup> Probleme und Fragestellungen zu den 11 Arbeitsgruppen des Berliner Kirchentages und zu einigen ausgewählten Untergruppen, CDU Bezirksverband Berlin 3.3.1987, ACDP 03-050-002/2.

<sup>88</sup> Protokoll der Beratung des Kreissekretariats mit im kirchlichen Raum engagierten Freunden am 24.3.1987, ACDP 03-050-002/2.

<sup>89</sup> Entwurf eines Antrags auf Freistellung von der Arbeit, ACDP 03-050-002/2.

<sup>90</sup> Vgl. Sachse, Christian: Den Menschen eine Stimme geben. Bischof Gottfried Forck und die Opposition in der DDR, Berlin 2009, S. 153.

mationen waren im Kern 128 überwiegend hauptamtliche Funktionäre aus den Bezirken Berlin, Cottbus, Frankfurt/Oder, Neubrandenburg und Potsdam einbezogen worden. Diese Unionsfreunde vorzubereiten, waren u.a. folgende Veranstaltungen nötig: Tagungen der Bezirkssekretariate, eine erweiterte Tagung der Arbeitsgruppe Kirchenfragen beim Hauptvorstand der CDU mit Kirchentagsteilnehmern, acht dezentralisierte Schulungen in den Bezirksleitungen Berlin, Cottbus, Frankfurt/Oder und Potsdam, vier Beratungen des Bezirkssekretärs Berlin mit der Abteilung Kirchenfragen zur organisatorischen Planung des Einsatzes der Unionsfreunde, wöchentliche Beratungen der Vorbereitungsgruppe beim Bezirkssekretär Berlin und eine Beratung mit den Bezirksleitungen Berlin, Cottbus, Frankfurt und Potsdam in der Parteischule Burgscheidungen.<sup>91</sup>

In einem Schreiben vom 26. Mai 1987 beantwortete der Magistrat von Berlin, Stadtrat für Arbeiterversorgung und Gastronomie, eine Anfrage von Voigtberger bezüglich der Unterbringung von 50 angereisten Parteifunktionären aus den brandenburgischen Bezirken positiv. In der Zeit vom 24. bis 28. Juni standen diesen nun 50 Betten im Schulungs- und Ferienheim des Magistrats von Berlin in Garzau zur Verfügung.<sup>92</sup> Ziel ihres Einsatzes war „die wirksame und differenzierte politische Einflussnahme staatlich gesellschaftlicher Kräfte auf die Vorbereitung und Durchführung des Kirchentages [...] zu sichern, dass der Kirchentag sich in das staatlich/gesellschaftliche Programm anlässlich der 750-Jahr-Feier (einordnet).“<sup>93</sup>

Zu diesem Zweck existierte bereits Anfang des Jahres unter der Leitung des Stellvertretenden Oberbürgermeisters für Inneres von Berlin eine „Arbeitsgruppe Kirchentag“, welche die staatlichen Maßnahmen bezüglich des Kirchentages koordinierte. Dieser Arbeitsgruppe gehörten unter anderem Horst Grenz, Abteilungsleiter bei der Berliner SED-Bezirksleitung, Hans Wilke, Abteilungsleiter bei der Dienststelle des Staatssekretärs für Kirchenfragen, Stefan Mußler, Sektorenleiter Kirchenfragen beim Magis-

<sup>91</sup> Information über politisch-ideologische und organisatorische Fragen auf dem evangelischen Kirchentag vom 24.-28.6.1987 in Berlin, ACDP 03-050-002/2.

<sup>92</sup> Brief Magistrat von Berlin, Stadtrat für Arbeiterversorgung und Gastronomie an Voigtberger, 26.5.1987, ACDP 03-050-002/2.

<sup>93</sup> Konzeption zur politischen Arbeit in Vorbereitung und Durchführung des Kirchentages der Evangelischen Kirche Berlin-Brandenburg, ACDP 03-050-002/2.

trat, und der Berliner CDU-Chef Dietrich Voigtberger an. Der Stellvertreter des Oberbürgermeisters für Inneres sicherte daneben die ständige operative Abstimmung mit der zentralen Arbeitsgruppe Kirchentag beim Staatssekretär für Kirchenfragen, der Bezirksleitung der SED und der Bezirksverwaltung des MfS. Die Arbeitsgruppe Kirchentag sicherte eine ständige Information vor und während des Kirchentages an den 1. Sekretär der Bezirksleitung der SED, den Oberbürgermeister und den Staatssekretär für Kirchenfragen.<sup>94</sup>

Neben dem „Konsultationszentrum“ der eingesetzten CDU-Funktionäre, welches im Bezirkssekretariat der CDU Berlins angesiedelt war und in welchem der Bezirksvorsitzende Voigtberger sowie verschiedene hauptamtliche Funktionäre des Hauptvorstandes und der beteiligten Bezirksvorstände tätig waren, arbeiteten weitere neun regionale „Konsultationsstützpunkte“ in den Kreisgeschäftsstellen der Berliner CDU, die für die umliegenden kirchlichen Veranstaltungsorte zuständig waren.

In diesen regionalen Konsultationsstützpunkten waren wiederum hauptamtliche CDU-Mitarbeiter tätig, die den Einsatz der Parteimitglieder in den verschiedenen Arbeitsgruppen des Kirchentages koordinierten. In einer Festlegung zur täglichen Erarbeitung von Meinungsbildungen und Zusammenfassung von Informationen war bestimmt, dass das Konsultationszentrum für die ständige politische Anleitung der neun Konsultationsstützpunkte verantwortlich sei, die periodische Zusammenfassung der Informationen aus den Konsultationsstützpunkten gewährleiste und die Weitergabe der Meinungsbildung an das Sekretariat des Hauptvorstandes und auf die Bezirksebene organisiere. Das Konsultationszentrum arbeitete vom 24. bis 28. Juni täglich von 7 bis 23 Uhr.

Die Konsultationsstützpunkte wiederum hatten die Aufgabe, die Parteimitglieder, welche für die Informationstätigkeit aus den Untergruppen und Gesprächsgruppen verantwortlich waren, politisch und organisatorisch anzuleiten, deren Informationen entgegenzunehmen, Informationsberichte für das Konsultationszentrum zu erarbeiten und in Abstimmung mit dem Konsultationszentrum auf Kreisebene weiterzuleiten.<sup>95</sup>

<sup>94</sup> Vgl. ebd.

<sup>95</sup> Vgl. Festlegung zur täglichen Erarbeitung von Meinungsbildungen und Zusammenfassung von Informationen, ACDP 03-050-002/2.

Leiter der Konsultationsstützpunkte waren die von den Bezirksvorständen bestätigten Kreissekretäre. Die Informationen erfolgten primär durch hauptamtliche Funktionäre der CDU aus den Bezirken Berlin, Cottbus, Potsdam, Neubrandenburg und Frankfurt/Oder. Diese hauptamtlichen Funktionäre wurden durch nicht hauptamtlich tätige Unionsfreunde, die Kirchentagsteilnehmer waren, unterstützt. In jeder Kirchentagsuntergruppe (insgesamt waren es 40) sollte mindestens ein Unionsfreund mitarbeiten, welcher in unmittelbarer Verbindung zum jeweiligen Konsultationsstützpunkt stand.

Diese Unionsfreunde erhielten nach Arbeitsgruppen sortierte „negative Argumente, auf die unsere Unionsfreunde Kirchentagsteilnehmer vorbereitet sind“<sup>96</sup>. Mit denen sollten sie die Diskussionen in den Arbeitsgruppen in den Griff bekommen. In den CDU-Berichten aus den Arbeitsgruppen tauchen Einflussnahmen der Unionsfreunde vor allem gegen Veranstaltungen der „Kirche von unten“ oder Auftritte der „Frauen für den Frieden“ auf. Diese Berichte loben in der Regel den Einsatz der Unionsfreunde, die in schwierigen Diskussionen „realistische Positionen“ vertreten hätten, manche Arbeitsgruppen sogar leiteten oder die von anderen Kirchentagsteilnehmern abgedrängt wurden. Das MfS hielt drei Monate später fest: „Als bewährte Methode des Einsatzes gesellschaftlicher Kräfte hat sich die langfristige Abstimmung und Einflußnahme auf Führungskräfte der CDU ergeben, wodurch gezielter und wirkungsvoller geeignete der CDU angehörende bzw. nahestehende Kräfte zum Einsatz gebracht wurden bzw. einen Beitrag zum Differenzierungsprozeß und Isolierungsprozeß im kirchlichen Bereich erzielt haben.“<sup>97</sup>

Der letzte Großeinsatz der CDU auf einem Kirchentag war der vom 6. bis 9. Juli 1989 in Leipzig. Am 7. Juni legte der Bezirksverband der CDU eine Konzeption zum Kirchentag vor. Ein letztes Mal wurde eine Koordinierungsgruppe eingesetzt, die der Leipziger CDU-Bezirkschef Rolf Rau leitete. Zur Absicherung operativer Aufgaben wurde eine weitere Gruppe gebildet. Ein Unionsfreund musste technische Kräfte anleiten, während ein anderer die Zusammenarbeit mit der Abteilung Inneres beim Rat des Bezirkes organisierte. Mit dieser stand man zu festgelegten Zeiten in Ku-

<sup>96</sup> Negative Argumente, auf die unsere Unionsfreunde Kirchentagsteilnehmer vorbereitet sind, ACDP 03-050-002/2.

<sup>97</sup> Lageeinschätzung für die Jahresplanung 1988 im Verantwortungsbereich der HA XX/I, 1.9.1987, in: BStU, MfS, HA XX, Nr. 1914, Bl. 122.

rier- und Telefonverbindung.<sup>98</sup> Die Unionsfreunde Pusch, Richwien, Wünsche, Ludwig und Kupfer sollten sich außerdem an verschiedenen Tagen halbtägig im Unionshaus zur freien Verfügung aufhalten.<sup>99</sup> Für das Sekretariat des Hauptvorstandes, den Rat des Bezirkes Abteilung Inneres, den Rat der Stadt Abteilung Inneres, den Bezirksvorstand und den Kreis Leipzig/Stadt mussten Tagesberichte gefertigt werden.

In der abschließenden Information über den Leipziger Kirchentag heißt es, dass mindestens 740 Unionsfreunde am Kirchentag teilgenommen hätten und Unionsfreundin Martina Huhn besonders politisch profilierend gewirkt hätte. „Auf ihre Initiative hin gab es erstmals einen Stand unserer Partei [...] auf einem Kirchentag.“<sup>100</sup>

Ein auf kirchlichen Veranstaltungen für die CDU häufig präserter Unionsfreund war der Vorsitzende des Kreisverbandes Stendal, Gerd Gies. Zwei Monate nach dem Leipziger Kirchentag erläuterte er auf einer Tagung des Präsidiums des Hauptvorstandes der CDU am 4. September 1989 die Rolle von CDU-Mitgliedern auf kirchlichen Veranstaltungen: „Es ist aber auch zu erkennen, daß innen- und außenpolitische Themen in das Zentrum der Diskussionen gerückt werden, die nicht im Einklang mit unserer Politik stehen oder von deren falschem Verständnis zeugen, wobei versucht wird, die Kirchen in eine oppositionelle Rolle zu drängen. Mit offensiver politischer Arbeit sollten wir zur Klärung von Fragen christlicher Bürger beitragen und auftretende Probleme einer politischen Lösung zuführen. Dabei sind wir als christliche Demokraten von der Sache her herausgefordert und immer mehr gefragt. Das meine ich ganz wörtlich. Daß sich unsere Mitglieder herausgefordert fühlen, beweist die steigende Präsenz von Unionsfreunden auf den Kirchentagen.“<sup>101</sup>

<sup>98</sup> Ausgangspunkte für unsere Mitwirkung bei der Vorbereitung und Durchführung des Kongresses und Kirchentages, ACDP 07-013-4040.

<sup>99</sup> Einsatzplan der operativen Gruppe, ACDP 07-013-4040.

<sup>100</sup> Abschließende Information über den Leipziger Kirchentag, 17.7.1989, ACDP 07-013-4040.

<sup>101</sup> Gies, Gerd: Als aktive Staatsbürger unsere Erfahrungen und Erkenntnisse weitergeben, in: Bürgerpflicht und Christenpflicht. Zum Verhältnis von Christengemeinde und Bürgergemeinde, Berlin 1989, S. 43.

### 1.7. Briefe aus Neuenhagen und Weimar

Auf derselben Tagung sprach der Lektor im Union-Verlag, Karl-Heinrich Bieritz, über das Thema „Kirche und Gruppen“, womit er die oppositionellen kirchlichen Basisgruppen meinte: „Es geht um eine Versuchung, der diese Kirchen zur Zeit ausgesetzt sind und die von allerhand Kräften drinnen und draußen an sie herangetragen wird: ein wenig nur am Rad der Geschichte zu drehen ..., auszuprobieren, ob sich auf solche Weise nicht doch ein Stück gesellschaftlichen Einflusses, ja, politischer Macht zurückgewinnen ließe. Gibt es nicht Länder, benachbarte Länder, wo dies durchaus zu gelingen, scheint [...]. Die Hoffnung, die manche Leute innerhalb und außerhalb der Kirche auf die genannten Gruppen setzen, erscheint mir auch angesichts ihrer tatsächlichen Bedeutung und Reichweite, auch ihrer Resonanz in der Bevölkerung, völlig überzogen. Das steht für mich fest: Es gibt keine Erneuerung an den diese Gesellschaft tragenden, bestimmenden Kräften vorbei. Daß das diesen Kräften – und damit auch uns als Partei christlicher Demokraten eine hohe Verantwortung auferlegt, steht außer Zweifel.“<sup>102</sup>

Bieritz beschrieb damit die Distanz zwischen den oppositionellen Basisgruppen der DDR und der CDU, welche auch die Mehrzahl der sich ab September 1989 sammelnden CDU-„Reformer“ pflegten und vor allem gegenüber dem fünf Tage später gegründeten „Neuen Forum“ betonten. Er behielt bezüglich der Resonanz dieser Gruppen in der Bevölkerung Recht. Dass es „keine Erneuerung an den diese Gesellschaft tragenden, bestimmenden Kräften“ vorbei geben sollte, war die Mission der CDU in den folgenden Monaten.

Der „Brief aus Neuenhagen“ und der „Brief aus Weimar“ werden überwiegend in einem Atemzug und im Zusammenhang mit beginnenden innerparteilichen Reformen in der CDU genannt. Die überwiegende Anzahl der Autoren ist sich einig, dass sich in diesen frühen beziehungsweise rechtzeitigen Schriften das Streben von CDU-Mitgliedern der Basis nach tatsächlicher demokratischer Mitverantwortung dokumentiert.<sup>103</sup>

<sup>102</sup> Bieritz, Karl-Heinrich: Kirche und Gruppen, in: Bürgerpflicht und Christenpflicht, 1989, S. 33ff.

<sup>103</sup> Zu Geschichte und Inhalt der beiden Briefe siehe: Agethen, Manfred: Unruhepotentiale und Reformbestrebungen an der Basis der Ost-CDU im Vorfeld der Wende: Der „Brief aus Weimar“ und der „Brief aus Neuenhagen“, in:

Für den Brief aus Neuenhagen ist das unschwer belegbar. Im Jahr 1986 führte die dortige CDU-Ortsgruppe unter der Vorsitzenden Else Ackermann eine Diskussionsreihe unter dem Titel „Brauchen wir mehr Demokratie?“ durch. Im Ergebnis dieser Arbeit schrieb sie im Juni 1988 einen Brief an den Parteivorsitzenden Gerald Götting. In diesem sprach sie sich für mehr politische Partizipation innerhalb der DDR wie auch der Partei aus. Dieser Brief stieß nicht nur in der CDU, sondern auch in den Sicherheitskreisen auf Widerstand, so dass der CDU-Bezirksvorsitzende von Frankfurt/Oder gemeinsam mit der Autorin Else Ackermann die verbleibenden und nicht versandten Exemplare des Briefes verbrannte. Trotzdem blieb die Ortsgruppe, vor allem Frau Ackermann, im demokratischen Sinne politisch aktiv. Während des März 1989 berichtete das MfS beispielsweise: „Im ‚Rechenschaftsbericht der CDU – Ortsgruppe Neuenhagen für das Jahr 1988/89‘, ausgearbeitet und gehalten von Dr. Ackermann, Else am 20.03.89 heißt es unter anderem: ‚So wird in der neuen ungarischen Verfassung die führende Rolle der sozialistischen Arbeiterpartei, die auch dort durch Verschmelzung mit der sozialdemokratischen Partei entstanden war, nicht mehr enthalten sein. Im Rahmen eines Einparteiensystems ist ein solcher Paragraph notwendig, weil die Partei gegenüber der bewaffneten Exekutive das Sagen hat. In einem Mehrparteiensystem wird das Parlament die führende Kraft und der Stellenwert der Vertretungsdemokratie erhöht. Das alles wird das politische Leben farbiger, aber auch unruhiger machen‘. Zu Gorbatschows Neuem Denken befand Ackermann: ‚Neues Denken‘ ist ein Krisenmanagement. Die Probleme der Zeit lassen sich mit den Denkschablonen der Vergangenheit nicht mehr lösen. [...] Wir sind für unsere kritischen und sicher auch richtigen Gedanken ‚nicht gelobt, sondern bestraft worden‘. Dr. Ackermann ist der Ansicht, daß man zwar ‚Produkte des Denkens verbrennen‘ und ‚denkende Köpfe abschlagen‘ kann, aber ‚Gedanken kann man nicht vernichten. Zurück bleibt ein Traum mit der Vision einer Demokratie, in der die Menschen darüber informiert werden, was wirklich im Lande geschieht, in der die Presse die wahren Ursachen der Dinge freilegt und nicht nur im Sinne der Macht gefilterte Interpretationen der Geschehnisse bietet.“<sup>104</sup>

---

HPM, 1/1994.

<sup>104</sup> Auszüge aus dem Rechenschaftsbericht der CDU-Ortsgruppe Neuenhagen für das Jahr 1988/89, ausgearbeitet und gehalten von Dr. Ackermann, Else am 20.03.89, 11.7.1989, in: BStU, MfS, HA XX/AKG, Nr. 1367, Bl. 53f.

Dieser Rechenschaftsbericht brachte die Deformationen der Gesellschaft wie auch der Ost-CDU deutlich zur Sprache und entwickelte eine Vision zu ihrer Überwindung. Damit knüpfte die Ortsgruppe Neuenhagen an die seit der endgültigen Gleichschaltung der Blockparteien Anfang der 1950er Jahre verloren gegangene beziehungsweise nicht dokumentierte Tradition öffentlichen Einstehens für demokratische Überzeugungen durch Organisationseinheiten der CDU an. Einzelne CDU-Mitglieder, die in ihren Ämtern oder als Privatperson Demokratie einforderten, gab es, wenn auch schlecht dokumentiert, wohl zu jeder Zeit.<sup>105</sup>

Eine ähnliche demokratische Reputation beanspruchten verschiedene Autoren auch für den in seinen Forderungen weit weniger radikalen, dafür umso SED-loyaleren „Brief aus Weimar“ und seine vier Unterzeichner vom September 1989. Ehrhart Neubert und Thomas Auerbach beispielsweise sprechen ihnen eine „gewisse Nähe zu den kirchlichen Aktivitäten des Konziliaren Prozesses“ zu.<sup>106</sup> Prüft man diese nicht belegte Behauptung einer Nähe der Unterzeichner zum wegen seiner innenpolitischen Reformbestrebungen vom Staat beargwöhnten Konziliaren Prozess, stößt man auf eine Neubert und Auerbach widersprechende Quellenlage.

Über den Inspirator des Briefes aus Weimar, den Chefredakteur der thüringischen Kirchenzeitung „Glaube und Heimat“, Gottfried Müller, findet man unzählige Quellen öffentlicher prosozialistischer Positionierungen und Gegnerschaft zu innenpolitischen Reformen. Während die CDU-Ortsgruppe Neuenhagen über Reformen nachdachte, gab Müller beispielsweise auf einer CDU-Veranstaltung bezüglich der „Friedensaufgabe kirchlicher Publizistik in Europa“ folgende Gedanken an seine Zuhörer weiter: „Ich persönlich bin dankbar, daß wir in unserem Teil des Hauses jenem weltwirtschaftlichen Zusammenhang weitgehend entnommen sind, welcher für die tiefe Krise der Entwicklungsländer verantwortlich ist. Das manchmal prächtige Bild westlichen Lebens wirft seine Schatten bis weit in die Dritte Welt. Die Umriss von Köln am Rhein sind in eins zu sehen mit den Elendsvierteln in Sao Paulo. [...] Wie schnell gewinnen auch manche DDR-Christen ihre ökonomischen Leitbilder aus den bunten Bil-

<sup>105</sup> Ein Beispiel dafür ist der Greifswalder Pfarrer Reinhard Glöckner. Vgl. Matthiesen, Helge: Greifswald in Vorpommern. Konservatives Milieu im Kaiserreich, in Demokratie und Diktatur 1900-1990, Düsseldorf 2000, S. 330.

<sup>106</sup> Neubert, Ehrhart; Auerbach, Thomas: „Es kann anders werden“. Opposition und Widerstand in Thüringen 1945-1989, Böhlau 2005, S. 214f.

dern des Westfernsehens oder aus ersten, noch unzulänglichen Erfahrungen mit dem Konsumkapitalismus. Hier eröffnet sich unseren Blättern ein Dauerthema. Eingebettet ist es in die Bemühungen, den konziliaren Prozeß für Gerechtigkeit, Frieden und Bewahrung der Schöpfung mit journalistischen Mitteln zu unterstützen. [...] Am konziliaren Prozeß teilzunehmen bedeutet in erster Linie, nicht Eigeninteressen zu wahren, sondern die Interessen der anderen zu verfolgen.“<sup>107</sup> In seinem Leitartikel zur ersten Sitzung der Ökumenischen Versammlung in Dresden kommentierte er demzufolge ein innenpolitische Reformen forderndes Transparent in der Dresdner Kreuzkirche, auf dem stand „Der Hunger nach Freiheit ist größer als der Hunger nach Brot“, mit den Worten: „So argumentieren Sätze“.<sup>108</sup> Am 20. März 1988 wiederum zitierte Müller in seinem Leitartikel den solche „destruktive oder gar konspirative Kritik“ ablehnenden CDU-Funktionär Wolfgang Heyl mit den Worten, dass, „wer wirklich zur weiteren gesellschaftlichen Entwicklung beitragen will [...], sich im Interesse seines Anliegens und der Gesellschaft mit den gesellschaftlich Engagierten verbinden“ solle. Dabei ist, so Müller, „die Konstruktivität in der Mitarbeit von Christen, wie auch Wolfgang Heyl zu verstehen gibt, nicht nur Theorie, sondern millionenfache Praxis.“<sup>109</sup> Dass Müller die „Kirche im Sozialismus“ als „Kirche für den Sozialismus“ verstand, offenbarte er während der Friedlichen Revolution.

Im Fall des zweiten Unterzeichners, Martin Kirchner, erübrigt sich auch aufgrund seiner IM-Tätigkeit eine eingehende Prüfung seiner bspw. oft auf Geraer CDU-Bezirksdelegiertenversammlungen vorgetragenen prosozialistischen Überzeugungen.

Die dritte Unterzeichnerin des Briefes von Weimar, die weiter oben erwähnte Synodale Martina Huhn, kritisierte in ihrer Rede auf einer Veranstaltung des CDU-Hauptvorstandes am 2. September 1988 noch stärker als Müller innenpolitische Diskussionen auf der Ökumenischen Versammlung. Sie argumentierte wie Müller im Stil der antireformerischen CDU-Agitationsmuster vom Vorrang der globalen vor den innenpolitischen

<sup>107</sup> Müller, Gottfried: Zur Friedensaufgabe kirchlicher Publizistik in Europa, in: Tradition und Verpflichtung. Frieden und Sicherheit. Aufgabe unserer Zeit, Berlin 1987, S. 45ff.

<sup>108</sup> Müller, Gottfried: Gegensteuern, in: Glaube und Heimat, Evangelische Wochenzeitung für Thüringen, 28.2.1988.

<sup>109</sup> Müller, Gottfried: Konstruktiv, in: Glaube und Heimat, 20.3.1988.

Problemen: „Die ökumenische Versammlung wird dann zu dem, was ihr Name ausdrückt, wenn sie auch wirklich die Probleme der Ökumene der ganzen Welt betrifft. Ein wenig habe ich nach dem, was in Dresden passiert ist, was leider in den westlichen Massenmedien mit einem besonderen Schwerpunkt darüber berichtet worden ist, die Befürchtung, dass die Erwartungen der Ökumene, der Christen, der Kirchen in der ganzen Welt enttäuscht werden könnten von den Ergebnissen dieser Ökumenischen Versammlung hier bei uns in der DDR, dann nämlich, wenn die Ergebnisse in einem Klagen über DDR-Probleme bestünden. [...] Wir nehmen uns in unserem mitteleuropäischen Winkel, am Schnittpunkt zweier Weltsysteme und mit der Grenze zu einem einstmals zusammengehörigen Deutschland wohl einfach zu wichtig. [...] Da gibt es gerade im Themenbereich ‚Gerechtigkeit‘ doch erhebliche Differenzen zwischen dem, was weltweit für die Zukunft unserer Erde wichtig ist, und dem, was hier bei unseren Kirchen Betroffenheit erregt. Während an der ungerechten Weltwirtschaftsordnung Millionen Menschen leiden, verhungern, an Krankheiten sterben, löst hier vor allem Betroffenheit aus, wie der einzelne von staatlichen Organen mitunter behandelt wird, dass die Grenze nach Osten und Westen nicht für jeden jederzeit ohne Komplikationen überschreitbar ist. [...] Es kann keine Trennung zwischen den Problemen hier bei uns und denen in der Welt geben, aber die Prioritäten müssen doch bei den weltweiten Problemen liegen und nicht bei unseren innerstaatlichen. Wir sind einfach unglaublich als Christen und Kirchen, wenn uns nicht der Hunger, die Armut, der Rassismus, der Faschismus aktiver werden lassen als gewisse Abgrenzungstendenzen hier bei uns.“<sup>110</sup>

Die vierte Unterzeichnerin, die Pastorin Christine Lieberknecht, redete am 22. Februar 1988 auf einer Veranstaltung des Hauptvorstandes der CDU. Einige Wochen nach den Verhaftungen anlässlich der Liebknecht-Luxemburg-Demonstration vom 17. Januar 1988, wenige Tage nach der ersten Sitzung der Ökumenischen Versammlung in Dresden und während in Neuenhagen am Brief an Lieberknechts Zuhörer Gerald Götting geschrieben wurde, sagte sie zum Thema „Jugend fragt nach der Überlieferung unserer Partei“: „Was heißt ‚Einsatz für den Frieden‘, ‚Friedensengage-

<sup>110</sup> Huhn, Martina: Erwartungen an die Ökumenische Versammlung, in: Hauptvorstand der CDU (Hrsg.): Bürgerpflicht und Christenpflicht. Christliche Verantwortung für eine friedliche, gerechte und lebensfähige Welt, Berlin 1987, S. 49ff.

ment‘, ‚Friedenskampf‘, ‚Friedenszeichen‘? Das sind Worte, hinter denen die verschiedensten Auffassungen und Aktivitäten, nicht selten gegensätzlicher Art, stehen. So gegensätzlich, daß sich unser Thüringer Bischof Dr. Leich zu einem Rundbrief an die Pfarrerschaft und kirchlichen Mitarbeiter mit der Mahnung veranlaßt sah, über die gegensätzlichen Meinungen in jüngster Zeit nicht die gemeinsam bindende Mitte unserer Kirche zu verlieren. [...] Offen hingegen bleibt für mich die Frage: Wo in der Kirche, in Sonderheit der kirchlichen Jugendarbeit, kommen die vielen, vielen jungen Christen zu Wort, die tagtäglich in harter Arbeit ihren ‚Kampfplatz für den Frieden‘ beziehen? Eine Auseinandersetzung mit dieser Auffassung, mögen kirchliche Mitarbeiter darüber denken, wie sie wollen, habe ich im innerkirchlichen Raum bisher nicht gefunden. Millionen Christen leben damit, begleitet von nicht weniger seelsorgerlich herausfordernden Problemen als die Probleme derjenigen, deren Namen vor wenigen Wochen unter den kirchlichen Mitarbeitern in jedermanns Munde geführt wurden. – Wie nehmen wir die am Arbeitsplatz kämpfenden Christen ernst? Wie wollen wir sie beraten? Dies als offene Frage! Wichtig bei aller Ausrichtung der kirchlichen Friedensbemühungen ist die sich zunehmend durchsetzende gemeinsame Erkenntnis, daß Frieden in der Welt nur noch denkbar ist in der Dreiheit von Gerechtigkeit, Frieden und Bewahrung der Schöpfung. Diese komplexe Denkart bietet die Chance, daß unausweichlich weltweite Horizonte in den Blick rücken. Wir werden auf Dauer nur in Frieden leben können, wenn es uns gelingt, jedem dieser drei großen Bewährungsfelder unserer Zeit Rechnung zu tragen. Die Gefahr dabei ist, daß die Erkenntnisse des klassischen Marxismus von Kapital und Arbeit, Klassenkampf und Kampf um die Neuaufteilung der Welt nur allzusehr schnell vergessen oder gar nicht erst zur Kenntnis genommen werden.“<sup>111</sup>

Die behauptete Nähe der Unterzeichner des Briefes aus Weimar zum Konziliaren Prozess ist nach Quellenprüfung die übliche „Nähe“ der Ost-CDU zu allem, was es an Emanzipatorischem in Kirche und Gesellschaft zu bekämpfen galt. Wes Geistes Kind der Brief aus Weimar war, wird endgültig deutlich durch das Agieren seines spiritus rector, Gottfried Mül-

<sup>111</sup> Lieberknecht, Christine: Jugend fragt nach Überlieferung unserer Partei, in: Hauptvorstand der CDU (Hrsg.): Tradition und Verpflichtung. In gemeinsamer Verantwortung für eine Welt mit immer weniger Waffen, Berlin 1988, S. 39f.

ler, nach dem Versand des Briefes an Gerald Götting am 10. September 1989. Drei Tage später ließ sich Müller auf einer Veranstaltung des Nationalrates sowie des Staatssekretärs für Kirchenfragen anlässlich des 40. Jahrestages der DDR in Berlin für seine Verdienste um die Arbeitsgruppe „Christliche Kreise“ mit der Ehrenmedaille der Nationalen Front auszeichnen.<sup>112</sup> In der Ausgabe von „Glaube und Heimat“ am 24. September erklärte Müller, der bis dahin jegliche politische Stellvertreterrolle der Kirche und ihrer Gruppen in diversen Schriften bekämpft hatte, die Notwendigkeit des Briefes aus Weimar mit den Worten, „daß die Kirchen und ihre Gruppen von einer gesellschaftlichen Stellvertreterrolle entlastet werden“ müssten.<sup>113</sup> In derselben Ausgabe schrieb Müller in seinem Leitartikel: „Eine Kirche, die ausgesprochenermaßen ‚im‘ Sozialismus und nicht neben oder gar gegen ihn leben will, wird von sich aus das Gesellschaftsbild der sozialistischen Gemeinschaft nicht infrage stellen. Es hieße ja wohl auch, das Chaos organisieren, wollte man dieses die DDR prägende Staatsmodell durch einen Parteienpluralismus westlicher Art mit Regierung und Opposition zu ersetzen versuchen. Für eine echte Alternativen bietende Opposition fehlt es personell wie sachlich an allen Voraussetzungen. So sehe ich es jedenfalls.“<sup>114</sup> Am 8. Oktober bedauerte Müller deshalb in seinem Leitartikel, dass der Brief aus Weimar vom durch diesen gestützten SED-Staat „als gegen das Parteienbündnis gerichtet denunziert wurde. Bereits eine oberflächliche Lektüre hätte die Absurdität dieser Behauptung gezeigt.“<sup>115</sup>

Die Wirkungsgeschichte des Briefes aus Weimar ist einem Missverständnis geschuldet. Aus dem Versuch von vier Protagonisten der CDU-Kirchenpolitik (ein sozialistischer Kirchenzeitungs-Chefredakteur mit diversen gesellschaftlichen Ämtern, ein MfS-IM im Oberkirchenrat Thüringens, eine Marxismus-affine Pastorin und eine staatsloyale Synodale), die Vorherrschaft der SED im Blocksystem gegen den gemeinsamen Gegner, die sich formierende Opposition der DDR, mittels innenpolitischer Lockerungen zu retten, wurde vor allem durch westliche Medien ein demokratisches „Aufbruchsignal innerhalb der Blockparteien“. Die Unterzeichner

<sup>112</sup> Vgl. Arndt, Erich: Sogar Chefredakteure von Kirchenzeitungen können öffentlich geehrt werden, in: Mecklenburgische Kirchenzeitung, 22.10.1989.

<sup>113</sup> Müller, Gottfried: Brief aus Weimar, in: Glaube und Heimat, 24.9.1989.

<sup>114</sup> Müller, Gottfried: Wachsen lassen!, in: Ebd.

<sup>115</sup> Müller, Gottfried: Weiter sehen!, in: Glaube und Heimat, 8.10.1989.

übernahmen wegen der sich rasch ändernden Verhältnisse diese Interpretation und mutierten von SED-loyalen Blockparteimitgliedern zu „Reformern“. Infolge des einsetzenden Reform-Prozesses verwarfen sie die Forderungen ihres Briefes und übernahmen den Geist des Briefes aus Neuenhagen. Dessen Hauptverfasserin wurde später politisch verdrängt, während Müller und andere Unterzeichner des Weimarer Briefes ihre politischen Karrieren unter den bis dahin bekämpften demokratischen Umständen ohne marxistische Leitbilder fortsetzten.

Der Brief aus Weimar wurde am Rande der Bundessynode in Eisenach am 16. September vor circa 20 Journalisten aus dem In- und Ausland vorgestellt. Müller verwies darauf, dass sich die Verfasser durch den Paragraphen zwei der Satzung der CDU gerechtfertigt sähen. Er hoffte, dass der Brief nicht unterdrückt werde und bezeichnete die Sprechrichtung des Briefes als eine zwischen CDU und Kirche. Kirchner stellte fest, dass die Kirche nur eine Stellvertreterfunktion habe und auch die oppositionellen Basisgruppen politisch nicht legitimiert seien. Legitimiert wären vielmehr die verfassten Strukturen, die Parteien. Er ging davon aus, dass die CDU in diesem Rahmen eine besondere Funktion hätte. Kirchner verdeutlichte, dass es nicht um eine Art Opposition ginge, auch um keine innerparteiliche, sie wollten vielmehr Anstöße in Richtung eines veränderten Sozialismus geben, dessen Grundanliegen von gesellschaftlichem Eigentum an den Produktionsmitteln man erhalten wolle. Es stelle sich aber zunehmend die Frage, wie die Macht verwaltet werde. Er wünsche sich Schritte zu einem demokratischeren Sozialismus. Martina Huhn übernahm es, den Brief in die Synode einzubringen. In der Aussprache zum Bericht des Vorsitzenden führte sie aus, dass die Kirchen die Stellvertreterrolle nicht weiterhin annehmen sollten und politisches Handeln vorrangig das Aufgabenfeld von Parteien sei.<sup>116</sup>

Der Anspruch der Verfasser des Briefes aus Weimar, dass die Parteien der DDR durch Scheinwahlen auf Einheitslisten im Gegensatz zur Kirche und ihren oppositionellen Basisgruppen politisch legitimiert seien, stieß auf den Widerspruch der Letztgenannten. Da diese Auffassung aber von vielen um ihre Ämter und Machtbeteiligung fürchtenden Blockpartiefunktionären geteilt wurde, drängten sie die ihnen lediglich in moralischer Hin-

<sup>116</sup> 5. Tagung der V. Synode des Bundes der Evangelischen Kirchen in der DDR, in: BStU, MfS, HA XX/AKG, Nr. 1360, Bl. 145f.

sicht überlegenen Oppositionsgruppen im Laufe der folgenden Monate mit ihrer infrastrukturellen Überlegenheit und parallelen Unterstützung durch westdeutsche Schwesterparteien zurück an den politischen Rand.

Das Ministerium für Staatssicherheit notierte am 20. Juli 1989, dass der CDU-Vorsitzende Götting die innerparteiliche Kritik an der innenpolitischen Situation nicht mehr in den Griff bekomme. Eingaben bezüglich der Kommunalwahlen, Ausreisewünsche oder Versorgungsmängel hätten bei ihm ein starkes Unwohlsein ausgelöst. Er könne die Dinge nicht mehr klären und würde selbst zunehmend zum Gegenstand von Kritik. Auf den Brief aus Weimar reagierte Götting anfangs mit dem Gedanken, die Unterzeichner aus der Partei auszuschließen. Aber bereits Anfang Oktober hatte der Brief Wellen geschlagen. Der Chefredakteur der Berliner Redaktion der „Neuen Zeit“ schloss sich gegenüber Götting den Forderungen an und der neu gewählte Berliner CDU-Chef Berghaus forderte laut einem IM-Bericht von Anfang Oktober 1989 den „Chefredakteur des Presseorgans der CDU auf [...], eigenständigen Journalismus zu beginnen“<sup>117</sup>.

Am 22. September schrieb das von einigen Autoren als MfS-IM „Franz“<sup>118</sup> beschriebene Hauptvorstandsmitglied der CDU, Winfried Wolk, einen Brief an das Präsidium seiner Partei, in dem er seine Parteifreunde ermahnte, in ihrer Verantwortung als christliche Politiker „die historische Notwendigkeit der Existenz der CDU in der DDR“<sup>119</sup> unter Beweis zu stellen. Anfang Oktober, während einer Ausstellungsreise in die Bundesrepublik, richtete Wolk sich im „heute-journal“ des ZDF direkt an die Zuschauer in der DDR. Er warnte vor einem Blutbad wie ein halbes Jahr zuvor in Peking und bat die oppositionellen Gruppen deshalb, auf Proteste zum 7. Oktober zu verzichten und stattdessen Kerzen in die Fenster zu stellen.

Briefunterzeichner Kirchner stellte laut einer Akte des Rates des Bezirkes Leipzig in dieser Zeit fest, mit „dem ‚Neuen Forum‘ habe er nichts im Sinn, [er] wendet sich aber gegen eine jegliche Schematisierung, wie sie

<sup>117</sup> Operativinformation, 3.10.1989, in: BStU, MfS, BV Berlin, AKG, Nr. 4111, Bl. 60.

<sup>118</sup> Vgl. Reuth, Ralf Georg; Bönke, Andreas: Das Komplott. Wie es wirklich zur deutschen Einheit kam, München 1993, S. 144.

<sup>119</sup> Langer, Kai: „Ihr sollt wissen, daß der Norden nicht schläft ...“. Zur Geschichte der „Wende“ in den drei Nordbezirken der DDR, Temmen 1999, S. 120.

zur Zeit in den Medien der DDR anzutreffen ist. Es sind nicht alles Randalierer oder Rowdys, die auf die Straße gehen.“<sup>120</sup> Die Neuenhagener CDU-Ortsgruppe verfasste in dieser Zeit einen „Aufruf zum Sonderpartei-tag“ und brachte eine diesbezügliche Unterschriftensammlung in Gang, um die CDU zu einem „Instrument der politischen Willensbildung“ zu machen. Die Sitzung des Blocks am 13. Oktober nutzten aber weder Götting noch andere zu einem Misstrauensvotum gegen die SED oder Erich Honecker. Zwei Tage nach dieser Sitzung veröffentlichte die „Neue Zeit“ ein Interview mit Manfred Stolpe, in dem der Ost-Berliner Konsistorialpräsident öffentlichen Meinungsstreit, echte Wahlen und auch Reisefreiheit einforderte.

Auf einer Beratung des Präsidiums der CDU mit den CDU-Bezirkschefs am 16. Oktober weigerte sich Götting noch immer, seinen Kurs zu korrigieren. Die CDU-Bezirkschefs von Karl-Marx-Stadt und Schwerin wiesen ihn darauf hin, dass es innerhalb der CDU bereits eine andere CDU gebe, die Götting nicht mehr führe. Diese Worte erhielten Beifall, den Götting untersagte und stattdessen vor dem Einsatz sowjetischer Truppen warnte.

Noch hatten nicht alle, wie die Bezirkschefs aus Schwerin oder Karl-Marx-Stadt, begriffen, wohin die Partei sich zukünftig entwickeln würde. Der Schweriner Bezirkschef Lothar Moritz hatte eine rasante Positionsänderung vorgenommen. Anlässlich des 40. Jahrestages der DDR wurde Moritz im Herbst 1989 mit dem Vaterländischen Verdienstorden in Bronze ausgezeichnet. Noch nach den gewalttätigen Übergriffen des 7. Oktober 1989 oder dem Pseudo-Reformversuch des „Briefes aus Weimar“ zeigte er sich dieser Auszeichnung würdig und stellte sich in seiner Rede auf der Dobbertiner Konferenz am 12. Oktober 1989 hinter die SED und gegen das „Instrumentarium imperialistischer Massenpsychose“, die „Obhutspflicht der Bundesregierung für alle Deutschen“, die „Silberlinge, die Ungarn für Vertragsbruch kassierte“, die sich entwickelnde „innere Opposition“ und das „Neue Forum“. <sup>121</sup> Vier Tage später wandte er sich gegen seine eigenen Worte und Götting, der ihnen treu blieb.

Am 18. Oktober trat Erich Honecker zurück. Sein Nachfolger Egon Krenz versuchte, die Blockparteien weiterhin zusammenzuhalten und traf sich mit deren Chefs und denen der Massenorganisationen bereits am 19. Ok-

<sup>120</sup> Besier, SED-Staat und Kirche, S. 882, FN 1009.

<sup>121</sup> Vgl. u. a. Langer, S. 239.

tober. Krenz schickte anschließend den Entwurf seiner geplanten Erklärung vor der Volkskammer an Götting mit der Bitte, diese gegenzulesen, was Götting laut Lapp als Vertrauensbeweis und Kontinuität der kameradschaftlichen Zusammenarbeit in den Stürmen der Zeit bewertete. Der CDU-Chef legte Krenz nahe, die neuen Belange des demokratischen Bündnisses zu unterstreichen. Wenige Tage später wählten auch die CDU-Vertreter bei wenigen Gegenstimmen den SED-Generalsekretär Egon Krenz zum Vorsitzenden des Staatsrates.

Am 27. Oktober, auf einem Treffen des CDU-Hauptvorstandes mit Künstlern und Kulturschaffenden in Burgscheidungen, kritisierten die Anwesenden das Referat von Götting. Hier wurden erstmals auch Rücktrittsforderungen an ihn herangetragen. Ähnliche Erlebnisse hatte Götting anschließend bei seinem letzten Auftritt als Parteivorsitzender auf der Zweihundert-Jahr-Feier des Verlages Köhler und Amelang, der seinerzeit der CDU gehörte. Am 28. Oktober druckte die „Neue Zeit“ ein letztes Interview mit Götting, der am selben Tag ein Positionspapier des Präsidiums der CDU veröffentlichen ließ. In diesem stellte er den Entwurf für ein Reformkonzept der CDU vor und erklärte die Ost-CDU zu einer unabhängigen und eigenständigen Partei.

Aber bereits am selben Tag vermerkte das MfS über die Aktivitäten des CDU-Hauptvorstandsmitgliedes Kirchner, „daß am 1.11.1989 das von ihm geforderte Gespräch mit Gerald GÖTTING stattfinden wird. Daran sollen nach Meinung des KIRCHNER und MÜLLER die vier Unterzeichner des ‚Briefes aus Weimar‘, eine Person STEINBACH, eine Person ZIMMERMANN, je ein Vertreter aus Dresden und Karl-Marx-Stadt teilnehmen. Dort soll der Rücktritt GÖTTINGS, der bereits auf einer Beratung der CDU-Bezirksvorsitzenden mit dem Präsidium des CDU-Hauptvorstandes am 24.10.89 gefordert worden sei, angestrebt werden.“<sup>122</sup> Nach einem Treffen dieser Gruppe um Kirchner am 31. Oktober in Altlandsberg empfing Götting einige ihrer Vertreter am folgenden Tag. Götting kannte diese drei Unterzeichner des „Briefes von Weimar“ und weitere in den Jahren zuvor in ihren Ämtern oder öffentlichen Auftritten ihre Treue zur Parteilinie dokumentierenden Parteifreunde, wie das Hauptvorstandsmitglied Walter Riedel oder den Leipziger Theologen Peter Zimmermann, von gemeinsamen Veranstaltungen. Nun konfrontierten sie Götting mit

<sup>122</sup> Information, 28.10.1989, in: BStU, MfS, HA XX, Nr. 20472, Bl. 26.

Rücktrittsforderungen der Basis. Martin Kirchner drohte, Demonstrationen gegen ihn organisieren zu wollen, bei denen Unangenehmes ans Licht kommen werde. Götting wertete dies als Erpressungsversuch und beendete das Gespräch.<sup>123</sup>

Einen Tag später tagte das Präsidium der CDU. Götting ließ sich aus gesundheitlichen Gründen entschuldigen, und Wolfgang Heyl erklärte den Versammelten, dass Götting zurücktrete. Die „Stuttgarter Zeitung“ schrieb später, dass ganze Bezirksorganisationen der CDU gedroht hätten, im Falle seines Verbleibs im Amt geschlossen zur LDPD überzulaufen.<sup>124</sup> Mitte November trat Götting auch von den Ämtern des Vizevorsitzenden des Staatsrats und des stellvertretenden Präsidenten der Volkskammer zurück. Am 4. November legte er auch den Vorsitz der Liga für Völkerfreundschaft nieder. Wolfgang Heyl wurde noch am 2. November zum Interimschef bestimmt und am 10. November wurde Lothar de Maizière von der CDU-Führung zum neuen Parteichef gewählt.

### 1.8. Lothar de Maizière

Der Rechtsanwalt Lothar de Maizière gehörte zu den wenigen CDU-Mitgliedern in kirchenleitenden Ämtern<sup>125</sup> und hatte nach eigener Darstellung auf die angebotene Erstunterzeichnung des Briefes aus Weimar verzichtet, weil er sich als leitender Synodaler in die Präsidiumsdisziplin eingebunden fühlte.<sup>126</sup> Mitte Oktober jedoch redete er vor der Arbeits-

<sup>123</sup> Vgl. Lapp, S. 17.

<sup>124</sup> Vgl. Weis, Otto-Jörg: Die Blockparteien haben sich von der SED-Leine losgerissen, in: Stuttgarter Zeitung, 8.11.1989.

<sup>125</sup> Über die Mitgliedschaft in de Maizières CDU-Bezirksverband befand das MfS: „Mitglieder der CDU sind in kirchenleitenden Gremien in Berlin kaum vertreten. Die Masse der kirchlichen Mitarbeiter lehnt die CDU als politische Partei ab. So werden Pfarrer, die Mitglied der CDU sind, aus kirchenleitenden Gremien herausgedrängt und in der Kirche isoliert. Auch an der Basis ist der Einfluß der Mitglieder der CDU in den Kirchengemeinden zu gering. Es wird eingeschätzt, daß etwa nur 15 % der Mitglieder der CDU aktive Christen sind, die sich in Gemeindegemeinderäten engagieren und am Leben in ihrer Kirchengemeinde teilnehmen.“ Analyse zur politisch-operativen Lage in den Bezirksverbänden der befreundeten Parteien, 24.10.1986, in: BStU, MfS, BV Berlin, Abt. XX, Nr. 2590, Bl. 1-6.

<sup>126</sup> Jäger, Wolfgang; Walter, Michael: Die Allianz für Deutschland. CDU, De-

gemeinschaft Kirchenfragen beim Hauptvorstand der CDU und am 17. Oktober wurde sein kritischer Vortrag in der „Neuen Zeit“ abgedruckt.

Das Ministerium für Staatssicherheit hielt fest, dass de Maizière neben Kirchner zu den treibenden Kräften der Gruppe von Synodalen in der CDU gehöre, die gegen Götting operiere und sich am 31. Oktober im Gemeindehaus Altlandsberg traf. Hier sollte eine Konzeption zur Vorgehensweise gegen Götting erarbeitet, ein Sonderparteitag besprochen und eine Statutenkommission gebildet werden.<sup>127</sup> Nach dem Treffen in Altlandsberg hielt das MfS fest, dass ein Papier erarbeitet wurde, welches der Parteiführung politisches Versagen, Vertrauensverlust unter den Mitgliedern und Unglaubwürdigkeit vorwarf.

Bereits am 2. November notierte das MfS, dass Heyl, wegen der Unterstützung „durch mehrere Personen der Gruppierung um OKR KIRCHNER“ und weil „er das Vertrauen der Parteiführung der SED habe“<sup>128</sup>, glaube, am 22. November vom Parteivorstand zum Interims-Vorsitzenden gewählt zu werden. Als mögliche weitere Kandidaten seien der Weimarer Oberbürgermeister Gerhard Baumgärtel, der Schweriner CDU-Bezirkschef Lothar Moritz, Wolfgang König, der Direktor des Union-Verlages Klaus-Peter Gerhard sowie der „als Repräsentant kirchlicher Kräfte in der CDU“<sup>129</sup> geltende Rechtsanwalt Lothar de Maizière zu prüfen.<sup>130</sup> In einer Akte vom 4. November hielt das MfS über die innerparteiliche Gemengelage fest: „Nach Ansicht der Quelle fühlen sich die progressiven CDU-Vorstandsmitglieder zur Zeit sowohl in der CDU als auch von der SED allein gelassen. Dies kam bei Wolfgang Heyl besonders dadurch zum Ausdruck, daß er im ZK der SED, Abteilung befreundete Parteien, in der vergangenen Woche gesagt bekam, daß sie, um die CDU zu retten, eben Gerald Götting opfern sollten.“<sup>131</sup> Noch der Sturz Göttings vollzog sich demnach im Einvernehmen mit der SED.

---

mokratischer Aufbruch und Deutsche Soziale Union 1989/90, Köln 1998, S. 4.

<sup>127</sup> Vgl. Information zur Stimmungslage in der CDU, Hauptabteilung XVIII 30.10.1989, in: BStU, MfS, HA XX, Nr. 4594, Bl. 6.

<sup>128</sup> Information zur aktuellen politischen Lage in der CDU und der NDPD, 2.11.1989, in: BStU, MfS, HA XX, Nr. 7429, Bl. 249.

<sup>129</sup> Vgl. ebd., Bl. 250.

<sup>130</sup> Vgl. ebd., Bl. 249f.

<sup>131</sup> Information über Stimmungen und Meinungen zur Reiseverordnung und zur

Die „Frankfurter Allgemeine Zeitung“ kommentierte diese noch nicht überwundene SED-Steuerung beziehungsweise Rückversicherung der CDU am selben Tag mit den Worten: „Die bis vorige Woche gültige Sprachregelung des Konrad-Adenauer-Hauses, alles Reden mit den ‚Leuten von vorgestern‘ zu vermeiden, wird nicht mehr lange standhalten. [...] Aber ehe die CDU nun mit großen Schritten auf die ihr nur während der ersten Nachkriegsjahre geistig verbundene Ost-CDU zugeht, wären einige Überlegungen anzustellen. Nicht nur Götting, sondern auch die führenden Funktionäre dieser Blockpartei sind vor Funktionsübernahme von der SED geprüft und bestätigt worden. Daher ist die Ost-CDU nach wie vor kommunistisch mitbestimmt. Zudem haben sogar die Unterzeichner eines Briefes mit Forderungen nach Reformen das seltsame Argument benutzt, daß ohne solche der Sozialismus in der DDR keine Chance habe. Hinzugefügt wurde der Hinweis, daß sonst auch die ‚Westmedien‘ weiterhin in der publizistischen Landschaft der DDR offene Räume hätten.“<sup>132</sup> Noch galten Teilen der westdeutschen Medien die angesprochenen Verfasser des Briefes aus Weimar und andere „Reformer“ als obsolet. Dies änderte sich rasch.

Am 6. November druckte die „Neue Zeit“ ein Interview mit de Maizière unter der Überschrift „Anwendung des Leistungsprinzips auch auf dem Feld der Politik“. Lothar de Maizière war mittlerweile nur noch der einzige Kandidat für den Parteivorsitz, während Heyl weiterhin sein Stellvertreter bleiben sollte. Von der SED-Steuerung löste man sich zunehmend, auch indem einige Tage später durch die CDU mit der Gründung der „Christlich-Demokratischen Jugend“ das Monopol der SED-gelenkten FDJ auf die Vertretung der DDR-Jugend gebrochen wurde.

Eine Übergabe des Amtes von Götting an de Maizière nach seiner Wahl am 10. November zum CDU-Vorsitzenden durch den CDU-Hauptvorstand erfolgte nicht. Götting immerhin lud de Maizière in sein Haus nach Köpenick ein, während dieser ihn wiederum in sein Büro in der Parteizentrale einlud. Keiner folgte der Einladung des anderen.<sup>133</sup> Nach seiner Wahl musste de Maizière außerdem mit einem Restpräsidium und einem Restpartei Vorstand arbeiten. In der Volkskammerfraktion, der er nicht ange-

---

gegenwärtigen Lage in der CDU-Volkskammerfraktion, Hauptabteilung XIX 4.11.1989, in: BStU, MfS, HA XX, Nr. 7722, Bl. 191.

<sup>132</sup> Guter Rat nach drüben, in: Frankfurter Allgemeine Zeitung (FAZ), 4.11.1989.

<sup>133</sup> Vgl. Lapp, Götting, S. 17.

hörte, saßen weiterhin die bisher im Hauptvorstand tätigen und abgewählten Parteioberen. Laut CDU-Vorstandsmitglied Günther Wirth begann eine Doppelherrschaft zwischen den alten und den neuen Kräften.

Wolfgang Heyl hatte derweil die nicht abgewählten Sekretäre des Hauptvorstandes zu einer Besprechung ins Parteihaus gebeten, was de Maizière als feindseligen Akt der alten Parteiführung verstand. Er stellte laut Wirth die Kabinettsfrage, die sich insoweit erledigte, als Heyl einige Tage später schwer erkrankte. Außerdem forderte de Maizière Heyl später auf zurückzutreten, weil er in das System Göttings als Mitwisser eingebunden und wie dieser durch Manipulationen zu Vorteilen gekommen war. Gegen viele Kader wurden Korruptionsermittlungen eingeleitet, während die Kommunikation mit den Bezirksvorständen der CDU nur noch eingeschränkt funktionierte und dort die Kader um ihre Macht und neue Ämter kämpften. Außerdem hatten verschiedene westdeutsche CDU-Landesverbände Kontakt zu de Maizière und anderen Ebenen in der CDU gesucht, während die CDU-Bundesführung um Helmut Kohl und Volker Rühle weiterhin distanziert blieb.<sup>134</sup>

Am 17. November wählte die Volkskammer de Maizière zum „Stellvertreter des Vorsitzenden des Ministerrates für Kirchenfragen“, während der Staatssekretär für Kirchenfragen, Kurt Löffler, entlassen wurde. Damit wurden die Arbeitskontakte zwischen dem Staat und den Kirchenleitungen erstmals durch einen Minister gehalten. Noch in diesem Amt führte de Maizière aus: „Nicht der Sozialismus ist am Ende, sondern seine administrative, diktatorische Verzerrung.“<sup>135</sup>

Am Tag seiner Wahl zum CDU-Vorsitzenden berief sich Lothar de Maizière auf das Erbe Otto Nuschkes. Einen Tag nach seiner Amtsübernahme machte er sich außerdem für die Übernahme der Grundgedanken des Konziliaren Prozesses in der CDU stark. Er veranlasste auch, dass nach 23 Jahren auf einer Klausurtagung des CDU-Vorstandes wieder eine christliche Andacht abgehalten wurde.

<sup>134</sup> Vgl. Lapp, Peter Joachim: Ausverkauf. Das Ende der Blockparteien, Berlin 1998, S. 35.

<sup>135</sup> Schmude, Jürgen: Der Begriff Sozialismus eignet sich nicht für Glaubenskämpfe, in: Sommer, Norbert: Der Traum aber bleibt. Sozialismus und christliche Hoffnung, Berlin 1992, S. 209.

Der CDU-Hauptvorstand traf sich am 20. November in Burgscheidungen zu einer dreitägigen Sitzung. Hier entwickelte de Maizière erstmals vor der Parteiführung sein an diesem Tag veröffentlichtes Positionspapier und verwies wieder auf den Konziliaren Prozess. In einer von der „Neuen Zeit“ am 23. November veröffentlichten Erklärung verabschiedete sich die CDU-Führung von ihrem Bekenntnis zum Sozialismus und kündigte an, eine Konföderation der beiden deutschen Staaten anzustreben.

In einem Brief an die Unionsfreunde verwies de Maizière zwei Tage später erstmals öffentlich auf den Sonderparteitag Mitte Dezember in Berlin. „Sie haben mit einer Vielzahl von Vorschlägen und Hinweisen zum Entwurf des Positionspapiers der CDU in der gegenwärtigen schwierigen Situation Ihre Verbundenheit mit der Partei zum Ausdruck gebracht. Sie haben uns damit Mut und Kraft gegeben, uns auf der VIII. Tagung des Hauptvorstandes den Problemen einer umfassenden Erneuerung der Gesellschaft und unserer Partei zu stellen. Das Ergebnis ist ein auf Ihren Anregungen aufbauender zweiter Entwurf dieses Positionspapiers [...]. Auf dem Sonderparteitag am 15. und 16. Dezember 1989 in Berlin wollen wir dies für die Partei zukunftsorientierende Papier den Delegierten zur Diskussion und Beschlussfassung vorlegen.“<sup>136</sup>

In diesem Papier nannte die CDU „Gerechtigkeit, Frieden und Bewahrung der Schöpfung“, das Motto des Konziliaren Prozesses, als ihr politisches Ziel. Christian Sachse sieht den Grund für die Rezeption der Ökumenischen Versammlung durch die CDU-Führung darin, dass sich aus ihr den Sozialismus benötigende Reformforderungen ableiten ließen und somit eine Abgrenzung zur West-CDU möglich war. Letztendlich war de Maizière Anfang Dezember 1989 noch immer auf dem weiter oben beschriebenen Argumentationsstand der Unterzeichner des Briefes von Weimar aus der Vorwendezeit, als er feststellte: „Schließlich und vor allem werden wir unsere Sozialismuskonzeption einzuordnen haben in die globalen Herausforderungen der Menschheit, wie sie im konziliaren Prozeß [...] benannt werden.“<sup>137</sup>

<sup>136</sup> Brief de Maizière, in: Neue Zeit, 25.11.1989.

<sup>137</sup> Sachse, Christian (Hrsg.): „Mündig werden zum Gebrauch der Freiheit“. Politische Zuschriften an die Ökumenische Versammlung 1987-89 in der DDR, Münster 2004, S. 35.

Auf der letzten Sitzung des Blocks am 28. November hielt de Maizière fest, dass man unterschiedliche Standpunkte weiterhin umfassend diskutieren müsse, die künftige Plattform dieses Dialogs aber der Runde Tisch sein werde. Uwe Thaysen geht davon aus, dass die CDU am Tag der Konstituierung des Runden Tisches die Fronten noch nicht gewechselt hatte. De Maizière hätte eine auffällige Zurückhaltung bei der Arbeit des Runden Tisches an den Tag gelegt, welche bis Anfang Januar 1990 andauerte. Dieser Ansicht widerspricht Lapp.<sup>138</sup>

Reserviert war de Maizière gegenüber Helmut Kohls Zehn-Punkte-Plan, während er sich zustimmend zum Aufruf „Für unser Land“ äußerte. Als de Maizière Kohl kurz vor Weihnachten in Dresden treffen wollte, lehnte dieser ab und traf sich mit Hans Modrow.

Der Sonderparteitag unter dem Titel „Erneuerung und Zukunft“ vom 15. bis 16. Dezember in Berlin sollte ein neues Programm nebst Satzung wie auch eine neue Wahlordnung beschließen. Dem neuen Vorstand sollte erstmals seit Jahrzehnten auch wieder ein Generalsekretär zur Seite gestellt werden. Der Sonderparteitag drohte am ersten Abend trotz einer Krisensitzung des Vorstands zu platzen. Die alten Kader teilten nicht die Zielstellung de Maizières, der eine Transformation von der Blockpartei zur Volkspartei entlang der Maßnahmen Neuwahl der Parteileitung und Bestätigung des neuen Parteivorsitzenden, Transformierung der innerparteilichen Strukturen nebst Verabschiedung einer neuen Satzung sowie Verständigung auf den neuen Kurs der CDU in der DDR forderte.<sup>139</sup>

In seinem Referat, das erstmals von Radio DDR live übertragen wurde, bekannte de Maizière die Mitschuld der CDU an der herrschenden Misere und bezeichnete das Prinzip des demokratischen Sozialismus als genetischen Defekt. In seiner Rede kam de Maizière wieder auf den Konziliaren Prozess zu sprechen, der nun aber innerhalb von Rechtsstaat und Marktwirtschaft stattfinden sollte. Auch deshalb war die CDU künftig zu einer Koalition mit der SED/PDS unter keinen Umständen mehr bereit. Am zweiten Beratungstag wurde de Maizière mit 714 von 759 Stimmen zum Vorsitzenden gewählt, während Martin Kirchner gegen Lothar Moritz zum neuen Generalsekretär der CDU bestimmt wurde.<sup>140</sup>

<sup>138</sup> Vgl. Lapp, Ausverkauf, S. 84.

<sup>139</sup> Vgl. ebd., S. 36.

<sup>140</sup> Vgl. ebd., S. 36f.

Lapp stellt fest, dass etwa die Hälfte der Delegierten des Sonderparteitages als durch die Vergangenheit in keiner Weise belastet galt.<sup>141</sup> Dies trifft nicht für den sechsköpfigen neu gewählten engeren Führungszirkel der Partei um den Vorsitzenden, seine vier Stellvertreter sowie den Generalsekretär zu. Fünf von ihnen wurde später IM-Tätigkeit vorgeworfen. Während die Fälle Martin Kirchner, Horst Korbella und Rudolf Krause eindeutig sind, bleiben die Vorwürfe gegen Lothar de Maizière und Karl-Hermann Steinberg zwiespältig. Gottfried Müller hatte in mehreren Gesprächen mit dem MfS eine IM-Verpflichtung abgelehnt. Unter keinem Blickwinkel kann ein Anheben der Quote aktiver oder ehemaliger IM innerhalb der engsten Führung einer demokratischen Partei auf mindestens 50, äußerstenfalls 83 Prozent als „personelle Neuaufstellung“ gelten. Vielmehr übernahmen im Vorstand wie auch anderen Parteebenen Nachrück-Eliten die innerparteiliche Macht, deren „reformerischer Impuls“ anfangs die Zukunftsfähigkeit des Sozialismus in der DDR war. Nachdem die Friedliche Revolution ihr sozialistisches Ansinnen obsolet gemacht hatte, übernahmen sie die antisozialistischen Positionen ihrer ehemaligen politischen Gegner.

Das galt auch für den neu gewählten Hauptvorstand der CDU. In ihm spiegelt sich Lapps Feststellung von der hälftigen Unbelastetheit der Delegierten wider. Etwa die Hälfte seiner Mitglieder war bis dahin in staatlichen oder Parteiämtern tätig, war für Loyalität zu Staat und Partei ausgezeichnet worden, hatte diese freiwillig öffentlich bekundet oder für das MfS gearbeitet. Es ist nicht zu übersehen, dass sich mit der Ausnahme Herbert Schirmers nur aus der so „belasteten“ Hälfte des neuen Hauptvorstandes künftige Partieliten rekrutierten. Durch die Wahl des seit November für die CDU als Minister für Post- und Fernmeldewesen in der Regierung Modrow arbeitenden Klaus Wolf in den Hauptvorstand waren nach dem Parteitag mit dem MfS-IM Adolf Niggemeier als Direktor der Volkskammer und Günther Wirth als Leiter der wissenschaftlichen Arbeitsgruppe beim Parteivorsitzenden noch drei Mitglieder des alten Präsidiums des Hauptvorstandes für die Partei aktiv. Einfache Hauptvorstandsmitglieder blieben weitgehend unangefochten und setzten in großer Zahl ihre Karrieren fort. Lothar Moritz, dem Gegner der „inneren Opposition“ in der DDR von Mitte Oktober 1989, beispielsweise dankte de Maizière in seinem Parteitagsschlusswort persönlich für seine Mitarbeit an der

<sup>141</sup> Vgl. ebd., S. 37.

Vorbereitung des Parteitag und ernannte ihn drei Monate später zum Staatssekretär im Amt des Ministerpräsidenten.

Am Beispiel von Lothar Moritz wird außerdem deutlich, dass die Nomenklaturkader auf Bezirksebene weitgehend unangefochten blieben und größtenteils ihre politischen Karrieren fortsetzten. Hatten sie einst SED und MfS in ihre Ämter gebracht, sicherten sie sich nun ohne deren Hilfe untereinander demokratische Mehrheiten. Unter anderem die politischen Biografien der Mitglieder der ersten CDU-Landtagsfraktionen zeigen, dass es auch auf dieser Ebene der Parteihierarchie eine grundlegende personelle Erneuerung der Eliten durch „unbelastete“ Mitglieder nicht gab. Diese wurden dort, wo sie an die Macht drängten, nicht mehr wie Frau Ackermann durch Repression, sondern mittels demokratischer Mehrheiten erfolgreich vom politischen Einfluss ferngehalten. Wenige tatsächliche „Reformer“, Neumitglieder oder westdeutsche Parteifreunde wurden aber in jedem Bundesland in führende Positionen gewählt.

Nach dem Parteitag musste de Maizière einen auf einen reformierten Sozialismus setzenden Flügel mit dem auf eine schnelle Wiedervereinigung dringenden Flügel zusammenhalten.<sup>142</sup>

Die Thesen des Konziliaren Prozesses wurden weiterhin hochgehalten, auch wenn sie keinen programmatischen Charakter mehr trugen. Der Parteivorstand beschloss auf seiner ersten Tagung im Januar 1990 neue Grundwerte in den Worten „Frieden, Freiheit und Gerechtigkeit, Wohlstand für alle durch soziale Marktwirtschaft und Einheit der Nation durch Konföderation“.

Die Unionsparteien der Länder Westdeutschlands hatten schon Wochen zuvor begonnen, der Ost-CDU zu helfen.<sup>143</sup> Die Parteispitze um Kanzler Kohl blieb hingegen skeptisch. Zum neuen Gegner de Maizières wurde dadurch CDU-Generalsekretär Volker Rühle, der de Maizière nach dem Parteitag über die Medien aufforderte, die Regierung Modrow zu verlassen. Die CDU Westdeutschlands hatte am 10. Januar 1990 eine Kommission einberufen, welche politische Bündnispartner in der DDR finden sollte. Durch den herannahenden Volkskammerwahlkampf setzte sich im engeren Führungszirkel der West-CDU Innenminister Schäuble mit einem

<sup>142</sup> Unmittelbar nach dem Parteitag druckte die „Neue Zeit“ eine Erklärung de Maizières gegen einen raschen Anschluss der DDR an die Bundesrepublik.

<sup>143</sup> Ein Netz der Partnerschaft aufbauen, in: Frankfurter Neue Presse, 19.12.1989.

Gesprächsangebot an die Ost-CDU gegen Generalsekretär Rühle durch, der weiterhin auf einer Distanz zur Ost-CDU beharrte. Eine zukünftige Unterstützung der Ost-CDU wurde jedoch von der Bedingung abhängig gemacht, dass sie sich in einem politischen Zweckbündnis mit „politisch unbelasteten Parteien“ zusammenschließen müsse. In der zweiten Januarhälfte trafen sich Kohl und de Maizière erstmals.<sup>144</sup> Bereits am 20. Januar erklärte der schleswig-holsteinische CDU-Landesvorsitzende, Otfried Hennig, dass die CDU in der DDR „Fleisch von unserem Fleische“<sup>145</sup> sei.

Generalsekretär Kirchner hatte ohne Absprache am 17. Januar 1990 den bevorstehenden Austritt der CDU aus der Regierungskoalition verkündet, um, so Lapp, seinen Zugang zu Rühle zu erleichtern. Am folgenden Tag bereits kam ein Treffen in Bonn mit ihm zustande.<sup>146</sup> De Maizière war weiterhin gegen einen Austritt aus der Regierung, so dass Beobachter bereits von einer de Maizière- und einer Kirchner-CDU sprachen.<sup>147</sup>

Als nicht mehr allein die West-CDU, sondern auch neu gegründete CDU-Landesverbände auf einen Austritt aus der Modrow-Regierung drängten, traten die Minister de Maizière, Gerhard Baumgärtel und Klaus Wolfram am 25. Januar aus der Regierung aus, blieben aber weiter geschäftsführend tätig. Zwei Tage später befürwortete de Maizière ein Wahlbündnis aus Ost-CDU, Deutscher Sozialer Union (DSU) und Demokratischem Aufbruch (DA).<sup>148</sup> Am darauffolgenden Tag wurden die Volkskammerwahlen auf den 18. März vorgezogen. Kohl traf sich daraufhin bereits am 1. Februar in West-Berlin mit den führenden Vertretern von CDU, DSU, Demokratischem Aufbruch und Deutscher Forumpartei. Mitglieder von DA und DSU verließen wegen der Kooperation mit der CDU ihre Parteien. Andere, wie Berndt Seite, der bis zu seinem CDU-Eintritt am 8. Februar 1990 Sprecher des Neuen Forums im Kreis Röbel war, traten aus den neu gegründeten Gruppen und Parteien in die absehbar mächtigere CDU über.

<sup>144</sup> Vgl. Lapp, Ausverkauf, S. 90f.

<sup>145</sup> Langer, S. 237.

<sup>146</sup> Vgl. Lapp, Ausverkauf, S. 40.

<sup>147</sup> Vgl. Richter, Michael: Die Bildung der Allianz für Deutschland, in: HPM, 15. Jahrgang 2008, S. 341.

<sup>148</sup> Vgl. Richter, Allianz, S. 343.

Am Tag vor der Volkskammerwahl berichtete die linke West-Berliner Zeitung „taz“ über die Verschleppung von 32 Millionen Mark der DDR durch die Ost-CDU.<sup>149</sup> Auch derartige Schlagzeilen verhinderten aber nicht den überraschenden Wahlsieg der in der „Allianz für Deutschland“ um die CDU versammelten Parteien und Bündnisse. Das damalige Mitglied des Demokratischen Aufbruch Rainer Eppelmann meint, als „die Wähler am 18. März den Christdemokraten die meisten Stimmen gaben, meinten sie weniger die Ost-CDU, sondern Helmut Kohl und die deutsche Einheit“<sup>150</sup>. Der Rostocker Volkskammer-Kandidat für Bündnis 90, Joachim Gauck, wiederum stellte fest: „Ja, die Bürger haben sich für den Westen entschieden [...] Die Bevölkerung war damals total verunsichert, und eines wollte sie nicht: länger Versuchsobjekt sein für diejenigen, die ideologische Positionen ausprobierten. Da bot sich der Bundeskanzler an.“<sup>151</sup>

Dieser Wahlsieg beflügelte die Ost-CDU, ließ sie jegliche Zurückhaltung gegenüber dem sich noch immer moralisch überlegen fühlenden politischen Gegner aus der neu gegründeten SPD oder Neuen Forum vergessen und größere Ansprüche stellen. In Cottbus forderten die Vertreter von CDU und DSU nach dem Volkskammerwahlsieg beispielsweise die Neuverteilung der Stimmenanteile am regionalen Runden Tisch gemäß dem Wahlergebnis beziehungsweise seine Auflösung.<sup>152</sup>

Auf der konstituierenden Sitzung der CDU-Volkskammerfraktion sagte de Maizière, dass man antrete, um sich aufzulösen. Am Ende dieser Tätigkeit stehe die Wiedervereinigung des Vaterlandes. Am 9. April bildeten die Allianz für Deutschland, die SPD und die Liberalen in der Volkskammer eine große Koalition. Drei Tage später wurde de Maizière zum Ministerpräsidenten gewählt. Die PDS wurde zum Hauptgegner der CDU, während die im Wahlkampf heftig angegriffene SPD mit im Kabinett saß.

<sup>149</sup> Vgl. CDU-Devisen auf Luxemburger Konto?, in: taz, 17.3.1990.

<sup>150</sup> Eppelmann, Rainer: Fremd im eigenen Haus. Mein Leben im anderen Deutschland, Köln 1993, S. 378.

<sup>151</sup> Langer, S. 265.

<sup>152</sup> Vgl. Kotsch, Detlef: Die Bezirke Potsdam, Frankfurt (Oder) und Cottbus in der DDR (1952 bis 1990), in: Materna, Ingo; Ribbe, Wolfgang (Hrsg.): Brandenburgische Geschichte, Berlin 1995, S. 789.

Mitte Mai 1990 verabredeten Kohl und de Maizière die Parteivereinigung. Während einer Parteivorstandssitzung am 21. Mai wandte sich de Maizière aber gegen einen Anschluss der Ost-CDU an die West-CDU. Er betonte den solidarischen Ansatz der Ost-CDU sowie das „C“ und sperrte sich dagegen, Wahlverein für eine fremdbestimmte Mannschaft zu werden. Außerdem verlegte man einmal mehr den 17. (ordentlichen) Parteitag der CDU der DDR, den es nie geben sollte.<sup>153</sup>

Den Ost-CDU-Kritikern in der West-CDU hielt de Maizière auf der Sitzung den für ihn, der wegen des Adenauer-Gegners Otto Nuschke in die Ost-CDU eintrat, eigenartigen Satz entgegen: „Wir werden ihnen auch sagen müssen, daß es eben sehr viel leichter war, CDU-Mitglied zu sein in der Bundesrepublik als in einer DDR und daß wir da nichts von uns wegzwerfen haben.“<sup>154</sup> Hier begann auch für de Maizière die Nivellierung der kurz zuvor noch eingestandenen Mitverantwortung der CDU an der DDR. Außerdem stellte er das von der West-CDU gewünschte Verfahren eines Beitritts der einzelnen Ost-Landesverbände infrage und favorisierte die Vereinigung von zwei gleichberechtigten Partnern. Den vorgeschlagenen Veranstaltungsort für den Vereinigungsparteitag, Hamburg, verwarf er zugunsten von Berlin.<sup>155</sup>

Während eines Besuchs in Bonn am 18. Juni 1990 stellte de Maizière fest, dass das Zusammenwachsen der beiden Schwesterparteien durch eine gemeinsame Grundsatzkommission und eine Satzungsänderungskommission begleitet werden sollte. Diese würden die Voraussetzungen für die Wiedervereinigung beider Parteien schaffen. Das Ansinnen scheiterte. Die Bonner CDU favorisierte hingegen eine Föderalisierung der Ost-CDU, indem die Hauptgeschäftsstelle in Ost-Berlin zurückgefahren und das Vermögen der DDR-CDU auf die neuen Landesverbände verteilt werden sollte. Demonstrativ benannte de Maizière am 26. Juni das Haus des Parteivorstandes in Jakob-Kaiser-Haus um. Dies war ein Affront gegenüber Bonn, hatte doch Jakob Kaiser regelmäßig gegen den ehemaligen CDU-Vorsitzenden und Bundeskanzler Adenauer mit sozialistischen Auffassungen opponiert.<sup>156</sup>

<sup>153</sup> Vgl. Lapp, Ausverkauf, S. 134.

<sup>154</sup> Ebd., S. 135.

<sup>155</sup> Vgl. ebd., S. 134.

<sup>156</sup> Vgl. ebd., S. 137.

Am 18. und 30. Mai kamen de Maizière und Bauernpartei-Chef Günther Maleuda zu Gesprächen über eine mögliche Fusion von CDU und Bauernpartei (DBD) zusammen. Innerhalb der CDU gab es Abwehrhaltungen gegenüber dem Beitritt von DBD-Mitgliedern. Während einer gemeinsamen Veranstaltung beider Parteien im Juli 1990 warnte de Maizière seine Parteifreunde diesbezüglich vor Selbstgerechtigkeit. Auf der letzten DBD-Delegiertenversammlung am 15. September 1990 in Borkheide war de Maizière nicht anwesend. Sein Stellvertreter Horst Korbella sprach stattdessen in der DBD-Bildungsstätte zu den Delegierten.

Anfang September verabschiedete das Präsidium der Ost-CDU die Nominierungsvorschläge zur Wahl des gesamtdeutschen CDU-Vorstands. De Maizière sollte in Hamburg zum einzigen Stellvertreter Helmut Kohls gewählt werden. Für die Wahl ins zehnköpfige CDU-Präsidium wurden Sabine Bergmann-Pohl, Günther Krause und Hans Joachim Meyer nominiert; für den 26-köpfigen Bundesvorstand Klaus Reichenbach, Gerd Gies, Willibald Böck, Christa Schmidt, Ulrich Junghanns und Hans Geisler.

In seiner Rede vor dem Hamburger Vereinigungsparteitag führte de Maizière aus: „Wer die Politik in der DDR nicht nur der SED überlassen wollte, sondern sich vorgenommen hatte, auch andere politische Ansätze ins Spiel zu bringen, der konnte dies nur in der CDU oder in anderen Parteien tun. Die Mitarbeit dort war die einzige Alternative zur SED, wenn man sich aus Resignation nicht ganz aus dem öffentlichen Leben zurückziehen wollte.“<sup>157</sup> Innerhalb von zehn Monaten, zwischen seiner Rede auf dem Sonderparteitag und der in Hamburg, hatte sich die „Mitverantwortung der CDU an der SED-Diktatur“ in eine „Alternative zur SED“ verwandelt. Aus einer Partei, die zuletzt in Kooperation mit SED und Sicherheitsorganen ihr Personal öfter als zu Parteitag zur Verhinderung „anderer politischer Ansätze“ mobilisierte, wurde eine Partei, die noch unbekannte „andere politische Ansätze ins Spiel“ brachte. Dieser nicht sach-, sondern selbstgerechte Blickwinkel auf die CDU der DDR kann auch dem parallel tobenden Bundestagswahlkampf geschuldet sein. Unabhängig davon wurde er in den folgenden Jahren zur auch auf Bundesparteitagen heftig beklatschten Sicht auf eine Partei der DDR, deren

<sup>157</sup> Maizière, Lothar de: Rede, in: Protokoll 1. Parteitag der CDU Deutschlands, Hamburg, 1.-2. Oktober 1990, S. 39f.

Akten unmittelbar nach der Parteifusion aus dem Überlieferungszusammenhang der Diktatur gerissen und in die westdeutsche Provinz verbracht wurden.

## **2. LDPD**

### **2.1. Waldemar Koch**

Waldemar Koch, im Jahr 1880 geboren, war Wirtschaftsprüfer, von 1912 bis 1914 Direktor der AEG in England, ab 1930 Dozent an der Technischen Hochschule Berlin, wo ihm im Jahr 1934 die Lehrerlaubnis entzogen wurde. Nach eigenen Aussagen hatte er schon Monate vor Kriegsende die Idee, eine liberale Partei zu gründen. Auf seine Einladung hin trafen sich am 16. Juni 1945 sieben Personen in Berlin, darunter der ehemalige Reichsinnenminister Wilhelm Külz, von dem die Initiative zur Partei-gründung ausgegangen war. Der politikerfahrenen Versammlung<sup>158</sup> legte Koch den Entwurf einer Parteisatzung vor, welche einen gesamtdeutschen Anspruch verfolgte. Auch später verwendete die Berliner Gruppe in ihren Selbstbeschreibungen Bezeichnungen wie Reichsparteileitung, Reichsgeschäftsstelle oder Reichsvorsitzender. Koch plante die Errichtung einer Partei, welche alle Deutschen rechts von der Sozialdemokratie versammelte. Die Gründungsmitglieder entschieden sich anfangs für den Namen Deutsche Demokratische Partei (DDP), wählten Waldemar Koch zu ihrem neuen Vorsitzenden und nahmen auf einer weiteren Sitzung drei Tage später ein Parteiprogramm an, welches als Gründungsauf Ruf für eine liberale Partei veröffentlicht werden sollte. Später nannte man die Partei Liberal-Demokratische Partei Deutschlands (erst LDP, Jahre später LDPD).<sup>159</sup>

<sup>158</sup> „Während die LDP in ihrer Gründungsphase mit geringen Einschränkungen freie Hand bei der Personalauswahl hatte und daher zu einem großen Teil ehemalige Angehörige der liberalen Parteien der Weimarer Republik in führende Stellungen gelangten (Koch, Schiffer, Damerow, Lieutenant, Moog, Kastner, Brettschneider, Delius, Kunze u. a.), wurden diese in den folgenden Jahren abgelöst oder schieden auf Grund eigener Entscheidung aus.“ Itzerott, Brigitte: Die Liberal-Demokratische Partei Deutschlands (LDPD), in: Weber, S. 182.

<sup>159</sup> Papke, Gerhard: Die Liberal-Demokratische Partei Deutschlands in der Sowjetischen Besatzungszone und DDR 1945-1952, in: Frölich, Bürgerliche Parteien, S. 28.

Während ihrer ersten Besprechung mit der Berliner Gründergruppe am 1. Juli 1945 erhob die sowjetische Besatzungsmacht keine Einwände gegen Kochs gesamtdeutschen Wirkungsanspruch.

Spätestens an diesem Tag erfuhren die Parteigründer auch, dass sich um Andreas Hermes und Walther Schreiber eine andere bürgerliche Partei gründen wollte. Diese CDU war am 26. Juni mit ihrem Gründungsauftrag an die Öffentlichkeit getreten. Beide Gruppen waren prinzipiell an einer Zusammenarbeit beziehungsweise einer Fusion interessiert, welche aber nach einem Gespräch zwischen Waldemar Koch und Walther Schreiber am 29. Juni scheiterte.<sup>160</sup> Koch und Külz sahen in der CDU-Gründung eine Wiederholung der Vorgänge des Jahres 1918, als sich die katholische Zentrumspartei vorübergehend Christlich Soziale Volkspartei nannte. Kurzerhand deklarierten die beiden die CDU zum getarnten „Zentrum“ mit demokratischem Anhängsel. Fortan war es für sie wichtig, in einer Frontstellung gegen die CDU die Wähler der beiden ehemaligen liberalen Parteien hinter sich zu versammeln und das Eingreifen der CDU in diese Reservoirs zu verhindern.<sup>161</sup>

Am 5. Juli konstituierte sich die LDPD endgültig und wählte Waldemar Koch zu ihrem Vorsitzenden und Wilhelm Külz zu seinem Stellvertreter. Verschiedene Autoren betonen, dass die liberalen Parteigründungen in Berlin und anderen Städten der sowjetischen Besatzungszone die ersten in Gesamtdeutschland waren, aus eigener Initiative entstanden und somit die Trennung des bürgerlichen Lagers in einen liberalen sowie einen christlichen Flügel ohne Einwirkung der SMAD vollzogen wurde. Diese Entwicklung spielte den sowjetischen Plänen bezüglich des künftigen deutschen Parteiensystems in die Hände. Hatten sich SMAD und KPD doch aufmunternd um den LDPD-Gründerkreis gekümmert, als sich vorübergehend abzeichnete, dass die CDU im bürgerlichen Wählerreservoir ohne wirkliche Konkurrenz bleiben würde.<sup>162</sup> Diese Spaltungspolitik setzte sich in der am 14. Juli 1945 gegründeten „Einheitsfront der antifaschistisch-

<sup>160</sup> Vgl. Schwarz, Hans-Volker: Die Berliner Liberalen im Brennpunkt des Ost-West-Konfliktes 1945-1956 – vom Landesverband der LDP Groß-Berlin zur FDP Berlin (West) und LDP(D) Berlin (Ost), Frankfurt a. M. 2007, S. 47.

<sup>161</sup> Vgl. Hein, Dieter: Zwischen liberaler Milieupartei und nationaler Sammlungsbewegung. Gründung, Entwicklung und Struktur der Freien Demokratischen Partei 1945-1949, Düsseldorf 1985, S. 30.

<sup>162</sup> Vgl. ebd., S. 33.

demokratischen Parteien“ in den verschiedensten Variationen fort. Dort versuchten LDPD und CDU aber anfangs, sich gegen KPD und SPD zu verbünden, was früher oder später misslang.

Umso wichtiger wurde der rasche Parteiaufbau, vor allem der Parteibasis. In einer vertraulichen Instruktion der LDPD-Führung für die Ortsgruppenbildung vom 24. Juli 1945 hieß es dazu: „Der rasche Aufbau ist umso wichtiger, als gerade bei den bürgerlich eingestellten sich der einzelne in Berlin für die LDP oder CDU entscheiden kann. Je rascher wir aufbauen, umso größer ist die Wahrscheinlichkeit, daß der einzelne sich für uns entscheidet.“ Über das Verhältnis zu den anderen drei zugelassenen Parteien vermerkt das Dokument: „Die Zusammenarbeit erfolgt auf paritätischer Grundlage. Es ist anzustreben, daß die Partei auch in der Stellenbesetzung bei den öffentlichen Verwaltungen, bei Gemeindeausschüssen usw. paritätisch behandelt wird. Die militärische Entwicklung hat es mit sich gebracht, daß jedenfalls im russischen Sektor die von den Russen geförderte KPD in erster Linie zur Besetzung kommunaler Ämter herangezogen wird. Im englisch-amerikanischen Sektor spielt die KPD nur eine sehr geringe Rolle. Nach Kräften ist anzustreben, daß Personen unserer Gesinnung auch in die amtlichen Stellungen hineinkommen.“<sup>163</sup>

Letztendlich führten LDPD und CDU (wie auch KPD und SPD) anfangs programmatisch wie auch personell die Traditionen des deutschen Parteiensystems fort. Die Programmatik der Liberalen konnte aber in der SBZ nicht wirtschaftsliberal sein, wie sie es dominant während der Weimarer Republik war. Dadurch hatte der diesen Auffassungen verhaftete Koch innerhalb der LDPD mit unterschiedlichen Tendenzen zu kämpfen. Innerparteilicher Widerspruch gegen die Vorgaben der SMAD trat immer häufiger offen zutage, dies vor allem in Fragen von Bodenreform, Enteignungen oder der Blockpolitik innerhalb der Einheitsfront.

Eine erste Besprechung des Blocks mit Vertretern aller Parteien fand am 14. Juli in Berlin unter Teilnahme Kochs statt. Als im September bekannt wurde, dass in der amerikanischen Besatzungszone Kommunalwahlen vorbereitet wurden, forderte Koch solche für die sowjetische Besatzungszone. Diese Forderung blieb ohne Ergebnis, und auch die LDPD spürte zunehmend die Diskriminierung der bürgerlichen Parteien. Trotzdem

<sup>163</sup> Vertrauliche Instruktion der LDPD-Führung für die Ortsgruppenbildung vom 24. Juli 1945, [Auszug], in: Itzerott, S. 186f.

beschrieb Koch am 1. November 1945 die Situation der Parteien mit den Worten: „Die Selbständigkeit und Unabhängigkeit der einzelnen Parteien wird durch die gemeinsame Arbeit in der Einheitsfront nicht im geringsten beschränkt. Der entscheidende Grundsatz ist, daß niemand überstimmt werden kann. [...] Selbstverständlich dürfen die besonderen Verhältnisse, unter denen wir in dem besetzten Deutschland leben, nicht benutzt werden, um außerhalb der Verhandlungen des Ausschusses einen Druck auf die Stellungnahme einer Partei herbeizuführen.“<sup>164</sup>

Einige Tage nach diesem Interview war Koch im zentralen Block nicht bereit, den von der KPD am 22. November eingebrachten Neubauernantrag zu unterstützen. Daraufhin drängte die SMAD zum ersten Mal am 29. November 1945 in der Person Kochs einen Parteichef in ihrer Besatzungszone aus dem Amt. Koch wurde durch Wilhelm Külz ersetzt, der den Aufruf unterzeichnete. Stellvertretender Vorsitzender wurde Arthur Lieutenant.

## 2.2. Wilhelm Külz

Wilhelm Külz war um Verständigung mit der SMAD bemüht. Nach seiner Amtsübernahme wurde die Parteigeschäftsstelle der LDPD vom Kurfürstendamm im Westsektor in die Taubenstraße im Ostsektor Berlins verlegt. Dort befand sich bereits das Verlagsgebäude der LDPD-Zeitung „Der Morgen“. Unter dem Vorsitz von Külz und Lieutenant begann die LDPD, ihr Wirkungsfeld auf die SBZ zu beschränken. Weder von Koch noch von Külz wurde während ihrer Amtszeit der Begriff des Liberalismus verbindlich neu interpretiert. Dies begünstigte eine gewisse politische Pragmatik, die vor allem Külz praktizierte.<sup>165</sup>

Wilhelm Külz stand wie zuvor Koch vor der Aufgabe, dass er mit den in vielen Städten der östlichen Besatzungszone wie Dresden oder Weimar gegründeten liberalen Parteigruppen, welche sich nicht selbstverständlich dem Berliner Parteivorstand unterordneten, Arrangements treffen musste. Der Dresdner Rechtsanwalt Hermann Kastner oder der thüringische

<sup>164</sup> Erklärungen der Parteivorsitzenden zur Einheitsfront auf Fragen der Redaktion der „Täglichen Rundschau“ [Auszüge], abgedruckt am 1. November 1945, in: Koch, Manfred: Der Demokratische Block, in: Weber, S. 310f.

<sup>165</sup> Vgl. Itzerott, S. 183.

Landesdirektor Leonard Moog meldeten sogar eigene Führungsansprüche an. Der Berliner Vorstand nahm schließlich Kastner und Moog in die Parteiführung auf, während Külz sich gleichzeitig im LDPD-Blatt „Der Morgen“ zu einem föderalistischen Aufbau der Partei bekannte. Damit sicherte sich Külz auf der ersten Delegiertenversammlung der LDPD Anfang Februar 1946 in Weimar die Mehrheit, die ihn zum ordentlichen Parteivorsitzenden küren sollte.

Vertreter aller liberalen Parteigründungen in den vier Besatzungszonen kamen im Mai 1946 in Bad Pyrmont zusammen und beschlossen dort, ihre jeweiligen Einheiten zu einer gesamtdeutschen liberalen Partei zusammenzuschließen. Dies geschah im Februar 1947 in Rothenburg. Unter dem Namen „Demokratische Partei Deutschlands“ (DPD) und dem gleichberechtigten Vorsitz von Wilhelm Külz und Theodor Heuss existierte dieser gesamtdeutsche Verbund jedoch überwiegend auf dem Papier und nicht einmal ein Jahr lang. Dann war klar, dass man politisch wie auch organisatorisch nichts miteinander zu tun hatte.<sup>166</sup>

Aber auch ostdeutsche LDPD-Mitglieder kritisierten Külz. Hermann Kastner hatte auf dem ersten Parteitag noch erklärt, dass, solange die Partei kein schriftliches Programm hätte, das Programm „Doktor Külz“ hieße. Trotzdem stimmten 23 Delegierte gegen die Wiederwahl von Külz, während sich neun ihrer Stimme enthielten.

Verstärkt wurde die Kritik an Külz, als er sich Anfang Dezember 1947 entschloss, an dem von der SED einberufenen Deutschen Volkskongress in Ost-Berlin teilzunehmen. In den LDP-Informationen dieses Monats standen die an die SED gerichteten Worte: „Sie verkennen vollkommen, daß die Vertreter der LDP – und nur für diese können wir sprechen – nicht hinter den SED-Vertretern stehen, sondern völlig gleichberechtigt neben ihnen. Sie denken gar nicht daran, Hilfestellung zur Verwirklichung des Kommunismus zu leisten, denn sie sind auf Grund der Erfahrung der letzten hundert Jahre der Überzeugung, daß gerade die industriell und technisch am weitesten fortgeschrittenen Länder der Welt sich durchaus nicht auf dem Wege zum Kommunismus befinden, sondern zu einer gesellschaftlichen Ordnung, die auf der Freiheit der Staatsbürger beruht und jedem Staatsbürger ein Leben in Wohlstand, frei von Furcht und frei von

<sup>166</sup> Vgl. Schollwer, Wolfgang: Potsdamer Tagebuch 1948-1950. Liberale Politik unter sowjetischer Besatzung, München 1988, S 22.

Not gewährleistet [...]. Sie hätten bei einem kommunistischen Umsturz nichts zu gewinnen, aber alles zu verlieren, was ihnen das Leben lebenswert macht.“<sup>167</sup> Külz, den viele Beobachter als primär national gesonnen beschrieben, hielt den SED-gesteuerten Volkskongress trotzdem für eine Möglichkeit, die verloren gegangene Einheit Deutschlands wiederherzustellen. Vor dem Volkskongress erklärte Külz, dass kein objektiv und ehrlich urteilender Besucher des Deutschen Volkskongresses bestreiten könne, dass dieser sich als eine überparteiliche, alle Schichten des Volkes aus allen Zonen und Ländern umfassende Veranstaltung darbote. Auf dem zweiten Volkskongress, wenige Wochen vor seinem Tod, wurde Külz neben Pieck und Nuschke zum Präsidenten des deutschen Volksrats gewählt. Am 10. April 1948 verstarb Külz an einem Herzschlag.

### **2.3. Arthur Lieutenant**

Der von der SMAD als Nachfolger für Külz vorgesehene thüringische Landesbankpräsident Alfons Gärtner verließ die SBZ. Stattdessen wurde die LDPD bis zum nächsten Parteitag von einem Direktorium geführt, dem Arthur Lieutenant, Hermann Kastner, Leonard Moog und Erich Damerow angehörten. Arthur Lieutenant war vor dem Jahr 1933 Mitglied der DVP sowie der DDP und gehörte im Jahr 1945 zu den Mitbegründern der LDPD. Ab diesem Jahr war er auch Generalsekretär der LDPD und nach dem Zwangsrücktritt Kochs stellvertretender Parteivorsitzender unter Wilhelm Külz.

Am 18. Januar 1948 tagte der Koordinierungsausschuss der gesamtdeutschen DPD in Frankfurt ein letztes Mal. Die Versammlung wurde abgebrochen, nachdem die Delegierten der Westzonen den Rücktritt von Külz und Lieutenant gefordert hatten. Nach dem Tod von Külz wurde außerdem offenbar, dass die LDPD noch immer kein Parteiprogramm hatte. Auch dies gab Lieutenant die Möglichkeit, einen in vielerlei Hinsicht oppositionelleren Ansatz als Külz zu verfolgen. So veröffentlichte „Der Morgen“ Ende April 1948 einen Brief des noch stellvertretenden Parteichefs Lieutenant an die SED bezüglich der Teilnahme der LDPD an den Feierlichkeiten zum 1. Mai. Er wies den Aufruf des Freien Deutschen Gewerkschaftsbundes (FDGB) bezüglich der Mai-Demonstrationen

<sup>167</sup> LDP-Informationen, 1./2. Dezemberheft 1947, S. 5.

zurück, weil diese auch der Unterstützung des Sozialismus gelten sollten. Lieutenant vermerkte, dass durch den Aufruf Unruhe in der LDPD-Mitgliederschaft entstanden sei, da die LDPD nicht für den Sozialismus eintrete. Lieutenant bat die SED, davon Kenntnis zu nehmen, dass sie sich deshalb nicht an den Maifeiern beteiligen könnten.<sup>168</sup>

Am 17. Juni 1948 bedauerte Lieutenant vor den Delegierten des brandenburgischen Landesparteitages, dass die SED für die sowjetische Besatzungsmacht allein maßgeblich sei. Er kritisierte die Personalpolitik der Kommunisten wie auch die Tatsache, dass bis zu 90 Prozent aller Mitarbeiter der Deutschen Wirtschaftskommission der SED angehörten.<sup>169</sup> Während der Berlin-Blockade wurden am 26. August 1948 die Leitsätze der LDPD, die von einer Kommission geschrieben wurden, der sowohl SMAD-nahe Politiker wie Hans Loch als auch Lieutenant angehörten, veröffentlicht. In diesen Leitsätzen bekannte sich die LDPD zur Politik der SED und zu den Verstaatlichungen.<sup>170</sup>

Trotzdem griff die SED-gelenkte Presse, vor allem die „Tägliche Rundschau“, die LDPD weiter an. Ziel war, die offizielle Wahl Lieutenants zum Parteivorsitzenden auf dem nächsten Parteitag in Eisenach zu verhindern. Möglich schien auch ein Verbot des Parteitages durch die SMAD. Schollwer schätzt ein, dass Lieutenant wegen seines Mutes Wunschkandidat einer Mehrheit der Parteimitglieder war.<sup>171</sup> Am 9. Oktober 1948 teilte Lieutenant auf einer Direktoriumssitzung trotzdem mit, dass er sein Amt als geschäftsführender Vorsitzender zukünftig nicht mehr ausüben werde. Nachdem er später Ost-Berlin verlassen hatte und in West-Berlin lebte, plante das MfS noch Jahre später operative Maßnahmen gegen ihn.

<sup>168</sup> Vgl. Schollwer, Tagebuch, S. 43.

<sup>169</sup> „Die ‚Deutsche Wirtschaftskommission‘ (DWK) wurde auf Befehl der SMAD am 14.6.1947 als zentrale deutsche Verwaltungsinstanz für die SBZ mit 12 Zentralverwaltungen gegründet. Die DWK besaß zunächst nur beschränkte Vollmachten, war aber von der ersten Stunde an fest in der Hand der SED. Laut Kastner vom 28.10.1949 gehörten zu diesem Zeitpunkt von 7000 Mitarbeitern der DWK nur 23 der LDP, aber mehr als 6600 der SED an.“ Schollwer, Tagebuch, S. 198.

<sup>170</sup> Vgl. Schwarz, S. 349.

<sup>171</sup> Vgl. Schollwer, Tagebuch, S. 75.

#### **2.4. Hermann Kastner / Karl Hamann**

Auf dem dritten Parteitag Ende Februar 1949 wurde das Eisenacher Programm vorgestellt. Schwarz meint, dass das Eisenacher Programm Spiegelbild des inneren Zustandes der LDPD war. In vielen seiner Elemente offenbarte es eine oppositionelle Haltung gegenüber der SED. In anderen wiederum spiegelten sich Auffassungen, welche gesellschaftliche und wirtschaftliche Realitäten akzeptierten. So wurde unter anderem festgestellt, dass die großen und sozialökonomischen Reformen zu sichern sind und die Bodenschätze sowie die Großbetriebe der Grundstoffindustrie Eigentum des Volkes seien.<sup>172</sup>

Höhepunkt des Eisenacher Parteitags war neben der Verabschiedung des Parteiprogramms die Wahl des Thüringer Agrarwissenschaftlers Karl Hamann und Hermann Kastners zu gleichberechtigten Vorsitzenden. Keinen einzelnen Vorsitzenden zu wählen, sondern ein Gespann, war eine Idee der SMAD. Die Sowjetseite erwartete, dass ihr Wunschkandidat Kastner in einer Einzelwahl keine Mehrheit erreichen würde. In der Auffassung Schollwers galt Kastner vor seiner Wahl zum Vorsitzenden parteiintern als Verräter, welcher sich den Kommunisten bereitwillig zur Verfügung stelle. Kastner forderte aber bereits kurz nach seiner Wahl in der „Täglichen Rundschau“ die verantwortlichen Kreise auf, sich bewusst zu sein, dass die staatlichen „Notmaßnahmen“ einer demokratischen Festigung durch Wahlen bedürften.

Die für den 15. und 16. Mai 1949 geplanten Wahlen zum 3. Deutschen Volkskongress trugen eher zur deutschen Spaltung als zu einer Demokratisierung bei. Die SED sorgte für die Wahlbeteiligung von sechs SED-gesteuerten Massenorganisationen, eine Einheitsliste und Mandate nach ausgehandelten Quoten. Zwei Drittel der Wähler entschieden sich für die Kandidaten des 3. Deutschen Volkskongresses, von dessen LDPD-Mitgliedern 52 in den Deutschen Volksrat, den Vorläufer der Volkskammer, berufen wurden, unter ihnen die künftigen Parteivorsitzenden Hans Loch, Max Suhrbier und Manfred Gerlach.

Durch die Bildung der ersten DDR-Regierung wurden die amtierenden Parteivorsitzenden Regierungsmitglieder: LDPD-Chef Kastner stellvertretender Ministerpräsident und sein Co-Chef Karl Hamann Minister für

<sup>172</sup> Vgl. Schwarz, S. 274, FN 97.

Handel und Versorgung. Johannes Dieckmann wurde Volkskammerpräsident, während Manfred Gerlach gemeinsam mit Erich Honecker der Volkskammerfraktion der FDJ angehörte.

Ende des Jahres 1949 hatte Kastner laut Schollwer eine Auseinandersetzung mit Otto Grotewohl wegen der Werbeveranstaltungen der LDPD. Diese waren in der gesamten Ostzone mit großem Erfolg und vielen Besuchern durchgeführt worden. Grotewohl kritisierte diese Maßnahmen jedoch als gegen die SED gerichtete Versammlungen.<sup>173</sup> Schollwer berichtet weiter, dass die Parteiführung Anfang Februar 1950 allen Mitgliedern des Hauptausschusses ein Anschreiben samt Verpflichtungserklärung zusandte. In diesem wurden die politischen Entscheidungen der LDPD der letzten viereinhalb Jahre wie die Blockpolitik, Bodenreform, Schulreform oder Enteignungen aufgeführt und als übereinstimmend mit dem Eisener Programmschritt klassifiziert. Der Zentralvorstand forderte nun das Leitungsgremium auf, sich für die bisherige Politik und deren Fortsetzung zu erklären. „Es darf niemandem gestattet werden, eine Politik zu treiben, die jenseits der Moral steht. Jedermann muß für seine Worte und sein Handeln die volle Verantwortung übernehmen. Die LDP treibt keine Politik, die hinter verschlossenen Türen etwas anderes will, als sie vor dem Volke erklärt und vertritt. Die Parteileitung hat dafür erhöhte Verantwortung zu tragen. Sie muß daher der Zustimmung zu ihrer Haltung und des Vertrauens für ihr weiteres Handeln sicher sein.“<sup>174</sup> Die Parteifunktionäre sahen in dieser Erklärung eine Möglichkeit, gegen den Druck der Besatzungsmacht und innerparteilichen Unfrieden die Partei vor dem Untergang zu retten.<sup>175</sup>

Eine Akte des MfS vermerkt, dass Kastner bereits Mitte Februar 1950 für die Aufstellung einer einheitlichen Kandidatenliste für die Volkskammerwahl stimmen wollte.<sup>176</sup> Aber auch dies rettete ihn nicht. Am 20. Juli 1950 entschied der Führungsausschuss der LDPD mit 22 gegen eine Stimme, Kastner nicht aus politischen, sondern persönlichen Gründen sei-

<sup>173</sup> Vgl. Schollwer, Tagebuch, S. 153.

<sup>174</sup> Entschließung des Zentralvorstandes der LDP vom 25. Januar 1950, in: Itzerott, S. 207.

<sup>175</sup> Vgl. Schollwer, Tagebuch, S. 167.

<sup>176</sup> Vgl. Bericht über den Vorsitzenden des Förderungsausschusses für Wissenschaft, Kunst und Technik bei der Regierung der DDR, in: BStU, MfS, Zentralarchiv 794/57, Bl. 82.

nes Amtes als Parteivorsitzender zu entheben und aus der LDPD auszuschließen. Im Sitzungsprotokoll des Zentralvorstandes bei der Parteileitung vom 8. August 1950 heißt es dazu begründend: „Es wurde festgestellt, daß der Ausschluß-Beschluß des Führungsausschusses der Parteileitung betr. Professor Kastner mit der Doppelzüngigkeit seiner Politik begründet sei. Weiter, daß zum Ausschluß nicht die Zustimmung eines Parteitages erforderlich sei und man genau so verfahren könne wie die SED, bei der das Politbüro seine Entscheidungen dem Zentralsekretariat vorlege.“<sup>177</sup> Im Jahr 1956 floh Kastner aus der DDR. Gut zwei Wochen später wurde der Generalsekretär der LDPD, Günter Stempel, am Tag nach der Verabschiedung des von ihm bekämpften Einheitslisten-Wahlgesetzes durch die Volkskammer verhaftet und später von einem sowjetischen Militärgericht zu Zwangsarbeit verurteilt. Der nach Kastners Absetzung die Partei allein führende Karl Hamann übergab unmittelbar vor der Einheitslistenwahl am 15. Oktober 1950 eine Liste mit 1.814 Unterschriften von CDU- und LDPD-Mitgliedern an das MfS, die von ihren Parteien den Rückzug der Kandidaten gefordert hatten.<sup>178</sup> Der Weg vom Parteiliebhaber Hamann zum Verräter an vielen ihrer Mitglieder dauerte nur zwei Jahre.

Karl Hamann wurde im Jahr 1903 geboren, war vor 1933 Mitglied der DDP, ab 1945 Mitglied im Zentralvorstand der LDPD und ab 1948 Co-Vorsitzender der LDPD. Schwarz schreibt, dass mit dem Ende der Ära Lieutenants und der Machtübernahme durch Kastner und Hamann die kurze Phase der Opposition durch die LDPD beendet war und die Ost-Liberalen eine Kraftprobe verloren hätten.<sup>179</sup> Karl Hamann wurde am 28. Oktober 1948 kommissarischer Vorsitzender der LDPD und knapp zwei Monate später stellten laut Schollwer Hamann und Kastner vor mehr als 200 Funktionären des brandenburgischen Landesverbandes ihre neue Programmatik der „Überwindung des liberalen Konservatismus“ und der Anpassung an die gegebenen Verhältnisse vor. Anschließend, so Schollwer, ging man mit dem optimistischen Vorsatz nach Hause, Hamann und Kastner in ihrer Politik unterstützen zu wollen.

<sup>177</sup> Sitzungsprotokoll des Zentralvorstandes bei der Parteileitung vom 8. August 1950 [Auszug], in: Itzerott, S. 209.

<sup>178</sup> Kowalczyk, Ilko-Sascha: Opfer der eigenen Politik? Zu den Hintergründen der Verurteilung von Minister Karl Hamann (LDPD), in: Jahrbuch zur Liberalismus-Forschung, 2004, S. 226.

<sup>179</sup> Vgl. Schwarz, S. 831.

Vor den Delegierten des mecklenburgischen Parteitags sprach Hamann Ende April 1949 folgende Worte: „Wenn wir an die Monate denken, die vor dem Parteitag hinter uns lagen, die uns Schwierigkeiten und Anfechtungen und auch Verleumdungen gebracht haben, wenn wir sehen, welche Beruhigung, welche Klarheit dieses Programm nun in das Leben der Partei gebracht hat, da scheint die in Eisenach und vor Eisenach geleistete Arbeit voll gerechtfertigt zu sein, und es darf sie mit besonderer Freude erfüllen, daß ein wesentlicher Teil der dort geleisteten Arbeit auf Mecklenburg mit zurückzuführen ist, denn einer der wichtigsten Beiträge kam aus ihrer Reihe, vom Kollegen Prof. Dr. Strasser und unserem jugendlichen Kollegen Esch. Ich sagte, daß das, was wir hinter uns haben, eine Rückbesinnung auf das ursprüngliche Gedankengut des deutschen Liberalismus sei, und wir können feststellen, daß wir in der Präambel unseres Programms alles zum Ausdruck gebracht haben, was zum Ausdruck gebracht werden mußte.“<sup>180</sup>

Der angesprochene Arno Esch führte in der Diskussion aus: „Wir sind keine Partei, die erst seit gestern besteht. Der Liberalismus ist eine Erscheinung der ganzen Welt, wir müssen wissen, wie es um den Liberalismus in der ganzen Welt steht. Er hat mehr und mehr an Macht verloren. Wir Liberalen sind heute in der Gefahr, eine konservative Partei zu werden, wir müssen aber eine Fortschrittspartei bleiben!“<sup>181</sup>

Deutlich wird der von Esch angesprochene Wandel zum Konservieren des Status quo in einem Aufruf Hamanns zum 1. Mai 1949, in dem es heißt, dass der 1. Mai mehr als ein Friedensfest, mehr als der Kampf- und Feiertag einer Klasse sei, „er wird Kundgebung eines ganzen Volkes, welches um Freiheit, Einheit und Frieden kämpft. Lasst uns die Männer und Frauen wählen, die dem Aufbau unseres Vaterlandes mit der Hingabe einer Lehrkraft dienen, denn sie würden uns verpflichten, es ihnen gleich zu tun. Öffnen wir die Hände und den Sinn, um so unserem Leben Freude und Bedeutung zu geben.“ Unter Arthur Lieutenant begegnete die LDPD dem 1. Mai noch weniger euphorisch.

Auf einer Sitzung des demokratischen Blocks am 8. Juli 1949 hatte Hamann an der Wahl des Deutschen Volkskongresses Kritik geübt, ohne

<sup>180</sup> Rede Hamann, auszugsweise abgedruckt in: LDP-Informationen, Heft 9/1949, S. 113.

<sup>181</sup> Ebd.

auf die Problematik der Einheitsliste einzugehen. Am Ende des Sommers fuhr Hamann am 1. September 1949 mit einer Delegation des Deutschen Volkskongresses anlässlich des zehnten Jahrestages des Überfalls Deutschlands auf Polen nach Warschau. Die LDPD geriet anschließend unter Druck, weil Westmedien über ein angeblich bindendes Abkommen über die Oder-Neiße-Linie berichtet hatten, welches von der deutschen Delegation und damit auch Hamann unterschrieben worden sei.<sup>182</sup>

Einen Monat später wurden die Mitglieder des Hauptausschusses der LDPD von Hamann über die Pläne zur Bildung einer Regierung in der SBZ unterrichtet. Hamann holte in der Erinnerung Schollwers an diesem 3. Oktober weit aus, bevor er zum Thema kam. Er verwies eingangs auf die Bildung der Bundesregierung, die dadurch manifestierte Trennung Deutschlands, lobte seine Partei und sagte dann, dass es von besonderer Wichtigkeit sei, dass die vom Volksrat angenommene Verfassung jetzt auch Wirksamkeit erlange. Deshalb solle sie so bald wie möglich in Kraft gesetzt werden. Nach der Regierungsbildung, vor allem nachdem Pieck gegenüber Kastner die Zusage gemacht hatte, dass die SED die LDPD als gleichberechtigte Partei anerkennen würde, leisteten Kastner und Hamann die Unterschrift unter den Beschluss über die Einheitsliste.<sup>183</sup>

Auf einer Arbeitstagung der brandenburgischen LDPD-Funktionäre am 12. Mai 1950 führte Hamann aus, dass nach der Spaltung der beiden deutschen Staaten im westdeutschen Parteiensystem ohne Zweifel etwas krank sei. Wenn man aber in der DDR etwas Neues wolle, müsste man sich unter Umständen über die Auffassung der möglicherweise unmaßgeblichen Volksmeinung hinwegsetzen. Er war gegen die Ansicht, dass eine gemeinsame Kandidatenliste ein Verstoß gegen die Verfassung sei. Vielmehr würden sich die die Verfassung tragenden Parteien um gegenseitige Verständigung bemühen, was kein Verfassungsbruch wäre. Anschließend verabschiedeten die Delegierten eine Entschliebung, laut der nur ein gemeinsames Vorgehen aller politischen Kräfte in der DDR die Aufgaben der Zukunft lösen könne.<sup>184</sup>

Im Juni 1950 schrieb Hamann in der Mitgliederzeitschrift LDPD-Info bezüglich der Wahlen im Oktober: „Diesmal wird es keinen Wahlkampf

<sup>182</sup> Vgl. Schwarz, S. 368.

<sup>183</sup> Vgl. ebd., S. 420.

<sup>184</sup> Vgl. Schollwer, Tagebuch, S. 182f.

zwischen den einzelnen Parteien geben. Wir haben die bitteren Erfahrungen der Weimarer Republik erlebt, die aus der Uneinigkeit der demokratischen Parteien und durch ihre Wahlmethode eine tragische Katastrophe des ganzen deutschen Volkes heraufführte. In einer Zeit, in der wir um den wirtschaftlichen Aufstieg des deutschen Volkes ringen, um die Wiederherstellung der deutschen Einheit, in der wir den so stark gefährdeten Frieden in der Welt unter allen Umständen schützen müssen, scheint es uns – gerade aus den Erfahrungen der Vergangenheit heraus – notwendig, jede Gefahrenquelle auszuschalten, die einen neuen Ruin über das deutsche Volk bringen kann. Wir haben aus der Vergangenheit gelernt, um die Zukunft zu gestalten. Wir wollen das Beispiel Westdeutschlands nicht nachahmen, wo trotz der Einzellisten der Parteien die politische Gefährdung durch Krieg und das wirtschaftliche und soziale Elend überhand nehmen.“<sup>185</sup>

Die Wahl verlief ohne wesentliche Störungen durch LDPD-Mitglieder und somit wurden auf dem vierten Parteitag im Juni 1951 Karl Hamann und Hans Loch zu gleichberechtigten Vorsitzenden gewählt.

Am 21. Februar 1952 hatte sich der FDP-Bundesvorstand wegen eines an ihn gerichteten Briefes Hamanns gegen den LDPD-Vorstand gestellt und formuliert, dass er mit Leuten, welche seit Jahr und Tag zum Willensvollstrecker fremder Machthaber geworden seien und sich damit gegen Deutschland entschieden hätten, nichts zu tun haben wollte. Ähnliche Ablehnung erlebte Hamann wenig später anlässlich des Besuchs einer Volkammerdelegation in Bonn. Gemeinsam mit den BlockpartEIFunktionären Otto Nuschke, Heinrich Homann und Ernst Goldenbaum sowie dem SED-Funktionär Hermann Matern wurden sie ausgepiffen und mit Tomaten beworfen.<sup>186</sup>

Eine Konferenz der LDPD-Führung im September 1952 in Leipzig beschloss, so die westdeutsche Sicht, die konsequente politisch-ideologische Anpassung der LDPD an die SED. Hamann verfügte, dass die unfruchtbar

<sup>185</sup> Hamann, Karl: Verpflichtung zur Wahl, in: LDP-Informationen, Heft 17/18 1950, S. 370.

<sup>186</sup> Vgl. Schollwer, Wolfgang: „Gesamtdeutschland ist uns Verpflichtung“. Aufzeichnungen aus dem FDP-Ostbüro 1951-1957, Bremen 2004, S. 56.

gebliebenen Auseinandersetzungen in unserer Partei um das Wesen des Liberalismus endgültig vorbei sein müssten.<sup>187</sup>

Am 5. Dezember 1952 wurde Hamann wegen möglicherweise durch die Gründung von LPGs bedingter Versorgungsengpässe als Minister suspendiert, am 10. Dezember als Parteivorsitzender abgesetzt und kurz darauf verhaftet. In der Erklärung der Liberal-Demokratischen Partei Deutschlands zur Abberufung Dr. Hamanns als Minister für Handel und Versorgung heißt es, „nachdem Ministerpräsident Grotewohl in der Presse die Versorgungslage unserer Republik dargelegt und dabei auch eine Reihe schwerer Mängel verantwortlicher Verwaltungsstellen aufgezeigt hatte, hat der Vorstand der LDPD sich eingehend mit der Arbeit Dr. Hamanns befaßt. Mit seiner vollen Zustimmung beschloß der Vorstand hierzu eine inzwischen veröffentlichte Erklärung, die den Mitgliedern des antifaschistisch-demokratischen Blocks in der Sitzung vom 9. Dezember bekanntgegeben wurde, [...] In dieser Blocksitzung hat Dr. Hamann in Verkennung des politischen Inhalts dieser mit ihm abgestimmten Erklärung der Partei und der in der Leitung dieses Ministeriums seit Jahren begangenen Versäumnisse eine Haltung eingenommen, die die einhellige Mißbilligung aller Vertreter des Blocks einschließlich aller Blockmitglieder der LDPD gefunden hat. [...] Der Vorstand der LDPD hat deshalb mit sofortiger Wirkung Herrn Dr. Hamann seines Amtes als Mitvorsitzender der LDPD enthoben und den Politischen Ausschuß einberufen, um ihm diesen Beschluß vorzulegen und über die weiter erforderlichen Maßnahmen Beschluß fassen zu lassen. Dr. Hamann hat sich diesem in seinem Beisein gefaßten Beschluß ausdrücklich unterworfen.“<sup>188</sup> Im Jahr 1954 wurde Hamann zu einer lebenslangen Haftstrafe verurteilt und im Jahr 1956, als sein ehemaliger Co-Vorsitzender Kastner in den Westen floh, amnestiert. Später floh auch er in die Bundesrepublik.

<sup>187</sup> Vgl. Schollwer, *Verpflichtung*, S. 60.

<sup>188</sup> Erklärung der Liberal-Demokratischen Partei Deutschlands zur Abberufung Dr. Hamanns als Minister für Handel und Versorgung, in: Itzerott, S. 212f.

## 2.5. Hans Loch

Die Namen von Hans Loch und seinen beiden Stellvertretern Johannes Dieckmann und Manfred Gerlach stehen für die konsequente Vollendung des Anpassungsprozesses der LDPD an die Vorgaben von SMAD und SED. Loch nahm in der ersten DDR-Regierung das Amt des Finanzministers ein und wurde im zentralen Block wichtiges Instrument der SED. Nach dem Ausscheiden Kastners rückte er neben Hamann an die Spitze der Partei. Er sorgte dafür, dass das Eisenacher Programm zwei Jahre nach seiner Verabschiedung auf dem vierten Parteitag im Juni 1951 in Eisenach durch ein von ihm selbst verfasstes „Liberales Manifest“ ersetzt wurde, in welchem der Abschied vom Liberalismus endgültig vollzogen wurde. Im selben Jahr meldete eine bundesdeutsche Zeitung außerdem, dass zwischen Loch und dem NDPD-Vorsitzenden Martin Homann Verhandlungen über eine Fusion beider Parteien geführt würden.<sup>189</sup> Ein Jahr später war es auch Hans Loch, der dafür sorgte, dass die LDPD sich zum planmäßigen Aufbau des Sozialismus bekannte. Nachdem Hamann ein halbes Jahr später verhaftet worden war, distanzierte sich Loch umgehend von ihm und diffamierte ihn als Gegner des Staates. Parallel dazu wurden Hunderte Liberaldemokraten um die Jahreswende 1952/53 verhaftet, während andere in den Westen flohen.

In dieser Zeit versuchten Funktionäre wie Loch und Dieckmann, die noch zweifelnden Parteimitglieder auf Sozialismuskurs zu bringen. Vom politischen Ausschuss des Zentralvorstands der LDPD war Generalsekretär Täschner im Juli 1952 mit Weisungsbefugnis gegenüber allen Parteistellen ausgestattet worden und sorgte so für das Funktionieren der Parteiorgane, die sich vollständig an den gewünschten Kurs anpassten. Die Abteilung leitende Organe beim ZK der SED notierte Ende Januar 1953 jedoch zur LDPD: „Die Arbeit in den Blockausschüssen ist ebenfalls formal [...]. Ihre Vertreter sind meist bei den Sitzungen anwesend und stimmen den Beschlüssen zu. Sie unternehmen jedoch nichts, um ihre Mitglieder für deren Durchführung zu mobilisieren.“<sup>190</sup>

Es verwundert nicht, dass Loch die nach dem 17. Juni 1953 von der CDU an die SED gerichteten 14 Eingaben, die sich auf Missstände im Steuerrecht, in der privaten Wirtschaft oder Landwirtschaft bezogen, als Effekt-

<sup>189</sup> Fusion NDP-LDP?, in: Telegraf, 5.5.1951.

<sup>190</sup> Vgl. Kaff, S.161.

hascherei kritisierte.<sup>191</sup> Nachdem Thomas Dehler im Jahr 1954 zum Bundesvorsitzenden der FDP gewählt worden war, entspannte sich das Verhältnis zwischen LDPD und FDP. Auf den Austritt der FDP aus der Regierungskoalition mit der CDU im Februar 1956 folgte die Präsentation eines „Deutschlandplanes zur Wiedervereinigung“, der den Austritt beider deutscher Staaten aus ihren Militärblöcken vorsah. Es folgten Geheimgespräche zwischen FDP und LDPD sowie die Einstellung der meisten Tätigkeiten des Ostbüros der FDP. Am 22. Juli 1956 fand die erste offizielle Zusammenkunft zwischen FDP und LDPD statt, und im Oktober wurde Karl Hamann freigelassen. Der gelegentlich behauptete unmittelbare Zusammenhang ist fraglich. Eine MfS-Akte vermerkt außerdem: „In der Angelegenheit des ehemaligen Ministers Hamann soll ein Vertreter des MfS in das leitende Büro der LDPD gehen und nach Darlegung der Gründe für die Verurteilung Hamanns die Frage stellen, ob seine Freilassung gewünscht wird.“<sup>192</sup> Hans Loch hatte keine größeren Einwände. Mitte des Jahres 1960 starb mit Hans Loch der erste LDPD-Chef, der sich keiner Form des politischen Liberalismus verpflichtet fühlte.

## 2.6. Max Suhrbier

Innerhalb der Parteiführung der LDPD einigte man sich schon zuvor auf Max Suhrbier als Nachfolger des kränkelnden Hans Loch. Seine Berufung zum neuen Vorsitzenden war trotzdem nicht unumstritten. Laut Stasiakten aus dieser Zeit favorisierten einige führende Parteimitglieder Manfred Gerlach und Kurt Wünsche. Diese übten als stellvertretende Parteivorsitzende ohnehin die eigentliche Macht aus, während Suhrbier nur ehrenamtlicher Vorsitzender werden sollte.<sup>193</sup> Ende Juli 1962 stellte das MfS fest, dass die Zusammenarbeit zwischen Gerlach und Suhrbier besser geworden sei. Suhrbier sei außerdem in die Offensive gegangen und trete auf einer Vielzahl von Parteiveranstaltungen auf.<sup>194</sup>

Max Suhrbier taucht in der Literatur kaum auf. In der einer Einschätzung durch das Ministerium für Staatssicherheit vom 30. Juni 1960 beigefügten

<sup>191</sup> Vgl. ebd., S. 177.

<sup>192</sup> Ebd., S. 49.

<sup>193</sup> Vgl. Bericht, 22.7.1960, in: BStU, MfS, AP, Nr. 2095/92, Bl. 124.

<sup>194</sup> Vgl. Charakteristik über den Parteivorsitzenden Dr. Max Suhrbier, 31.7.1962, in: BStU, MfS, AP, Nr. 2095/92, Bl. 4.

selbst verfassten Lebensbeschreibung führt Suhrbier aus, dass er nach Beendigung des Studiums der Rechtswissenschaft promovierte und anschließend in Rostock als Anwalt arbeitete. Im Jahr 1936 wurde er zum Oberregierungsrat im Finanzministerium berufen und war 1938 mit der Aufstellung und Bearbeitung des Landeshaushalts befasst. Nach dem verlorenen Krieg machte er in der Landesverwaltung Mecklenburg im Finanzministerium Karriere und wurde im Jahr 1948 zum Finanzminister ernannt. Nach Auflösung der Länder wurde er Stellvertreter des Vorsitzenden des Rates des Bezirkes für Finanzen, Handel und Versorgung in Schwerin. In der LDPD engagierte er sich seit 1946, wurde zum Landesvorsitzenden für Mecklenburg gewählt und war zwischen 1953 und 1954 Vorsitzender der Fraktion der LDPD in der Volkskammer.<sup>195</sup>

Seine politische Einstellung erschien dem MfS bis etwa 1957 als schwankend. „Dieses äußerte sich darin, dass an ihn häufig aus großbäuerlichen Mitgliederkreisen Beschwerden über die Arbeit des Staatsapparates herangetragen wurden. Sie hatten überwiegend die Forderung nach Sollherabsetzungen zum Inhalt. Dr. Suhrbier führte in all diesen Fällen Untersuchungen durch, um den genannten Kreisen zu helfen, was ihm jedoch nicht gelang. Gegenüber den Bauern bezog er dann keine klare parteiliche Stellung, sondern teilte diesen nur mit, dass er auch nicht helfen könne.“<sup>196</sup>

Das Ministerium für Staatssicherheit bescheinigte ihm daneben ungenügenden Einfluss auf personelle Entwicklungen in der Partei und stellte außerdem unmittelbar vor dem Mauerbau fest, dass ihm die Frage der Republikflüchtlinge und das Passgesetz Sorgen bereiteten.<sup>197</sup> Unmittelbar nach dem 13. August verteidigte Suhrbier den Mauerbau. Im Jahr 1967 wurde Suhrbier von Manfred Gerlach abgelöst.

<sup>195</sup> Vgl. Lebenslauf Suhrbier, in: BStU, MfS, AP, Nr. 2095/92, Bl. 85.

<sup>196</sup> Einschätzung Suhrbier, 1.8.1960, in: BStU, MfS, AP, Nr. 2095/92, Bl. 53.

<sup>197</sup> Vgl. Information, 2.6.1961, in: BStU, MfS, AP, Nr. 2095/92, Bl. 3.

## 2.7. Manfred Gerlach

Manfred Gerlach wurde am 8. Mai 1928 in Leipzig geboren. Im Jahr 1946 war er Mitbegründer der FDJ in seiner Geburtsstadt und im Juli 1954 wurde er Generalsekretär der LDPD. Seit September 1960 war er einer der stellvertretenden Staatsratsvorsitzenden. Sechs Jahre zuvor hatte er in einem Fernstudium den Grad des Diplomjuristen erreicht und promovierte im Jahr 1964 zum Thema „Die Rolle der LDPD im Mehrparteiensystem der DDR“. Zwanzig Jahre später erhielt er den Professorentitel. Ab November 1967 war Gerlach Vorsitzender der LDPD. Er hatte einen Startvorteil, weil ihn seit seiner Mitgliedschaft im Zentralrat der FDJ von 1949 bis 1959 mit Erich Honecker eine lange Freundschaft verband.

Noch vor seinem Amtsantritt als Parteivorsitzender prägte er die Partei. Im Mai 1956 hatte er, der sich später zu einer Mitschuld an Hamanns Verhaftung bekannte, als LDPD-Generalsekretär festgestellt, dass in der DDR niemand verhaftet oder eingesperrt werde, weil er eine andere politische Meinung als die Regierung hat. Nach dem Mauerbau verteidigte Gerlach den „antifaschistischen Schutzwall“ als Voraussetzung für den Aufschwung der DDR. Zwei Wochen später war er dabei, als jene militärischen Einheiten Orden erhielten, die am 13. August die Grenze gesichert hatten.

Politische Domäne der LDPD blieb der noch übrig gebliebene wirtschaftliche Mittelstand. Auf dem Parteitag der LDPD im Jahr 1972 hatte Gerlach den Wunsch der „fortschrittlichen Komplementäre“ zum Verkauf ihrer Anteile an den Staat verkündet. Bereits ein Jahr zuvor wurden die halbstaatlichen Betriebe und noch existierenden Privatbetriebe in Industrie und Bauwesen in volkseigene Betriebe umgewandelt. Auch industriell produzierende Produktionsgenossenschaften des Handwerks waren darunter. Die Aktion wurde nach einem unveröffentlichten Ministerratsbeschluss vom 8. Februar 1972 begonnen und am 10. Juli 1972 abgeschlossen.<sup>198</sup> In einem Schreiben vom 29. März 1972 an den stellvertretenden Vorsitzenden des Ministerrates, Horst Sindermann, bat Gerlach um die unentgeltliche Übertragung 24 ehemaliger privater oder staatsbeteiligter

<sup>198</sup> Vgl. Sekretariat der unabhängigen Kommission, S. 37.

Betriebe an seine Partei.<sup>199</sup> Der wirtschaftliche Liberalismus in der LDPD war endgültig Geschichte.

## **2.8. Manfred Gerlachs Opposition**

Etwa ab dem Jahr 1977 war Gerlach nach eigenen Aussagen wiederholt bemüht, der LDPD ein eigenständiges Profil zu verleihen.<sup>200</sup> In einem Buchmanuskript, welches wegen seiner freimütigen Kritik an den gegebenen Strukturen und alternativen politischen Ansätzen im Jahr 1979 von seinem alten Bekannten Erich Honecker verboten wurde, ging er der SED zu weit. Die 40 vom Verlag bereits gebundenen Exemplare wurden vernichtet. Durch diese Schwächung Gerlachs geriet sein innerparteilicher Gegner Rudolf Agsten auf dem 13. Parteitag der LDPD gegenüber Gerlach in Vorhand und ließ aus dem Parteiprogramm die von Gerlach eingebrachten Passagen streichen.

Im Unterschied zur CDU blieben der LDPD über die Jahrzehnte trotz aller Distanz lose Kontakte zur ehemaligen westlichen Schwesterpartei FDP erhalten. Die SED gestattete der LDPD Anfang der 1980er Jahre außerdem wieder direkte Kontakte zu den Freien Demokraten. Zum LDPD-Parteitag im April 1982 in Weimar reisten im Auftrag des FDP-Bundesvorsitzenden Genscher der Bundesgeschäftsführer Fritz Fliszar sowie ein Parteisprecher an und redeten am Rande des Parteitags unter anderem mit Manfred Gerlach.<sup>201</sup>

Die LDPD verzeichnete in den 1980er Jahren unter den Blockparteien den prozentual größten Zulauf an neuen Mitgliedern. Im Herbst 1989 verfügte sie über 115.000 Parteifreunde, was auch ihrem Parteichef zu verdanken war. Gerade die Erfolge bei der Mitgliederwerbung stießen bei der politischen „Konkurrenz“ wie der NDPD und vor allem bei ihrem Chef Hein-

<sup>199</sup> Berger, Sven: Die treuhänderische Verwaltung des Vermögens der Parteien und Massenorganisationen der DDR, Frankfurt a. M. 1997, S. 75.

<sup>200</sup> Vgl. Manfred Gerlach: Mitverantwortlich. Als Liberaler im SED-Staat, Berlin 1991, S. 138.

<sup>201</sup> Lapp, Peter Joachim: Die „befreundeten Parteien“ der SED. DDR-Blockparteien heute, Köln 1988, S. 109.

rich Homann auf Missfallen. Dies führte dazu, dass er sich gelegentlich von Gerlach distanzierte und seine Politik infrage stellte.<sup>202</sup>

Im Vorfeld des 14. Parteitages der SED im April 1987 schlug Gerlach in einem Schreiben an Honecker und Joachim Herrmann den beiden SED-Politikern vor, noch vor dem Parteitag innenpolitische Entwicklungsprobleme bezüglich der Preispolitik, der Durchsetzung des Leistungsprinzips oder der Verkürzung von Arbeitszeiten gemeinsam zu besprechen.<sup>203</sup> Den Parteitag der LDPD im April 1987 in Weimar nutzte Gerlach zu der Feststellung, dass es aktuell darum gehe, die Grundzüge der Politik der LDPD in der vom elften Parteitag der SED eingeleiteten neuen Etappe der Gestaltung der entwickelten sozialistischen Gesellschaft in der DDR festzulegen. Später bereute es Gerlach, den Besuch des FDP-Politikers Mischnick, der mehr Beifall als alle anderen Gäste erhalten hatte, nicht dazu genutzt zu haben, den Parteitag zum Forum für eine Kritik an der SED-Politik gemacht zu haben.<sup>204</sup>

Ein wenig beachtetes Kapitel ist das Verhältnis der Blockparteien zu den sich in dieser Zeit häufenden Ausreisen aus der DDR in die Bundesrepublik. Einige Akten legen nahe, dass die einzelnen Parteien unterschiedlich mit Ausreiseantragstellern in ihren Reihen umgingen. So vermerkt eine Akte des MfS, dass die CDU diese erst bei Ausreise ausschloss, während andere dies unmittelbar nach Antragstellung taten. Bei Kadern galten schärfere Vorschriften. So vermerkte das MfS Ende Oktober 1986: „Operativ-bedeutsam ist die Antragstellung auf Übersiedlung ins NSW des Bruders des jetzigen stellv. Bezirksvorsitzenden der LDPD Kreisel, Wolfram. Der stellv. Bezirksvorsitzende versuchte vergeblich, seinen Bruder von dieser Antragstellung abzubringen. Er hat sofort seine Dienststelle von diesem Vorkommnis informiert und hat schriftlich erklärt, daß er sich von seinem Bruder distanziert und alle Kontakte zu ihm abbricht.“<sup>205</sup>

<sup>202</sup> Vgl. Lapp, Ausverkauf, S. 101.

<sup>203</sup> Lapp, Peter Joachim: Blockparteien und SED – Spiel mit 77 verteilten Rollen?, in: Demokraten im Unrechtsstaat. Das politische System der SBZ/DDR zwischen Zwangsvereinigung und Nationaler Front, Bautzen/Leipzig 2006, S. 89.

<sup>204</sup> Vgl. Gerlach, Mitverantwortlich, S. 200.

<sup>205</sup> Analyse zur politisch-operativen Lage in den Bezirksverbänden der befreundeten Parteien, 24.10.1986, in: BStU, MfS, BV Berlin, Abt. XX, Nr. 2590, Bl. 3-4.

Im Februar 1988 traf sich Gerlach mit Otto Graf Lambsdorff und später mit Jürgen Möllemann. Ein Interview mit Hans-Dietrich Genscher in der LDPD-Zeitung „Der Morgen“ am 12. Oktober 1988 kann ebenfalls als Zeichen von Öffnung gewertet werden. Zwei Monate vor dem Sputnik-Verbot nutzte Gerlach die Sitzung des politischen Hauptausschusses des Zentralvorstands der LDPD, um über hemmende Erscheinungsformen und Probleme der Wirksamkeit der politischen Arbeit zu berichten. Er hätte, so Gerlach, Gespräche mit Erich Honecker und Joachim Herrmann dazu benutzt, das bessere Mitwirken der LDPD und eine zeitgemäße Umgestaltung ihres Beitrags beim Aufbau der sozialistischen Gesellschaft vorzustellen und wäre auf Verständnis gestoßen.<sup>206</sup> An der Parteibasis fand Gerlach in einigen Ortsverbänden Unterstützung, so in dem von Neuenhagen, der eng mit dem weiter oben beschriebenen CDU-Ortsverband kooperierte. Spätestens als sich nach dem Sputnik-Verbot am 18. November 1988 Gerlach nicht gegen diese Maßnahme aussprach, war diese kurze Phase von Widerstreben beendet. Das MfS vermerkte am 6. Dezember 1988 zur LDPD: „Die Situation in der Partei spiegelt die Kompliziertheit der allgemeinen politischen Situation wider. Die Reise des Parteivorsitzenden in die BRD wurde auf Grund einer Entscheidung des Generalsekretärs des ZK der SED, Gen. E. Honecker auf einen unbestimmten Zeitpunkt verlegt. Die Ursache ist die gegenwärtige politische Situation in der DDR und der BRD. Diese Entscheidung findet die volle Zustimmung des LDPD-Vorsitzenden.“<sup>207</sup>

Im Mai 1989 sprach Gerlach mit 18 LDPD-Mitgliedern aus unterschiedlichen Bezirksverbänden. Hier äußerte er sich kritisch über den Zustand der DDR oder die Kommunalwahl. Er beurteilte ein mögliches Wahlergebnis von 70 Prozent Zustimmung bewusst abgegebener Stimmen für die Kandidaten der Nationalen Front positiver als ein manipuliertes Ergebnis von 98 Prozent.<sup>208</sup>

<sup>206</sup> Über einige Aspekte der politisch-ideologischen Situation in den befreundeten Parteien, 31.12.1988, in: BStU, MfS, HA XX, Nr. 6632, Bl. 53.

<sup>207</sup> Information zu einigen Problemen der politischen Lage in der LDPD, 6.12.1988, in: BStU, MfS, BV Berlin, Abt. XX, Nr. 2590, Bl. 5.

<sup>208</sup> Mühlen, Patrik von zur: Aufbruch und Umbruch in der DDR. Bürgerbewegungen, kritische Öffentlichkeit und Niedergang der SED-Herrschaft, Bonn 2000, S. 210.

Trotzdem ist zu vermerken, dass Gerlachs Reformbestrebungen systemimmanent waren und ihm ein Parteienwettbewerb oder die Absage an den Führungsanspruch der SED fremd blieben. Viele Führungsmitglieder der LDPD folgten ihm auch nicht in seinen Reformbemühungen. So auch Manfred Agsten, mit dem Gerlach darüber sprach: „Am 19. Juli (1989) führte ich mit ihm ein prinzipielles Gespräch, das als letzte Warnung gedacht war und von Agsten auch so verstanden wurde. Anhand einer langen Beweiskette belegte ich seine ‚Bremsenrolle‘ in der LDPD. Sie reichte bis zur ‚Abschmetterung‘ meines Buchmanuskriptes 1979 zurück, woran er den größten Anteil hatte, schloß die Blockierung aller Reformbemühungen ein, wodurch der Eindruck zweier gegensätzlicher Linien in der Parteiführung entstand, und gipfelte darin, daß er die SED-Führung über alle, auch über die vertraulichen Beratungen in unserem Hause informierte, ja, mich und andere führende Liberaldemokraten regelrecht denunzierte.“<sup>209</sup> Zu dieser Zeit versuchte das Ministerium für Staatssicherheit relativ erfolglos, liberaldemokratische Bezirks- und Kreisvorsitzende gegen den Reformen Manfred Gerlach in Stellung zu bringen.

Trotzdem erklärte Gerlach laut einer MfS-Akte noch im Sommer 1989, dass er neuen Parteimitgliedern klarmachen müsse, dass in der LDPD jedes Mitglied nach seiner Fassung selig werden könne, die Partei aber ihre Politik sehr wohl an der wissenschaftlichen Weltanschauung der Arbeiterklasse orientiere.<sup>210</sup> Der Bezirksvorstand der NDPD im Bezirk Cottbus schätzte im August 1989 trotzdem ein, dass die LDPD sich als ‚Oppositionspartei‘ verstehen würde und als solche auch zu sehen sei. Tatsächlich äußerte Gerlach am 19. September 1989 als erster prominenter DDR-Politiker Verständnis für Flüchtlinge und Oppositionelle. Diese Rede wurde am 20. September im „Morgen“ abgedruckt, welches westdeutsche Medien umgehend registrierten. Bestrebungen, die LDPD als oppositionelle Partei zu platzieren, wurden aber laut Ministerium für Staatssicherheit noch von Bezirksfunktionären zurückgewiesen.

Am 30. September, dem Tag, an dem Bundesaußenminister Hans-Dietrich Genscher in der Prager Botschaft den dort versammelten DDR-Flüchtlingen ihre Ausreise verkündete, stellte Gerlach fest, dass Liberaldemokraten

<sup>209</sup> Vgl. Lapp, Ausverkauf, S. 43.

<sup>210</sup> Konföderation zur Wiedervereinigung. Deutschlandplan der Berliner F.D.P. – Diskussionspapier –, September 1989, in: BStU, MfS, HA XX, Nr. 6634, Bl. 99.

heute mit Sorge erfüllt seien, weil sich die politische Wachsamkeit auch gegen Bürger richte, die sich am Aufbau des Sozialismus beteiligen wollten.

Trotzdem traf sich Gerlach noch am 13. Oktober ein letztes Mal mit den Führern der anderen Parteien und SED-Chef Erich Honecker im Block. Hier beschrieb Gerlach ausholend sein Verständnis der „oppositionellen Rolle“ der LDPD und verwies auf sein zehn Jahre zuvor abgelehntes Buchmanuskript. In diesem seien „alle wichtigen Vorschläge enthalten gewesen, die heute zur Debatte stehen. Was unsere Partei anbetrifft, können wir also von voller Kontinuität sprechen.“<sup>211</sup> Fünf Tage später trat sein langjähriger Weggefährte Honecker zurück. Anschließend unterstützte Gerlach Honeckers Nachfolger Egon Krenz, obwohl er von Parteifreunden und den westdeutschen Jungliberalen aufgefordert wurde, selbst für das Amt des Staatsratsvorsitzenden zu kandidieren.<sup>212</sup>

Gerlach nannte in einem Interview mit der „Westfälischen Rundschau“ am 28. Oktober die Oppositionsbewegung eine Notwendigkeit. Das Entstehen dieser Gruppen sei eine nicht verfassungsfeindliche politische Tatsache. Er führte weiter aus: „Nach Protesten aus der eigenen Partei und der Bevölkerung habe sich der Zentralvorstand der DDR-Liberalen im Juni darauf verständigt, in die Bresche zu springen. ‚Wir warfen jede mögliche Rücksichtnahme über Bord‘, sagt Gerlach. ‚Es schien uns geboten, sofort zu handeln, weil die SED ‚führungs- und sprachlos war‘. [...] Gerlach ist der Ansicht, ‚gerade jetzt sei es notwendig, einen starken Mann‘ an der Staatsspitze zu haben. Daß Krenz die drei wichtigsten Funktionen – SED-Führung, den Vorsitz im Staatsrat sowie den Oberbefehl über die Streitkräfte zur Zeit vereine, sei zweckmäßig, um die Wende voranzubringen. Ob das immer so sein müsse, sei eine andere Frage. Von seiner Persönlichkeit her sei Krenz auch keine ‚Übergangslösung‘. Die LDPD habe Vertrauen, daß er es ernst meine. ‚Die Taten werden es beweisen.‘ Seine Partei halte es allerdings für notwendig, fügte Gerlach hinzu, ‚daß Sicherungen eingebaut werden, die eine Wiederholung von Entwicklungen wie bis zum Oktober 1989 ausschließen‘. [...] Im übrigen

<sup>211</sup> Bericht von „Jürgen Kube“ über die erweiterte Beratung des politischen Ausschusses des Zentralvorstandes der LDPD am 17.10.1989, in: BStU, MfS, HA XX, Nr. 20472, Bl. 17f.

<sup>212</sup> Junge Liberale fordern LDPD-Vorsitzenden Gerlach auf, gegen Egon Krenz zu kandidieren. Junge Liberale Bonn: Pressemitteilung, 23.10.1989.

entsprächen fünfzig Prozent oder mehr der Grundsatzaussagen der meisten Gruppen ‚dem Parteiprogramm und der praktischen Politik der LDPD‘. [...] Die SED müsse jedoch ihren Führungsanspruch immer wieder neu erwerben, jetzt besonders, da ihr Vertrauensverlust sehr groß ist.“<sup>213</sup>

Krenz unterstützt zu haben, so Gerlach später, sei sein erster politischer Fehler nach dem Sturz Honeckers gewesen.<sup>214</sup> Zu dieser Zeit bemerkte das Ministerium für Staatssicherheit außerdem, dass aus der FDP heraus Aktivitäten unternommen würden, die LDPD und Manfred Gerlach als Vorreiter für Reformen in der DDR darzustellen.<sup>215</sup> In einem „Spiegel“-Interview Anfang November 1989 bezeichnete Gerlach die Umwälzungen in der DDR als Revolution, wollte die DDR aber nicht abschaffen, sondern reformieren. Am 1. November bildete die LDPD eine Grundsatzkommission, welche die Parteiprogrammatik überarbeiten sollte. So wurde versucht, zwischen Gerlachs systemimmanenter Reformbereitschaft und umfassenderen Forderungen der Basis einen Weg zu gehen.

Am 2. November, dem Tag des Rücktritts von Gerald Götting, gab Gerlach dem „Stern“ ein Interview, welches ein Journalist als Bombe bezeichnete, weil er unter anderem die Abschaffung der führenden Rolle der SED forderte. Gerlach schloss außerdem eine Beteiligung des Neuen Forums an den nächsten Wahlen nicht aus und trat am 4. November auf dem Berliner Alexanderplatz vor Demonstranten, die ihn auspiffen.

Unmittelbar vor der Wahl des Volkskammer-Präsidenten am 13. November gab Gerlach mehrere Interviews, die unter Schlagzeilen wie „Es ist eine Revolution“ liefen. MfS-Akten berichten, dass es in dieser Zeit Unstimmigkeiten über ein mögliches Interview der NDPD-„Nationalzeitung“ mit Manfred Gerlach gab. Es sollten Fragen wie die nach dem jahrzehntelangen Zusammengehen mit Erich Honecker durch Gerlach, die von Gerlach selbst genutzten Privilegien und finanziellen Vorteile, aber auch politische Strategien der LDPD in der Zukunft besprochen werden. Die Redaktion hätte aber zwischenzeitlich von dem Interview Abstand

<sup>213</sup> Amnestie – Interview mit Manfred Gerlach, in: Westfälische Rundschau, 28.10.1989.

<sup>214</sup> Vgl. Lapp, Ausverkauf, S. 44f.

<sup>215</sup> Information, 21.10.1989, in: BStU, MfS, Nr. 6634, Bl. 55.

genommen, es bestünde gegenwärtig keine Chance, an Gerlach heranzukommen, der total abgeschottet würde.<sup>216</sup>

Womöglich wegen Gerlachs zunehmend SED-kritischer Haltung hatten ihn am 13. November 1989 wohl vor allem SED-Mitglieder in den Massenorganisationsfraktionen der Volkskammer in geheimer Wahl nicht zum Volkskammerpräsidenten bestimmt. Am selben Tag wurde Hans Modrow in offener Abstimmung als Nachfolger von Willy Stoph zum neuen Vorsitzenden des Ministerrates, zum Ministerpräsidenten, gewählt.

Das Führungsgremium der alten LDPD, der Zentralvorstand, bestätigte Gerlach am 24. November mit fast einhundertprozentiger Zustimmung im Amt des Vorsitzenden. Er erklärte hier alsbaldige Wahlen zur Schlüsselfrage des Reformprozesses und dass die LDPD eine parlamentarische Demokratie im Sozialismus wolle, auf keinen Fall aber eine Blockpartei im alten Sinne bleiben könne. Selbstkritisch räumte Gerlach später ein, dass er, um sich und die LDPD an die Spitze des Reformprozesses zu setzen, auf dieser Sitzung einen Sonderparteitag einberufen, aus dem Block austreten und der Modrow-Regierung einen Forderungskatalog hätte präsentieren müssen. Da all dies unterblieb, übernahm diese Rolle die CDU mit ihrem Sonderparteitag am 15. und 16. Dezember.<sup>217</sup>

Zwei Tage später trafen sich führende FDP-Politiker mit Gerlach, um über Perspektiven der Zusammenarbeit zu beraten. Gerlach plädierte zu diesem Zeitpunkt für einen Sozialismus mit menschlichem Antlitz. Dies führte zu innerparteilichen Auseinandersetzungen. Lambsdorff ging kurzfristig auf Distanz zur LDPD und vermerkte, dass Sozialismus einer Zusammenarbeit nicht förderlich sei.<sup>218</sup> Als sich die Wiedervereinigung Deutschlands bereits andeutete, plädierte Gerlach für den pro-sozialistischen Aufruf „Für unser Land“, was ihm wieder mehr innerparteiliche Gegner einbrachte.

Nach dem Rücktritt von Krenz vom Amt des Staatsratsvorsitzenden wurde Gerlach am 6. Dezember amtierender Vorsitzender des Staatsrates, einem Gremium, dem er bereits seit 1960 angehörte. Es begann Gerlachs viertel-

<sup>216</sup> Information zu einem geplanten, aber bisher nicht realisierten Interview der „National-Zeitung“ mit Prof. Gerlach, November 1989, in: BStU, MfS, Nr. 6634, Bl. 70.

<sup>217</sup> Vgl. Lapp, Ausverkauf, S. 46.

<sup>218</sup> Lambsdorff geht auf Distanz zur LDPD, in: Süddeutsche Zeitung, 28.11.1989.

jährige Karriere als Staatsoberhaupt der DDR. Am folgenden Tag nahm Gerlach für die LDPD an der ersten Sitzung des Runden Tisches in Berlin teil, zog sich aber später aus dem Gremium zurück. In dieser Zeit kochten Korruptionsvorwürfe gegen die CDU und die LDPD hoch. In diesem Zusammenhang bot Gerlach am 12. Dezember den Rücktritt von all seinen Ämtern an, den der engere LDPD-Führungszirkel jedoch ablehnte. Eine Woche später, am 20. Dezember, beschloss eine Tagung des LDPD-Zentralvorstands, den Sonderparteitag am 9. und 10. Februar 1990 durchzuführen.

Auf dieser Tagung bekannte sich der LDPD-Zentralvorstand zur Abkehr vom Sozialismus, woraufhin Gerlach noch vor Weihnachten verkündete, dass die LDPD nicht mehr für einen Sozialismus zur Verfügung stünde, was einer programmatischen Neuausrichtung gleichkam. Da überraschte es nicht, dass Gerlach in einem Gespräch mit der „Wiener Presse“ am 28. Dezember Mitverantwortung für die Schiefelage der DDR bekannte und sich für eine etappenweise Vereinigung von DDR und Bundesrepublik aussprach.<sup>219</sup> Dieser Kursänderung, so Gerlach, sei seinerseits ein schmerzhafter Umdenkungsprozess vorausgegangen. Vor allem der Druck von der Basis und von der FDP hatte dazu geführt, dass man ein Festhalten an der DDR zukünftig ausschloss. Lapp meint, dass die LDPD-Führung sich am Rande der Anarchie und Auflösung aller Strukturen sah und mit diesem Beschluss versuchte, zu retten, was zu retten war.<sup>220</sup>

Am 18. Januar traf Gerlach Wolfgang Mischnick, um mit ihm unter anderem die Bedingungen für die künftige Kooperation von FDP und LDPD zu besprechen. Forderungen der FDP betrafen Personalkonstellationen innerhalb der LDPD und ein eventuelles Wahlbündnis aller liberalen Kräfte der DDR. Die FDP verlangte von der LDPD weiterhin ein Bekenntnis zur sozialen Marktwirtschaft, zur Rechtsstaatlichkeit und zur deutschen Einheit. Neben einem personellen Neuanfang sollte auch die Aufarbeitung der Geschichte ihren Platz finden. Im Falle eines Reformstaus innerhalb der LDPD drohte Lambsdorff mit einem Rückzug der FDP. Sechs Tage später verkündete Gerlach seinen Rücktritt vom Amt des Vorsitzenden für den kommenden Parteitag. Schon zu dieser Zeit plädierten FDP-Mitglieder gegen die Aufnahme der LDPD in die FDP.

<sup>219</sup> Vgl. Heusinger verliert seinen Sitz im Vorstand der Liberaldemokratischen Partei der DDR, in: FAZ, 21.12.1989.

<sup>220</sup> Vgl. Lapp, Ausverkauf, S. 49.

Burkhard Hirsch beispielsweise fuhr durch die DDR, sah Verfall und empörte sich bei dem Gedanken, dass Manfred Gerlach oder Justizminister Wünsche zukünftig Mitglied seiner Partei werden sollten.<sup>221</sup>

Der eher späte Termin des Parteitags am 9. und 10. Februar sorgte dafür, dass die LDPD sich als letzte der Parteien in der DDR in Form eines Parteitags neu formierte, barg aber den Vorteil, dass die 950 Delegierten des Dresdner Parteitags in ihren Kreisverbänden neu gewählt werden konnten. Darin unterschied sie sich unter anderem von der CDU. Wie auch bei der CDU hatten nur wenige, die bisher dem Zentralvorstand der Partei angehörten, eine Chance, wieder in die Parteiführung aufzurücken. Ebenso wurde beschlossen, zum ursprünglichen Parteinamen LDP zurückzukehren. Nach der letzten Rede des alten Parteichefs Gerlach erhob sich das Plenum (nur die Abgesandten der Bonner FDP blieben sitzen) und spendeten ihrem jahrzehntelangen Chef minutenlangen Beifall.<sup>222</sup>

Als seinen Nachfolger hatte Gerlach Hans-Dieter Raspe empfohlen, der jedoch von großen Teilen der Partei als Altlast klassifiziert wurde. Gerlachs nächster Vorschlag, Justizminister Wünsche, fiel ebenfalls durch. Trotzdem hielt Wünsche auf dem Parteitag eine von viel Beifall begleitete Rede und wurde später zu einem der stellvertretenden Parteivorsitzenden gewählt. Die Wahl Wünsches zum stellvertretenden Parteivorsitzenden und der Beifall für Gerlach verdeutlichten die Stimmung und Kräfteverhältnisse unter den Delegierten und provozierten die FDP-Führung.

Auf der LDPD lag besonderer Druck, weil fünf Tage zuvor, am 4. Februar, die Freie Demokratische Partei (FDP) der DDR gegründet wurde, die auf dem Parteitag in Dresden mit Flugblättern zum Übertritt in ihre Partei einlud. Gerlach vermutete, dass hinter dieser Neugründung die FDP in der Bundesrepublik stand, um die LDP unter Druck zu setzen. Die FDP wollte aber keine Zersplitterung der liberalen Kräfte in der DDR, sondern drängte auf ein Wahlbündnis zwischen LDP, FDP und der Forumspartei. Letztgenannte war im Dezember 1989 als Abspaltung vom Neuen Forum gegründet worden und hatte ihren Gründungsparteitag am 27. Januar 1990 in Karl-Marx-Stadt.

<sup>221</sup> Vgl. Hirsch, Burkhard: Die Arbeit hatte begonnen, in: *elde, Liberale Depe-sche, Sonderheft 2010*, S. 6.

<sup>222</sup> Vgl. Lapp, *Ausverkauf*, S. 50.

## 2.9. Rainer Ortleb

Die LDP wollte auf dem Parteitag außerdem damit beginnen, programmatisch wieder an Wertvorstellungen liberalen Handelns der Nachkriegs-LDP anzuknüpfen. Daran beteiligte sich auch der neue Parteivorsitzende Rainer Ortleb. Er redete am 28. Februar beispielsweise in der Aula der Rostocker Universität über den 1951 in der Sowjetunion hingerichteten Rostocker Liberalen Arno Esch als „Liberaldemokrat und Weltbürger“. Der ideologische Wandel der LDP ließ sich für langjährige Parteitagsdelegierte an ihrem neuen Vorsitzenden ablesen. Ortleb trat dreizehn Jahre vor diesem Vortrag über Arno Esch als Leiter des Reservistenkollektivs der Sektion Mathematik der TU Dresden vor die Delegierten des LDPD-Parteitages und führte unter dem Titel „Waffendienst – höchste Ehre und patriotische Pflicht jedes Staatsbürgers“ aus: „Mein Diskussionsbeitrag beginnt nicht mit dem ersten gesprochenen Wort, sondern mein erstes Argument ist, für jeden sichtbar, die Uniform, die ich heute trage.“ Den später folgenden Satz „Auf den Frieden richtete sich die Sorge der jungen Sowjetmacht vom ersten Tage an“<sup>223</sup> gebrauchte er in seinem Vortrag über Arno Esch sicher genauso wenig wie die Uniform. Im Jahr 1981 schrieb Ortleb als Vorsitzender des Stadtbezirksverbandes Dresden-Süd im LDPD-Mitarbeitermagazin: „Bereits bei der Mitarbeit an der Vorbereitung des X. Parteitages der SED und darin bei der Auswertung der 15. Zentralvorstandssitzung, die ja die Aufgaben für unsere Partei ableitete, hat das Sekretariat unseres Stadtbezirksverbandes die Weichen gestellt, um zielgerichtet Kurs auf die Delegiertenkonferenz und den 13. Parteitag zu nehmen.“<sup>224</sup> Sechs Jahre später stellte er als Vorsitzender des Kreisverbandes Rostock-Stadt und Mitglied des Kreis Ausschusses der Nationalen Front vor dem 14. Parteitag der LDPD in Weimar unter anderem fest, dass „die aktive Mitarbeit von Parteifreunden, die uns in den Leitungsgremien von GDSF, DFD, FDJ, GST, Kulturbund, Volkssolidarität, VKSK und DRK vertreten“<sup>225</sup>, immer spürbarer wäre. Im Oktoberheft des Jahres 1989

<sup>223</sup> Ortleb, Rainer: Waffendienst – höchste Ehre und patriotische Pflicht jedes Staatsbürgers, Rede auf dem 12. Parteitag der LDPD in Weimar, 2.-4. März 1977, abgedruckt in: 12. Parteitag der LDPD in Weimar, 2.-4. März 1977, hrsg. vom Sekretariat des Zentralvorstandes der LDPD, Weimar 1977, S. 62f.

<sup>224</sup> Ortleb, Rainer: Mit voller Fracht. Kurs auf die Delegiertenkonferenz, in: LDPD-Informationen, 10/1981, S. 9.

<sup>225</sup> Sekretariat des Zentralvorstandes der Liberal-Demokratischen Partei Deutsch-

hatten die Leser der LDPD-Informationen erfahren, dass „Dozent Dr. sc. techno Rainer Ortleb, Rostock, zum außerordentlichen Professor für Informationsverarbeitungssysteme an der Wilhelm-Pieck-Universität Rostock“<sup>226</sup> berufen worden sei.

Kurz nach seiner Wahl zum Parteivorsitzenden erhielt Ortleb Post vom neuen Vorsitzenden der Nationaldemokratischen Partei Deutschlands (NDPD), Wolfgang Rauls. In dieser wurde der LDP ein Wahlbündnis im Namen aller NDPD-Parteitage delegierten angetragen.<sup>227</sup> Das Arbeitspräsidium des Bundes Freier Demokraten (BFD), das letztendlich ein Zusammenschluss zweier Blockparteien war, tagte am 4. April 1990 erstmals, beriet über den Kommunalwahlkampf und wählte Rainer Ortleb zum Vorsitzenden sowie Wolfgang Rauls zum Vizevorsitzenden. Joachim Günther wurde Hauptgeschäftsführer.

Im Hintergrund waren die Beitrittsgespräche mit der westdeutschen FDP weit gediehen. Streitpunkt blieb der die Ostdeutschen benachteiligende Delegiertenschlüssel zum Vereinigungsparteitag. Für diesen waren 662 Delegierte aus Ost und West vorgesehen, wovon lediglich 160 aus Ostdeutschland kommen sollten. Deshalb ging den Bezirks- und Landesgeschäftsstellen am 12. Juni ein Schreiben der Hauptgeschäftsstelle des Bundes Freier Demokraten zu, welches über die Standpunkte des Parteivorstandes zum Vereinigungsprozess informierte. Neben Kritik an der FDP und dem Delegiertenschlüssel bedauerte er einen schalen Beigeschmack des „Geschlucktwerdens“. Außerdem beklagte das Schreiben, dass die FDP kaum bereit gewesen sei, auf programmatische Vorschläge aus den Reihen des BFD einzugehen. Vor allem soziale Rechte würden nicht verankert und stattdessen Ost-Mitglieder wie zu beherrschende Neuankömmlinge behandelt. Daneben wehrte man sich gegen Vorwürfe wegen der Blockpartei Vergangenheit. Die Mehrheit der Parteimitglieder hätte sich nicht als Transmissionsriemen der SED verstanden.<sup>228</sup>

Der Vereinigungsparteitag am 11./12. August in Hannover verlief ohne weitere Überraschungen. Wie verabredet entsandte die etwa 70.000 Mit-

---

lands (Hrsg.): Protokoll des 14. Parteitags der LDPD, 9. bis 11. April 1987 in Weimar, Berlin 1987, S. 454.

<sup>226</sup> LDPD-Informationen, 10/1989, S. 28.

<sup>227</sup> Vgl. Lapp, Ausverkauf, S. 100.

<sup>228</sup> Vgl. Lapp, Ausverkauf, S. 148.

glieder umfassende FDP 405 Delegierte, während das 150.000 Mitglieder starke liberale Parteienbündnis der DDR 260 Delegierte schickte. So behielt die FDP die Regie in der gewachsenen Partei in ihrer Hand. Ortleb wurde zum stellvertretenden Parteivorsitzenden gewählt und fünfzehn der 35 Mitglieder des Bundesvorstandes kamen zukünftig aus der DDR. Ortleb erinnerte die Delegierten in der Parteitagsrede daran, nicht allein wirtschaftliche Freiheit, sondern auch soziale Aspekte in einer gesamtdeutschen FDP zur Sprache zu bringen. Hier ähnelte er Lothar de Maizière.

### **3. DBD**

#### **3.1. Ernst Goldenbaum**

Unmittelbar vor den ersten Wahlen in der SBZ im Herbst 1946 stellte Walter Ulbricht auf einer Parteivorstandssitzung fest, dass man für erfolgreiche Wahlen die Mehrheit der Bauernschaft gewinnen müsse. Er fragte: „Wen haben wir bisher als Verbündete auf dem Lande gewonnen? Wir haben vor allem einen sehr großen Teil der Neubauern gewonnen, aber nicht die Altbauern.“<sup>229</sup> Anschließend forderte Ulbricht die im Zuge der Bodenreform gegründete Vereinigung der gegenseitigen Bauernhilfe (VdgB) auf, zur stärksten politischen Kraft auf dem Lande zu werden. Dies gelang in den folgenden Monaten auch in Mecklenburg nicht, so dass am 8. Januar 1948 an einer Krisensitzung beim Landesverband der VdgB unter anderem deren stellvertretender Landesvorsitzender Ernst Goldenbaum sowie der Generalsekretär des Zentralsekretariats der VdgB, Kurt Vieweg, teilnahmen. Dieser führte das bisherige Versagen der VdgB auf eine unzureichende Unterstützung durch die Landes-SED zurück, die keine kompetenten Agrarfunktionäre aus der Partei in die VdgB delegierte.<sup>230</sup>

Als LDPD und CDU am 13. Februar 1948 die Arbeit im zentralen Block für mehrere Monate einstellten, wurde die Lage für die SED ernst. Am 16. April redete Walter Ulbricht an der Parteihochschule der SED über die

<sup>229</sup> Reichelt, Hans: Blockflöte, oder was? Zur Geschichte der Demokratischen Bauernpartei Deutschlands (DBD) 1948 bis 1990, Berlin 1997, S. 11.

<sup>230</sup> Vgl. Bauer, S. 82.

Gründung neuer Parteien, unter denen auch eine Bauernpartei sein würde.<sup>231</sup> Einen Monat später, am 12. und 13. Mai, skizzierte Wilhelm Pieck auf der zehnten Tagung des SED-Parteivorstandes die politische Lage mit den Worten, dass für den Fall, dass es zu einer Spaltung Deutschlands kommen werde, in zunehmendem Maße die Verantwortung für die Gestaltung von Politik und Wirtschaft in der SBZ in die Hände der SED übergehen werde. Für die in diesem Fall angestrebte Politik bräuchte man die Zustimmung und das Vertrauen der Massen, während CDU und LDPD versuchten, diese für sich zu gewinnen, um die SED in eine Minderheitenposition zu bringen. Pieck forderte für die nächsten Wahlen eine übertragende Mehrheit. Dafür brauchte die SED auf dem Lande eine neue politische Kraft.<sup>232</sup>

Bereits im Februar 1948 hatte Wilhelm Pieck mit Ernst Goldenbaum gesprochen, um ihn für die Führung der neuen Bauernpartei zu gewinnen. Eine Woche nach diesem Gespräch erklärte Goldenbaum dem für Personalpolitik zuständigen SED-Funktionär seine Bereitschaft zur Übernahme dieses Amtes. Theresia Bauer vermutet, dass der Hinweis auf die Eignung von Goldenbaum als Chef der Bauernpartei von Hans Warnke, SED-Innenminister Mecklenburgs, an das ZK in Berlin gegeben wurde. Im Januar 1948 bereits hatte Warnke ihn als Teilnehmer der ersten großen agrarpolitischen Konferenz der SED vorgeschlagen.<sup>233</sup>

Ernst Goldenbaum wurde im Jahr 1898 geboren, war Mitglied der USPD, bevor er im Jahr 1920 in die KPD übertrat. Bereits ein Jahr später wurde er in die Bezirksleitung Mecklenburg der KPD gewählt und arbeitete seitdem hauptamtlich für die Partei. Zwischen 1924 und 1926 und zwischen 1929 und 1932 war Goldenbaum Abgeordneter des Landtags in Mecklenburg/Schwerin. Nach der Machtergreifung der Nazis arbeitete er sowohl als Landwirt als auch in anderen Tätigkeiten, wurde verhaftet und in einem KZ inhaftiert. Nach der Befreiung im Jahr 1945 wurde er zum Bürgermeister seiner Heimatstadt Parchim bestimmt, Mitglied der KPD und noch im selben Jahr bis 1946 zum Geschäftsführer der Bodenreformkommission im Land Mecklenburg ernannt. Über diese Zeit berichtet Goldenbaum: „Es war ein beglückender Augenblick, als ich am 5. September 1945 in einer Versammlung vor Landarbeitern und kleinen Bauern in

<sup>231</sup> Vgl. Reichelt, S. 17.

<sup>232</sup> Vgl. ebd., S. 15.

<sup>233</sup> Vgl. Bauer, S. 81.

Severin, Kreis Parchim, das Ende der Herrschaft der Junker und Großgrundbesitzer auch für das Land Mecklenburg verkünden konnte. An diesem Tage erfolgte hier die Übergabe des gesamten Grund und Bodens des Rüstungsindustriellen und Kriegsgewinners Quandt an jene, die ihn seit jeher bearbeiteten und stets um die Früchte ihrer Arbeit betrogen wurden.<sup>234</sup>

Einen Tag nach Ulbrichts oben beschriebener Rede in der Parteihochschule trafen sich in Wismar mecklenburgische Bauern offiziell zu einer VdgB-Regionalkonferenz. Der VdgB-Regionalchef Hans-Joachim Friedländer berichtete später: „Auf der Kreiskonferenz der VdgB am 17. April 1948 in Wismar zur Fortführung der Frühjahrsbestellung, an der über 200 werktätige Bauern teilnahmen, traten einige der Bauern, die bereits in den Bereichskonferenzen gesprochen hatten, erneut hervor und forderten, eine selbständige demokratische Bauernpartei zu schaffen, um den werktätigen Bauern bessere Möglichkeiten der politischen Mitgestaltung und des gesellschaftlichen Wirkens zu geben. Diese Forderungen wurden von weiteren Versammlungsteilnehmern unterstützt, und es wurde vorgeschlagen, ein Gründungskomitee zu bilden und mit einem Aufruf an alle Bauern Mecklenburgs heranzutreten. Dem wurde von der Konferenz zugestimmt. Acht werktätige Bauern des Kreises Wismar bildeten mit mir das Gründungskomitee, das noch am gleichen Tage zusammentrat.“<sup>235</sup>

Was hier nach Spontaneität klingt, war ein von SMAD und SED inszenierter Prozess.<sup>236</sup> Sowohl in Wismar als auch an anderen Gründungsversammlungen nahmen Vertreter der sowjetischen Militäradministration teil. Joseph Czymoniak aus Bützow berichtete später: „Mit zu den Mitgliedern gehörend, die bei der Gründung unserer Partei in Schwerin dabei waren, kann ich mich gut an einen sowjetischen Offizier erinnern, der mir bei Aussprachen und Gesprächen stets half, besser die politischen Zusammenhänge zu verstehen.“<sup>237</sup>

<sup>234</sup> Zitat Ernst Goldenbaum, in: Demokratische Bauernpartei Deutschlands (Hrsg.): 40 Jahre DBD. Chronik. Bilddokumente. Erlebnisberichte, Berlin 1988, ohne Seitenangabe.

<sup>235</sup> Friedländer, Hans-Joachim: Das Signal aus Wismar, in: 40 Jahre DBD, S. 196f.

<sup>236</sup> Vgl. Foitzik, Jan: Sowjetische Interessenpolitik in Deutschland 1944-1954, Dokumente, München 2012, S. 69f.

<sup>237</sup> Czymoniak, Joseph: Demokratische Bodenreform – ein Ergebnis der Befrei-

Diese Hilfe erhielt er am 29. April 1948 im Schweriner Hotel „Niederländischer Hof“, wo die Bauernpartei gegründet wurde. An diesem Tag versammelten sich 126 Bauern und Agrar-Funktionäre aus Mecklenburger Kreisen, unter ihnen auch sechs Mitglieder der CDU und der LDPD.<sup>238</sup> Hier wurden 15 Mitglieder des Landesausschusses der neu zu gründenden Partei gewählt, davon 10 bis 12 SED-Mitglieder. Dies wurde korrigiert, so dass spätestens an dieser Stelle Goldenbaums Karriere begann. Rückte er doch auf der Liste des Landes-Gründungsausschusses somit von der letzten auf Position Nummer eins. Daraufhin wurde Goldenbaum zum Vorsitzenden des Gründungsausschusses für Mecklenburg gewählt.<sup>239</sup> Etwa eine Woche später erarbeitete Goldenbaum in seiner Wohnung gemeinsam mit anderen ein erstes Programm für die Partei, welches aus Grundsätzen und Forderungen bestand. Am 28. Mai trafen sich erstmals die Vertreter aller parallel entstandenen Landesgründungsausschüsse der verschiedenen Länder in Brandenburg an der Havel. Dort wurden die von Goldenbaum eingebrachten Grundsätze und Forderungen der DBD als Arbeitsgrundlage beschlossen. Daneben wählten die Anwesenden Ernst Goldenbaum zum ersten Vorsitzenden. Am 2. Juni reichte Ernst Goldenbaum den Antrag auf Zulassung der Partei bei der SMAD ein. Zwei Wochen später wurde einer Delegation des Gründungsausschusses durch den SMAD-Offizier Tjulpanow die Genehmigung zum Aufbau der Partei sowie zur Publikation einer eigenen Zeitung erteilt.

Der DBD-Vorstand tagte erstmals am 20. Juni in den Geschäftsräumen des VdgB-Zentralvorstandes in Berlin. Die Leitungskader, welche anschließend in der Berliner Parteizentrale an die Macht kamen, hatten mit dem Gründungsprozess in den Ländern kaum etwas zu tun. Den engsten Führungszirkel bildeten ehemalige KPD- oder SED-Mitglieder wie Ernst Goldenbaum und Rudolf Albrecht. Um sie herum arbeiteten weitere ehemalige KPD-Mitglieder wie der Hauptgeschäftsführer Paul Scholz. Die kommunistische Vergangenheit der Funktionäre wurde bis in die achtziger Jahre gegenüber der Öffentlichkeit weitgehend verschwiegen.

Die Gründung der beiden neuen Parteien DBD und NDPD war eingebettet in die Diskussion um die Neubelebung der Blockpolitik, die CDU und

---

ung, in: Der Pflüger, Funktionsorgan der demokratischen Bauernpartei, 5/1975, S. 26.

<sup>238</sup> Detaillierte Hintergründe für diese Zusammenkunft bei Bauer, S. 82f.

<sup>239</sup> Vgl. Reichelt, S. 22.

LDPD im Frühjahr 1948 aufgekündigt hatten. Wilhelm Pieck schrieb am 6. Juli 1948 in der „Täglichen Rundschau“ bezogen auf CDU und LDPD, dass dort Personen nach der Führung streben würden, welche die Politik der Parteien vollständig verändern wollten. Damit würde die Frage aufgeworfen, ob die Arbeiterklasse oder die Bourgeoisie die Richtung des politischen Handelns vorgebe.

Aus SMAD-Sicht war die Gründung der beiden neuen Parteien geeignet, den beiden älteren bürgerlichen Parteien zu verdeutlichen, dass man an der Blockpolitik wie auch dem Mehrparteiensystem festhalten und keine Einparteiherrschaft wolle. Dieses Ansinnen war auch der Einsicht der SMAD geschuldet, dass man der SED die alleinige Führung noch nicht zutrauen konnte. Diese war, laut Bauer, eigentlich gegen die Gründung der Bauernpartei,<sup>240</sup> was unter anderem der Ansicht Hans Reichelts widerspricht.

In den Augen der SED betrieben die Politiker von CDU und LDPD in den Ministerien der Länder eine Obstruktionspolitik gegen die Verankerung der Folgen der Bodenreform in den Grundbüchern und Ähnliches. Für den Fall einer deutschen Vereinigung gehörte die Bodenreform in den Augen der SMAD aber zu den irreversiblen politischen Ergebnissen ihrer Herrschaft.<sup>241</sup> Auch deshalb nahm sie Einfluss auf die Auswahl der DBD-Funktionäre. Im Jahr 1949 kamen beispielsweise Hans Reichelt und Hans Rietz direkt aus russischer Kriegsgefangenschaft und als Absolventen von Antifaschulen in leitende Parteivorstandsfunktionen.<sup>242</sup>

Die CDU verfügte zu dieser Zeit über circa 38.000 bäuerliche Mitglieder, während die LDPD 35.000 Mitglieder aus der Bauernschaft hatte. Vor allem vermögende Altbauern gehörten zur Anhängerschaft der beiden Parteien. So wurden die bürgerlichen Parteien mehr oder weniger Gegner der ab 1948 von der SED vorangetriebenen Agrarpolitik, deren Kern die Einschränkung der bäuerlichen Eigenwirtschaft, vor allem der Großbauern, war. Großbauern waren nach Auffassung der KPD/SED Betriebe ab

<sup>240</sup> Vgl. Bauer, S. 75.

<sup>241</sup> Vgl. ebd., S. 533.

<sup>242</sup> Nehrig, Christel: Rolle, Bedeutung und Wirkungsmöglichkeiten der Blockparteien. Die DBD, in: Deutscher Bundestag (Hrsg.): Materialien der Bundestags-Enquete-Kommission „Aufarbeitung von Geschichte und Folgen der SED-Diktatur in Deutschland“, Baden-Baden 1995, Bd. II/4, S. 2379.

20 ha. Die auf Initiative der KPD im Vollzug der Bodenreform als Massenorganisation gegründete Vereinigung der gegenseitigen Bauernhilfe konnte den Einfluss der SED gegen die Großbauern aber nicht hinreichend umsetzen.<sup>243</sup> Von 1947 bis 1949 gelang es der CDU und der LDPD hingegen sogar, ihren Mitgliederanteil in der VdgB zu verdoppeln. Im Jahr 1949 waren über zwei Drittel der bäuerlichen Mitglieder von CDU und LDPD in der VdgB organisiert.<sup>244</sup> Auch deshalb wurde die Bauernpartei gegründet.

Im Unterschied zu CDU und LDPD hatte die DBD anders als ihre kommunistischen Gründer keine Parteitradition. Diese wurde in den folgenden Jahren in Anlehnung an die deutsche sowie die KPD-Geschichte in Form verschiedenster Texte und Veranstaltungen entwickelt. Zusammengefasst kamen die Ideologen zu der Ansicht, dass während der Reformation in den Städten das Bürgertum eine Führungsrolle wahrgenommen hatte, während es im Bauernkrieg nicht mehr bereit war, diese zu übernehmen. Bauern und Plebejer traten stattdessen als Triebkraft dieses Kampfes auf, während die Früchte bürgerlichen Schichten und Landesherrn zugutekamen. Luther hatte die Machtfrage im Sinne einer Kräfteverschiebung hin zu weltlichen Herren und Bürgertum gestellt, während Bauernführer Thomas Müntzer bemüht war, für die Bauern revolutionäre Konsequenzen zu ziehen.<sup>245</sup> Die Begründung für die Bündnispolitik der Bauernpartei unter Führung der SED lieferte das kommunistische Manifest, welches feststellt, dass auch Kleinbürgertum und Bauernschaft revolutionär sein können.<sup>246</sup> In dieser Tradition verstand sich auch die DBD-Beitrittsgeschichte von Alfred Pilz: „Im November 1947 nahm ich als Gast an einer Kreistagssitzung in Torgau teil. Zur Entscheidung standen die Überführung der Bodenschätze des Kreises in Volkseigentum und die Enteignung eines Nazikriegsverbrechers. Beide Anträge der SED wurden mit zwei Stimmen Mehrheit von den bürgerlichen Parteien abgelehnt. Das regte mich sehr auf und mir wurde klar: Die Arbeiterpartei braucht gute, dem gesellschaftlichen Fortschritt zugewandte Verbündete.“<sup>247</sup>

<sup>243</sup> Vgl. Nehrig, S. 2378.

<sup>244</sup> Wernet-Tietz, S. 62.

<sup>245</sup> Blaha, Dagmar: Thomas Müntzer – eine herausragende Persönlichkeit der deutschen frühbürgerlichen Revolution, in: *Der Pflüger*, 9/1989, S. 38.

<sup>246</sup> Karl Marx – zu seinem 160. Geburtstag, in: *Der Pflüger*, 5/1978, S. 8.

<sup>247</sup> Pilz, Alfred: Tag für Tag im Gespräch mit den werktätigen Bauern, in: *40 Jah-*

Auf der ersten großen Veranstaltung der DBD, der Parteikonferenz vom 16. und 17. Juli 1948 in Schwerin, enthielt sich Goldenbaum unmittelbarer Kritik an den beiden bürgerlichen Parteien. Er warnte sogar Parteikollegen, die von Behinderungen durch die beiden Parteien berichteten, vor „kleinlichen Übertreibungen“. Diese erste Zonenkonferenz der DBD bearbeitete die politische Grundkonzeption und bestätigte den provisorischen Parteivorstand.

Auf die Gründung der beiden neuen Parteien reagierten die Parteispitzen von CDU und LDPD unmittelbar mit Stellungnahmen. Die CDU schätzte die Bauernpartei als Konkurrenz gelassen ein, während sie die NDPD für den gefährlicheren Gegner hielt. Otto Nuschke gab im Juli 1948 wenig auf die Erfolgchancen der Bauernpartei und sah die Wirkung seiner Partei dadurch nicht beeinträchtigt. Nuschke hätte statt der Neugründungen lieber eine Vergrößerung des Entscheidungs- und Bewegungsspielraums der bestehenden Parteien gesehen.<sup>248</sup> Die LDPD lehnte beide Parteien grundsätzlich ab.

Die Bauernpartei rechnete sich vor allem bei denjenigen Altbauern Beitrittchancen aus, denen die LDPD zu kapitalistisch, die CDU zu christlich und die SED zu sozialistisch war. Die Altbauern reagierten auch überwiegend aufgeschlossen auf die Gründung der neuen Partei, insofern sie nicht schon an die CDU und FDP gebunden waren. Unklar bleibt, ob CDU- und FDP-Mitglieder versuchten, Einfluss in den neu gegründeten Ortsgruppen der DBD zu gewinnen oder sich mit diesen gegen die SED zu verbünden. Beides ist lediglich für den Einzelfall belegbar.<sup>249</sup>

Am 5. August 1948 trat der zentrale Block wieder zusammen, der wegen des Boykotts von CDU und LDPD seit dem 17. Februar nicht mehr getagt hatte. Die Bauernpartei wurde gemeinsam mit dem FDGB auf dieser Sitzung in den zentralen Block aufgenommen, die NDPD am 7. September. Bis dahin hatten CDU und FDP erfolgreich die Aufnahme von Massenorganisationen in den Block mit der Begründung verhindert, dass diese keine Parteien seien.

Mit der fortschreitenden Gleichschaltung der Parteien wurden anfängliche Kooperationen der beiden bürgerlichen Parteien mit der DBD gegen die

---

re DBD, S. 205.

<sup>248</sup> Vgl. Bauer, S. 140.

<sup>249</sup> Vgl. ebd.

SED, wie in Sachsen und Brandenburg auf Ortsgruppenebene häufig, beendet. Mancherorts, wo die DBD stärker als die SED wurde, beanspruchte sie die politische Führungsrolle.<sup>250</sup> In Mecklenburg traten ganze Ortsgruppen von der SED zur CDU über, nachdem die SED Übertritte zur DBD nicht gestattet hatte.<sup>251</sup> Auch ideologisch gab es anfangs Konfrontationshaltungen. In seinem Referat auf dem ersten Parteitag der DBD vom 2. bis 3. Juli 1949 führte Goldenbaum aus: „Wir sind eine nichtsozialistische Partei. Wir nehmen nicht in Anspruch, was wir nicht besitzen. Wir sind eine Partei der kleinen Eigentümer, wir sind aber eine demokratische Partei.“<sup>252</sup>

Für das Amt des Landwirtschaftsministers der ersten DDR-Regierung schlug die Bauernpartei Ernst Goldenbaum vor. In diesem Amt gehörte er der provisorischen Regierung an, während sein Stellvertreter Rudolf Albrecht Staatssekretär im Ministerium für Versorgung wurde. Ende November 1949 wurde außerdem der erste Lehrgang an der zentralen Parteischule Thomas Müntzer in Borkheide von Goldenbaum eröffnet. Hier wurde für die auszubildenden Kader der Satz „Lernt die Politik so gut zu meistern wie den Pflug“ geprägt.

Ihre Gegner in den alten bürgerlichen Parteien versuchte die DBD mit Methoden öffentlicher Verleumdung auszuschalten. Ihren nachgeordneten Parteigliederungen gab die Führung unter Goldenbaum im Jahr 1949 die Weisung „Wir müssen in jedem Kreis die Verleumder unserer Partei aufspüren und öffentlich brandmarken. Sie müssen darüber hinaus mit ihren Äußerungen namentlich geführt werden, damit unsere Kreisvorstände in den Blocksitzungen mit diesem Material für eine bessere Blockpolitik sorgen können.“<sup>253</sup> Auch an überparteilichen Diffamierungskampagnen gegen bürgerliche Politiker wie beispielsweise den sächsischen CDU-Vorsitzenden Hickmann beteiligten sich Mitglieder der DBD. Sie bezeichneten sie als getarnte oder offene Feinde des Volkes und beantragten auf den Sitzungen der Blockausschüsse, dass CDU oder LDPD ihre „belasteten“ Mitglieder zurückziehen.

<sup>250</sup> Vgl. Bauer, S. 551.

<sup>251</sup> Vgl. Reichelt, S. 95.

<sup>252</sup> Vgl. ebd., S. 58.

<sup>253</sup> Vgl. Wernet-Tietz, S. 150.

Die Abteilung befreundete Organe des Zentralkomitees der SED unterschied prinzipiell zwischen den verschiedenen Blockparteien. Anfang Juni 1953 hob sie die Position der DBD von der der anderen Parteien ab, weil sie von vornherein nicht mit „alten bürgerlichen Auffassungen belastet“ sei. Die DBD könne damit ihre Mitglieder an die fortschrittlichen Ideen der Arbeiter heranzuführen, womit sie einen wichtigen Beitrag zur Festigung des Bündnisses zwischen Arbeitern und Bauern leiste.<sup>254</sup>

Im Jahr 1950 verabschiedete der Parteitag der SED sein Programm zur Entwicklung der Partei neuen Typs. Für die Blockparteien bedeutete dies die Einengung ihres Handlungsspielraums wie auch die Kaltstellung der Funktionsträger, welche die Politik der SED nicht bedingungslos umsetzten. Unter diesem Vorzeichen ist auch die Ablösung Ernst Goldenbaums als Landwirtschaftsminister zu verstehen.<sup>255</sup>

Daraufhin übernahm Paul Scholz von Goldenbaum das Amt des Landwirtschaftsministers. Anschließend kam es zu Auseinandersetzungen in der Führung der DBD. Viele Führungsmitglieder empfanden die Ablösung Goldenbaums als Niederlage für die DBD. Goldenbaum aber litt zu dieser Zeit gerade als Kommunist darunter, von der SED nicht „akzeptiert“ zu werden.<sup>256</sup>

Noch im Bewusstsein dieser Demütigung fand vom 6. bis 8. Juli 1951 in Eisenach der zweite Parteitag der DBD, wo Walter Ulbricht stürmisch begrüßt, Goldenbaum als Parteichef wiedergewählt und Paul Scholz zu seinem Stellvertreter ernannt wurde, statt. Die DBD unter Goldenbaum stimmte trotzdem erst im September 1952 den Beschlüssen der 2. SED-Parteikonferenz zu. CDU, LDPD und NDPD hatten sich schon im Juli zur Unterstützung bereitgefunden. Seit Februar 1953 war die DBD mit einem Werbestopp belegt, was das Mitgliederwachstum einschränkte. Auf dem vierten Parteitag der DBD im September 1955 wurde ein zehnköpfiges Präsidium der Partei gegründet, welches der Funktion des Politbüros der SED gleichkam. Vierzehntägig trat dieses Gremium zusammen und war fortan zuständig für die Durchsetzung von Beschlüssen des Parteivorstandes zwischen dessen einzelnen Sitzungen.

<sup>254</sup> Vgl. Bauer, S. 244f.

<sup>255</sup> Vgl. Kühne, Konrad: Die Anfänge der DBD, in: Frölich, Parteien, S. 93.

<sup>256</sup> Vgl. Bauer, S. 231.

### 3.2. Die DBD und die LPG-Bildung

Anfang September 1952 erklärte Goldenbaum die Entwicklung Landwirtschaftlicher Produktionsgenossenschaften (LPG) zu einer Aufgabe der DBD. Viele DBD-Mitglieder verließen daraufhin die Partei und nicht wenige auch die DDR. Ein Jahr später wiederum kritisierte Goldenbaum, dass seine Partei in der gravierenden Sache der Bildung von LPGs von der SED nicht konsultiert wurde. Zwar begrüßte Goldenbaum weiterhin die Beschlüsse der 2. SED-Parteikonferenz, doch hielt er sich mit exekutiven Anweisungen zur Bildung von LPGs an seine Partei eher zurück.<sup>257</sup>

Vor dem 17. Juni 1953 hatte Walter Ulbricht auf einer Parteiaktivtagung des Ministeriums für Staatssicherheit vermerkt, dass der Klassenkampf auf dem Dorfe zunehme. Der Parteivorstand der DBD war am Vortag des 17. Juni 1953 anlässlich des fünften Gründungsjubiläums der Partei zu einer feierlichen Sitzung zusammengetroffen. Am 17. Juni fand eine Sekretariatssitzung statt, in welcher eine erste Stellungnahme zum Aufstand besprochen wurde. Daneben wurden die Unterstützung des neuen Kurses wie auch die Erfüllung der landwirtschaftlichen Aufgaben diskutiert. Selbstkritisch wurde vermerkt, dass sich die Parteiarbeit vor allem um die Umgestaltung auf dem Lande und weniger die Einzelbauern gekümmert habe. Die Mitglieder des Sekretariats sollten zukünftig verstärkt aufs Dorf gehen, um den Bauern den neuen Kurs zu erläutern. Nachmittags musste Hans Reichelt zu einer Beratung des zentralen Blocks, zu der Walter Ulbricht eingeladen hatte.<sup>258</sup>

Nach dem 17. Juni beschloss die SED, ihre Agrarpolitik zu überprüfen. In einer Entschließung vom 26. Juli 1953 kündigte sie verstärkte Hilfsmaßnahmen vor allem für kleine Mittelbauern an. Aber auch Großbauern konnten staatliche Hilfe erhalten. Spätestens ab 1953 begann die DBD, Bauern mit über 20 Hektar aus den Ortsvorständen der Partei zu verdrängen.<sup>259</sup>

Für die Parteiführung der DBD war die Bildung von LPGs auf freiwilliger Grundlage ein akzeptabler Weg. Vor allem soziale Differenzierungsprozesse wie auch der generelle Trend zu landwirtschaftlichen Großbetrieben

<sup>257</sup> Vgl. ebd., S. 342.

<sup>258</sup> Vgl. Reichelt, S. 145.

<sup>259</sup> Vgl. Nehrig, S. 2387. Bauer hingegen führt aus, dass man die harte Linie gegen Großbauern ab Ende Mai 1953 zurückfuhr. Vgl. Bauer, S. 381.

bestärkten ihre Ansicht. Viele Mitglieder der DBD, vor allem Neubauern, traten in den Anfangsjahren freiwillig in die LPG ein. Auf den Parteitag der Jahre 1953 und 1955 spielte die Entwicklung in den LPGs und Genossenschaften kaum eine Rolle, während der Parteitag von 1957 den Beginn eines neuen Abschnitts markiert. Im neuen Parteiprogramm wurde vermerkt, bei der Werbung für die neuen LPGs Druck auf die Mitglieder ausüben zu wollen. Viele Mitglieder verließen daraufhin die DBD. Der Parteivorstand beschloss im September 1959, alle DBD-Mitglieder von der Notwendigkeit des LPG-Beitritts zu überzeugen. Zu diesem Zeitpunkt war die Hälfte der Mitglieder der Partei noch außerhalb der LPGs.<sup>260</sup>

Auch wenn die DBD einen großen Beitrag zur Kollektivierung leistete, würdigte Walter Ulbricht ihren Anteil auf dem achten ZK-Plenum nur halbherzig. Neben einigen Tausend LDPD- und NDPD-Anhängern sowie 15.000 CDU-Mitgliedern waren über 17.000 der DBD-Mitglieder agitatorisch in den Brigaden der Nationalen Front auf dem Land unterwegs, um für die sozialistische Umgestaltung auf dem Land zu werben.<sup>261</sup> Noch während der Hochphase der Kollektivierung im März 1960 war die Opposition von Einzelbauern über Parteigrenzen hinweg spürbar. Die Volkspolizei stellte fest, dass in den Orten, wo viele Mitglieder von LDPD, DBD und CDU unter den Einzelbauern waren, diese vor allem durch verstärkten Einsatz anderer Mitglieder dieser Parteien für die Kollektivierung gewonnen werden konnten.

In ihren Schriften bezeichnete sich die DBD regelmäßig als Kind der Bodenreform. Als Abkömmling der Kollektivierung verstand sie sich offensichtlich nur ungern.

Im Jahr 1960 hatte die SED beschlossen, Goldenbaum als Parteivorsitzenden im Amt zu halten. Fortan stellte man ihm aber das SED-Mitglied Heinz Ackermann als Aufsicht zur Seite. Dieser legte prinzipielle Beschlüsse und Reden für Goldenbaum zurecht, was die Führung der DBD widerspruchslos hinnahm. Der sechste Parteitag im Jahr 1960 sah die Bestätigung von Ernst Goldenbaum im Amt als Parteivorsitzender und die Festschreibung der führenden Rolle der SED. In seinem Referat nannte Goldenbaum als wichtigste Aufgabe des Parteitags, den Mitgliedern „eine klare Orientierung zu geben, wie unsere DBD unter Führung der SED

<sup>260</sup> Vgl. Nehrig, S. 2387f.

<sup>261</sup> Vgl. Bauer, S. 470.

gemeinsam mit allen Kräften der Nationalen Front mithilft, daß das vollgenossenschaftliche Dorf zum schönen, sozialistischen Dorf entwickelt wird.“<sup>262</sup>

Als die Landwirtschaft kollektiviert war, wurde die Mauer gebaut. Hans Rietz wurde als einziger aus der DBD-Führungsriege in der Nacht vom 12. auf den 13. August gemeinsam mit anderen Blockparteivertretern über den Mauerbau informiert. Er unterließ es aber, seine Kollegen innerhalb der Partei über diesen Schritt zu informieren und verließ aus privaten Gründen Berlin. Überdies war der Bezirkssekretär der Berliner DBD, Günther Gedike, aus einer Kampfgruppeneinheit, die beim Bau der Mauer eingesetzt wurde, entwichen.

Der siebente Parteitag Anfang Mai 1963 in Berlin besiegelte das Ende der eigenständigen Programmatik der DBD. Die Delegierten beschlossen, das kurz zuvor auf dem sechsten SED-Parteitag entworfene „Programm des Sozialismus“ ohne Änderungen zu übernehmen und verzichteten auf ein eigenes Programm. Goldenbaum begründete dies mit den Worten: „Das Programm des Sozialismus [...] ist der Kompaß für die Arbeit aller Werktätigen. Es ist das Programm des ganzen Volkes, weil es den Lebensinteressen des Volkes entspricht. Es ist darum auch unser Programm.“<sup>263</sup>

Im Jahr 1966 war die SED noch immer geneigt, Goldenbaum trotz seines hohen Alters, aber wegen seiner Popularität und seiner antifaschistischen Vergangenheit auf seinem Posten zu lassen. Durch den Wechsel an der SED-Spitze von Walter Ulbricht zu Erich Honecker wurde zwar die Blockpolitik nicht geändert, jedoch die Selbstauffassung, dass die DDR eine Klassengesellschaft und keine Menschengemeinschaft sei, wieder neu belebt. Dadurch drängte die DBD die CDU protokollarisch in die zweite Reihe, galten die nun kollektivierten Bauern doch als Hauptverbündete der Arbeiterklasse. Im Jahr 1982 wurde Goldenbaum nach 34 Jahren im Amt des DBD-Vorsitzenden abgelöst.

<sup>262</sup> Vgl. Reichelt, S. 190.

<sup>263</sup> Bauer, S. 527.

### 3.3. Ernst Mecklenburg

Ihm folgte Ernst Mecklenburg. Der war ein der SED besonders treu ergebener DBD-Funktionär. So brachte er es im Jahr 1962 fertig, den bis dahin von der DBD gehaltenen Posten des stellvertretenden Vorsitzenden des Rates des Bezirkes für Landwirtschaft in Rostock, ohne den Parteivorstand zu konsultieren, an die SED abzutreten. Im Jahr 1974 wurde er zum stellvertretenden Vorsitzenden der DBD gewählt.

Aufgrund einer Herzkrankheit kandidierte er auf dem Parteitag im April 1987 nicht mehr für das Amt des Vorsitzenden, wurde aber ins Präsidium gewählt. Sein Nachfolger wurde Günther Maleuda.

### 3.4. Günther Maleuda

Günther Maleuda wurde im Jahr 1931 geboren. Ab 1949 arbeitete er nach dem Besuch von zwei Landwirtschaftsschulen in einem Volkseigenen Gut und trat 1950 in die DBD ein. Nach dem Besuch der Fachschule für Landwirtschaft in Weimar studierte er in Potsdam an der Akademie für Staats- und Rechtswissenschaft bis zum Grad des Diplom-Wirtschaftswissenschaftlers. Anschließend begann seine Karriere als hauptamtlicher Mitarbeiter der Partei. Zunächst war er Abteilungsleiter beim Bezirksvorstand Potsdam und leitete anschließend mehrere Ämter. Abgeordneter des Bezirkstages Potsdam wurde er im Jahr 1962 und ab 1981 gehörte er der Volkskammer an. Einen Monat vor dem 14. Parteitag der DBD folgte er Ernst Mecklenburg im Amt des Parteivorsitzenden. Mit der Übernahme dieses Amtes wurde er auch Stellvertreter des Vorsitzenden des Staatsrats.

Lapp beschreibt Maleuda wohlwollend als Glücksfall, der versuchte, der DBD ein eigenes Profil „zurückzugeben“ und der sich außerdem in der Zeit der friedlichen Revolution als Übergangspräsident der Volkskammer Achtung und Anerkennung erwarb. Lapp meint weiter, dass die DBD seit dem 1987er Parteitag versuchte, Fachwissen in die politischen Entscheidungsprozesse einzuspeisen. Dies nicht nur in der Landwirtschaft, sondern auch in der Umweltpolitik, was über Ansätze hinaus jedoch nicht gelang.<sup>264</sup> Andere Autoren sehen Maleuda kritischer.

<sup>264</sup> Vgl. Lapp, Ausverkauf, S. 63.

Die DBD war in der friedlichen Revolution kaum präsent. Bereits zuvor hatte sie sich, wie die anderen Parteien auch, gegen oppositionelle Aktivitäten im kirchlichen Raum gewandt. Das Mitglied des Präsidiums des Parteivorstands Erwin Binder referierte im Frühjahr 1988 vor Parteimitgliedern: „Auch immer mehr Christen, darunter viele Parteimitglieder, gehen ganz bewußt diesen Weg. Sie wirken im Interesse einer weiterhin erfolgreichen Entwicklung unserer Republik, für die Verbesserung des Verhältnisses von Kirche und Staat und wenden sich gegen den Mißbrauch der Kirche für staatsfeindliche Zwecke.“<sup>265</sup>

In einem Interview am 24. Oktober 1989 unterstützte Maleuda die von Krenz vorgegebene Wende, die jedoch auf sozialistischen Grundpfeilern und unter Führung der SED erfolgen sollte.<sup>266</sup> Das MfS notierte aber bereits am 7. November: „Der Parteivorstand will sich in Volkskammer und Ministerrat stärker etablieren; im Gespräch sind der Ständige Ausschuß der Volkskammer für Umweltschutz und der Landwirtschaftsminister.“<sup>267</sup> Zuschriften an das DBD-Organ „Bauernecho“ fasste das MfS in dieser Zeit mit den Worten zusammen: „Die Mehrheit der Genossenschaftsbauern spricht sich gegen die Vertretung ihrer Interessen durch Kunst- und Kulturschaffende aus bzw. mißt deren Auftritt keine besondere Bedeutung bei. (Aus der Sicht ihrer Haltung als Hauptproduzent von Nahrungsmitteln fordern sie, Künstlern die Möglichkeit der Arbeit in der Produktion zu schaffen.)“<sup>268</sup>

Nachdem mit wochenlanger Verspätung und auf Drängen unterschiedlichster Kräfte am 13. November die Volkskammer zusammengetreten war, wurde für den zurückgetretenen Präsidenten Horst Sindermann ein Nachfolger gewählt. In der Blocksitzung zwei Tage zuvor hatte die neu gewählte FDGB-Vorsitzende erklärt, dass die Bauern die engsten Verbündeten der Arbeiter seien und trotzdem noch nie ein repräsentatives Staatsamt erhalten hätten. Deshalb würde ihre Fraktion einen Kandidaten der DBD zum Nachfolger von Sindermann wählen. Daraufhin schlug die

<sup>265</sup> Binder, Erwin: Engagiert für die Politik zum Wohle des Volkes, in: *Der Pflüger*, 5/1988, S. 6.

<sup>266</sup> Vgl. Lapp, *Ausverkauf*, S. 65.

<sup>267</sup> Information zu Reaktionen auf die aktuelle Lage in der Demokratischen Bauernpartei Deutschlands (DBD), 7.11.1989, in: BStU, MfS, HA XX, Nr. 20472, Bl. 33.

<sup>268</sup> Ebd., Bl. 34.

Bauernpartei Maleuda vor, während die SED keinen Kandidaten aufstellte. Als auch die SED-Führung ihm und nicht seinem Gegenkandidaten Manfred Gerlach ihre Unterstützung zusagte, gewann er in der Stichwahl.<sup>269</sup>

Einen Tag nach der Volkskammersitzung tagte der Parteivorstand und beschloss die Unabhängigkeit der DBD von der SED. Trotz aller Mitverantwortung der DBD an der Politik der SED trug der Parteivorstand der DBD in seiner Selbstauffassung keine Mitschuld am Niedergang der DDR. Am 18. November informierte Maleuda die Parteiführung über den aktuellen Stand der Koalitionsverhandlungen. Hier war vereinbart worden, weiterhin am Sozialismus festzuhalten, Regierung und SED aber zu entflechten. Die DBD wollte für die Regierung Modrow Hans Watzek für Land-, Forst- und Nahrungsgüterwirtschaft und Hans Reichelt für Umweltschutz und Wasserwirtschaft vorschlagen.

Das Funktionsorgan „Der Pflüger“ kämpfte bis zur Einstellung des Blattes Ende 1989 für den Sozialismus. In seiner letzten, der November/Dezember-Ausgabe 1989 schrieb der politische Mitarbeiter beim Parteivorstand, Ulf Leisner: „Das Pariser Treffen hat aber auch gezeigt, daß seitens der BRD und anderer NATO-Staaten unter Mißbrauch solcher Begriffe wie Humanität und Menschenrechte versucht wird, die Souveränität der DDR durch Hetze und Verleumdung in Frage zu stellen. Gerade jüngste massive, auf die Destabilisierung unseres gesellschaftlichen Systems gerichtete Kampagnen und Einmischung in die inneren Angelegenheiten unseres sozialistischen Staates vergiften die Atmosphäre, sind auf Konfrontation, nicht aber auf eine friedliche, gleichberechtigte und gegenseitig vorteilhafte Kooperation und Zusammenarbeit zwischen den Staaten orientiert. [...] Ihre so oft und immer wieder lauthals proklamierte Freiheit hat keinen allzu großen praktischen Wert, wenn sie nicht mit für alle Bürger garantierten sozialen Rechten verbunden ist. Ihr gegen uns, gegen den Sozialismus gerichteter ideologischer und psychologischer Krieg verfolgt keinen anderen Zweck, als auf diese Weise zu erreichen, was ihnen auf militärischem Wege bislang verwehrt geblieben ist.“<sup>270</sup>

<sup>269</sup> Vgl. Reichelt, S. 267.

<sup>270</sup> Leisner, Ulf: Unsere Politik muß der Durchsetzung grundlegender Menschenrechte entsprechen, in: Der Pflüger, 11/12 1989, S. 19f.

Ab dem siebten Dezember arbeitete Maleuda für die DBD am Zentralen Runden Tisch. Ende des Jahres 1989 lud er je zwei Vertreter der am Runden Tisch vertretenen Organisationen, welche keine Mandate hatten, ein, an den Volkskammersitzungen teilzunehmen.<sup>271</sup> Auch Anfang des Jahres 1990 bekannte sich Maleuda weiterhin zur Regierung Modrow und verließ sie nicht.

Auf dem Parteitag vom 27. und 28. Januar 1990 in Berlin bekannte sich Maleuda zur Mitverantwortung der DBD für die Fehlentwicklungen in der DDR, während er der SED die Hauptschuld an der Krise der DDR zusprach. Daneben hatten sich Gegenkandidaten für das Amt des Parteivorsitzenden gefunden. Maleuda erhielt in geheimer Wahl 64 Prozent der abgegebenen Stimmen. Sein erster Stellvertreter wurde Ulrich Junghanns.

Fünf Tage vor der Volkskammerwahl am 18. März 1990 verstarb Ernst Goldenbaum. Gemeinsam mit der einzigen Abgeordneten des Demokratischen Frauenbundes bildeten die neun Volkskammer-Abgeordneten der DBD nach der Wahl eine Fraktion, welche in Opposition zur Regierung de Maizière stand. Lapp vermutet, wenn es Angebote der CDU gegeben hätte, sich an der Regierung zu beteiligen, Maleuda sich dem nicht entzogen hätte. Nach dem schlechten Abschneiden bei der Wahl hatte er seinen Rücktritt angeboten, den die Parteiführung aber ablehnte.<sup>272</sup>

Am 17. April hatte das DBD-Präsidium beschlossen, mit allen möglichen Partnern Gespräche zu führen. Daraufhin sprach Maleuda im April 1990 mit dem Vorsitzenden der LDP, Rainer Ortleb. Trotz Protesten gegen die CDU-Agrarpolitik der Regierung traf sich Maleuda auch mit dem CDU-Vize Horst Korbella. Im Mai sprach Maleuda auch mit Wolfgang Thierse von der SPD, welche ebenfalls Interesse an einer Zusammenarbeit mit der DBD hatte.<sup>273</sup>

Am 25. Juni beschloss der Parteivorstand mit acht zu drei Stimmen den Beitritt der Bauernpartei zur CDU. Ein vorbereiteter Vorschlag zur Einberufung eines Parteitages zum Beschluss dieser Parteifusion wurde hinge-

<sup>271</sup> Vgl. Reichelt, S. 271.

<sup>272</sup> Vgl. Lapp, Ausverkauf, S. 119.

<sup>273</sup> Vgl. ebd., S. 120. Die DBD-Volkskammerabgeordneten Werner Marasch, Per-Rene Seeger und Hans Watzke wechselten in dieser Zeit von der DBD zur SPD-Fraktion.

gen nicht behandelt. Maleuda lehnte dieses Vorgehen ab und trat als Parteichef zurück. Ihm folgte der Fusions-Befürworter Ulrich Junghanns.

### 3.5. Ulrich Junghanns

Sogenannte Reformer um den DBD-Funktionär Ulrich Junghanns hatten sich auf dem Sonderparteitag Ende Januar mit der Einforderung neuer Denkrichtungen zu Wort gemeldet.

Am 2. März hatte sich Junghanns auch für die deutsche Einheit ausgesprochen. Er war aber gegen ein überstürztes „Ineinanderfallen“ der deutschen Staaten und lehnte den Zusammenschluss nach Art. 23 des Grundgesetzes ab. Er befürchtete zu diesem Zeitpunkt den Totalzusammenbruch der Landwirtschaft und sah Voraussetzungen für den Zusammenschluss beider deutscher Staaten auf der Grundlage der vom Sonderparteitag geforderten Erhaltung der Existenzgrundlagen von LPGs sowie der Unantastbarkeit der Bodenreform.<sup>274</sup>

Am 3. September 1990 erklärte Ulrich Junghanns, dass seit dem 1. September die DBD eine Partei sei, die mit der CDU vereint wäre, folglich nicht mehr existiere. Zwei Tage später, am 5. September 1990, fand in Borkheide die letzte Delegiertenversammlung der DBD statt. Ihr oblag es, die Vollendung des Zusammenschlusses mit der CDU festzustellen.<sup>275</sup> Ab Anfang Oktober gehörten die wenigen Tausend ehemaligen DBD-Mitglieder, welche die Partei nicht verlassen hatten, zur gesamtdeutschen CDU.

<sup>274</sup> Vgl. Reichelt, S. 282.

<sup>275</sup> Vgl. ebd., S. 307.

## 4. NDPD

### 4.1. Lothar Bolz

Im Jahr 1948 waren sowohl die Sowjetunion wie auch die Westalliierten bemüht, in ihren Besatzungszonen tragfähige staatliche Strukturen einzurichten. Der westlichen Währungsreform und der Einrichtung der Trizone stellte die SED im Auftrag der SMAD die Aufstellung Kasernierter Volkspolizeieinheiten oder die Wirtschaftsplanung im Zwei-Jahres-Rhythmus entgegen. Diese Etablierung staatlicher Strukturen stellte, so zumindest Roderich Kulbach und Helmut Weber, die Frage nach einer patriotischen Propaganda wie auch der politischen Heimat ehemaliger Wehrmachtsoffiziere und NSDAP-Mitglieder.<sup>276</sup>

Schon Ende des Jahres 1947 hatte die SMAD die Durchsetzbarkeit neuer Parteien geprüft. Eine Besprechung von Offizieren der politischen Abteilungen der Militärverwaltungen der Länder beschloss die Bildung einer nationaldemokratischen Partei sowie einer Bauernpartei. Die Sowjetische Militäradministration erließ am 26. Februar 1948 den Befehl Nummer 35, der das Ende der Entnazifizierung in der sowjetischen Besatzungszone deklarierte. Die Nationalsozialisten, die durch „ehrliche Arbeit“ ihre Taten gesühnt hatten, sollten zukünftig am wirtschaftlichen und demokratischen Aufbau mitwirken. Die Anzahl der hiermit Gemeinten wurde in der sowjetischen Besatzungszone auf rund zwei Millionen geschätzt.

Bereits am 22. März 1948 erschien die erste Ausgabe der von der SMAD nicht nur lizenzierten, sondern auch finanzierten „Nationalzeitung“ mit dem Untertitel „Das Volksblatt für deutsche Politik“.<sup>277</sup> Einen Tag später druckte die Zeitung einen an sie gerichteten offenen Brief mit der folgenden Passage ab: „Am Mittwoch (22.4.1948 – C.W.) fand eine Versammlung von Lesern der ‚National-Zeitung‘ (in Halle – C.W.) statt. [...] Zum Schluß wurde ein Brief an die ‚National-Zeitung‘ ausgearbeitet, der die volle Billigung der Versammelten fand. Sodann wurde ein aus acht Personen bestehender Gründungsausschuß gewählt, der beauftragt wurde, die vorbereitenden organisatorischen Arbeiten zur Gründung einer Nationaldemokratischen Partei zu übernehmen. Der Gründungsausschuß beschloß,

<sup>276</sup> Vgl. Kulbach; Weber, S. 65.

<sup>277</sup> Vgl. Staritz, Dietrich: Die National-Demokratische Partei Deutschlands 1948-1953. Ein Beitrag zur Untersuchung des Parteiensystems der DDR, Berlin 1968, S. 42.

bei der zuständigen SMA anzufragen, ob sie bereit ist, seine Tätigkeit zuzulassen. [...] Wir sind uns bewußt, daß die jetzige schwere Lage unseres Volkes, das Ergebnis der Hitlerpolitik, nur überwunden werden kann durch die Zusammenfassung aller aufbauwilligen und nationalgesinnten Kräfte in ganz Deutschland. Daher ist die Schaffung der Einheit Deutschlands die vordringlichste Forderung, der sich eine neue Partei sofort vorbehaltlos anschließen muß und an deren Verwirklichung sie entschlossen sein muß, praktisch mitzuarbeiten. [...] Wir unterbreiten Ihnen den Vorschlag, im Sinne dieser Grundsätze eine Partei zu schaffen, die im friedlichen Sinne national und zugleich demokratisch ist. Eine solche Partei könnte den Namen ‚Nationaldemokratische Partei‘ führen ...“<sup>278</sup>

Der Name der neu zu gründenden Partei und ihr programmatischer Rahmen waren somit auf die von der DBD bekannte Weise durch einen bestellten Brief festgelegt. Vier Tage, nachdem in Wismar die Gründung der Bauernpartei gefordert wurde, traf sich in Ost-Berlin der Gründungsausschuss der Nationaldemokratischen Partei. Ihm gehörten neben dem späteren Parteichef Lothar Bolz diverse Generale und Offiziere der ehemaligen deutschen Wehrmacht sowie ehemalige Nationalsozialisten an. In den folgenden Wochen bildeten sich in den verschiedenen Ländern nach halleischem Vorbild Landesgründungsausschüsse. Vertreter dieser Gründungsausschüsse trafen sich am 25. Mai 1948 in Potsdam. Der dort verabschiedete Gründungsaufwurf wandte sich überwiegend an diejenigen Deutschen, die in den zuvor gegründeten Parteien keine Heimat fanden. Außerdem signalisierte der Aufruf weitgehende Kongruenz mit dem Block antifaschistisch-demokratischer Parteien.

Der Autor eines Deutschlandfunk-Beitrages aus dem Jahr 1967 stellt außerdem fest, dass sich die Sowjets mit der Nationaldemokratischen Partei eine Plattform schaffen wollten, von der aus „sie besser zu den rechtsradikalen Kräften in der Bundesrepublik sprechen konnten“<sup>279</sup>. Ende April 1948 protestierte wohl auch deshalb ein hoher britischer Besatzungsoffizier in Berlin gegen die Gründung eines „Ablegers der NSDAP“.<sup>280</sup>

<sup>278</sup> Offener Brief, auszugsweise abgedruckt bei Staritz, S. 46.

<sup>279</sup> Die NDPD – die Nationaldemokratische Partei Mitteldeutschlands, in: Deutschlandfunk, S. 18f.

<sup>280</sup> Vgl. Staritz, S. 64.

Drei Gruppen lassen sich innerhalb der NDPD-Gründergeneration voneinander unterscheiden. Dies waren ehemalige Mitglieder des Nationalkomitees Freies Deutschland (NKFD), Kommunisten sowie regional prominente Nicht-Kommunisten. Auffällig ist ein hoher Anteil ehemaliger Kriegsgefangener und eine anfangs geringe Zahl ehemaliger NSDAP-Mitglieder in der NDPD.<sup>281</sup> In der zweiten Jahreshälfte 1948 kehrten viele noch in der Sowjetunion verbliebene ehemalige Wehrmachtsoffiziere in die SBZ zurück, wodurch die NDPD wesentlich verstärkt wurde.<sup>282</sup>

Lothar Bolz wurde im Jahr 1903 in Schlesien geboren. In den 1920er Jahren studierte er Rechtswissenschaften, promovierte und arbeitete als Rechtsanwalt am Oberlandesgericht Breslau. Im Jahr 1933 wurde er nach der Machtergreifung der Nazis aus der schlesischen Anwaltskammer ausgeschlossen, immigrierte zuerst nach Danzig und anschließend in die Sowjetunion. Dort war er unter anderem als Assistent am Marx-Engels-Lenin-Institut in Moskau tätig. Im Jahr 1943 war er Mitbegründer des Nationalkomitees Freies Deutschland und kehrte im Jahr 1946 in die SBZ zurück. Bis 1948 arbeitete er als Jurist in Sachsen-Anhalt, bevor er zum Mitbegründer der NDPD wurde. Für den Leiter der Informationsabteilung der SMAD, Sergej Tjulpanow, schien Bolz der ideale Kandidat für den Parteivorsitz einer neuen „schwarz-weiß-roten“ Partei zu sein.<sup>283</sup>

Am 16. Juni 1948 genehmigte Marschall Wassili Sokolowski, Chef der sowjetischen Militärverwaltung und Oberbefehlshaber der sowjetischen Besatzungstruppen in Deutschland, die Zulassung der Partei in der gesamten sowjetischen Zone. Somit war die Gründung der NDPD ein von der SMAD und der SED gewünschter Akt. Den Fahrplan dazu hatte, so Jürgen Frölich, die SED entworfen. Im Ergebnis bildete sich eine autoritär geführte Kaderpartei, die als Vorbild für die übrigen bürgerlichen Parteien gelten konnte.

Als Gründungsdatum galt das erste Treffen der Landesgründungsausschüsse am 25. Mai 1948. In der zeitgenössischen Publizistik hinterließ es aber kaum Spuren, während der 12. Juli 1943, der Gründungstag des Nationalkomitees Freies Deutschland, als eigentlicher Gründungstag betrach-

<sup>281</sup> Vgl. ebd., S. 52.

<sup>282</sup> Vgl. ebd., S. 57.

<sup>283</sup> Vgl. Deutschlandfunk, NDPD, S. 8.

tet wurde.<sup>284</sup> Im NKFD hatten sich im Jahr 1943 in der Sowjetunion deutsche kommunistische Emigranten mit dort kriegsgefangenen deutschen Soldaten und Offizieren zusammengeschlossen. Die Gründung des Nationalkomitees Freies Deutschland war Ausdruck der Politik der Nationalen Front der KPD. Problematisch war, dass kommunistische Ideologie bei ehemaligen Frontsoldaten nicht unmittelbar verding. Dietrich Staritz schreibt dazu: „Sicherlich aber hat das politisch und psychologisch geschickte Taktieren des NKFD, das Anknüpfen an Tauroggen, die Farben Schwarz-Weiß-Rot und das Manifest des Komitees, den Übergang zu neuen Einsichten oder doch Haltungen erleichtert.“<sup>285</sup> Das Nationalkomitee war am 2. November 1945 in einem Kriegsgefangenenlager wieder aufgelöst worden. Vermutlich waren die Sowjetmachthaber und die deutschen Kommunisten der Ansicht, dass sie in ihrer Zone beziehungsweise ganz Deutschland die Macht auch ohne nationale Parolen erobern könnten.<sup>286</sup> Weil aber im Unterschied zu anderen Ländern die KPD nicht auf eine umfassende antifaschistische Widerstandsorganisation verweisen konnte, blieb das NKFD führendes Organ der deutschen Anti-Hitler-Koalition.<sup>287</sup> Dem NKFD entstammten nicht nur die ersten beiden Vorsitzenden der NDPD, Lothar Bolz und Heinrich Homann, sondern auch weitere ihrer höheren Funktionäre. Noch Mitte der 1980er Jahre hatte ein Viertel der Mitglieder des geschäftsführenden Vorstands der NDPD eine NKFD-Vergangenheit.<sup>288</sup>

Auf der 1. Parteikonferenz der NDPD in Potsdam am 2. und 3. September 1948 wurde eine zentrale politische Leitung gewählt. Die Anwesenden wussten es sicher zu würdigen, dass die erste Tagung der NDPD am 78. Jahrestag der Schlacht von Sedan in der heimlichen Hauptstadt Preußens stattfand.<sup>289</sup> Als Kernfragen nationaler Politik bezeichnete Bolz hier die gleichberechtigte Eingliederung der Entnazifizierten und des Mittel-

<sup>284</sup> Vgl. Frölich, Jürgen: Transmissionsriemen, Interessenvertretung des Handwerks oder Nischenpartei? Zu Rolle, Bedeutung und Wirkungsmöglichkeiten der NDPD, in: Deutscher Bundestag (Hrsg.): Materialien der Enquete-Kommission, Bd. II/4, S. 1545.

<sup>285</sup> Staritz, S. 58.

<sup>286</sup> Vgl. Deutschlandfunk, NDPD, S. 8.

<sup>287</sup> Vgl. Kulbach; Weber, S. 12.

<sup>288</sup> Vgl. Frölich, Transmissionsriemen, S. 1564.

<sup>289</sup> Vgl. Kulbach; Weber, S. 10.

standes in die Gesellschaft. Er sagte weiter: „Wir sind konsequente Demokraten, weil wir konsequent national sind, weil wir eine Nation ohne Brüche und ohne Risse, ein einiges Land in der Hand eines einigen Volkes erstreben.“<sup>290</sup>

Der Chefredakteur des „Neuen Deutschland“, Max Nierich, wandte sich in einem Leitartikel gegen den von Bolz in seiner Rede erhobenen Anspruch, Menschen aller Weltanschauungen und Schichten erreichen zu wollen. Er schrieb: „So haben es ähnlich auch die Faschisten gesagt; sie sprachen von ‚Volksgemeinschaft‘, trieben aber in Wahrheit mit ihrem Klassenkampf von oben das Volk auseinander und führten die Nation in die Katastrophe.“ Für ihn war die NDPD eine „rein bürgerliche Partei [...], die privatkapitalistische Interessen vertritt und die sich kaum unterscheiden wird von modernen Mittelstandsparteien.“ Nierich lobte die NDPD aber dahingehend, dass „sie sich bemüht, in indifferenten Kreisen Verständnis für die politischen Grundfragen der Gegenwart zu wecken und erzieherische Aufgaben zu übernehmen.“<sup>291</sup>

Schon in seiner Rede in Potsdam hatte sich Bolz gegen die LDPD und den Liberalismus gewandt. Die LDPD hingegen verfolgte die Gründung der NDPD aufmerksam. In ihrer Parteipresse informierte sie über gescheiterte Gründungsversammlungen oder benannte ehemalige SED-Mitglieder, welche sich an der Partei-Konstituierung beteiligten. LDPD-Ortsverbände waren da und dort auch bemüht, Gründungsversammlungen der NDPD zu sprengen. Noch im Jahr 1949 nannte LDPD-Chef Hermann Kastner die NDPD einen Sammelpunkt für Parteigenossen und Militaristen.<sup>292</sup> Bolz revanchierte sich, indem er im Block Otto Grotewohl sekundierte, wenn der gegen die LDPD vorging.

Auf dem ersten Parteitag im Juni 1949 in Halle wurde ein geschäftsführender Vorstand gewählt, der zu mindest zwei Dritteln NKFD-Schulungen hinter sich hatte. Auf diesem Parteitag äußerte Bolz außerdem Verständnis für die Heimatliebe der Vertriebenen, verdeutlichte aber auch, dass Grenz-Revisionen unweigerlich zu einem neuen Krieg führen würden. Teile der jungen Parteimitgliedschaft akzeptierten diese Ausführungen nicht und forderten stattdessen eine Revision der Parteipolitik in Bezug auf die

<sup>290</sup> Frölich, Transmissionsriemen, S. 1549.

<sup>291</sup> Nierich, ND, 17.9.1948, auszugsweise abgedruckt in Staritz, S. 65.

<sup>292</sup> Vgl. Staritz, S. 66.

Oder-Neiße-Grenze.<sup>293</sup> Die NDPD warb parallel mit kostenlosen Rechtsberatungen für Heimkehrer wie auch einer Versammlungswelle um neue Mitglieder. Verstärkt nahm sie sich auch der Angehörigen von Kriegsgefangenen an.<sup>294</sup>

Am 28. März 1949 wurde in Buckow bei Berlin die NDPD-Parteischule „Schule für Nationale Politik“ eröffnet. Auch in ihren Materialien finden sich prägende Formeln bezüglich des Selbstverständnisses der Partei in den ersten beiden Jahrzehnten ihrer Existenz. Erstens ist fortwährend von „ehemaligen Mitgliedern der NSDAP, Offizieren und Berufssoldaten“ die Rede. Zweitens von der „großen Gemeinschaft nationalen Handelns, die sich von den alten Antifaschisten bis zu den ehemaligen Mitgliedern der NSDAP“ erstreckt.

Lothar Bolz wurde in der ersten DDR-Regierung Minister für Aufbau und ein Jahr später stellvertretender Ministerpräsident. Im Juni 1952 brachte Bolz im Namen der Regierung das Gesetz über die faktische Wiederherstellung der staatsbürgerlichen Rechte der ehemaligen Offiziere der faschistischen Wehrmacht und der ehemaligen Mitglieder und Anhänger der Nazipartei in den Gesetzgebungsprozess ein. Schon Jahre zuvor hatte sich die NDPD für ehemalige NSDAP-Mitglieder verwendet. Der Schriftsteller Franz Fühmann, der NDPD-Mitglied war, führte in seiner Rede auf dem Parteitag der NDPD im Juli 1952 aus, dass sich die NDPD auch um Parteifreund Johannes Oehm aus Annaberg kümmerte, „der seit 1933 der NSDAP angehörte und deshalb 1945 seinen Beruf als Lehrer nicht mehr ausüben konnte. Parteifreund Oehm hat zunächst als landwirtschaftlicher Hilfsarbeiter gearbeitet; er hat ehrlich mit seiner Vergangenheit abgerechnet. Am 11. August 1949 wurde er Mitglied unserer Partei. Unsere Partei hat Parteifreund Oehm politisch weitergeholfen und erzogen. Mit Hilfe unserer Partei wurde Parteifreund Oehm als Lehrer wieder eingegliedert.“<sup>295</sup>

<sup>293</sup> Vgl. Wille, Manfred: Die Vertriebenen in der SBZ/DDR. Dokumente. Parteien, Organisationen, Institutionen und die „Umsiedler“ 1945-1953, Wiesbaden 2003, S. 343.

<sup>294</sup> Vgl. Staritz, S. 82.

<sup>295</sup> Fühmann, Franz: Die Wiedergeburt unserer Nationalen Kultur, in: Die Nation, Zeitschrift der Schule für nationale Politik, Sonderheft 1952, S. 163f.

Auf dem Parteitag stellte Lothar Bolz fest, dass Adenauer mit Amerika einen Vertrag unterschrieben hätte, der selbst den Vertrag von Versailles weit hinter sich lässt und der Westdeutschland tatsächlich auf allen Gebieten (wirtschaftlich, politisch und militärisch) auf den Stand eines amerikanischen Protektorats herabdrückt oder es noch niederträchtiger behandelt.<sup>296</sup> Die Ergebnisse der 2. Parteikonferenz der SED im Sommer 1952 hingegen begrüßte Bolz mit den Worten: „Und wenn man uns mittenachts fragt, wie wir stimmen, auch ohne daß wir wissen, worum es geht, so gibt es nur eine Antwort: Immer mit der SED!“<sup>297</sup> Im Jahr 1948 hatte Bolz noch festgestellt, dass, solange der Bestand der Nation gefährdet wäre, es müßig sei, sich über die Wirtschafts- und Sozialordnung Deutschlands zu streiten. Im Jahr 1952 hatten sich, so die NDPD, die Dinge aber geändert und deshalb könne die Entscheidung über die Gesellschaftsordnung der DDR nicht erst nach der Wiedervereinigung entschieden werden. Man müsse jetzt mit der SED den Sozialismus aufbauen.<sup>298</sup>

Nachdem Anfang 1953 der CDU-Politiker und Außenminister Dertinger verhaftet wurde, folgte ihm Lothar Bolz in diesem Amt für zwölf Jahre. Am 7. März 1953 veröffentlichte Lothar Bolz den Artikel „An der Bahre Stalins“, was möglicherweise als Folge des Hinweises der SED gewertet werden kann, die deutsch-sowjetische Freundschaft stärker zu propagieren.<sup>299</sup>

#### **4.2. 17. Juni 1953 und Mauerbau**

Am 6. und 7. Juli 1953 besprach der Hauptausschuss der NDPD die aktuelle Lage. Lothar Bolz versprach, dass man sich zukünftig des russischen Sprichworts erinnern würde, dass ein diensteifriger Dummkopf schlimmer als ein Feind sei. Außerdem wurde festgestellt, dass seit Monaten viele hohe NDPD-Funktionäre in den Westen geflohen wären.<sup>300</sup> Man wolle

<sup>296</sup> Vgl. Back, Erich: Der antinationale Charakter der Kriegsverträge von Paris und Bonn, in: Die Nation. 10/1952, S. 38.

<sup>297</sup> Deutschlandfunk, NDPD, S. 14.

<sup>298</sup> Vgl. Staritz, S. 72.

<sup>299</sup> Vgl. Frölich, NDPD, S. 1551.

<sup>300</sup> Vgl. Haas, Josef: Die National-Demokratische Partei Deutschlands (NDPD). Geschichte, Struktur und Funktion einer DDR-Blockpartei, Erlangen-Nürnberg 1987, S. 186.

aber trotzdem weiterhin zum Sozialismus stehen. Den 17. Juni erklärte Bolz ähnlich wie die anderen Blockparteien. Man war als Partei der ehemaligen NSDAP-Mitglieder aber besonders herausgefordert, weil sich am 17. Juni „zweifelloos alte Nationalsozialisten und ehemalige Angehörige der Hitlerwehrmacht wiederum zu Werkzeugen der unserem Volke feindlichen Politik amerikanischer und deutscher Kriegsverdiener machen“<sup>301</sup> ließen.

Am 24. März 1952 hätten sich, so die NDPD-Interpretation, in West-Berlin Vertreter von Rüstungskonzernen mit Vertretern der Bonner Regierung und faschistischer Untergrundorganisationen versammelt. Sie hätten Vorbereitungen für den ‚Tag X‘, an dem die Wiederangliederung der Ostzone stattfinden sollte, getroffen. Bolz weiter: „Diesen ‚Tag X‘ sahen nun die Adenauer und Ollenhauer, die Kaiser und Reuter durch den am 11. Juni von unserer Regierung verkündeten neuen Kurs in Frage gestellt. Die amerikanischen Handlanger, die die Verständigung der Deutschen untereinander mit allen Mitteln – auch den niederträchtigsten – zu hintertreiben suchen, sahen sich um die Früchte ihrer gutbezahlten Tätigkeit gebracht. Und so entschlossen sie sich zu sofortiger Antwort auf die Maßnahmen unserer Regierung vom 11. Juni. Ihre Antwort waren die Ereignisse des 17. Juni! Der 11. Juni diente Deutschland und dem Frieden. Der 17. Juni war nicht mehr und nicht weniger als der offene Angriff der Feinde Deutschlands auf unser Volk und den Frieden!“<sup>302</sup>

In seinem Referat auf der vierten Zentralen Mitarbeiterkonferenz der National-Demokratischen Partei Deutschlands am 3. und 4. Mai 1957 in Leipzig führte Bolz Jahre später aus: „Die Kriegsvorbereitung auf militärischem, wirtschaftlichem, politischem, moralischem Gebiet wird gerade jetzt gesteigert, da Adenauer seine Wahlen vorbereitet. Seine Presse läßt keinen Zweifel darüber, daß er für seinen Wahlkampf noch einen ‚Wahl-schlager‘ sucht – ähnlich dem Reichstagsbrand vom 27. Februar 1933 vor

<sup>301</sup> Rede Dr. Lothar Bolz vor der Volkskammer am 25. August 1953, in: Die Nation, 8/1953, S. 43.

<sup>302</sup> Referat des Vorsitzenden unserer Partei, Dr. Lothar Bolz, auf der 27. Tagung des Hauptausschusses am 6. und 7. Juli 1953, in: Die Nation, 7/1958, S. 28.

den Hitlerwahlen oder der Provokation vom 17. Juni 1953 vor den vorigen Bundestagswahlen.“<sup>303</sup>

Am 24. Juni 1953 teilte die Parteiführung Ministerpräsident Grotewohl ihre Unterstützung mit. Frölich schreibt, dass in der Parteiführung bis Anfang Juli 1953 etwa zwei Dutzend verhaftete Parteifreunde aus 26 Kreisverbänden bekannt waren.<sup>304</sup> Das Parteivorstandsmitglied Otto Rühle forderte nach dem 17. Juni finanzielle Verbesserungen für Ärzte und Angestellte. Im Rechenschaftsbericht hieß es später dazu: „In diesem Kampf müssen wir stets daran denken, daß der Gegner nur selten offen in Erscheinung tritt, daß er dagegen mit immer neuen Methoden versucht, unsere Arbeit zu stören; solch eine Methode ist das Stellen von provokatorischen Fragen; solch eine Methode ist das Aufwerfen von immer neuen und unberechtigten Forderungen, nicht selten unter dem Vorwand der Hilfe. [...] Gegen diese Wahrheit haben auch die in der ‚National-Zeitung‘ erschienenen Artikel vom 29. Juli und vom 1. August 1953 zu Fragen der Ärzte- und Angestelltenschaft verstoßen. Während die ‚National-Zeitung‘ in verschiedenen Leitartikeln gegen die Methode, maßlose Forderungen zu erheben, Stellung nahm, wurden in den beiden Artikeln vom 29. Juli und 1. August 1953 neben durchaus zutreffenden Darlegungen zur Zeit unerfüllbare Forderungen erhoben. Damit verstießen beide Artikel gegen die Politik der Partei.“<sup>305</sup> Rühle konnte seine Karriere trotzdem nach kurzer Unterbrechung fortsetzen.

Anders war es nach dem 17. Juni 1953 mit der Mittelstandspolitik. Am 25. Juni 1953 übergab die NDPD Ministerpräsident Otto Grotewohl Vorschläge zur Verbesserung der Lage der Bevölkerung und des Mittelstandes. Mit ihrem Drängen auf eine bessere Materialversorgung der Handwerkstreibenden wollte sie beispielsweise die von staatlichen Planbehörden vorgegebenen Produktionssteigerungen realisieren. „Denn in der mangelnden Versorgung der Bevölkerung mit Konsumgütern, und nicht im Sozialismus lagen nach NDPD-Ansicht Ursachen der Juniunruhen.“<sup>306</sup> Mit der „NZ am Mittag“ versuchte die NDPD nach dem 17. Juni 1953 außer-

<sup>303</sup> Vgl. Bolz, Lothar: Referat auf der Vierten Zentralen Mitarbeiterkonferenz der National-Demokratischen Partei Deutschlands am 3. und 4. Mai 1957 in Leipzig, in: Die Nation, 5/1957, S. 297.

<sup>304</sup> Vgl. Frölich, NDPD, S. 1570.

<sup>305</sup> Vgl. ebd., S. 168f.

<sup>306</sup> Haas, S. 89.

dem, ein neues Blatt zu etablieren. Nachdem diese Zeitung aber eine geplante HO-Preissenkung noch vor der eigentlich geplanten Verkündung durch Otto Grotewohl veröffentlichen wollte, wurde sie kurz nach ihrem Start eingestellt.<sup>307</sup>

Nach dem 17. Juni 1953 wurde die Arbeit im Block neu belebt. Außerdem war die SED bemüht, die „fortschrittlichen Kräfte“ in den Blockparteien zu fördern. Denn in den Augen der SED hatte sich Hermann Materns Differenzierung von innerparteilichen Strömungen in den Blockparteien, „die eine war auf den antifaschistisch-demokratischen Aufbau und die andere auf die Restauration des Kapitalismus gerichtet“<sup>308</sup>, am 17. Juni ein wenig bestätigt. Das Misstrauen ging so weit, dass die Schießausbildung in den Lehrgängen der NDPD-„Hochschule für Nationale Politik“ nach dem 17. Juni außer Haus durchgeführt wurde.<sup>309</sup> Lothar Bolz räumte im Oktober 1953 ein, dass vor allem in kleineren Orten Bindungen wie Bekanntschaft und Verwandtschaft sowie die Zugehörigkeit zu demselben Beruf die Abrechnung mit der innerparteilichen Opposition behindern würden.<sup>310</sup>

In seiner ersten größeren Rede nach dem Mauerbau führte Bolz aus, dass Walter Ulbricht viele Erfahrungen, Kenntnisse und Eigenschaften hätte, die dem Gegner ein Dorn im Auge seien. Dies war vor allem die Fähigkeit, dem Gegner dort entgegenzutreten, wo er am gefährlichsten sei und ihn genau dort zu schlagen. Dies sei eine Fähigkeit, die ihn in Bonn nicht empfiehlt, die Mehrheit der westdeutschen Bevölkerung würde dies aber einmal anders sehen. Seinen Glauben an den arbeitenden Menschen hätte Ulbricht am 17. Juni bewiesen, als er in die Betriebe ging und die Arbeiter bewaffnete. Bolz weiter: „Der Gegner hat das nicht begreifen können. Er hat sich getröstet, wie er sich immer tröstet. Er hat gesagt: Die Kampfgruppen sind ja nur Dekoration; sie werden zu nichts zu gebrauchen sein, wenn es hart auf hart geht. Aber der 13. August ist von der Kraft unserer bewaffneten Arbeiterschaft bewältigt worden. [...] Viele haben es auch nicht für möglich gehalten, daß es so schnell zu einem 13. August kom-

<sup>307</sup> Vgl. ebd., S. 212.

<sup>308</sup> Kulbach; Weber, S. 19.

<sup>309</sup> Vgl. Haas, S. 123.

<sup>310</sup> Vgl. ebd., S. 188.

men würde. Am 13. August – so sagt man – ist die Luft blauer geworden [...]“<sup>311</sup>

Der noch vorhandenen innerparteilichen Rest-Opposition, die nach dem 13. August 1961, wie ein Handwerksmeister im Ortsverband Berggießhübel, teilweise ihr Verständnis für die Politik von Adenauer äußerte, hielt Bolz entgegen, „daß es manchen Teilen unserer Mitgliedschaft [...] noch nicht klar ist, daß durch die Maßnahmen des 13. August die politische Lage nicht verschärft, sondern entschärft, der Friede nicht gefährdet, sondern gesichert wurde.“<sup>312</sup>

Nachdem Bolz im Jahr 1965 das Amt des Außenministers an den Ulbricht-Vertrauten Otto Winzer abgeben musste, arbeitete er als Minister ohne Geschäftsbereich in der Regierung unter Willi Stoph weiter. Mitglieder der Nationaldemokratischen Partei wurden parallel auch aus Kommandostellen der Nationalen Volksarmee gedrängt und durch SED-Genossen ersetzt.<sup>313</sup>

Ein im Jahr 1967 wahrscheinlich im ZK der SED verfasster Bericht beschrieb „Erscheinungen der Bewußtseinsentwicklung der Mitglieder der NDPD“ mit den Worten: „Nicht nur typische Vertreter des Mittelstandes, sondern auch Parteifreunde, Angestellte, die ideologische Hauptstütze der Partei, sind nicht frei von kleinbürgerlichen Überkommenheiten und Einflüssen.“<sup>314</sup> Dazu zählte der Verfasser Einstellungen zum Verhältnis zwischen den beiden deutschen Staaten wie auch Vorbehalte gegenüber der staatlichen Planung oder Zweifel an der Perspektive des Sozialismus. Weil Lothar Bolz wegen seines schlechten Gesundheitszustandes häufiger abwesend war, wählte die NDPD Heinrich Homann noch im selben Jahr zum geschäftsführenden Vorsitzenden der Partei. Bolz blieb bis zu seinem Tode im Dezember 1986 „Ehrevorsitzender“ und Mitglied des Präsidiums des Hauptausschusses der NDPD.

<sup>311</sup> Bolz, Lothar: Wir sind die Stärkeren!, in: Der nationale Demokrat, Nr. 20/1961, S. 698f.

<sup>312</sup> Vgl. Haas, S. 195.

<sup>313</sup> Vgl. Deutschlandfunk, NDPD, S. 18.

<sup>314</sup> Frölich, NDPD, S. 1562.

### 4.3. Heinrich Homann

Heinrich Homann wurde im März 1911 in Bremerhaven als Sohn eines Reedereidirektors geboren. Nach bestandem Abitur im Jahr 1929 studierte er Rechtswissenschaften, ohne das Studium zu beenden. Am 1. Mai 1933 trat er der NSDAP bei und im Jahr 1934 als Berufsoffiziersanwärter in die deutsche Wehrmacht ein. Im Jahr 1937 wurde er zum Leutnant ernannt und nahm am Zweiten Weltkrieg von Beginn an teil. Bei Stalingrad kam Homann im Jahr 1943 in sowjetische Kriegsgefangenschaft und gehörte hier im Sommer 1943 zu den Mitbegründern des Nationalkomitees Freies Deutschland. Anschließend besuchte er eine Antifa-Schule und begann, mit deutschen Exilkommunisten und dem sowjetischen Geheimdienst zusammenzuarbeiten. Nach der Entlassung aus der Kriegsgefangenschaft gehörte er zu den Mitbegründern der NDPD. In die Literatur ging außerdem das Gerücht ein, dass Homann nach der Rückkehr aus der sowjetischen Kriegsgefangenschaft im Jahr 1948 vorübergehend SED-Mitglied geworden sei.<sup>315</sup>

Homann war seit Gründung der NDPD hauptamtlicher Parteifunktionär, zuerst im Amt des Leiters der Abteilung Presse und Rundfunk. Im Jahr 1949 erhielt er das Amt des politischen Geschäftsführers und drei Jahre später wurde er stellvertretender Vorsitzender der NDPD.<sup>316</sup> Von Beginn ihrer Existenz an gehörte Homann zu den Delegierten der Volkskammer, die ihn 1952 zu einem ihrer Vizepräsidenten wählte. Auf dem 10. Parteitag der NDPD im Jahr 1972 wurde Homann zum ordentlichen Parteivorsitzenden gewählt.

### 4.4. 20. Juli 1944 und NKFD

Der im Zusammenhang mit der Schlacht um Stalingrad bekannte Generalfeldmarschall Friedrich Paulus war zwar kein nominelles NDPD-Mitglied, stand ihr aber so nahe, dass Homann im Jahr 1957 die Trauerrede für ihn hielt, die im Wortlaut in der Parteizeitung „Die Nation“ abgedruckt wurde.<sup>317</sup> Ebenso hielt Homann die Trauerrede auf den 1961 verstorbenen ehemaligen General Vincenz Müller. Es war eine ideologische Herausfor-

<sup>315</sup> Vgl. Haas, S. 29.

<sup>316</sup> Vgl. Lapp, Die Blockparteien, S. 46.

<sup>317</sup> Vgl. Haas, S. 170.

derung, Frontsoldaten des Zweiten Weltkrieges oder ehemalige NSDAP-Mitglieder mit der sowjetischen Vorherrschaft in der SBZ und damit einhergehenden Geschichtsauffassungen zu versöhnen. Harry Hegler schrieb im Jahr 1956 in der „Nation“ deshalb: „Tatsache aber ist, daß sowohl im Kampf gegen Napoleon als auch im Großen Vaterländischen Krieg der Sowjetunion gegen den Faschismus russische Menschen ihr Leben für die Befreiung auch unseres Vaterlandes einsetzten, daß ihr Vaterland deutschen Patrioten eine Heimstätte und die Möglichkeit bot, an der Befreiung Deutschlands selbst tatkräftig mitzuarbeiten. Deshalb wird von den heutigen Vaterlandsverrätern in Westdeutschland die Arbeit des ‚Deutschen Komitees‘ aus der Zeit der Befreiungskriege verschwiegen und der ehemalige Angehörige des Nationalkomitees aus dem zweiten Weltkrieg als Verräter beschimpft und terrorisiert.“<sup>318</sup> Zwei Jahre später schrieb Erhard Lonscher ebenfalls in der „Nation“ über Ergebnisse der Wissenschaftlichen Tagung der Kommission der Historiker der DDR und der UdSSR: „Aber weder die Verschwörer vom 20. Juli noch die faschistischen Offiziere, die auf seiten Hitlers standen, waren Patrioten, sondern einzig und allein die Mitglieder des Nationalkomitees Freies Deutschland, die wirklich patriotisch, das heißt im echten Interesse der deutschen Nation und des Vaterlandes handelten.“<sup>319</sup> Lonscher schrieb weiter über „Versuche der westdeutschen Geschichtsschreibung, Spionagedienste deutscher Militaristen zugunsten der USA und Englands als Widerstandskampf gegen Hitler auszugeben.“ Anschließend ging er auf den „Zwist ein, der nach 1945 in Westdeutschland um die Frage entstand, wer am 20. Juli 1944 im Recht war, diejenigen, die ihren Eid hielten, oder die, die ihn brachen. Da man bei der Wiedererrichtung des deutschen Militarismus beide Gruppen brauchte, versöhnte man sie.“<sup>320</sup>

Wilhelm Funder wiederum schrieb im Jahr 1955 in „Die Nation“: „Es ist an der Zeit, daß nicht zuletzt auch die ehemaligen Mitglieder der NSDAP, Offiziere und Berufssoldaten klar erkennen, welche Kräfte und Ziele die

<sup>318</sup> Hegler, Harry: Deutsch-russische Beziehungen im nationalen Befreiungskampf gegen die napoleonische Fremdherrschaft, in: Die Nation, 1/1956, S. 69.

<sup>319</sup> Lonscher, Erhard: Zu den Ergebnissen der Wissenschaftlichen Tagung der Kommission der Historiker der DDR und der UdSSR, in: Die Nation, 2/1958, S. 188.

<sup>320</sup> Ebd., S. 187.

Verschwörung vom 20. Juli 1944 leiteten. Wir dürfen es nicht zulassen, daß ehemalige Hitlergenerale die Revolte einer kleinen volksfeindlichen Clique in eine echte Widerstandsbewegung des Volkes umfälschen und sich als prinzipielle Hitlergegner aufspielen. Wir müssen den alten und neuen Kriegstreibern ihr gefährliches Handwerk legen. Wenn sich das deutsche Volk geschlossen gegen die Pariser Kriegsverträge zur Wehr setzt und sie zu Fall bringt, dann halten die Verschwörer vom 20. Juli vergeblich Ausschau nach neuem Kanonenfutter.<sup>321</sup>

Hannelore Westphal hielt fünf Jahre später weit ausholend fest, dass nach ihrer Auffassung bei absehbarer Kriegsniederlage „bestimmte Kreise deutscher Monopolkapitalisten das sinkende Schiff zu verlassen“<sup>322</sup> versuchten. Auch der gescheiterte Putsch vom 20. Juli war für sie nur ein weiterer Verständigungsversuch des deutschen Monopolkapitals mit den Westmächten, um sich anschließend gemeinsam gegen die Sowjetunion zu richten.

Wilhelm Funder führte diesen Gedanken bereits Jahre zuvor weiter, indem er schrieb: „Die Verschwörer des 20. Juli, die die Racheaktionen des Hitlerstaates überlebten, haben heute zumeist Schlüsselpositionen im Bonner Separatstaat inne. Sie unterstützen die Wiederbewaffnung und Remilitarisierung Westdeutschlands auf der Grundlage der Pariser Kriegsverträge. Gerstenmaier, Kaiser, Schacht und zahlreiche ehemalige Hitler-Generale aus dem Verschwörerkreis versuchen heute, das zu verwirklichen, was ihnen 1944 mißlang: an der Seite der Westmächte den Eroberungskrieg gegen die Sowjetunion fortzusetzen.“<sup>323</sup>

Hermann Oschatz formulierte im selben Jahr: „Legenden und Mythen verbinden damit den unmittelbaren Zweck, begangene Schuld zu verwischen, die Verantwortung zu verschieben und die alten nicht erreichten Ziele wieder erstrebenswert zu machen. So war es 1918 mit der Dolchstoßlegende, so ist es gegenwärtig wieder in Westdeutschland mit Legenden, Scheintheorien und Mythen in der Richtung auf den 20. Juli 1944,

<sup>321</sup> Funder, Wilhelm: Die Revolte vom 20. Juli 1944, in: Die Nation, 7/1955, S. 494.

<sup>322</sup> Westphal, Hannelore: Die Erhaltung der Grundlagen für die Wiederherstellung der Herrschaft des deutschen Imperialismus in Westdeutschland, in: Die Nation, 1/1960, S. 37.

<sup>323</sup> Funder, S. 504.

auf den sogenannten Totalitarismus (Gleichsetzung des Hitlerstaates mit der UdSSR).“<sup>324</sup>

Im Jahr 1964 mussten deshalb die NDPD und die „Arbeitsgemeinschaft ehemaliger Offiziere“ noch unter sich die offizielle DDR-Gedenkveranstaltung für Stauffenberg, auf der Homann redete, durchführen. Dies änderte sich möglicherweise auch durch Homanns Einfluss. Mitte der 1980er Jahre war die Erinnerung an den 20. Juli 1944 Allgemeingut. Im Fernsehen liefen Dokumentationen und die „National-Zeitung“ druckte eine umfangreiche Würdigung des Attentats.<sup>325</sup> In der NDPD-Parteipresse hieß es nun: „Differenziert und zwiespältig waren auch die Reaktionen in der bürgerlichen deutschen Opposition gegen Hitler. Die maßgeblichen Kreise des Putsches vom 20. Juli 1944 standen jeder Zusammenarbeit mit Kommunisten ablehnend gegenüber. Nur der sich um Stauffenberg grupierende Kreis patriotischer Offiziere und anderer Hitler-Gegner war um eine Verbindung zum NKFD bemüht. Diese Gruppe und die Bewegung ‚Freies Deutschland‘ verband mehr, als sie trennte.“<sup>326</sup>

Der „Nationale Demokrat“ vom Juli 1989 druckte unter dem Titel „Mutige vaterländische Tat vom 20. Juli 1944 war ein Fanal politischer Vernunft“ das Referat Erhard Lonschers, das er kurz zuvor auf einem Kolloquium an der Zentralen Parteischule der NDPD zum Thema 20. Juli gehalten hatte. Es hatte kaum noch etwas mit seinen rund 30 Jahre zuvor geäußerten Auffassungen zu tun.

#### **4.5. Günter Hartmann**

Am 2. November 1989 wurde Heinrich Homann von seiner Partei aus ähnlichen Gründen wie Gerald Götting zum Rücktritt gezwungen. Interims-Vorsitzender wurde Günter Hartmann, von Beruf Vermessungsingenieur und Diplomwirtschaftler. Bis zu dieser Amtsübernahme war er unter anderem Mitglied des Präsidiums des Sekretariats des Hauptausschusses und Abgeordneter der Volkskammer. Ein Jahr vor der friedlichen Revolu-

<sup>324</sup> Oschatz, Hermann: Mißbrauch, Entstellung und Unterdrückung unseres nationalen Kulturerbes, in: Die Nation, 2/1955, S. 127.

<sup>325</sup> Vgl. Haas, S. 138.

<sup>326</sup> Willich, Klaus; Gebhardt, Wolfgang: Breites antifaschistisches Kampfbündnis mit Wirkungen bis ins Heute, in: Der nationale Demokrat, 8/1983, S. 26.

tion stellte Günter Hartmann öffentlich fest, dass im Namen und Auftrag der Partei gegenwärtig mehr gesellschaftliche Funktionen ausgeübt würden als die Partei Mitglieder hätte. Von fast 100.000 Parteifreunden wusste er, dass sie in einer Position, oft aber in mehreren gesellschaftlichen oder Partei-Ämtern ehrenamtlich tätig seien. „Einschließlich der sogenannten berufenen Bürger ist die Partei mit über elftausend Mitgliedern in den Volksvertretungen aller Ebenen tätig, stellt sie zweieinhalbtausend Ratsmitglieder in Bezirken, Kreisen und Gemeinden, Bürgermeister und stellvertretende Bürgermeister. Fünfeinhalbtausend Parteimitglieder sind an den gesellschaftlichen Gerichten, in Schiedskommissionen und als Schöffen tätig. Eine gegenüber ihren Abgeordneten dreimal höhere Zahl von NDPD-Mitgliedern wirkt in den Ausschüssen der Nationalen Front, den Arbeitsgruppen Handwerk und Gewerbe und in den Arbeitsgruppen Christliche Kreise. Stark vertreten ist unsere Partei in den Wahlfunktionen der Handwerks- und Gewerbekammern, den berufsständischen Organisationen, in der Kammer der Technik, der URANIA, in den Künstlerverbänden und Massenorganisationen.“<sup>327</sup>

Aber auch in der NDPD wurden zunehmend kritische Fragen gestellt. Der Vorsitzende des Bezirksverbandes Berlin berichtete über eine Sitzung mit den Kreissekretären am 17. Oktober 1988, dass die Leitungsgremien die Partei noch fest in der Hand hätten, dies aber nach übereinstimmender Auffassung immer schwieriger würde. Grund dafür wäre unter anderem, dass Parteifreunde, die auf neue Fragen antworten müssten, nun selbst Fragen haben würden. Andere Parteifreunde würden unter Hinweis auf die Konsumgüterpreise ehrenamtliche Arbeit ablehnen, weil sie, um diese Preise bedienen zu können, zusätzlich Geld verdienen müssten. „Zunehmend werden Fragen gestellt, ohne dass Parteifreunde Antworten wollen. Sie kennen unsere Antworten, wollen sie nicht hören, die hätten ohnehin ‚auf jede Frage eine sozialistische Ausrede.‘“<sup>328</sup> Der Berliner NDPD-Vorsitzende Schломann fragte im September 1989 auf einer Sitzung des Berliner Blocks den Berliner SED-Chef Günter Schabowski, wovon die

<sup>327</sup> Internationale Pressekonferenz am 12. Mai 1988, in: 40 Jahre National-Demokratische Partei Deutschlands. Dokumente des 40. Jahrestages der NDPD, Berlin 1988, S. 74.

<sup>328</sup> Auszug aus einem Bericht des Vorsitzenden des BV Berlin über eine Zusammenkunft mit den Kreissekretären v. 17.10.1988, in: BStU, MfS, HA XX, Nr. 6953, Bd. 1., Bl. 62f.

Jugend in der DDR noch träumen könne. „Was darf sie bei uns, außer daß sie an dem vorhandenen Zustand nur etwas rumverbessern kann? Das ist zu wenig und befriedigt nicht.“<sup>329</sup> In einem Interview in der Novemberausgabe 1989 des „Nationalen Demokraten“ sagte der NDPD-Fraktionschef in der Volkskammer, Hartmann (mutmaßlich Ende Oktober 1989): „Wir haben uns am Tage nach der Wahl von Egon Krenz zum Generalsekretär des Zentralkomitees der SED getroffen, um in der Fraktion unsere Gedanken auszutauschen, um Vorstellungen und Vorschläge, ja unsere Erwartungen in eine Wende auch der Arbeit unserer obersten Volksvertretung zu formulieren. Das war eine sehr kritische, für mich als Fraktionsvorsitzender auch sehr selbstkritische Zusammenkunft. Denn ich verschweige nicht, daß die Überlegungen mancher Parteifreunde Abgeordneten für ein Neu- oder Andersmachen auch bereits zuvor in manchen Fraktionstagungen eine Rolle spielten.“<sup>330</sup>

Lapp nennt Günter Hartmann wohlwollend einen aufgeschlossenen Geist der alten Führungsriege, der sich als Übergangschef der Partei sah. In diesem Amt entwickelte er Strategien und Aktivitäten, die seiner Partei ihr politisches Überleben möglich machen sollten.<sup>331</sup> Nach dem Sturz Homanns kam es laut Lapp in der NDPD zu Richtungskämpfen zwischen wenigstens drei unterschiedlichen Richtungen: den orthodoxen Reformgegnern, gemäßigten Reformern und Radikaldemokraten.<sup>332</sup> Hartmann, der parallel Vorsitzender der Partei und der NDPD-Fraktion in der Volkskammer war, hatte diese bis Mitte November mehrmals einberufen und stellte nun fest, dass er der Fraktion den Platz in der Volkskammer sichern wolle, welche ihr nach der Verfassung zukomme.<sup>333</sup>

Hartmann setzte aber weiter auf die Erneuerung des Sozialismus, was von der Basis der Partei zunehmend abgelehnt wurde. Diese wollte mehr und mehr ein anderes politisches System, freie Wahlen und eine freie Marktwirtschaft. Nichtsdestotrotz versuchte Hartmann noch im November 1989, die Partei auf „einen Sozialismus völlig neuer Qualität“ einzuschwören,

<sup>329</sup> Zusammenkunft beim Gen. Schabowski 25.9.1989, in: BStU, MfS, BV Berlin, Abt. XX, Nr. 2590, Bl. 30.

<sup>330</sup> Es gilt, die sozialistische Demokratie zu dem zu machen, was sie sein muß, in: Der nationale Demokrat, 11/1989, S. 14.

<sup>331</sup> Vgl. Lapp, Ausverkauf, S. 55.

<sup>332</sup> Vgl. ebd., S. 57.

<sup>333</sup> Vgl. ebd., S. 78.

der „vom politischen Profil unserer Partei deutlich geprägt sein muß, indem er nationale Züge trägt.“<sup>334</sup>

Er plädierte für einen dritten Weg, eine Mischung von staatlichem und privatem Betriebseigentum.<sup>335</sup> Interviews mit ihm wurden in dieser Zeit unter anderem mit Titeln wie „Wenn wir national sagen, dann meinen wir deutsch“<sup>336</sup> überschrieben. Ende November beschloss der Parteivorstand, einen außerordentlichen Parteitag im April des Jahres 1990 durchzuführen. Außerdem sollten 1990 in der DDR freie Wahlen abgehalten werden.<sup>337</sup>

Wie verhaftet Hartmann seinen traditionellen Auffassungen dennoch blieb, zeigte sich, als er Ende des Jahres 1989 auf einer Hauptausschusssitzung vorschlug, bei der Ausarbeitung des neuen Programms an die außenpolitischen Traditionen der NDPD anzuknüpfen, „die mit dem Namen unseres langjährigen Außenministers, Parteifreund Dr. Lothar Bolz, verbunden sind.“<sup>338</sup>

Der Sonderparteitag wurde auf den 20. Januar 1990 vorgezogen. Vorschläge, die NDPD in „Neue demokratische Partei“ umzutaufen, lehnte Hartmann ab. Außerdem grenzte er sich gegen rechtsextreme Parteien wie auch die CDU der DDR ab. Stattdessen befürwortete er ein Bündnis mit der LDPD oder der neu gegründeten Forumpartei. Sein Referat erhielt Beifall und das Wahlprogramm den Namen „Die NDPD der 90er Jahre – Politische Kraft der Mitte in der DDR“.

Bei der Wahl des neuen Vorsitzenden traten zunächst drei weitere Mitglieder des ehemaligen Präsidiums der NDPD an. Letztendlich verlangte die Parteibasis zwei Kandidaten aus ihren Reihen, von denen einer, Wolfgang Glaeser, mit 66 Prozent zum neuen Parteichef gewählt wurde. Hartmann wiederum wurde mit 92 Prozent der Stimmen sein Stellvertreter.<sup>339</sup>

<sup>334</sup> Frölich, NDPD, S. 1572.

<sup>335</sup> Vgl. Lapp, Ausverkauf, S. 57.

<sup>336</sup> Wenn wir national sagen, dann meinen wir deutsch, in: National-Zeitung, 30.11.1989.

<sup>337</sup> Vgl. Nationaldemokraten: Wir brauchen eine demokratische Legitimation, in: Der Tagesspiegel, 30.11.1989.

<sup>338</sup> Hartmann, Günther: NDPD in der gesellschaftlichen Umgestaltung – eine neue Partei, in: Der nationale Demokrat, 12/1989, S. 10.

<sup>339</sup> Vgl. Lapp, Ausverkauf, S. 58f.

„Während der Vorbereitungen auf die Wahlhandlung schlug Gerhard Nowak, Mitglied des Parteivorstandes, den Delegierten vor, endgültig auf eine Demonstration als Zeichen des deutsch-deutschen Einigungsprozesses, wie im Januar beschlossen, zu verzichten. Der beabsichtigte Marsch an die Grenze zum Potsdamer Platz könnte das politische Klima belasten.“<sup>340</sup> Stattdessen wurde eine Delegation aller Bezirksverbände mit einem Blumengebinde an das Grab von Lothar Bolz auf dem Dorotheenstädtischen Friedhof entsandt. Der Vorschlag, das Gebäude der Partei in Dr. Lothar-Bolz-Haus umzubenennen, scheiterte jedoch.

Hartmann, der an der Gleichschaltung der Partei mitbeteiligt war, führte im von ihm vorgetragenen Bericht des Hauptausschusses aus: „Wir denken, die neue Offenheit unserer Partei sollte auch darin bestehen, jenen, die in der Zeit der Sprachlosigkeit der Führung die Partei verließen, jenen, die die Klärungsprozesse um die Erneuerung der Partei für sich nicht mitvollziehen konnten, den Weg zurück in ihre Partei zu ermöglichen.“<sup>341</sup> Zwei Tage nach seiner Wahl trat der neue Parteichef Glaeser zurück, woraufhin Hartmann abermals interimistisch die Partei führen musste.

#### 4.6. Wolfgang Glaeser

Wolfgang Glaeser war für die Partei bis dahin ein weitgehend unbeschriebenes Blatt. Ab Anfang der 1980er Jahre findet man ihn in der Parteipresse als Vorsitzenden des Wohngebietsverbandes I Mitte in Brandenburg an der Havel und später als Kreissekretär der NDPD. Auf dem Umschlag des Februarheftes des „Nationalen Demokraten“ im Jahr 1983 posierte Glaeser unter anderem mit Parteichef Heinrich Homann und SED-Größen aus Brandenburg/Stadt. Auch seine staatsfrommen Auslassungen zu verschiedenen Themen hoben ihn nicht sonderlich aus der Masse sonstiger NDPD-Funktionäre, egal welcher Ebene, hinaus.<sup>342</sup> In seiner ersten und letzten

<sup>340</sup> Der nationale Demokrat, Februar/März 1990, S. 1.

<sup>341</sup> Hartmann, Günter: Für die Zukunft der deutschen Nation!, in: Der nationale Demokrat, Februar/März 1990, S. 9.

<sup>342</sup> Mit besserer Einsicht wachsen Niveau und Beteiligung an Versammlungen, in: Der nationale Demokrat, April 1980, S. 29. / Hohe Verantwortung für die Qualifizierung der Abgeordneten und Ratsmitglieder, in: Der nationale Demokrat, Juli/August 1985, S. 33/ Unerschlossenen Reserven auf der Spur, in: Der nationale Demokrat, Mai 1989, S. 31.

Rede als Parteivorsitzender auf dem Parteitag Ende Januar 1990 sagte Glaeser: „Es kann passieren, daß 90 Prozent der Bürger gegen uns sind, aber fünf Prozent uns gerade deshalb wählen. Lassen wir uns von unserem Kurs, den der 14. Parteitag festgelegt hat, nicht abbringen. Nehmen wir jede Unterstützung an. Gezählt wird am Wahltag. Ab morgen kann es nur noch ein Motto geben: Unsere Partei, die National-Demokratische Partei Deutschlands, steht geschlossen und einheitlich, mit erhobenem Haupt, mit Kraft und Optimismus. Mit uns muß man rechnen. NDPD, na klar! Der Parteitag wird vertagt. Wir sehen uns wieder im März.“<sup>343</sup>

Teile der Parteispitze werteten diese Rede als heimliches Bündnisangebot an Nationalisten. Mitarbeiter der Parteizentrale verweigerten dem neuen Parteichef die Loyalität, worauf dieser zwei Tage nach seiner Wahl zurücktrat. Sein Vorgänger und nunmehriger Stellvertreter Günter Hartmann übernahm das Amt interimistisch. Er stellte auf der Fortsetzung des Parteitages im Februar fest: „Und auch das, was Fragen nach der Verfassungstreue der NDPD auslöste – alles ist nach unserer Meinung klar und eindeutig mit der Richtigstellung durch Parteifreund Wolfgang Glaeser beantwortet worden. Die weiteren Konsequenzen, die er zog und die durchaus ehrenhaft sind, waren ausschließlich seine Sache, waren, wie er es uns nachträglich darstellte, die Folge einer Kampagne in der National-Zeitung gegen ihn. Hierzu muß in Übereinstimmung mit der Auffassung vieler Parteifreunde gesagt werden, daß der durch die Zeitung abgeforderte kulturvoll zivilisierte Umgang in unserer Partei und mit der Partei in manchen Beiträgen der National-Zeitung schon im Vorfeld des Parteitages zu vermissen war.“<sup>344</sup> Der Parteitag erfuhr von Günter Hartmann außerdem, dass sich viele Parteifreunde der neuen FDP in der DDR angeschlossen hätten oder Kontakt zur FDP der Bundesrepublik suchen würden. Die Delegierten wählten Wolfgang Rauls zu Glaesers Nachfolger.

<sup>343</sup> Lapp, Ausverkauf, S. 59f.

<sup>344</sup> Rede von Günter Hartmann, Stellvertreter des Vorsitzenden der NDPD zur Eröffnung des 3. Beratungstages des 14. Parteitages, in: Der nationale Demokrat, Februar/März 1990, S. 18.

#### 4.7. Wolfgang Rauls

Wie sein Amtsvorgänger Glaeser war Wolfgang Rauls einer breiteren Parteienöffentlichkeit nicht unbedingt bekannt. Seine erste Erwähnung in der Parteiliteratur datiert vermutlich vom Juli 1981, wo er der Leserschaft als Leiter der Abteilung Kultur des Rates eines Stadtbezirkes in Magdeburg vorgestellt wurde.<sup>345</sup> Für seine unterschiedlichen Verdienste um Partei und Staat erhielt er Ende 1988 die Verdienstmedaille der DDR.<sup>346</sup>

Unmittelbar nach seiner Wahl schrieb Rauls einen Brief an den LDPD-Vorsitzenden Ortleb mit dem Angebot, ein Wahlbündnis für die kommende Volkskammerwahl einzugehen. Nach dem Beitritt der NDPD zum Bund Freier Demokraten gab es Gerangel zwischen den beiden ehemaligen Blockparteien LDPD und NDPD. Rauls merkte deshalb an, dass eine Differenzierung zwischen den beiden Altparteien von Nachteil wäre.<sup>347</sup>

Am 28. März beschloss der Parteivorstand der NDPD den korporativen Beitritt zum Bund Freier Demokraten/Die Liberalen. Auf dieser Sitzung entwarf Rauls das Bild einer Partei der politischen Mitte mit nationalliberaler und sozialer Prägung, in welcher Mitglieder der NDPD ihre zukünftige politische Heimat haben könnten.<sup>348</sup>

Diesen Schritt gingen viele Mitglieder nicht mit, wurden inaktiv oder traten aus. In einem Sonderdruck der Funktionärszeitschrift „Nationaler Demokrat“ versuchte Rauls, seine Perspektiven darzulegen. Vor über 500 Parteimitgliedern erläuterte er noch einmal am 30. März die Mitgift der Partei in das neue Bündnis sowie das neue Deutschland. „Die Parteienlandschaft unserer Republik hat sich [...] spürbar verändert. [...] Wir beziehen ein gemeinsames Heim, in dem es keinen Haupt- und keinen Untermieter gibt, in dem sich jeder für Ordnung und Sauberkeit, überhaupt für alles verantwortlich fühlt, was dem gedeihlichen Miteinander dient und was ein inneres und aufrichtiges Verhältnis zum anderen ermöglicht. [...]“<sup>349</sup>

<sup>345</sup> Vgl. Der nationale Demokrat, 7/1981, S. 15.

<sup>346</sup> Vgl. Der nationale Demokrat, 11/1988, S. 46.

<sup>347</sup> Vgl. Lapp, Ausverkauf, S. 118.

<sup>348</sup> Vgl. Frölich, NDPD, S. 1553.

<sup>349</sup> Lapp, Ausverkauf, S. 113.

Das Präsidium des Bundes Freier Demokraten trat am 4. April erstmals in Berlin zusammen, bereitete den Kommunalwahlkampf vor und bestätigte Ortleb zum Vorsitzenden des Bundes sowie Wolfgang Rauls zum Vizevorsitzenden. Am 11. August trat man in Hannover gemeinsam der lange bekämpften FDP bei.

## **5. Schlussbetrachtung**

Die vier unmittelbar nach dem Zweiten Weltkrieg in der sowjetischen Besatzungszone gegründeten Parteien KPD, SPD, CDU und LDPD setzten das Parteiensystem der Weimarer Republik anfangs personell wie programmatisch fort. Neu war die von der sowjetischen Besatzungsmacht erzwungene Kooperation der Parteien im antifaschistischen Block. Dieser wurde spätestens nach der Zwangsvereinigung von KPD und SPD im April 1946 zur SED von dieser dominiert und zunehmend kontrolliert. Die im Block auf Vorschlag der SED beschlossenen tief greifenden politischen Maßnahmen wie Bodenreform, Enteignungen oder Einheitswahlliste wurden von den Blockparteien mitgetragen – im Fall von CDU und LDPD häufig unter Verlust ihres jeweiligen Parteivorsitzenden und anderer dagegen protestierender Funktionäre. Anfang der 1950er Jahre war dieser Prozess der personellen und ideologischen Gleichschaltung durch Flucht, Verhaftung oder gar Ermordung von Blockparteimitgliedern abgeschlossen. Mit der ersten Volkskammerwahl im Jahr 1950 durch eine SED-dominierte Einheitsliste sicherte diese sich ihre Vormacht bis ins Jahr 1989.

Das Personal zur Gleichschaltung der Blockparteien kam im Fall von CDU und LDPD, wie am Beispiel von Gerald Götting oder Manfred Gerlach gezeigt, über vier Jahrzehnte aus den Reihen der Blockparteien. Anders verhielt es sich mit den später gegründeten Blockparteien, die anfangs bspw. von ehemaligen KPD-Mitgliedern dominiert wurden. Gefördert durch SED und SMAD setzten sich in CDU und LDPD vor allem junge, SED-treue Kader gegen alte und junge bürgerliche Kader mit „reaktionären“ Ansichten durch. Dies ist unter anderem am Beispiel der beiden, demselben Jahrgang entstammenden LDPD-Funktionäre Manfred Gerlach und Arno Esch ablesbar. Nachdem der in den Augen von SED und SMAD reaktionäre Flügel von CDU und LDPD Anfang der 1950er

Jahre weitgehend ausgeschaltet war, brachten die Parteiführungen von CDU und LDPD ihre Kader durch Treue-Erklärungen oder Zentralisierung der Parteistruktur auf SED-Kurs. Dies geschah anfangs weniger durch den jeweiligen Parteichef als vielmehr durch nachrückende Spitzenfunktionäre wie Götting und Gerlach, die schon, bevor sie Parteichefs wurden, die eigentliche innerparteiliche Macht in der Hand hielten. Krisen der DDR wie der 17. Juni 1953 und der Mauerbau im Jahr 1961 zeigten jedoch, dass, wie in der gesamten Bevölkerung, auch an der Blockpartei-basis Nonkonformität mit den Maßnahmen der SED wie auch der gleichgeschalteten Blockpartei-führung in geringem und schrumpfendem Maße weiterexistierte.

Mit wachsender Etablierung der SED verzichtete diese zunehmend auf Kader der Blockparteien in Verwaltung, Legislative, Exekutive oder Justiz. Herausragende Beispiele dafür sind die Verluste des Außenministeramtes von Lothar Bolz oder des Amtes des Volkskammerpräsidenten von Gerald Götting. Die verbleibenden Ämter wurden ausschließlich mit von SED und MfS genehmigten Kadern besetzt.

Bolz und Götting waren im Gegensatz zu ihren Parteien von Anfang an auf sozialistischem Kurs. Hatte der Sozialismus nach dem Krieg noch als System-Alternative zum Nationalsozialismus eine gewisse Reputation, war diese am Ende der DDR außerhalb von SED und Funktionären aller Art weitgehend verschwunden. Ergebnis der ideologischen Gleichschaltung war, dass am Ende der DDR die Gegner der SED und des Sozialismus auch die Gegner der Blockpartei-funktionäre und weiter Teile ihrer Parteibasis waren. Aus der „Wellenbrecher des dogmatischen Marxismus“-CDU Jakob Kaisers im Jahr 1947 war eine pseudo-christliche Partei geworden, in der im Jahr 1989 eine Marxismus-affine Pastorin als Reformerin gelten konnte. SED und Blockparteien kämpften deshalb jahrzehntelang gemeinsam gegen die sich erst ab dem Spätsommer 1989 institutionell verfassende Opposition.

Nachdem im November 1989 der Block zerbrach, kämpften SED und Blockparteien auch gegeneinander. Als ab Ende des Jahres 1989 die SED ihre Macht verlor, drangen vor allem Blockpartei-funktionäre in das Machtvakuum. CDU und LDPD konnten dabei auf Unterstützung durch ehemalige Schwesterparteien in der Bundesrepublik bauen. DBD und NDPD waren auf sich gestellt.

Auch innerparteilich entwickelten sich die Blockparteien ab dem Herbst 1989 unterschiedlich. Alle Blockparteien versuchten, sich ideologisch, jedoch nicht unbedingt personell neu aufzustellen. Die personelle Selbstreinigung der CDU bestand wesentlich darin, dass sie sich im Einvernehmen mit der SED ihres Parteichefs Götting und seiner engsten Vertrauten in der Parteiführung entledigte. Grund dafür war neben Selbstbereicherung der Zweifel daran, dass Götting in der Lage sei, die von den Reformern geforderte neue Positionierung der CDU in einem reformierten Sozialismus einzuleiten. Später gaben die Reformer durch äußeren Druck ihre sozialistischen Positionen auf.

Wer dem Anpassungsdruck länger standhielt und sich bis in den Herbst 1989 hinein offensiv gegen demokratische Forderungen wandte, konnte anschließend mit einer beschleunigten Fortsetzung der politischen Karriere in den ehemals bekämpften demokratischen Verhältnissen rechnen. DBD-Funktionär Ulf Leisner, der unbeeindruckt von Massenausreisen und Prügelorgien der Volkspolizei in der letzten Ausgabe des Parteiorgans „Der Pflüger“ im November/Dezember 1989 zugunsten „unserer sozialistischen Gesellschaftsordnung“ gegen westdeutsche „Politiker, Ideologen und Medien“ hetzte, welche „die Gebrechen ihrer eigenen, der kapitalistischen Arbeits- und Lebensverhältnisse verschleiern“, <sup>350</sup> wurde anschließend auch von zugereisten westdeutschen Politikern protegiert <sup>351</sup> und „der erste Ostdeutsche, der im Konrad-Adenauer-Haus eine leitende Position“ <sup>352</sup> erhielt. Derartige Personalien machten einer konservativen Partei die Auseinandersetzung mit den politisch heiklen Transformationen ihrer ostdeutschen Landesverbände unmöglich. <sup>353</sup>

<sup>350</sup> Leisner, S. 19f.

<sup>351</sup> Der ehemalige West-Berliner CDU-Politiker Dieter Dombrowski wollte sich auf dem Landesparteitag der brandenburgischen CDU im Jahr 1993 mit Hilfe Leisners zum Landesvorsitzenden wählen lassen. Leisner sollte im Erfolgsfall Generalsekretär werden. Vgl. Schmidt, S. 226, FN 82.

<sup>352</sup> <http://www.berliner-zeitung.de/newsticker/aufsteiger--einsteiger--umsteiger,10917074,9123946.html>, Einsichtnahme 1.2.2013.

<sup>353</sup> Dieter Dombrowski umschrieb diese Unfähigkeit im Jahr 2011 mit den Worten „Wir überlegen schon länger, wie wir 44 Jahre CDU vor 1989 im Land aufarbeiten können.“ Metzner, Thorsten: Plötzlich geloben alle Besserung, in: Der Tagesspiegel, 3.8.2011.

Die LDPD hingegen entledigte sich nicht ihres Alt-Parteichefs Gerlach, sondern beklatschte dessen letzte Rede auf dem Parteitag nach seinem selbst gewählten Rücktritt ausführlich. Zum Nachfolger wählten sie einen Mann, der zuvor und teilweise in Uniform auf Parteitag prosozialistische Reden gehalten hatte. Er wäre mit dieser offiziellen Biografie in der CDU zu diesem Zeitpunkt als Parteichef nicht mehr durchsetzbar gewesen.

Die LDPD/FDP geht in Nuancen liberaler als die CDU mit ihren ideologischen Transformationen wie auch ehemaligen pro-sozialistischen Parteichefs um. Sie bekennt sich partiell zu ihnen, indem sie Teile ihrer Geschichte unterschlägt. Mit der Ausnahme der Arno-Esch-Stiftung in Mecklenburg-Vorpommern gaben sich beispielsweise die liberalen ostdeutschen Landesstiftungen Namen von Politikern, welche schon in der DDR für ihre Anpassungsleistungen von der LDPD mehr oder weniger gewürdigt wurden. Die sächsische Wilhelm-Külz-Stiftung immerhin „entschuldig“ ihre Namenswahl mit den Worten, dass Wilhelm Külz erst kurz vor seinem Tod seine liberale Feigenblattfunktion für die SED klar geworden war.<sup>354</sup> Was an seiner Haltung in der DDR sie für ehrenwert hält, lässt die Stiftung offen. Die Erhard-Hübener-Stiftung in Sachsen-Anhalt wiederum verkürzt mit dem Satz „Er hat sein Leben lang konsequent liberale Ideen vertreten“<sup>355</sup> dessen politische Rolle um seine Beiträge zur Anpassung an die Diktatur. Sie unterschlägt in ihrer Bewertung unter anderem Hübeners Stalin verherrlichenden antiliberalen Aufsatz „Die Kultur der Sowjetunion“.<sup>356</sup> Diesen schrieb er erst nach seinem von der Stiftung als „Protest gegen politische Entscheidungen der SED“<sup>357</sup> deklarierten Rücktritt vom Amt des sachsen-anhaltischen Ministerpräsidenten im Jahr 1949. Die Karl-Hamann-Stiftung Brandenburg wiederum erfindet dem Propagandisten der Einheitswahlliste und Zuarbeiter des MfS, Hamann, unter Ignoranz des wissenschaftlichen Forschungsstands<sup>358</sup> mit den Wor-

<sup>354</sup> Vgl. [http://www.wks-sachsen.de/?page\\_id=9](http://www.wks-sachsen.de/?page_id=9). Einsichtnahme 2.12.2012.

<sup>355</sup> <http://www.ehst.org/>. Einsichtnahme 2.12.2012.

<sup>356</sup> Vgl. Hübener, Erhard: Die Kultur der Sowjetunion, in: LDP-Informationen, Aprilheft 1950, Nr. 7/8, S. 132ff.

<sup>357</sup> <http://www.ehst.org/>. Einsichtnahme 2.12.2012.

<sup>358</sup> Vgl. beispielsweise auf den Seiten der liberalen Friedrich-Naumann-Stiftung: [http://admin.fnst.org/uploads/644/Louis,\\_Juergen.pdf](http://admin.fnst.org/uploads/644/Louis,_Juergen.pdf). Einsichtnahme 26.11.2012.

ten „Seine ablehnende Haltung zur Einheitsliste, zu den undemokratischen Wahlen und zur Politik der SED führte im Dezember 1952 [...] zu seiner Verhaftung“<sup>359</sup> eine kontrafaktische Biografie.

Die Bauernpartei behielt ihren Parteichef Maleuda im Amt. Nach seinem Rücktritt im Jahr 1990 folgte wieder ein ehemaliger Parteifunktionär. Die NDPD entledigte sich Anfang November 1989 ihres Parteichefs Homann, wählte aber anschließend ausschließlich ehemalige Parteifunktionäre zu neuen Vorsitzenden. Diese beiden Parteien sahen sich nicht unter Anpassungsdruck an westdeutsche Schwesterparteien, was in zweierlei Hinsicht von Nachteil war. Einerseits konnten sie nicht ehemalige politische Überzeugungen aktivieren und andererseits blieb materielle Unterstützung aus. Dies führte dazu, dass sie sich jeweils der CDU oder LDPD anschlossen.

Diese beiden Parteien gingen im August oder Oktober 1990 in ihren ehemaligen westdeutschen Schwesterparteien auf. Was in der Nachkriegszeit misslang, fand im Jahr 1990 statt: die Einreihung der Berliner Parteigründerkreise in die gesamtdeutsche christdemokratische oder liberale Parteienfamilie.

<sup>359</sup> <http://partei.fdp-brandenburg.de/Karl-Hamann-Stiftung-Brandenburg/549b222/index.html>. Einsichtnahme 26.11.2012.

## **Bibliografie**

Agethen, Manfred: Der Widerstand der demokratischen Kräfte in der CDU gegen den Gleichschaltungsdruck von sowjetischer Besatzungsmacht und SED, 1945-1952, in: Fischer, Alexander; Agethen, Manfred: Die Union in der sowjetisch besetzten Zone/DDR 1945-1952, Sankt Augustin 1994.

Agethen, Manfred: Die CDU in der SBZ/DDR 1945-1953, in: Frölich, Jürgen (Hrsg.): „Bürgerliche Parteien in der SBZ/DDR“. Zur Geschichte von CDU, LDP(D), DBD und NDPD 1945 bis 1953, Köln 1995.

Agethen, Manfred: Unruhepotentiale und Reformbestrebungen an der Basis der Ost-CDU im Vorfeld der Wende: Der „Brief aus Weimar“ und der „Brief aus Neuenhagen“, in: Historisch-Politische Mitteilungen (HPM). Archiv für Christlich-Demokratische Politik, 1/1994.

Arndt, Erich: Sogar Chefredakteure von Kirchenzeitungen können öffentlich geehrt werden, in: Mecklenburgische Kirchenzeitung, 22.10.1989.

Back, Erich: Der antinationale Charakter der Kriegsverträge von Paris und Bonn, in: Die Nation, Zeitschrift der Schule für nationale Politik, 10/1952.

Bauer, Theresia: Blockpartei und Agrarrevolution von oben. Die Demokratische Bauernpartei Deutschlands 1948-1963, München 2003.

Berger, Sven: Die treuhänderische Verwaltung des Vermögens der Parteien und Massenorganisationen der DDR, Frankfurt a. M. 1997.

Besier, Gerhard: Der SED-Staat und die Kirche 1969-1990. Die Vision vom „Dritten Weg“, Berlin 1995.

Besier, Gerhard: Der SED-Staat und die Kirche 1983-1991. Höhenflug und Absturz, Frankfurt a. M. 1995.

Bieritz, Karl-Heinrich: Kirche und Gruppen, in: Hauptvorstand der CDU (Hrsg.): Bürgerpflicht und Christenpflicht. Zum Verhältnis von Christengemeinde und Bürgergemeinde, Berlin 1989.

Binder, Erwin: Engagiert für die Politik zum Wohle des Volkes, in: Der Pflüger. Funktionsorgan der demokratischen Bauernpartei, 5/1988.

Blahe, Dagmar: Thomas Müntzer – eine herausragende Persönlichkeit der deutschen frühbürgerlichen Revolution, in: Der Pflüger. Funktionsorgan der demokratischen Bauernpartei, 9/1989.

Bolz, Lothar: Referat auf der Vierten Zentralen Mitarbeiterkonferenz der National-Demokratischen Partei Deutschlands am 3. und 4. Mai 1957 in Leipzig, in: Die Nation, Zeitschrift der Schule für nationale Politik, 5/1957.

Bolz, Lothar: Wir sind die Stärkeren!, in: Der nationale Demokrat, 20/1961.

Rede Dr. Lothar Bolz vor der Volkskammer am 25. August 1953, in: Die Nation, Zeitschrift der Schule für nationale Politik, 8/1953.

Referat des Vorsitzenden unserer Partei, Dr. Lothar Bolz, auf der 27. Tagung des Hauptausschusses am 6. und 7. Juli 1953, in: Die Nation, Zeitschrift der Schule für nationale Politik, 7/1958.

Börner, Rolf: Die Bestrebungen der CDU zur Einbeziehung der Mittelschichten in den sozialistischen Aufbau (1956-1958), hrsg. vom Sekretariat des Hauptvorstandes der Christlich-Demokratischen Union, Berlin 1965.

Bouvier, Beatrix: Ausgeschaltet! Sozialdemokraten in der Sowjetischen Besatzungszone und in der DDR 1945-1953, Bonn 1996.

Buschfort, Wolfgang: Parteien im Kalten Krieg. Die Ostbüros von SPD, CDU und FDP, Berlin 2000.

CDU-Devisen auf Luxemburger Konto?, in: taz (Tageszeitung), 17.3.1990.

Creuzberger, Stefan; Görtemaker, Manfred (Hrsg.): Gleichschaltung unter Stalin? Die Entwicklung der Parteien im östlichen Europa 1944-1949, Paderborn 2002.

Czytoniak, Joseph: Demokratische Bodenreform – ein Ergebnis der Befreiung, in: Der Pflüger. Funktionsorgan der demokratischen Bauernpartei, 5/1975.

Demokratische Bauernpartei Deutschlands (Hrsg.): 40 Jahre DBD. Chronik. Bilddokumente. Erlebnisberichte, Berlin 1988.

Deutscher Bundestag (Hrsg.): Materialien der Bundestags-Enquete-Kommission „Aufarbeitung von Geschichte und Folgen der SED-Diktatur in Deutschland“, Baden-Baden 1995.

Deutschlandfunk: Die Blockparteien der SED. Die Christlich-Demokratische Union Mitteldeutschlands (Ost CDU) nach ihrem 12. Parteitag (Oktober 1968), Köln 1968.

Engel, Helmut; u.a. (Hrsg.): Geschichtslandschaft Berlin. Orte und Ereignisse, Bd. 1, Charlottenburg Teil I, Berlin 1986.

Eppelmann, Rainer: Fremd im eigenen Haus. Mein Leben im anderen Deutschland, Köln 1993.

Fischer, Alexander; Agethen, Manfred: Die Union in der sowjetisch besetzten Zone/DDR 1945-1952, Sankt Augustin 1994.

Fischer, Alexander: Andreas Hermes und die gesamtdeutschen Anfänge der Union, in: Fischer, Alexander; Agethen, Manfred: Die Union in der sowjetisch besetzten Zone/DDR 1945-1952, Sankt Augustin 1994.

Foitzik, Jan: Sowjetische Interessenpolitik in Deutschland 1944-1954, Dokumente, München 2012.

Friedländer, Hans-Joachim: Das Signal aus Weimar, in: Demokratische Bauernpartei Deutschlands (Hrsg.): 40 Jahre DBD. Chronik. Bilddokumente. Erlebnisberichte, Berlin 1988.

Frölich, Jürgen (Hrsg.): „Bürgerliche Parteien in der SBZ/DDR“. Zur Geschichte von CDU, LDP(D), DBD und NDPD 1945 bis 1953, Köln 1995.

Frölich, Jürgen: Transmissionsriemen, Interessenvertretung des Handwerks oder Nischenpartei? Zu Rolle, Bedeutung und Wirkungsmöglichkeiten der NDPD, in: Deutscher Bundestag (Hrsg.): Materialien der Bundestags-Enquete-Kommission „Aufarbeitung von Geschichte und Folgen der SED-Diktatur in Deutschland“, Bd. II/4, Baden-Baden 1995.

Fühmann, Franz: Die Wiedergeburt unserer Nationalen Kultur, in: Die Nation, Zeitschrift der Schule für nationale Politik, Sonderheft 1952.

Funder, Wilhelm: Die Revolte vom 20. Juli 1944, in: Die Nation, Zeitschrift der Schule für nationale Politik, 7/1955.

Amnestie – Interview mit Manfred Gerlach, in: Westfälische Rundschau, 28.10.1989.

Gerlach, Manfred: Mitverantwortlich. Als Liberaler im SED-Staat, Berlin 1991.

Gies, Gerd: Als aktive Staatsbürger unsere Erfahrungen und Erkenntnisse weitergeben, in: Hauptvorstand der CDU (Hrsg.): Bürgerpflicht und Christenpflicht. Zum Verhältnis von Christengemeinde und Bürgergemeinde, Berlin 1989.

Gudenschwager, Wolfgang: Die Rolle der Ost-CDU bei der Gründung, Entwicklung und Liquidation der staatsbeteiligten Betriebe in der DDR 1956 bis 1972, in: Richter, Michael; Reißmann, Martin (Hrsg.): Die Ost-CDU. Beiträge zu ihrer Entstehung und Entwicklung, Böhlau 1995.

Haas, Josef: Die National-Demokratische Partei Deutschlands (NDPD). Geschichte, Struktur und Funktion einer DDR-Blockpartei, Erlangen-Nürnberg 1987.

Hamann, Karl: Verpflichtung zur Wahl, in: LDP-Informationen, Heft 17/18 1950.

Hartmann, Günter: NDPD in der gesellschaftlichen Umgestaltung – eine neue Partei, in: Der nationale Demokrat, 12/1989.

Hartmann, Günter: Für die Zukunft der deutschen Nation!, in: Der nationale Demokrat, Februar/März 1990.

Rede von Günter Hartmann, Stellvertreter des Vorsitzenden der NDPD zur Eröffnung des 3. Beratungstages des 14. Parteitages, in: Der nationale Demokrat, Februar/März 1990.

Haupts, Leo: Die Blockparteien und der 17. Juni 1953, in: Kaff, Brigitte (Hrsg.): „Gefährliche politische Gegner“. Widerstand und Verfolgung in der sowjetischen Zone/DDR, Düsseldorf 1995.

Hauptvorstand der CDU (Hrsg.): Bürgerpflicht und Christenpflicht. Christliche Verantwortung für eine friedliche, gerechte und lebensfähige Welt. Berlin 1987.

Hauptvorstand der CDU (Hrsg.): Bürgerpflicht und Christenpflicht. Zum Verhältnis von Christengemeinde und Bürgergemeinde, Berlin 1989.

Hauptvorstand der CDU (Hrsg.): Tradition und Verpflichtung. In gemeinsamer Verantwortung für eine Welt mit immer weniger Waffen, Berlin 1988.

Hegler, Harry: Deutsch-russische Beziehungen im nationalen Befreiungskampf gegen die napoleonische Fremdherrschaft, in: Die Nation, Zeitschrift der Schule für nationale Politik, 1/1956.

Hein, Dieter: Zwischen liberaler Milieupartei und nationaler Sammlungsbewegung. Gründung, Entwicklung und Struktur der Freien Demokratischen Partei 1945-1949, Düsseldorf 1985.

Hirsch, Burkhard: Die Arbeit hatte begonnen, in: elde, Liberale Depesche, Sonderheft 2010.

Howitz, Claus: Der Beitrag der DBD als engster Bündnispartner und Kampfgefährte der Arbeiterklasse und ihrer Partei bei der Gründung und Entwicklung der DDR, Borkheide 1974.

Hübener, Erhard: Die Kultur der Sowjetunion, in: LDP-Informationen, Aprilheft 1950, Nr. 7/8.

Huhn, Martina: Erwartungen an die Ökumenische Versammlung, in: Hauptvorstand der CDU (Hrsg.): Bürgerpflicht und Christenpflicht. Christliche Verantwortung für eine friedliche, gerechte und lebensfähige Welt, Berlin 1987.

Itzerott, Brigitte: Die Liberal-Demokratische Partei Deutschlands (LDPD), in: Weber, Hermann (Hrsg.): Parteiensystem zwischen Demokratie und Volksdemokratie. Dokumente und Materialien zum Funktionswandel der Parteien und Massenorganisationen in der SBZ/DDR 1945-1950, Köln 1982.

Jäger, Wolfgang; Walter, Michael: Die Allianz für Deutschland. CDU, Demokratischer Aufbruch und Deutsche Soziale Union 1989/90, Köln 1998.

Jander, Ingrid: Politische Verfolgung in Brandenburg 1949 bis 1953. Der Kampf gegen Ost-CDU, Bauern und Kirchen im Spiegel der Akten von SED und Staatssicherheit, Düsseldorf 2012.

Junge Liberale Bonn: Pressemitteilung, 23.10.1989.

Kaff, Brigitte (Hrsg.): „Gefährliche politische Gegner“. Widerstand und Verfolgung in der sowjetischen Zone/DDR, Düsseldorf 1995.

Kaiser, Monika: „Es muß demokratisch aussehen ...“. Moskau und die Gleichschaltung des Parteiensystems in der sowjetischen Besatzungszone Deutschlands 1944/45-1948/49, in: Kreuzberger, Stefan; Görtemaker, Manfred (Hrsg.): Gleichschaltung unter Stalin? Die Entwicklung der Parteien im östlichen Europa 1944-1949, Paderborn 2002.

Kiefer, Markus: Gründung und Anfänge der CDU in Thüringen (1945-1952), hrsg. von der CDU Thüringens, o.J.

Koch, Manfred: Der Demokratische Block, in: Weber, Hermann (Hrsg.): Parteiensystem zwischen Demokratie und Volksdemokratie. Dokumente und Materialien zum Funktionswandel der Parteien und Massenorganisationen in der SBZ/DDR 1945-1950, Köln 1982.

Kotsch, Detlef: Die Bezirke Potsdam, Frankfurt (Oder) und Cottbus in der DDR (1952 bis 1990), in: Materna, Ingo; Ribbe, Wolfgang (Hrsg.): Brandenburgische Geschichte, Berlin 1995.

Kowalczyk, Ilko-Sascha: Opfer der eigenen Politik? Zu den Hintergründen der Verurteilung von Minister Karl Hamann (LDPD), in: Jahrbuch zur Liberalismus-Forschung, 2004.

Kühne, Konrad: Die Anfänge der DBD, in: Frölich, Jürgen (Hrsg.): „Bürgerliche Parteien in der SBZ/DDR“. Zur Geschichte von CDU, LDP(D), DBD und NDPD 1945 bis 1953, Köln 1995.

Kulbach, Roderich; Weber, Helmut: Parteien im Blocksystem der DDR, Köln 1969.

Langer, Kai: „Ihr sollt wissen, daß der Norden nicht schläft ...“. Zur Geschichte der „Wende“ in den drei Nordbezirken der DDR, Temmen 1999.

Lapp, Peter Joachim: Die „befreundeten Parteien“ der SED. DDR-Blockparteien heute, Köln 1988.

Lapp, Peter Joachim: Ausverkauf. Das Ende der Blockparteien, Berlin 1998.

Lapp, Peter Joachim: Blockparteien und SED – Spiel mit 77 verteilten Rollen?, in: Demokraten im Unrechtsstaat. Das politische System der SBZ/DDR zwischen Zwangsvereinigung und Nationaler Front, Bautzen/Leipzig 2006.

Lapp, Peter Joachim: Gerald Götting – CDU-Chef in der DDR. Eine politische Biografie, Aachen 2011.

LDP-Informationen, 1./2. Dezemberheft 1947.

LDP-Informationen, Heft 9/1949.

LDP-Informationen, Heft 17/18, 1950.

LDPD-Informationen, Heft 10/1981.

LDPD-Informationen, Heft 10/1989.

Leisner, Ulf: Unsere Politik muß der Durchsetzung grundlegender Menschenrechte entsprechen, in: Der Pflüger. Funktionsorgan der demokratischen Bauernpartei, 11/12 1989.

Lemmer, Ernst: Manches war doch anders. Erinnerungen eines deutschen Demokraten, Frankfurt a. M. 1968.

Lieberknecht, Christine: Jugend fragt nach Überlieferung unserer Partei, in: Hauptvorstand der CDU (Hrsg.): Tradition und Verpflichtung. In gemeinsamer Verantwortung für eine Welt mit immer weniger Waffen, Berlin 1988.

Lonscher, Erhard: Zu den Ergebnissen der Wissenschaftlichen Tagung der Kommission der Historiker der DDR und der UdSSR, in: Die Nation, Zeitschrift der Schule für nationale Politik, 2/1958.

Maizière, Lothar de: Brief, in: Neue Zeit, 25.11.1989.

Materna, Ingo; Ribbe, Wolfgang (Hrsg.): Brandenburgische Geschichte, Berlin 1995.

Matthiesen, Helge: Greifswald in Vorpommern. Konservatives Milieu im Kaiserreich, in Demokratie und Diktatur 1900-1990, Düsseldorf 2000.

Meinecke, Werner: Die Kirche in der volksdemokratischen Ordnung der Deutschen Demokratischen Republik. Ein Beitrag zur Klärung einiger Grundfragen des Verhältnisses von Staat und Kirche in der DDR, Berlin 1962.

Metzner, Thorsten: Plötzlich geloben alle Besserung, in: Der Tagesspiegel, 3.8.2011.

Mühlen, Patrik von zur: Aufbruch und Umbruch in der DDR. Bürgerbewegungen, kritische Öffentlichkeit und Niedergang der SED-Herrschaft, Bonn 2000.

Müller, Gottfried: Zur Bedeutung der ökumenischen Gemeinsamkeit von Kirchen in den sozialistischen Staaten für den Lernprozeß in unseren evangelischen Kirchen, in: Tradition und Verpflichtung. Beitrag und Mitverantwortung des sozialistischen Staatsbürgers christlichen Glaubens, Berlin 1974.

Müller, Gottfried: Zur Friedensaufgabe kirchlicher Publizistik in Europa, in: Tradition und Verpflichtung. Frieden und Sicherheit. Aufgabe unserer Zeit, Berlin 1987.

Müller, Gottfried: Gegensteuern, in: Glaube und Heimat, Evangelische Wochenzeitung für Thüringen, 28.2.1988.

Müller, Gottfried: Konstruktiv, in: Glaube und Heimat, Evangelische Wochenzeitung für Thüringen, 20.3.1988.

Müller, Gottfried: Brief aus Weimar, in: Glaube und Heimat, Evangelische Wochenzeitung für Thüringen, 24.9.1989.

Müller, Gottfried: Wachsen lassen!, in: Glaube und Heimat, Evangelische Wochenzeitung für Thüringen, 24.9.1989.

Müller, Gottfried: Weiter sehen!, in: Glaube und Heimat, Evangelische Wochenzeitung für Thüringen, 8.10.1989.

Nationaldemokraten: Wir brauchen eine demokratische Legitimation, in: Der Tagesspiegel, 30.11.1989.

40 Jahre National-Demokratische Partei Deutschlands. Internationale Pressekonferenz am 12. Mai 1988, Dokumente des 40. Jahrestages der NDPD, Berlin 1988.

Nehrig, Christel: Rolle, Bedeutung und Wirkungsmöglichkeiten der Blockparteien. Die DBD, in: Deutscher Bundestag (Hrsg.): Materialien der Bundestags-Enquete-Kommission „Aufarbeitung von Geschichte und Folgen der SED-Diktatur in Deutschland“, Baden-Baden 1995.

Neubert, Ehrhart; Auerbach, Thomas: „Es kann anders werden“. Opposition und Widerstand in Thüringen 1945-1989, Böhlau 2005.

Ortleb, Rainer: Waffendienst – höchste Ehre und patriotische Pflicht jedes Staatsbürgers, Rede auf dem 12. Parteitag der LDPD in Weimar, 2.-4. März 1977, abgedruckt in: 12. Parteitag der LDPD in Weimar, 2.-4. März 1977, hrsg. vom Sekretariat des Zentralvorstandes der LDPD, Weimar 1977.

Ortleb, Rainer: Mit voller Fracht. Kurs auf die Delegiertenkonferenz, in: LDPD-Informationen, 10/1981.

Oschatz, Hermann: Mißbrauch, Entstellung und Unterdrückung unseres nationalen Kulturerbes, in: Die Nation, Zeitschrift der Schule für nationale Politik, 2/1955.

Otto, Wilfriede; Buschfort, Wolfgang: Zwischen Mauerbau und Mauerfall. Spannungsfeld 13. August 1961. Die Schicksale der Ostbüros von SPD, CDU und FDP, Berlin 2001.

Papke, Gerhard: Die Liberal-Demokratische Partei Deutschlands in der Sowjetischen Besatzungszone und DDR 1945-1952, in: Frölich, Jürgen (Hrsg.): „Bürgerliche Parteien in der SBZ/DDR“. Zur Geschichte von CDU, LDP(D), DBD und NDPD 1945 bis 1953, Köln 1995.

Pilz, Alfred: Tag für Tag im Gespräch mit den werktätigen Bauern, in: Demokratische Bauernpartei Deutschlands (Hrsg.): 40 Jahre DBD. Chronik. Bilddokumente. Erlebnisberichte, Berlin 1988.

Rechenschaftsbericht des Parteivorstandes an den Fünften Parteitag, in: Die Nation, Zeitschrift der Schule für nationale Politik, Sonderband 1953.

Reichelt, Hans: Blockflöte, oder was? Zur Geschichte der Demokratischen Bauernpartei Deutschlands (DBD) 1948 bis 1990, Berlin 1997.

Reuth, Ralf Georg; Bönte, Andreas: Das Komplott. Wie es wirklich zur deutschen Einheit kam, München 1993.

Richter, Michael: Die Bildung der Allianz für Deutschland, in: HPM. Archiv für Christlich-Demokratische Politik, 15. Jahrgang 2008.

Richter, Michael; Reißmann, Martin (Hrsg.): Die Ost-CDU. Beiträge zu ihrer Entstehung und Entwicklung, Böhlau 1995.

Reißmann, Martin: Kaderschulung in der Ost-CDU 1949-1971. Zur geistigen Formierung einer Blockpartei, Düsseldorf 1995.

Sachse, Christian: Den Menschen eine Stimme geben. Bischof Gottfried Forck und die Opposition in der DDR, Berlin 2009.

Sachse, Christian (Hrsg.): „Mündig werden zum Gebrauch der Freiheit“. Politische Zuschriften an die Ökumenische Versammlung 1987-89 in der DDR, Münster 2004.

Schlomann, Friedrich-Wilhelm: Mit so viel Hoffnung fingen wir an. 1945-1950, München 1991.

Schmidt, Ute: Von der Blockpartei zur Volkspartei? Die Ost-CDU im Umbruch 1989-1994, Opladen 1997.

Schmude, Jürgen: Der Begriff Sozialismus eignet sich nicht für Glaubenskämpfe, in: Sommer, Norbert: Der Traum aber bleibt. Sozialismus und christliche Hoffnung, Berlin 1992.

Schollwer, Wolfgang: Potsdamer Tagebuch 1948-1950. Liberale Politik unter sowjetischer Besatzung, München 1988.

Schollwer, Wolfgang: „Gesamtdeutschland ist uns Verpflichtung“. Aufzeichnungen aus dem FDP-Ostbüro 1951-1957, Bremen 2004.

Schwarz, Hans-Volker: Die Berliner Liberalen im Brennpunkt des Ost-West-Konfliktes 1945-1956 – vom Landesverband der LDP Groß-Berlin zur FDP Berlin (West) und LDP(D) Berlin (Ost), Frankfurt a. M. 2007.

Schwießelmann, Christian: Zwischen Fremdsteuerung und Mitverantwortung: Innenansichten der CDU im Norden der DDR, in: HPM. Archiv für Christlich-Demokratische Politik, 16/2009.

Schwießelmann, Christian: Die Christlich-Demokratische Union Deutschlands in Mecklenburg und Vorpommern. Von der Gründung bis zur Auflösung des Landesverbandes (1945-1952), Düsseldorf 2011.

Sekretariat der unabhängigen Kommission zur Überprüfung des Vermögens der Parteien und Massenorganisationen der DDR beim Bundesministerium des Inneren: Aspekte zur Rolle von Parteien und Massenorganisationen bei Entstehung und Entwicklung des Gesellschaftssystems in SBZ und DDR, ohne Ort, 1993.

Sekretariat des Zentralvorstandes der Liberal-Demokratischen Partei Deutschlands (Hrsg.): Protokoll des 14. Parteitags der LDPD. 9. bis 11. April 1987 in Weimar, Berlin 1987.

Sommer, Norbert: Der Traum aber bleibt. Sozialismus und christliche Hoffnung, Berlin 1992.

Staritz, Dietrich: Die National-Demokratische Partei Deutschlands 1948-1953. Ein Beitrag zur Untersuchung des Parteiensystems der DDR, Berlin 1968.

Steinbrecher, Michael: Die Wohnung von Andreas Hermes Platanenallee 11, in: Engel, Helmut; u.a. (Hrsg.): Geschichtslandschaft Berlin. Orte und Ereignisse, Bd. 1, Charlottenburg Teil I, Berlin 1986.

Suckut, Siegfried: Ost-CDU und LDPD aus der internen Sicht von SED und MfS, in: Frölich, Jürgen (Hrsg.): „Bürgerliche Parteien in der SBZ/DDR“. Zur Geschichte von CDU, LDP(D), DBD und NDPD 1945 bis 1953, Köln 1995.

Suckut, Siegfried: Zum Wandel von Rolle und Funktion der Christlich-Demokratischen Union Deutschlands (CDUD) im Parteiensystem der SBZ/DDR (1945-1952), in: Weber, Hermann (Hrsg.): Parteiensystem zwischen Demokratie und Volksdemokratie. Dokumente und Materialien zum Funktionswandel der Parteien und Massenorganisationen in der SBZ/DDR 1945-1950, Köln 1982.

Weber, Hermann (Hrsg.): Parteiensystem zwischen Demokratie und Volksdemokratie. Dokumente und Materialien zum Funktionswandel der Parteien und Massenorganisationen in der SBZ/DDR 1945-1950, Köln 1982.

Weis, Otto-Jörg: Die Blockparteien haben sich von der SED-Leine losgerissen, in: Stuttgarter Zeitung, 8.11.1989.

Wernet-Tietz, Bernhard: Bauernverband und Bauernpartei in der DDR. Die VdgB und die DBD 1945-1952. Ein Beitrag zum Wandlungsprozeß des Parteiensystems der SBZ/DDR, Köln 1984.

Westphal, Hannelore: Die Erhaltung der Grundlagen für die Wiederherstellung der Herrschaft des deutschen Imperialismus in Westdeutschland, in: Die Nation, Zeitschrift der Schule für nationale Politik, 1/1960.

Wettig, Gerhard: Der Konflikt der Ost-CDU mit der Besatzungsmacht 1945-1948 im Spiegel sowjetischer Akten, in: HPM. Archiv für Christlich-Demokratische Politik, 6. Jahrgang 1999.

Wille, Manfred: Die Vertriebenen in der SBZ/DDR. Dokumente. Parteien, Organisationen, Institutionen und die „Umsiedler“ 1945-1953, Wiesbaden 2003.

Willich, Klaus; Gebhardt, Wolfgang: Breites antifaschistisches Kampfbündnis mit Wirkungen bis ins Heute, in: Der nationale Demokrat, 8/1983.

Wirth, Günter: Zu Transformationsprozessen in der DDR-CDU 1989/90, in: HPM. Archiv für Christlich-Demokratische Politik, 16/2009.

Zeidler, Stephan: Auf dem Weg zur Kaderpartei? Zur Rolle der Ost-CDU in der inneren Entwicklung der DDR 1952-53, Hamburg 1996.

Zeidler, Stephan: Die CDU in der DDR vor dem Mauerbau (1953-1961), Bonn 2001.

**Abkürzungsverzeichnis**

ACDP	Archiv für Demokratische Politik der Konrad-Adenauer Stiftung
BStU	Die Behörde des Bundesbeauftragten für die Unterlagen des Staatssicherheitsdienstes der ehemaligen Deutschen Demokratischen Republik
BV	Bezirksvorstand
CDU	Christlich-Demokratische Union Deutschlands
EKD	Evangelische Kirche in Deutschland
DA	Demokratischer Aufbruch
DBD	Demokratische Bauernpartei Deutschlands
DDP	Deutsche Demokratische Partei
DDR	Deutsche Demokratische Republik
DSF	Deutsch-Sowjetische Freundschaft
DSU	Deutsche Soziale Union
DRK	Deutsches Rotes Kreuz der DDR
DVP	Deutsche Volkspartei
DWK	Die Deutsche Wirtschaftskommission
FDGB	Freier Deutscher Gewerkschaftsbund
FDJ	Freie Deutsche Jugend
GDSF	Gesellschaft für Deutsch-Sowjetische Freundschaft

GST	Gesellschaft für Sport und Technik
HO	Handelsorganisation
KPD	Kommunistische Partei Deutschlands
LDPD	Liberaldemokratische Partei Deutschlands
MfS	Ministerium für Staatssicherheit
NDPD	National-Demokratische Partei Deutschlands
NKFD	Nationalkomitee Freies Deutschland
NSDAP	Nationalsozialistische Deutsche Arbeiterpartei
NZ	Nationale Zeitung
OB	Oberbürgermeister
OKR	Oberkirchenrat
SBZ	Sowjetische Besatzungszone
SED	Sozialistische Einheitspartei Deutschlands
SMA	Sowjetische Militäradministration
SMAD	Sowjetische Militäradministration in Deutschland
SPD	Sozialdemokratische Partei Deutschlands
VdgB	Vereinigung der gegenseitigen Bauernhilfe
VK	Volkskongress
ZK	Zentralkomitee

### **Über den Autor**

Christoph Wunnicke, geboren 1971 in Prenzlau, von 1987 bis 1991 Ausbildung und Arbeit als Schriftsetzer in Greifswald, 1992 Abitur, Zivildienst in Berlin, 1994 bis 2000 Studium der Geschichte, Politikwissenschaften und Soziologie an der Humboldt-Universität Berlin, seit 2000 Mitarbeiter der Bundestagsfraktion Bündnis 90/Die Grünen und freier Historiker.

## Publikationsverzeichnis

In der Schriftenreihe des Berliner Landesbeauftragten sind bisher erschienen:

Bd. 1: *Siegfried Mampel*, Der Untergrundkampf des Ministeriums für Staatssicherheit gegen den Untersuchungsausschuß Freiheitlicher Juristen in West-Berlin. 4., neubearbeitete u. wesentlich erweiterte Aufl., 1999

Bd. 2: *Gunter Holzweißig*, Klassenfeinde und „Entspannungsfreunde“. West-Medien im Fadenkreuz von SED und MfS, 1995

Bd. 3: *Roland Brauckmann*, Amnesty International als Feindobjekt der DDR, 1996

Bd. 4: *Jutta Braun, Nils Klawitter, Falco Werkentin*, Die Hinterbühne politischer Strafjustiz in den frühen Jahren der SBZ/DDR. 4., unveränderte Aufl., 2006

Bd. 5: *Hans-Eberhard Zahn*, Haftbedingungen und Geständnisproduktion in den Untersuchungs-Haftanstalten des MfS. 5., durchgesehene Aufl., 2007

Bd. 6: *Ilko-Sascha Kowalczyk*, Die Niederschlagung der Opposition an der Veterinärmedizinischen Fakultät der Humboldt-Universität zu Berlin in der Krise 1956/57. Dokumentation einer Pressekonferenz des Ministeriums für Staatssicherheit im Mai 1957. 3., unveränderte Aufl., 2006

Bd. 7: *Jan Foitzik*, Der sowjetische Terrorapparat in Deutschland. Wirkung und Wirklichkeit; *Wolfgang Buschfort*, Die Ostbüros der Parteien in den 50er Jahren. 3., unveränderte Aufl., 2006

Bd. 8: *Siegfried Berger*, „Ich nehme das Urteil nicht an“. Ein Berliner Streikführer des 17. Juni vor dem Sowjetischen Militärtribunal. 4., durchgesehene Aufl., 2007

Bd. 9: *Jenny Niederstadt*, „Erbitten Anweisung!“. Die West-Berliner SEW und ihre Tageszeitung „Die Wahrheit“ auf SED-Kurs, 1999

Bd. 10: *Siegfried Mampel*, Entführungsfall Dr. Walter Linse. Menschenraub und Justizmord als Mittel des Staatsterrors. 3., unveränderte Aufl., 2006

Bd. 12: *Klaus Bästlein, Annette Roszkopf, Falco Werkentin*, Beiträge zur juristischen Zeitgeschichte der DDR. 4., aktualisierte Aufl., 2009

Bd. 13: *Detlef Kühn*, Das Gesamtdeutsche Institut im Visier der Staatssicherheit. 2001. 2., stark überarbeitete Aufl., 2008, nur als Download erhältlich.

Bd. 14: *Wolfgang Buschfort, Philipp-Christian Wachs, Falco Werkentin*, Vorträge zur deutsch-deutschen Nachkriegsgeschichte. 2., durchgesehene Aufl., 2007

Bd. 15: *Falco Werkentin (Hg.)*, Der Aufbau der „Grundlagen des Sozialismus“ in der DDR 1952/53. 2., durchgesehene Aufl., 2007

Bd. 16: *Jens Schöne, Falco Werkentin*, 17. Juni 1953. Orte und Ereignisse in Ost-Berlin. 3., unveränderte Aufl., 2008

Bd. 17: *Gerd Utech*, Prägende Jahre in Potsdam und Sibirien 1945-1955. Ein Zeitzeugenbericht. 2., unveränderte Aufl., 2008

Bd. 18: *Michael Heghmanns, Wolff Heintschel von Heinegg*, Der Staatssicherheitsdienst in der Lausitzer Rundschau, 2003

Bd. 19: *Jens Schöne*, Erosion der Macht. Die Auflösung des Ministeriums für Staatssicherheit in Berlin. 2., durchgesehene Aufl., 2008

Bd. 20: *Andrea Huterer (Hg.)*, Sobirai weschtschi! Pack deine Sachen! Jugendjahre im Gulag. Erinnerungen von Bodo Platt. 2., durchgesehene Aufl., 2007

Bd. 21: *Johannes Weberling, Giselher Spitzer (Hg.)*, Virtuelle Rekonstruktion „vorvernichteter“ Stasi-Unterlagen. Technologische Machbarkeit und Finanzierbarkeit – Folgerungen für Wissenschaft, Kriminaltechnik und Publizistik. 2., durchgesehene Aufl., 2007

Bd. 22: *Jens Schöne*, Stabilität und Niedergang. Ost-Berlin im Jahr 1987. 4., unveränderte Aufl., 2009

Bd. 23: *Jörg Rudolph, Frank Drauschke, Alexander Sachse*, Hingerichtet in Moskau. Opfer des Stalinismus aus Berlin 1950-1953, 2007

Bd. 24: *Heinz Schwollius*, Aus der Todeszelle in die Hölle von Bautzen. 2., unveränderte Aufl., 2008

Bd. 25: *Christoph Wunnicke*, Wandel, Stagnation, Aufbruch. Ost-Berlin im Jahr 1988, 2008

Bd. 26: *Martin Gutzeit (Hg.)*, Auf dem Weg zur Friedlichen Revolution? Ost-Berlin in den Jahren 1987/88. 2., aktualisierte Aufl., 2009

Bd. 27: *Klaus Bästlein*, Vom NS-Täter zum Opfer des Stalinismus: Dr. Walter Linse. Ein deutscher Jurist im 20. Jahrhundert, 2008

Bd. 28: *Falco Werkentin (Hg.)*, Selbstbehauptung, Widerstand und Verfolgung: „Die sozialistische Jugend Deutschlands – Die FALKEN“ in Berlin 1945 bis 1961. Ausstellungskatalog, 2008

Bd. 29: *Jens Schöne (Hg.)*, Revolution. Die DDR im Jahr 1989, 2010

Bd. 30: *Roland Bude*, Workuta. Strafe für politische Opposition in der SBZ/DDR, 2010

Bd. 31: *Klaus Bästlein (Hg.)*, Die Einheit. Juristische Hintergründe und Probleme. Deutschland im Jahr 1990, 2011

Bd. 32: *Armin Mitter*, „Die Tragödie ist vorbei“. Die Alliierten in Berlin 1989/90, 2011

Bd. 33: *Martin Gutzeit (Hg.)*, Querschnitt einer Diktatur. Die DDR 1952 – 1962 – 1972 – 1982, 2012